Vom Knappenverein zur Gewerkschaft

Weg und Entwicklung der christlichen Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts

Heribert Zingel

Diss. Bochum
1982

UNIV. LIBRARY

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41547222_0026

VOM KNAPPENVEREIN ZUR GEWERKSCHAFT - WEG UND ENTWICKLUNG DER CHRISTLICHEN ARBEITER - BEWEGUNG DES RUHRGEBIETES IN DER 2. HÄLFTE DES 19. JAHRHUNDERTS.

Dissertation
zur Erlangung des
Doktorgrades
der Abteilung für katholische Theologie
der Ruhr-Universität Bochum

vorgelegt
von

Heribert Zingel

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Quellen und Literatur

I. Ungedruckte Quellen

II. Gedruckte Quellen

III. Zeitungen, Zeitschriften

IV. Lexika, Handbücher, Nachschlagewerke

V. Literatur

VI. Festschriften

0. Einleitung

0.1 Forschungsstand

0.2 Sozio-ökonomischer Wandel im Ruhrgebiet

0.3 Vom Direktions- zum Inspektionsprinzip - die Reform des preußischen Bergrechts

0.4 Die soziale Lage der Bergarbeiterschaft an der Ruhr unter den Bedingungen der preußischen Bergrechtsreform

1. Die Anfänge der christlichen Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet

1.1 Kirchliche Erneuerung und soziale Gedankenwelt im Katholizismus des Vormärz - Voraussetzungen für das Entstehen einer christlichen Arbeiterbewegung

1.2 Die katholischen Knappenvereine des Ruhrgebietes - ein Versuch zur Überwindung des Identitätsverlustes der Bergarbeiter

1.3 Entwicklung und Veränderung der katholischen Arbeiterbewegung in den 6oer Jahren

2. Der "Christliche Arbeiter-Verein" von Essen

2.1 Die Diskussion um das richtige Konzept der christlich-sozialen Bewegung

2.2 Die Gründung des christlichen Arbeitervereins von Essen

2.3 Der Streik im Essener Kohlenrevier 1872

2.4 Kulturkampf gegen die christliche Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet

3. Die christliche Arbeiterbewegung im Konflikt

3.1 Christlicher Arbeiterverein gegen Bürgerblock - die Reichstagswahlen 1877

3.2 Erster gewerkschaftlicher Zusammenschluß der Bergleute im Ruhrgebiet: der "Verband rheinisch-westfälischer Bergleute"

3.2.1 Aufbau und konfessioneller Widerstand

3.2.2 Unternehmerische Maßnahmen gegen die gewerkschaftlichen Ansätze

3.3 Die christliche Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz

4. Die Neuorientierung der christlichen Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet

4.1 Die Petition christlicher Bergleute im Dezember 1881

4.2 Die Rede des westfälischen Bauernführers von Schorlemer-Alst im deutschen Reichstag 1882

4.3 Die Konstituierung der christlichen Arbeiterbewegung in Bochum und Gelsenkirchen zu Beginn der 8oer Jahre

4.4 Arbeiterverein oder Gewerkschaftsorganisation? - Die Entwicklung der christlichen Arbeiterbewegung des Landkreises Bochum im Jahre 1882

4.5 Aktionsfelder der christlichen Arbeitervereine

4.6 Johannes Fusangel und der Rechtsschutzverein

5. Die Konfessionalisierung der christlichen Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes in den 8oer Jahren

5.1 Die evangelischen Arbeitervereine

5.2 Der Verband "Arbeiterwohl" und die Durchsetzung paternalistischer Gedanken in der katholischen Arbeiterbewegung

5.3 Die organisatorische Entfaltung der katholischen Arbeitervereinsidee

5.4 Die katholischen Arbeitervereine im Ruhrgebiet

6. Gewerkschaftliche Ansätze in der christlichen Arbeiterbewegung nach dem Bergarbeiterstreik 1889

6.1 Die Stellung christlich-sozialer Kreise zum Bergarbeiterstreik 1889

6.2 Erneuter Organisationserfolg der Bergarbeiterbewegung: der "Alte Verband"

6.3 Der Verband "Glück-auf" - ein christlicher Bergarbeiterverband

7. Die Gründung einer eigenständigen christlichen Gewerkschaftsorganisation im Ruhrgebiet - Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter im Oberbergamtsbezirk Dortmund

7.2 Fachabteilungen oder Fachvereine - zwei Vorschläge zur gewerkschaftlichen Organisation christlicher Arbeiter

7.3 Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter - eine wirtschaftsfriedliche Gewerkschaftsorganisation?

8. Ergebnis und Ausblick

Anmerkungen

Vorwort

Neben dem Synodendokument "Unsere Hoffnung" hat keine andere Vorlage auf der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland die Gemüter so erhitzt, wie das von Oswald von Nell-Breuning erarbeitete Papier "Kirche und Arbeiterschaft".[1] Nicht die theologischen Reflexionen zu dieser Thematik, auch nicht die pastoralen Empfehlungen standen dabei im Vordergrund des Interesses, sondern der unter der Überschrift "Ein fortwirkender Skandal"[2] geführte Teil über die historischen Gründlagen der zunehmenden Entfremdung von Kirche und Arbeiterschaft. Selbstverständlich hat es nicht an Gegenstimmen gefehlt[3], die eine kirchliche Gewissenserforschung mit dem Verweis auf bedeutende Persönlichkeiten im katholischen Raum und deren Beitrag zur Lösung der sozialen Problematik im Zeitalter der Industrialisierung ablehnten.

Die Kontroverse[4] über Leistung und Versagen der katholischen Kirche Deutschlands im 19. und beginnenden 2o. Jahrhundert in der Arbeiterfrage wird seitdem weitergeführt. Sie kann allerdings nicht nur mit dem Hinweis auf individuelle Verdienste geklärt werden, sondern nur durch Spezialuntersuchungen, die das gesamte Spektrum wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung und die kirchliche Reaktion darauf berücksichtigen.

Die hier vorliegende Studie über die Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung an der Ruhr möchte das Verhältnis von sozialem Wandel und Reaktionen christlicher Arbeiter darauf untersuchen. Sie möchte zugleich einen Beitrag zur Erforschung christlich-sozialer Traditionen in der deutschen Arbeiterbewegung leisten.

Quellen- und Literaturverzeichnis

I. Ungedruckte Quellen

1) Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (HSTAD)
Regierung Düsseldorf (RD)

287-290	Katholische Vereine 1850-1876
306	Christlich-sozialer Arbeiterverein zu Essen 1874-1875
8841	Soziale Bewegung, sozialdemokratische und christlich-soziale Agitation 1878
8857-8860	Sozialdemokratische Agitation auf der rechten Rheinseite
30426	Arbeitervereine 1869
30429-30430	Sozialdemokratie und Ausführungen des Sozialistengesetzes
30433	Arbeitervereine, Versammlungen, Arbeitseinstellungen
45060	Agitation der Sozialdemokratie

Präsidialbüro (Präs.)

835 I-II	Arbeitseinstellungen der Bergleute in den Kreisen Essen und Duisburg 1872-1898

2) *Staatsarchiv Münster (STAM)*

Oberbergamt (OBA)

825	*Arbeiterunruhen 1877-1883*
2642 I	*Freie bergmännische Sterbe- und Unterstützungskassen 1865-1883*
283o I	*Gründung eines Verbandes zur Wahrung bergmännischer Interessen 1889-1891*
2831	*Die sozialdemokratische Bewegung unter den Bergleuten 1889-1891*
2847	*Ausstandsbewegung 1893-19o4, 5 Bde.*

Regierung Arnsberg (RA)

I, 1	*Arbeiterstreik*
I, 82-83	*Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands*
I, 1o1	*Katholische Vereine 1874*
I, 114	*Die in Dortmund erscheinende Zeitung "Tremonia"*
1359	*Ernennung der Magistratsmitglieder und Wahl der Beigeordneten 1864-1889*

Regierung Münster (RM)

1o39-1o4o	*Katholikenvereine, namentlich die Versammlungen zum Anschluß an den Mainzer Katholikenverein.*

3) *Landeshauptarchiv Koblenz (LHAK)*

4o3, 6825-6826	*Ausführungen des Gesetzes vom 11. März 185o über das Vereins- und Versammlungsrecht 185o-19o4*
4o3, 683o	*Sozialistengesetz 1878-1884*
4o3, 7297-7298	*Errichtung von Unterstützungs-vereinen*
4o3, 8376	*Errichtung von Handwerker- und Fabrikarbeiter-Hilfskassen 1887-1888*
4o3, 9o47-9o48	*Zeitungsberichte RD 1878-19o1*

4) *Stadtarchiv Bochum (StaBo)*
Landratsamt Bochum (LRB)

IV, 7	*Die religiös-politische Bewegung und der Mainzer Verein der deutschen Katholiken*
VIII, 368	*Haltung der ultramontanen und sozialdemokratischen Presse 1874-1896*
VIII, 37o	*Prozeß mehrerer Knappschaftsärzte gegen den Redakteur der Westfälischen Volkszeitung Fusangel zu Bochum in Knappschaftsangelegenheiten*
VIII, 422	*Koalitionsfreiheit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer 186o-19o6*

VIII, 469	Sterbe- und Unterstützungskasse der Bürger- und Knappenvereine im Amte Langendreer und Werne
VIII, 47o	Unterstützungskassen der Bürger und Knappen 187o-1891
VIII, 471	Sterbe- und Unterstützungskassen der Bürger- und Knappenvereine im Amte Bochum II (1874-19oo)
VIII, 474	Sozialistengesetz 1878-189o
VIII, 475	Christlich-soziale Agitation unter den Berg- und Fabrikarbeitern des Landkreises Bochum 1881-1893
VIII, 476	Sozialistengesetz 1881-189o
VIII, 477	Evangelische Arbeitervereine

5) Stadtarchiv Bottrop (StaBot)

A V, 3, Nr. 2	Ausstand der Bergarbeiter 1893
A VI, 1o, Nr. 7	Prozeß gegen die christlichen Arbeitervereine zu Essen, Borbeck usw. 1875

6) Stadtarchiv Dortmund (StaDo)

Best. 5, Nr. 56	Katholischer Bürgerverein 1876ff
Best. 5, Nr. 57	Katholischer Volksverein für den Stadt- und Landkreis Dortmund 1876ff

Best. 5, Nr. 68	Politische und religiöse Vereine und Versammlungen 1885ff
Best. 5, Nr. 7o	Ortsverein Dortmund des rheinisch-westfälischen Bergarbeitervereins "Glück auf"
Best.15, Nr.11/1	Arbeiterbewegung 1872-189o

7) Stadtarchiv Essen (StaE)

E I, 23	Protokollbuch des Bergmanns-Vereins Überruhr 2 Bde.
E I, 25	Protokollbuch des katholischen Knappenvereins Essen

8) Stadtarchiv Gelsenkirchen (StaGe)

XXII/3/2	St. Georg Knappenverein 1882-1914

9) Stadtarchiv Hattingen (StaHa)

1o76-1o8o	Vereins- und Versammlungspolizei 1845-189o

1o) Stadtarchiv Wattenscheid (StaWatt)

2/E/414	Vereinssachen
2/E/472	Bergarbeiterstreik
A 7o3/2	Arbeiterbewegung, Lohndifferenzen, Streiks, Arbeitseinstellungen

11) *Archiv des Erzbistums Paderborn*

XVIII,1	*Katholische Gesellenvereine 1856-1902*
XVIII,9	*St. Joseph Arbeiterverein 1886-1908*

12) *Historisches Archiv des Erzbistums Köln*

Gen 23,2 Vol. II	*Arbeitervereine*
Sammlung	*Personalia*
Sammlung	*Totenzettel*

13) *Münsterarchiv Essen*

Nr. 641	*Christliche Arbeitervereine 1892ff*

14) *Pfarrarchiv St. Dionysius, Essen Borbeck*

Fach 69	*Kirchliche Vereine 1892-1941*

15) *Pfarrarchiv St. Mauritius, Niederwenigern*

Protokollbuch des St. Antonius-Knappen-Vereins

16) *Pfarrarchiv St. Nikolaus, Essen-Stoppenberg*

Nr. 255-256	*Protokollbuch des Knappenvereins 2 Bde.*
Nr. 257	*Arbeiter- und Knappenverein*

17) *Archiv der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Bochum*

Verband zur Wahrung und Förderung der bergmännischen Interessen in Rheinland und Westfalen (Alter Verband)

Protokoll der I. Generalversammlung am 2o.1o.1889.

Protokoll der Generalversammlung am 27.1o.1889

Protokoll der außerordentlichen Generalversammlung am 8.3.189o

Protokoll der II. Generalversammlung des Verbandes deutscher Bergleute 1892

Protokoll der VIII. Generalversammlung des Verbandes deutscher Berg- und Hüttenarbeiter 1897.

Geschäftsbericht des deutschen Berg- und Hüttenarbeiterverbandes für die Zeit vom 1.5.1894 - 2o.1o.1894

Jahresbericht des Verbandes deutscher Berg- und Hüttenarbeiter (umfaßt die Zeit 1.4.1897 - 31.3.1898).

II. Gedruckte Quellen

Adelmann, G. (Hrsg.)
Quellensammlung zur Geschichte der sozialen Betriebsverfassung. Ruhrindustrie unter besonderer Berücksichtigung des Industrie- und Handelskammerbezirks Essen. 2 Bde. und Registerband.
Bonn 1960-1968.

Archivalische Forschungen zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 3/II: L. Stern (Hrsg.), Der Kampf der Deutschen Socialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878-1890. Die Tätigkeit der Reichs-Commission. Berlin (Ost) 1956.

Der Bochumer Steuerprozeß. Verhandlungen der Strafkammer des Königlichen Landgerichts zu Essen, am 1. bis 6., 8., 9., 11., 12. und 19. Juni (1891) gegen die Redakteure der "Westfälischen Volkszeitung" in Bochum, Chefredakteur Fusangel und verantwortlicher Redakteur Lunemann. Vollständige, revidierte und vermehrte Ausgabe. Nach stenographischen Aufzeichnungen.
Hagen o.J.

Bongartz, A.
Das katholisch-sociale Vereinswesen in Deutschland. Geschichte, Bedeutung und Statistik desselben.
Würzburg 1979.

Deutelmoser
Die evangelischen Arbeitervereine in Rheinland und Westfalen. Magdeburg^2 1890.

Die Entwicklung des niederrheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaus in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, hrsg. vom Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund in Gemeinschaft mit der Westfälischen Berggewerkschaftskasse und dem rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat. 12 Bde. Berlin 1904.

Essener Chronik 1907. Essen 1908.

Fusangel, J.
Knappschaftsreform und Rechtsschutzverein. Ein Wort an die Bergleute im rheinisch-westfälischen Industriebezirk. Bochum 1886.

Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland. Offizielle Gesamtausgabe I. Freiburg-Basel-Wien 1975.

I.-XXXVI. Generalversammlung des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund (1858-1894). Essen 1858-1894.

Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, I. Delegiertentag, 1. und 2. Verhandlungstag am 1. und 2. Februar 1897 (stenographische Aufzeichnung). o.O. o.J.

Hellfaier, K.-A.
Probleme und Quellen zur Frühgeschichte der Sozialdemokratie in Westfalen, in: Archiv für Sozialgeschichte 3 (1963), S. 157ff.

Hitze, F.
Kapital und Arbeit und die Reorganisation der Gesellschaft. Paderborn 1880.

Hitze, F.
Leitsätze betr. Bildung von Fachabteilungen in den katholischen Arbeitervereinen. Mönchengladbach o.J. (1894)

Jahresberichte des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund für die Jahre 1858-1895. o.O. o.J.

Jantke, C. /Hilger, D. (Hrsg.)
Die Eigentumslosen. Der deutsche Pauperismus und die Emanzipationskrise in Darstellungen und Deutungen der zeitgnössischen Literatur. Freiburg-München 1965.

Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler
Sämtliche Werke und Briefe. Abt. I, Bde.1,2,4. Im Auftrage der Akademie der Wissenschaften und der Literatur hrsg. von E. Iserloh. Mainz 1977.

Köllmann, W. /Gladen, A.
Der Bergarbeiterstreik von 1889 und die Gründung des "Alten Verbandes" in ausgewählten Dokumenten der Zeit. Bochum 1969.

Lensing, L.
Der große Bergarbeiter-Streik des Jahrs 1889 im Rheinisch-Westfälischen Kohlenrevier. Ein Wort zur Abwehr. Dortmund o.J. (1889)

Lepper, H.
Sozialer Katholizismus in Aachen: Quellen zur Geschichte des Aachener Arbeitervereins zum Hl. Paulus für Aachen und Burscheid. 1869-1878 (88) (=Veröffentlichungen des bischöflichen Diözesanarchivs Aachen. Bd. 36). Mönchengladbach 1977.

Molitor, P.
Die Bergarbeiter im rheinisch-westfälischen Kohlen-Revier und deren Organisation. Ein freies Wort an alle meine Kameraden. Essen 1890.

Mulvany, W.T.
Der Strike der Bergleute im Essener Revier des Oberbergamts-Bezirks Dortmund. Einige freundliche Worte an Arbeitgeber und Arbeiter. Düsseldorf 1872.

Natorp, G.
Der Ausstand der Bergarbeiter im Niederrheinisch-Westfälischen Industriebezirk. Essen 1889.

Pelger, H.
Zur sozialdemokratischen Bewegung in der Rheinprovinz vor dem Sozialistengesetz, in: Archiv für Sozialgeschichte 5 (1965), S. 377-406.

Protokoll der 16. Generalversammlung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands 1921 in Betzdorf. Essen 1921.

Roscher, C.
Die Betheiligung der evangelischen Geistlichen an der sozialen Bewegung unserer Zeit, eine Umschau, anläßlich eines auf der diesjährigen Sächsischen Kirchen- und Pastoral-Conferenz erstatteten Vortrages. Berlin 1878.

Schings, J. (Hrsg.)
Die christlich-sociale Partei in ihren Bestrebungen, dargestellt in dem Entwurfe zu einem christlichen Arbeiter-Katechismus, und dem Berichte über die erste General-Versammlung der christlich-socialen Vereine Rheinlands und Westfalens zu Elberfeld am 6., 7. und 8. März 187o. Aachen 187o.

Statistik des Kreises Essen für die Jahre 1859-1861. Essen 1863.

Texte zur katholischen Soziallehre II, 1. Dokumente zur Geschichte des Verhältnisses von Kirche und Arbeiterschaft am Beispiel der KAB. Hrsg. vom Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Deutschlands. Kevelaer 1976.

Verhandlungen der fünfzehnten General-Versammlung der katholischen Vereine Deutschlands zu Frankfurt am Main am 21., 22., 23. und 24. September 1863. Amtlicher Bericht. Frankfurt a.M. 1863.

Verhandlungen der zwanzigsten General-Versammlung der katholischen Vereine Deutschlands in Düsseldorf am 6., 7., 8., und 9. September 1869. Amtlicher Bericht. Düsseldorf 1869.

Verhandlungen der XXXI. General-Versammlung der Katholiken Deutschlands zu Amberg vom 31. August bis 4. September 1884. Nach stenographischer Aufzeichnung herausgegeben vom Lokalkomité. Amberg 1884.

III. Zeitungen, Zeitschriften

Es sind nur diejenigen Jahrgänge der Zeitungen und Zeitschriften aufgeführt worden, die für die Arbeit benutzt wurden.

1) Arbeiterwohl. Organ des Verbandes katholischer Industrieller und Arbeiterfreunde. Hrsg. von F. Hitze. 1 (1880) - 15 (1894).

2) Der Bergknappe. Organ des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands. 1895-1897

3) Christlich-Soziale Blätter. Beiträge zur Lösung der sozialen Frage nach christlicher Auffassung. Redigiert und hrsg. von J.P. Schings und Nic. Schüren, später von A. Bongartz. Aachen 1 (1868) - 11 (1878).

4) Essener Volkszeitung. Essen 1872-1894.

5) Evangelischer Arbeiterbote. Hattingen 1886-1894 (mit Ausnahme von 1889).

6) Glück auf. Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung 1894.

7) Glückauf. Berg- und Hüttenmännische Zeitschrift. Hrsg. vom Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund. 1 (1865 - 30(1894).

8) Kölner Korrespondenz. Hrsg. von P. Oberdörffer. Köln 1887-1894.

9) Tremonia. Zeitung und Anzeiger für Westfalen und Rheinland. 1878-1894.

10) Westfälische Freie Presse. Organ des arbeitenden Volkes. Dortmund. 1878, 1894.

11) Zeitschrift für Berg-, Hütten- und Salinenwesen. 2(1854) - 13(1865).

IV. Handbücher, Lexika, Nachschlagwerke

1) Budde, H.
Handbuch der christlich-sozialen Bewegung.
Recklinghausen 1967.

2) Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis 1945, hrsg. von einem Redaktionskollektiv unter Leitung von D. Fricke. Leipzig 1968.

3) Evangelisches Soziallexikon, hrsg. von Th. Schober, M. Honecker, H. Dahlhaus. Stuttgart-Berlin ^{7}1980.

4) Handbuch der Kirchengeschichte, hrsg. von H. Jedin. Bd. VI, 1. Freiburg-Basel-Wien 1973.

5) Handwörterbuch der Staatswissenschaften, hrsg. von L. Elster, A. Weber, F. Wiese. 8 Bde., Ergänzungsband. 1923-1929.

6) Kosch, W.
Das katholische Deutschland. Biographisch-bibliographisches Lexikon. 3 Bde. Augsburg 1933-1938.

7) Lexikon für Theologie und Kirche. 10 Bde., Registerband, 3 Ergänzungsbände, hrsg. von J. Höfer und K. Rahner. Freiburg ^{2}1957-1968.

8) Liese, W.
Necrologium Paderbornense. Totenbuch Paderborner Priester (1822-1930). Paderborn 1934.

9) Neue Deutsche Biographie. Bd. 1ff. Berlin 1953ff.

10) Schwarz, M.
MdR. Biographisches Handbuch der Reichstage.
Hannover 1965.

11) Staatslexikon. Hrsg. von der Görres-Gesellschaft. 8 Bde., 3 Ergänzungsbände. Freiburg ^{6}1957-1970.

V. Literatur

Adelmann, G.
Führende Unternehmer in Rheinland und in Westfalen 1850-1914, in: Rheinische Vierteljahresblätter 35 (1971), S. 335-352.

Adelmann, G.
Die soziale Betriebsverfassung des Ruhrbergbaus vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung des Industrie- und Handelskammerbezirks Essen. Bonn 1962.

Anderl, L.
Die roten Kapläne. Vorkämpfer der katholischen Arbeiterbewegung in Bayern und in Süddeutschland. München 1961.

Andréas, B.
Zur Agitation und Propaganda des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 1863/1864, in: Archiv für Sozialgeschichte 3 (1863), S. 297-423.

Aretz, J.
Katholische Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus. Der Verband katholischer Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands 1923-1945. Mainz 1978.

Averdunk, H. / Ring. W.
Geschichte der Stadt Duisburg. Ratingen ^{2}1949.

Bachem, K.
Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschlands 1815-1914. Nebst einem kurzen Überblick über die Zeit von 1914-1930. 8 Bde. Köln 1927-1931.

Baedecker, D.
Jahrbuch des Oberbergamtes Dortmund. Jg. 14-21. Essen 1923.

Die Barbaraverehrung in Castrop-Rauxel, in: Kultur und Heimat, Heft 7. 1955.

Becher, P.
Vergleich und Kritik der sozialpolitischen Auffassungen bei Lujo Brentano, Adolph Wagner, Georg von Hertling und Franz Hitze. Diss. München 1965.

Bechtel, H.
Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands, Wirtschaftsstile und Lebensformen von der Vorzeit bis zur Gegenwart. München 1967.

Beiderbeck, F.
Die Verhältnisse im Ruhrbergbau und der Streik von 1889 im Bochumer Raum, in: Der Märker 15 (1966), S. 114-118.

Bein, A.
Friedrich Hammacher. Lebensbild eines Parlamentariers und Wirtschaftsführers. 1824-1904. Berlin 1932.

Benz, R.
Die deutsche Romantik. Leipzig ^{5}1956.

Berger, M.
Arbeiterbewegung und Demokratisierung. Die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung des Arbeiters im Verständnis der katholischen Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Deutschland zwischen 1890 und 1914. Diss. Freiburg 1971.

Bergsträsser, L. (Hrsg.)
Der politische Katholizismus. Dokumente seiner Entwicklung I (1815-1870). München 1921.

Bindel, K.
Pastor Theodor Werth. Mit einem Anhang:
1. Begräbnisrede von Pastor Deutelmoser
2. Gedächtnisrede von Superintendent Daniels
Gelsenkirchen 1897.

Birke, A.M.
Bischof Ketteler und der deutsche Liberalismus. Eine Untersuchung über das Verhältnis des liberalen Katholizismus zum bürgerlichen Liberalismus in der Gründerzeit. Mainz 1971.

Bloemers, K.
William Thomas Mulvany (1806-1885). Ein Beitrag zur Geschichte der rheinisch-westfälischen Großindustrie und der deutsch-englischen Wirtschaftsbeziehungen im 19. Jahrhundert. Essen 1922.

Blumberg, H.
Die Finanzierung der Neugründungen und Erweiterungen von Industriebetrieben in Form der Aktiengesellschaften während der fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts in Deutschland, am Beispiel der preußischen Verhältnisse erläutert, in: H.Mottek u.a., Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland. Berlin (Ost) 1960, S. 165-207.

Bork, K.K.
Die sozialen Wandlungen der Stadt Duisburg in den ersten Jahrzehnten der Industrialisierung 1850-1880, in: Duisburger Forschungen 8 (1965), S. 54-129.

Brack, R.
Deutscher Episkopat und Gewerkschaftsstreit 1900-1914. Köln - Wien 1976.

Brakelmann, G.
Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts. Witten ^{4}1971.

Brehpohl, W.
Der Aufbau des Ruhrvolkes im Zuge der Ost - West - Wanderung. Beiträge zur deutschen Sozialgeschichte des 19. und 2o. Jahrhunderts. Recklinghausen 1948.

Brehpohl, W.
Industrievolk im Wandel von der agraren zur industriellen Daseinsform, dargestellt am Ruhrgebiet. Tübingen 1957.

Breuer, H.
Die Gewerkschaften - Werden, Wesen und Wirken.
Hannover 196o.

Brinkmann, K.
Bochum. Aus der Geschichte einer Großstadt des Reviers.
Bochum ^{2}1968.

Brüggemeier, F.J. / Niethammer, L.
Schlafgänger, Schnapskasino und schwerindustrielle Kolonie. Aspekte der Arbeiterwohnungsfrage im Ruhrgebiet vor dem Ersten Weltkrieg, in: J. Reulecke, W. Weber (Hrsg.), Fabrik, Familie, Feierabend. Beiträge zu einer Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter. Wuppertal 1978, S. 135-175.

Brüggemeier, F.J.
"Volle Kost voll". Die Wohnungsverhältnisse der Bergleute an der Ruhr um die Jahrhundertwende, in: H. Mommsen und U. Borsdorf (Hrsg.), Glück auf, Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisation in Deutschland. Köln 1979, S. 151-173.

Buchheim, K.
Ultramontanismus und Demokratie. Der Weg der deutschen Katholiken im 19. Jahrhundert. München 1963.

Budde, H.
Christentum und soziale Bewegung. Aschaffenburg 1961.

Bülow, W.
Das Knappschaftswesen im Ruhrkohlenbergbau bis zum allgemeinen preußischen Berggesetz vom 24.6.1865. Borna-Leipzig 19o5.

Conze, W. (Hrsg.)
Quellen zur Geschichte der deutschen Bauernbefreiung. (Quellensammlung zur Kulturgeschichte 12). Göttingen - Berlin - Frankfurt 1957.

Conzemius, V.
Nochmals: Kirche und Arbeiterschaft, in: Stimmen der Zeit 193 (1975), S. 745-759.

Crew, D.F.
Berufliche Lage und Protestverhalten Bochumer Bergleute und Metallarbeiter im ausgehenden 19. Jahrhundert, in: H.Mommsen/U. Borsdorf (Hrsg.), Glück auf, Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisationen in Deutschland. Köln 1979, S. 71-88.

Croon, H.
Die Einwirkungen der Industrialisierung auf die gesellschaftliche Schichtung der Bevölkerung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: Rheinische Vierteljahresblätter 2o(1955), S. 3o1-316.

Croon, H.
Studien zur Sozial- und Siedlungsgeschichte der Stadt Bochum, in: Bochum und das mittlere Ruhrgebiet. Paderborn 1965, S. 85-114.

Croon, H.
Vom Werden des Ruhrgebietes, in: W. Först (Hrsg.), Rheinisch-Westfälische Rückblende. Köln - Berlin 1967, S. 175-226.

Cwiklinski, F. (Hrsg.)
August Brust. Gründer und Vorkämpfer der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Essen o.J.

Dallmeier, I.
Die Geschichte der Arbeitskämpfe im rheinisch-westfälischen Steinkohlenrevier. Diss. Köln 1922.

Deuerlein, E.
Der Gewerkschaftsstreit, in: Theologische Quartalsschrift 139 (1959), S. 4o-81.

Dickhoff, E.
Essener Straßen. Stadtgeschichte im Spiegel der Straßennamen. Essen 1979.

Dowe, D.
Aktion und Organisation. Arbeiterbewegung, sozialistische und kommunistische Bewegung in der preußischen Rheinprovinz 182o-185o. Hannover 197o.

Dowe, D.
Organisatorische Anfänge der Arbeiterbewegung in der Rheinprovinz und in Westfalen bis zum Sozialistengesetz von 1878, in: J. Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen. Wuppertal 1974, S. 51-8o.

Ebertz, N.N.
Herrschaft in der Kirche. Hierarchie, Tradition und Chrisma im 19. Jahrhundert, in: K. Gabriel /F.X. Kaufmann (Hrsg.), Zur Soziologie des Katholizismus. Mainz 1980, S. 89-111.

Einicke, F.
Die Stellung der evangelischen Arbeitervereine zur sozialen Frage. Diss. Köln 1950.

Eller-Mirbach, Ch.
Die gewerkschaftliche Organisation der Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1889-1895. Diss. Münster 1975.

Erdmann, A.
Die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland. Stuttgart 1908.

Faber, E.
Die evangelischen Arbeitervereine und ihre Stellungnahme zu sozialpolitischen Problemen. Leipzig-Erlangen 1928.

Faulhaber, A.
Die christliche Gewerkschaftsbewegung. Diss. Nürnberg 1913.

Fetscher, I.
Das Bürgertum (Bourgeoisie, Middle Class). Zur historisch-politischen Semantik des Begriffes, in: Concilium 15 (1980), S. 268-274.

Feyerabend, B.
Die evangelischen Arbeitervereine. Eine Untersuchung über ihre religiösen, geistigen, gesellschaftlichen und politischen Grundlagen und über ihre Entwicklung bis zum Ersten Weltkrieg. Diss. Frankfurt 1955.

Filthaut, E.
Deutsche Katholikentage 1848-1958 und die soziale Frage. Essen 1960.

Fischer, W.
Die Bedeutung der preußischen Bergrechtsreform (1851-1856) für den industriellen Ausbau des Ruhrgebietes, in: W. Fischer (Hrsg.), Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung. Göttingen 1972, S. 161-178.

Fischer, W.
Die Stellung der preußischen Bergrechtsreform von 1851-1865 in der Wirtschafts- und Sozialverfassung des 19. Jahrhunderts, in: ders. (Hrsg.), Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung. Göttingen 1972, S. 148-160.

Fischer, W.
Das wirtschafts- und sozialpolitische Ordnungsbild der preußischen Bergrechtsreform 1851-1865, in: ders. (Hrsg.), Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung. Göttingen 1972, S. 139-147.

Focke, F.
Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Die Idee eines christlichen Sozialismus in der katholisch-sozialen Bewegung und in der CDU. Wuppertal ²1981.

Först, W. (Hrsg.)
Menschen, Landschaft und Geschichte. Ein rheinisch-westfälisches Lesebuch. Köln - Berlin 1965.

Först, W. (Hrsg.)
Rheinisch-westfälische Rückblende (Beiträge zur neueren Landesgeschichte des Rheinlands und Westfalens. Köln - Berlin 1967.

Först, W. (Hrsg.)
Ruhrgebiet und neues Land. Köln - Berlin 1968.

Frühwald, W.
Anfänge der katholischen Bewegung. Zur Parteinahme der Romantiker im Streit zwischen Kirche und Staat in den preußischen Westprovinzen, in: Rheinisch Vierteljahresblätter 41 (1977), S. 231-248.

Gabriel, K. / Kaufmann, F.X. (Hrsg.)
Zur Soziologie des Katholizismus. Mainz 1980.

Gasteiger, M.
Die christliche Arbeiterbewegung in Süddeutschland. Eine geschichtliche Darstellung. München 1908.

Geller, H.
Sozialstrukturelle Voraussetzungen für die Durchsetzung der Sozialform "Katholizismus" in Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: K. Gabriel /F.X. Kaufmann (Hrsg.), Zur Soziologie des Katholizismus. Mainz 1980, S. 66-88.

Gerbracht, J.
Der Kampf um die Seelen der Arbeiter. Eine geschichtliche Darstellung der Organisationskämpfe in Rheinland-Westfalen. Berlin o.J.

Gerland, K.
Burghard Freiherr von Schorlemer-Alst (1825-1895), in: Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien, Bd. I, Münster 1932, S. 123-138.

Geschichte einer polnischen Kolonie in der Fremde. Jubiläumsschrift des St.-Barbara-Vereins in Bottrop (1911) (= Kirche und Religion im Revier. Beiträge und Quellen zur Geschichte religiöser und kirchlicher Verhältnisse im Werden und Wandel des Ruhrgebietes) Hrsg. vom Institut für kirchliche Sozialforschung im Bistum Essen. Essen 1968.

Gewerkschaftsfest 1921. Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften für Essen und Umgebung, 1901-1921. o.O.o.J. (Essen 1921).

Gladen, A.
Die Streiks der Bergarbeiter im Ruhrgebiet in den Jahren 1889, 1905 und 1912, in: J. Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen. Wuppertal 1974, S. 111-148.

Göhre, P.
Die evangelisch-soziale Bewegung, Ihre Geschichte und ihre Ziele. Leipzig 1896.

Götten, J.
Christoph Moufang, Theologe und Politiker 1817-1890. Eine biographische Darstellung. Mainz 1969.

Grebing, H.
Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. München ^{7}1976.

Grebing, H.
Zentrum und katholische Arbeiterschaft 1918-1933. Ein Beitrag zur Geschichte des politischen Katholizismus in Deutschland. Diss. Berlin 1953.

Grenner, K.H.
Katholikentage im Ruhrgebiet. Ein Blick zurück und auf die Gegenwart. Essen 1968.

Grenner, K.H.
Wirtschaftsliberalismus und katholisches Denken. Ihre Begegnung und Auseinandersetzung im Deutschland des 19. Jahrhunderts. Köln 1967.

Grewe, H.
Die soziale Entwicklung der Stadt Essen im 19. Jahrhundert. Diss. Köln 1949.

Haas, R.
Der Neubau der Steeler Laurentiuskirche 1869-1875 (Ein Beitrag zur Steeler Pfarrgeschichte im 19. Jahrhundert), in: Das Münster am Hellweg 28 (1975), S. 201-263.

Hahn, W.
Der Bergarbeiterstreik vom Mai 1889 im rheinisch-westfälischen Industriegebiet unter besonderer Berücksichtigung der Stellung Kaiser Wilhelm II. und Bismarcks. Diss. Göttingen 1924.

Hanke, M.
Sozialer Wandel durch Veränderung des Menschen. Leben, Wirken und Werk Kolpings. Mülheim 1974.

Hartl, F.
Franz Baader. Graz - Wien - Köln 1971.

Hartmann, K.
Der Weg zur gewerkschaftlichen Organisation. Bergarbeiterbewegung und kapitalistischer Bergbau im Ruhrgebiet, 1851-1889. München 1977.

Hegel, E.
Die katholische Kirche Deutschlands unter dem Einfluß der Aufklärung des 18. Jahrhunderts. Opladen 1975.

Hellgrewe, H.
Dortmund als Industrie- und Arbeitsstadt. Eine Untersuchung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Stadt. Dortmund 1951.

Heitzer, H.
Der Volksverein für das katholische Deutschland im Kaiserreich 1890-1918 (=Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 26) Mainz 1979.

Hemmer, H.-O.
Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet unter dem Sozialistengesetz, in: J. Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen. Wuppertal 1974, S. 81-109.

Hermans, B.H.A.
Das Problem der Sozialpolitik und Sozialreform auf den deutschen Katholikentagen von 1848 bis 1891. Ein Beitrag zur Geschichte der katholisch-sozialen Bewegung. Diss. Bonn 1972.

Herzig, A.
Die Entwicklung der Sozialdemokratie in Westfalen bis 1894, in: WZ 121 (1971), S. 97-172.

Herzig, A.
Ferdinand Lassalle und die Arbeiterbewegung im märkischen Industriegebiet, in: Der Märker 22 (1973), S. 69-76.

Herzig, A. / Linde, E. (Hrsg.)
Vor hundert Jahren. Die Arbeiterbewegung in Westfalen und an der Ruhr unter dem Sozialistengesetz. Dortmund 1978.

Hickey, S.
Bergmannsarbeit an der Ruhr vor dem Ersten Weltkrieg, in: H. Mommsen /U. Borsdorf (Hrsg.), Glück auf, Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisationen in Deutschland. Köln 1979, S. 49-69.

Hohmann, F.G.
Die Soester Konferenz 1864-1866. Zur Vorgeschichte der Zentrumspartei in Westfalen, in: WZ 114 (1964), S. 293-342.

Hohmann, F.G.
Die Versammlung der Katholiken Rheinlands und Westfalens in Dortmund 1967, in: P.W. Scheele (Hrsg.), Paderbornensis ecclesia. Beiträge zur Geschichte des Bistums Paderborn. Festschrift für Lorenz Kardinal Jäger zum 80. Geburtstag am 23. September 1972, Paderborn 1972, S. 495-514.

Holtfrerich, C.-L.
Quantitative Wirtschaftsgeschichte des Ruhrkohlenbergbaus im 19. Jahrhundert. Eine Führungssektorenanalyse. Dortmund 1973.

Huck, G.
Arbeiterkonsumverein und Verbraucherorganisation. Die Entwicklung der Konsumgenossenschaften im Ruhrgebiet 1860-1914, in: J. Reulecke /W. Weber (Hrsg.), Fabrik - Familie - Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter. Wuppertal 1978, S. 215-245.

Hue, O.
Die Bergarbeiter. Historische Darstellung der Bergarbeiter-Verhältnisse von der älteren bis in die neueste Zeit. 2 Bde. Stuttgart 1910-1913.

Hue, O.
Neutrale oder parteiische Gewerkschaften. Ein Beitrag zur Gewerkschaftsfrage, zugleich eine Geschichte der deutschen Bergarbeiterbewegung. o.O. 1900.

Huperz, G.
Die Anfänge katholisch-politischer Vereinsbildung in Westfalen. Ein Beitrag zur Geschichte der katholisch-politischen Bewegung in den Jahren 1848 und 1849. Diss. Münster 1926.

Imbusch, H.
Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisation im deutschen Bergbau. Eine geschichtliche Darstellung. Essen o.J.(1908)

Imbusch, H.
August Brust. Ein Lebensbild des Gründers der ersten christlichen Gewerkschaft. Berlin-Wilmersdorf 1924.

Imbusch, H.
Das deutsche Knappschaftswesen. Eine Darstellung seiner Entwicklung und seines heutigen Standes, unter besonderer Berücksichtigung des Knappschaftsrechtes und des Wirkens der Knappschaftsvereine in der Praxis. Cöln 1910.

Ipsen, G.
Die preußische Bauernbefreiung als Landesausbau, in: W. Köllmann /K. Marschalck (Hrsg.), Bevölkerungsgeschichte. Köln 1972, S. 154-189.

Iserloh, E. / Stoll, C.
Bischof Ketteler in seinen Schriften. Mainz 1977.

Iserloh, E.
Von der Caritas zur Sozialpolitik. Die soziale Aktivität des Bischofs W.E. von Ketteler widerlegt einen Vorwurf, in: Rheinischer Merkur 21.2.1975.

Jedin, H.
Kirche und Katholizismus im Deutschland des 19. Jahrhunderts, in: A. Rauscher (Hrsg.), Entwicklungslinien des deutschen Katholizismus (=Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe B: Abhandlungen). München - Paderborn - Wien 1973, S. 71-84.

Joos, J.
Die katholischen Arbeitervereine. M.Gladbach 1913.

Just, A.
Die evangelischen Arbeitervereine. Leipzig 1906.

Kalis, A.
Die christlich-soziale Arbeiterbewegung in Essen, in: Die Heimatstadt Essen. Jahrbuch 1965/66, S. 55-69.

Kalis, A.
Die Geschichte der Arbeiter- und Knappenbewegung im Ruhrgebiet. (=Beiträge und Quellen zur Geschichte religiöser und kirchlicher Verhältnisse im Werden und Wandel des Ruhrgebietes). Hrsg. von der kirchlichen Sozialforschung im Sozialinstitut des Bistums Essen. Essen 1968.

Karl Kühne 75 Jahre! Festschrift des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter. Hrsg. von der Bezirksleitung Bochum. o.O.o.J.

Katholische Kirche Bochum. Informationen - Initiativen - Ideen. Hrsg. vom Katholikenausschuß in der Stadt Bochum.

Katz, H..
Katholizismus zwischen Kirchenstruktur und gesellschaftlichem Wandel, in: K. Gabriel /F.X. Kaufmann (Hrsg.), Zur Soziologie des Katholizismus. Mainz 1980, S. 112-144.

Keller, P.
Die Geschichte der katholischen Arbeitervereine in Unterfranken von 1884-1934. Mag. Würzburg 1976.

Kirchhoff, H.G.
Die staatliche Sozialpolitik im Ruhrbergbau 1871-1914. (=Wissenschaftliche Abhandlungen der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes NRW Bd. 4). Köln/Opladen 1958.

Kissling, J.
Geschichte der deutschen Katholikentage. 2 Bde. Münster 1920-1923.

Kleßmann, Ch.
Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870-1945. Soziale Integration und nationale Subkultur einer Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft (=Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft. Bd. 30). Göttingen 1978.

Kleßmann, Ch.
Der "Wiarus Polski" - Zentralorgan und Organisationszentrum der Polen im Ruhrgebiet 1891-1923, in: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark 69 (1974), S. 383-397.

Köllmann, W. (Hrsg.)
Bevölkerung in der industriellen Revolution. Göttingen 1974.

Köllmann, W.
Rheinland und Westfalen an der Schwelle des Industriezeitalters, in: ders. (Hrsg.), Bevölkerung in der industriellen Revolution. Göttingen 1974, S. 2o8-228.

Köllmann, W.
Vom Knappen zum Bergarbeiter: Die Entstehung der Bergarbeiterschaft an der Ruhr, in: H. Mommsen und U. Borsdorf (Hrsg.), Glück auf, Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisationen in Deutschland. Köln 1979, S. 23-48.

Köllmann, W.
Von Rheinisch-westfälischer Wirtschaft, in: W. Först (Hrsg.), Rheinisch-Westfälische Rückblende. Köln - Berlin 1967, S. 125-171.

Köllmann, W. /Marschalck, K. (Hrsg.)
Bevölkerungsgeschichte. Köln 1972.

Koch, M.-J.
Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet zur Zeit Wilhelm II. (1889-1914). Düsseldorf 1954.

Kosyk, K.
Das "Dampfboot" und der Rhedaer Kreis, in: Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung 2 (1958), S. 1-6o.

Kosyk, K.
Lambert Lensing (1851-1928), in: Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien. Bd. 1o. Münster 1974, S. 116-137.

Kosyk, K.
Der märkische Arbeiterführer Karl Wilhelm Tölcke, in: Der Märker 12 (1963), S. 94-97.

Kracht, H.J.
Adolf Kolping und die Gründung der ersten Gesellenvereine in Westfalen, in: M. Bierbaum (Hrsg.), Studia Westfalica, Festschrift für Alois Schröer. Münster 1973, S. 195-213.

Kracht, H.J.
Organisation und Bildungsarbeit der katholischen Gesellenvereine (1846-1864) (=Die Arbeiterbewegung in den Rheinlanden, H. 3) Wentorf 1975.

Krautschneider, E.
Direktionsprinzip und Inspektionsprinzip im Bergrecht, in: ZfB 103 (1962), S. 26-31.

Kreuzer, C.
Mit Kreuz und Hammer. Katholische Arbeiterschaft in Bochum und Hattingen 1863-1933. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Bochum 1979.

Krins, F.
Die neuere Barbaraverehrung in Nordrhein-Westfalen. Ein Beitrag des Ostens zur Volkskunde Westdeutschlands, in: Jahrbuch für Volkskunde der Heimatvertriebenen 2 (1956), S. 154-166.

Kudera, L.
Der Gewerkschaftsstreit der deutschen Katholiken in der Publizistik (1900-1914). Diss. Münster 1957.

Kulemann, W.
Die Berufsvereine. 1. Abt.: Geschichtliche Entwicklung der Berufsorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aller Länder. Bd. II. Jena 1908.

Lademacher, H.
Vom Arbeiterverein zur Massenpartei, in: W. Först (Hrsg.), Politik und Landschaft. Köln - Berlin 1969, S. 53-102.

Langerhans, H.
Partei und Gewerkschaft. Eine Untersuchung zur Geschichte der Hegemonie der Gewerkschaft in der deutschen Arbeiterbewegung (1890-1914). Diss. Frankfurt 1931.

Langner, A.
Grundlagen des sozialethischen Denkens bie Wilhelm Emmanuel von Ketteler, in: A. Langner (Hrsg.), Theologie und Sozialethik im Spannungsfeld der Gesellschaft. Untersuchungen zur Ideengeschichte des deutschen Katholizismus im 19. Jahrhundert. München - Paderborn - Wien 1974, S. 61-112.

Langner, A. (Hrsg.)
Theologie und Sozialethik im Spannungsfeld der Gesellschaft. Untersuchungen zur Ideengeschichte des deutschen Katholizismus im 19. Jahrhundert. München - Paderborn - Wien 1974.

Lehmkühler, M.-L.
Streik als soziale Krise des Großbetriebes. Eine historisch-soziologische Studie über den Ruhrbergbau., in: Soziale Welt 3 (1951/52), S. 143-155.

Lelieveld, B.
Die Wandlung der Ständeidee in der deutschsprachigen katholisch-sozialen Literatur des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts bis zum Erscheinen der Enzyklika "Quadragesimo Anno" (1931). Diss. Bonn 1965.

Lenhart, L.
Die erste Mainzer Theologenschule des 19. Jahrhunderts (18o5-183o). Erster Teil, in: Jahrbuch für das Bistum Mainz 6(1951-1954), S. 93-186. Zweiter und dritter Teil, in: Jahrbuch für das Bistum Mainz 7 (1955-1957), S. 9-13o.

Lepper, H.
Kaplan Franz Eduard Cronenberg und die christlich-soziale Bewegung in Aachen 1868-1878, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 79 (1968), S. 57-148.

Lill, R.
Die Beilegung der Kölner Wirren 184o-1852, vorwiegend nach den Akten des Vatikanischen Geheimarchivs. Düsseldorf 1962.

Lill, R.
Der Kampf der römischen Kurie gegen den politischen Modernismus, in: E. Weinzierl (Hrsg.), Die päpstliche Autorität im katholischen Selbstverständnis des 19. und 2o. Jahrhunderts. Salzburg 197o, S. 1o9-123.

Linde, H.
Die soziale Problematik der masurischen Agrargesellschaft und die masurische Einwanderung in das Emscherrevier, in: H.-U. Wehler (Hrsg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte. Köln [5]1976, S. 456-47o.

Lingnau, J.
Das System sozialer Hilfeleistungen für die Bergarbeiter in der Knappschaftsversicherung des Ruhrbergbaus 1767-1961. Köln-Opladen 1965.

Löhr, W.
Verband katholischer Industrieller und Arbeiterfreunde. Mitglieder und Mitgliederstruktur des Vereins 1888, in: Rheinische Vierteljahresblätter 41 (1977), S. 1o3-1o7.

Lösch, S.
Die Anfänge der Tübinger Theologischen Quartalsschrift (1819-1831). Gedenkgabe zum 1oo. Todestag Joh. Ad. Möhlers. Rottenburg a.N. 1938.

Ludwig, H.
Theologie der Befreiung und katholische Soziallehre, in: H. Goldstein (Hrsg.), Befreiungstheologie als Herausforderung. Anstöße - Anfragen - Anklagen der lateinamerikanischen Theologie der Befreiung an Kirche und Gesellschaft hierzulande. Düsseldorf 1981, S. 182-2o5.

Lütge, F.
Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Berlin - Heidelberg - New York [3]1966.

Machtan, L.
"Im Vertrauen auf unsere gerechte Sache..." Streikbewegungen

der Industriearbeiter in den 7oer Jahren des 19. Jahrhunderts, in: K. Tenfelde / H. Volkmann (Hrsg.), Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung. München 1981, S. 52-73.

Machtan, L.
Zur Streikbewegung der deutschen Arbeiter in den Gründerjahren (1871 bis 1873), in: IWK 1978, Heft 4, S. 419-442.

Mämpel, A.
Bergbau in Dortmund. Bd. 1 - 3. Dortmund 1963-1969.

Maier, H.
Kirche und Gesellschaft. München 1972.

Marx, H.
Die Geschichte der katholischen Arbeiterbewegung und ihrer Vereine in der Erzdiözese Paderborn von ihren Anfängen bis Herbst 1933. Eine Materialsammlung. Bödefeld 1967.

Mattheier, K.J.
Die Gelben. Nationale Arbeiter zwischen Wirtschaftsfrieden und Streik. Düsseldorf 1973.

Mattheier, K.J.
Werkvereine und wirtschaftsfriedliche-nationale (gelbe) Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet, in: J. Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen. Wuppertal 1974, S. 173-2o4.

McCreary, E.Ch.
Essen 186o-1914. A case study of the impact of industrialization on German community life. Diss. Yale University 1963.

Meisenburg, F.
Die Stadt Essen in den Revolutionsjahren 1848-49, in: Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen 59 (1949), S. 221-274.

Mertes, P.H.
Das Werden der Dortmunder Wirtschaft. Dortmund ^{2}1942.

Mews, K.
Gustav Natorp (1824-1891), in: Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien Bd. 8. Münster 1962, S. 32-55.

Mockenhaupt, H.
Weg und Wirken des geistlichen Sozialpolitikers Heinrich Brauns. München - Paderborn - Wien 1977.

Möllers, P.
Die Essener Arbeiterbewegung in ihren Anfängen, in: Rheinische Vierteljahresblätter 25 (196o), S. 42-65.

Möllers, P.
Die politischen Strömungen im Reichstagswahlkreis Essen zu Zeit der Reichsgründung und des Kulturkampfes 1867-1887. Diss. Bonn 1955.

Mogs, F.
Die sozialgeschichtliche Entwicklung der Stadt Oberhausen zwischen 185o und 1933. Diss. Köln 1956.

Mommsen, H. (Hrsg.)
Arbeiterbewegung und industrieller Wandel. Studien zu gewerkschaftlichen Organisationsproblemen im Reich und an der Ruhr. Wuppertal 198o.

Mommsen, H. /Borsdorf, U. (Hrsg.)
Glück auf, Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisationen in Deutschland. Köln 1979.

Müller, F.
Franz Hitze und sein Werk. Hamburg - Berlin - Leipzig 1928.

Müller, O.
Katholische Arbeitervereine. Ihre Notwendigkeit, Aufgaben und Einrichtungen. Mönchengladbach o.J.

Münz, H.
Die Lage der Bergarbeiter im Ruhrrevier. Essen 19o9.

Na'aman, S.
Lasalle. Hannover 197o.

Nell-Breuning, O. von
Auseinandersetzung mit Marx und seiner Lehre. Anmerkungen zu einer Kontroverse um das Synodendokument "Kirche und Arbeiterschaft", in: StdZ 194 (1976), S. 173-182.

Nell-Breuning, O. von
Auseinandersetzung mit dem Sozialismus. Anmerkungen zu einer Kontroverse um das Synodendokument "Kirche und Arbeiterschaft", in: StdZ 194 (1976), S. 261-272.

Nell-Breuning, O. von
Katholische Marx-Renaissance? In: StdZ 183 (1969/7o), S.1-9.

Nell-Breuning, O. von
Kirche und Arbeiterschaft. Zum Streit um die gleichnamige Synodenvorlage, in: StdZ 193 (1975), S. 339-352.

Nell-Breuning, O. von / Ruhmöller, G.
Kirche und Arbeiterschaft, in: D. Emeis /B. Sauermost (Hrsg.) Synode - Ender oder Anfang. Ein Studienbuch für die Praxis in der Bildungs- und Gemeindearbeit. Düsseldorf 1976, S. 177-2o3.

Nell-Breuning, O. von
Sozialer und politischer Katholiszismus, in: StdZ 193(1975), S. 147-161.

Nettmann, W.
Witten in den Reichstagswahlen des Deutschen Reiches 1871-1918, in: Wittener Jahrbuch 7o (1972), S. 77-165.

Neubaur, P.
Mathias Stinnes und sein Haus. Ein Jahrhundert der Entwicklung: 18o8-19o8. Mülheim 19o8.

Neuloh, O.
Sozialer Wandel und Industrialisierung im 19. Jahrhundert. Versuch eines Ordnungsschemas, in: W. Rüegg / O. Neuloh (Hrsg.), Zur soziologischen Theorie und Analyse des 19. Jahrhunderts (= Studien zum Wandel von Gesellschaft und Bildung im 19. Jahrhundert, Bd. I), Göttingen 1971, S. 65-8o.

Neumann, W.
Die Gewerkschaften im Ruhrgebiet. Voraussetzung, Entwicklung und Wirksamkeit. Köln 1951.

Niethammer, L. (Hrsg.)
Wohnen im Wandel. Wuppertal 1979.

Oldenburg, K.
Studien zur Rheinisch-Westfälischen Bergarbeiterbewegung. Leipzig 189o.

Opladen, P.
Groß St. Martin, Geschichte einer stadtkölnischen Abtei. Düsseldorf 1954.

Patemann, R.
Der deutsche Episkopat und das preußische Wahlrechtsproblem 1917/18, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 18 (1965), S. 345-371.

Pieper, L.
Die Lage der Bergarbeiter im Ruhrrevier. Berlin - Stuttgart 19o3.

Piersig, W.
Geschichte der Dortmunder Tagespresse. Dortmund 1915.

Plum, G.
Gesellschaftsstruktur und politisches Bewußtsein in einer katholischen Region 1928-1933. Untersuchungen am Beispiel des Regierungsbezirks Aachen. Stuttgart 1972.

Poulat, E.
Intégrisme et catholicisme intégral. Un réseau secret international antimoderniste: La "Sapinière" (19o9-1921), Tournai 1919.

Pülke, E.
Geschichte der politischen Parteien im Kreise Recklinghausen von ihrer Entstehung bis zum Ende des Kulturkampfes. (1848 bis 1889) (=Vestische Zeitschrift, Bd. 41). Recklinghausen 1934.

Rauscher, A. (Hrsg.)
Entwicklungslinien des deutschen Katholizismus (=Beiträge zur Katholizismusforschung (B Rheihe B: Abhandlungen). München - Paderborn - Wien 1973.

Rauscher, A.
Gegen Schlagworte wie "fortwirkender Skandal", Stellungnahme zu "Kirche und Arbeiterschaft", in: Deutsche Tagespost vom 2o.11.1974.

Retzbach, A.
Franz Joseph Ritter von Buß. Zu seinem 5o. Todestag (31. Januar 1928). Mönchengladbach 1927.

Reulecke, J. (Hrsg.)
Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen. Wuppertal 1974.

Reulecke, J.
Vom blauen Montag zum Arbeiterurlaub, in: Archiv für Sozialgeschichte 16 (1976), S. 2o5-248.

Reulecke, J. /Weber, W. (Hrsg.)
Fabrik - Familie - Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter. Wuppertal 1978.

Ritter, E.
Die katholisch-soziale Bewegung Deutschlands im 19. Jahrhundert und der Volksverein. Köln 1954.

Rivinius, K.J.
Sozialpolitische Wirksamkeit des Preßkaplans Georg Friedrich Dasbach (1846-19o7), in: Jahrbuch für christliche Sozialwissenschaften 21 (198o), S. 233-262.

Rupprecht, J.
Die katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands. Würzburg 19oo.

Saitschick, R.
Joseph Görres und die abendländische Kultur. Olten - Freiburg 1953.

Schieder, W.
Kirche und Revolution. Zur Sozialgeschichte der Trierer Wallfahrt von 1844, in: Archiv für Sozialgeschichte 14 (1974), S. 419-454.

Schiel, H.
Johann Michael Sailer, 2 Bde. Regensburg 1948/1952.

Schindlmayr-Reyle, J.
Die Arbeiterbewegung in der Rheinprovinz 1850-1862. Diss. Köln 1969.

Schmidt, E.
Erster Massenstreik der Bergleute, Essen im Jahre 1872, in: Das Münster am Hellweg 25 (1972), S. 107-128.

Schmidt, E.
Die Vertreibung der Jesuitenpatres - erster Höhepunkt des Kulturkampfes in Essen, in: Das Münster am Hellweg 25 (1972), S. 129-146.

Schmidt-Breilmann, A.
Der Einfluß der Industrialisierung auf das Handwerk. Untersuchungen über die Auswirkungen des Kohlenbergbaus im Raum Recklinghausen, in: Vestische Zeitschrift 55 (1953), S. 19-81.

Schmidt-Volkmar, E.
Der Kulturkampf in Deutschland 1871-1890. Göttingen 1962.

Schneider, M.
Aussperrung. Ihre Geschichte und Funktion vom Kaiserreich bis heute. Köln 1980.

Scholl, H.S.
Katholische Arbeiterbewegung in Westeuropa. Bonn 1966.

Scholten, B.
100 Jahre Redemptoristenkloster Bochum. Bochum 1968.

Schröter, H.
Gerhard Stötzel. Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Essen, Stadt und Land, von 1877-1905, in: Das Münster am Hellweg 31 (1978), S. 67-76.

Schürmann, K.H.
Zur Vorgeschichte der christlichen Gewerkschaften. Freiburg 1958.

Schulte, E.
Kirchengeschichte Wattenscheids. Zweiter Teil von 1821 bis 1945. Wattenscheid 1952.

Schulte, E.
Vom Kulturkampf im Ruhrgebiet 1871-1886, in: Das Münster am Hellweg 20 (1967), S. 79-90.

Schulte, W.
Volk und Staat. Westfalen im Vormärz und in der Revolution 1848/49. Münster 1954.

Schwalbach, H.
Der Mainzer "Katholik" als Spiegel des neuerwachten kirchlich-religiösen Lebens in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1821-1850). Diss. Mainz 1966.

Serlo, W.
Die preußischen Bergassessoren. Essen ^{5}1938.

Sommer, K.-H.
Der Verband "Arbeiterwohl" und der Volksverein für das katholische Deutschland. Arbeiter- und Volksbildung katholisch-sozialer Vereinigungen, in: Erwachsenenbildung 26 (1981), S. 2-12.

Spethmann, H.
Franz Haniel. Sein Leben und seine Werke. Duisburg - Ruhrort 1956.

St. Barbara, Patronin des Bergbaus, in: Westfalenspiegel. Dez. 1955.

Stegmann, F.J.
Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus, in: H. Grebing (Hrsg.), Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. München - Wien 1969, S. 325-560.

Stegmann, F.J.
Der soziale Katholizismus und die Mitbestimmung in Deutschland. Vom Beginn der Industrialisierung bis zum Jahre 1933. München - Paderborn - Wien 1974.

Stegmann, F.J.
Von der ständischen Sozialreform zur staatlichen Sozialpolitik. Der Beitrag der Historisch-Politischen Blätter zur Lösung der sozialen Frage. München - Wien 1965.

Steinberg, M.G.
Was ist das Ruhrgebiet? Grenzen und innere Gliederung, in: W. Först (Hrsg.), Menschen, Landschaft und Geschichte. ein rheinisch-westfälisches Lesebuch. Köln - Berlin 1965, S. 152-163.

Steinberg, M.G.
Zur Sozialgeschichte des Reviers, in: W. Först (Hrsg.), Rheinisch-Westfälische Rückblende. Köln - Berlin 1967, S. 229-274.

Steinisch, I.
Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, in: H. Mommsen/U. Borsdorf (Hrsg.), Glück auf, Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisatioenn in Deutschland. Köln 1979, S. 273-299.

Strauch, R.
Die "Tremonia" in Dortmund und die Verleger Lensing. 3 Teile. Dortmund 1959. (unveröffentlichtes Manuskript).

Tenfelde, K.
Bergarbeiterkultur in Deutschland. Ein Überblick, in: Geschichte und Gesellschaft 5 (1979), S. 12-53.

Tenfelde, K.
Bergmännisches Vereinswesen im Ruhrgebiet während der Industrialisierung, in: J. Reulecke und W. Weber (Hrsg.), Fabrik - Familie - Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter. Wuppertal 1978, S.315-344.

Tenfeld, K.
Das Fest der Bergleute. Studien zur Geselligkeit der Arbeiterschaft während der Industrialisierung am Beispiel des deutschen Bergbaus, in: G.A. Ritter (Hrsg.), Arbeiterkultur. Königstein 1978, S. 2o9-246.

Tenfelde, K.
Gewalt und Konfliktregelung in den Arbeitskämpfen der Ruhrbergleute bis 1918, in: F. Engel-Janosi u.a. (Hrsg.) Gewalt und Gewaltlosigkeit. Probleme des 2o. Jahrhunderts. Wien 1977, S. 183-236.

Tenfelde, K.
Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert. Vonn 1977.

Tenfelde, K. /Volkmann, H. (Hrsg.)
Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung. München 1981.

Thron, K.
Die Stadt Recklinghausen. Die bergbauliche Entwicklung und der Einfluß auf die wirtschaftlichen Verhältnisse (187o-1912). Bückeburg 1935.

Thun, A.
Die Socialpolitik des deutschen Katholizismus, in: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich 6 (1882), S. 821-857.

Trunz, E.
Fürstenberg, Fürstin Gallitzin und ihr Kreis.
Münster 1955.

Vogelsang, H.
Geschichte, Verfassung und Verwaltung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands. Essen 1915.

Vogelsang, H.
Verfassung und Verwaltung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter (=Gewerkschaftsbibliothek, H. 2). Cöln 191o.

Vogt, K.-H.
Katholische Arbeiterbildung und Kirchlichkeit der katholischen Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert - Ein Beitrag zur Genese der kirchlichen Erwachsenenbildung. Diss. Bonn 1978.

Weber, W.
Der Arbeitsplatz in einem expandierenden Wirtschaftszweig: Der Bergmann, in: J. Reulecke /W. Weber (Hrsg.), Fabrik - Familie - Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter. Wuppertal 1978, S. 89-113.

Wehler, H.-U.
Bismarck und der Imperialismus. Köln ^{3}1972.

Wehler, H.-U.
Die Polen im Ruhrgebiet bis 1918, in: ders. (Hrsg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte. Köln ^{5}1976, S. 437-455.

Wichelhaus, M.
Konfession und Revolution, in: K. Goebel und M. Wichelhaus (Hrsg.), Aufstand der Bürger, Revolution 1849 im westdeutschen Industriezentrum. Wuppertal 1974, S. 247-281.

Wieber, F.
Aus meinem Leben. Berlin-Wilmersdorf 1924.

Wieber, G.
Der Duisburger Ehrenbürger Franz Wieber, in: Duisburger Forschungen 14 (1970), hrsg. vom Stadtarchiv Duisburg in Verbindung mit der Mercator-Gesellschaft, S. 137-151.

Wiel, P.
Wirtschaftsgeschichte des Ruhrgebietes. Tatsachen und Zahlen. Essen 1970.

Witten. Werden und Weg einer Stadt. Witten 1961.

Zeck, H.F.
Vom Werden und Wachsen der katholischen Arbeiterbewegung. Köln 1932.

VI. Festschriften

Berggold, H.
100 Jahre Deutsche Sozialdemokratie 1863-1963. Feschrift zum Bezirksparteitag Westliches Westfalen in Siegen am 8. und 9. Juni 1963. Siegen 1963.

Die evangelischen Arbeitervereine im Silberkranze. 1881-1907 o.O.o.J. (1907)

Festbuch des katholischen Arbeitervereins St. Ludgerus Essen - Rüttenscheid. 85 Jahre 1865/1951. o.O.o.J. (1951)

Festschrift anläßlich des 60jährigen Bestehens des Katholischen Arbeitervereins "St. Barbara" Dortmund - Hombruch am Sonntag, den 18. Oktober 1953 in der Turnhalle Barop. (1893 bis 1953) Dortmund - Hombruch o.J. (1953)

Festschrift aus Anlaß des Dreißigjährigen Bestehens des Bezirksverbandes Aachen der katholischen Arbeitervereine 1928. o.O.o.J. (1928)

Festschrift aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Bezirksverbandes Essen der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine 1904-1929. Essen o.J. (1929)

Festschrift aus Anlaß des 100jährigen Jubiläums der katholischen Arbeiterbewegung St. Ludgerus Essen - Rüttenscheid o.O.o.J. (1957)

Festschrift aus Anlaß des 100jährigen Jubiläums der katholischen Arbeitnehmer- und Männerbewegung in Unna, St. Katharina und St. Martin. Freitag, den 29. September und Samstag, den 30. September 1972. o.O.o.J.(1972)

Festschrift der KAB St. Antonius Freisenbruch zum 90jährigen Bestehen (1977). o.O.o.J. (1977)

Festschrift des katholischen Knappenvereins St. Barbara Essen - Altstadt 1860-1960. o.O.o.J.(1960)

Festschrift zum Goldenen Jubiläum des katholischen Knappenvereins Essen/ Ruhr. Hrsg. unter hervorragender Mitarbeit des Herrn Redakteur H. Imbusch vom Präses des Jubelvereins. o.O.o.J. (1910).

Festschrift zum Goldenen Jubelfest des katholischen Knappenvereins "Bergmannsglück" Altenessen - Nord, hrsg. vom Präses des Jubelvereins Kaplan Koenen. o.O.o.J. (1913).

Festschrift zum 100jährigen Bestehen der KAB Propstei St. Gertrudis Wattenscheid. Sonntag, den 7. September 1969. 1869/1969. o.O.o.J. (1969)

Festschrift zum 60jährigen Bestehen der katholischen Arbeiter-Bewegung St. Josef, Duisburg (1950). o.O.o.J.(1950)

Festschrift zum 65jährigen Bestehen des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands 189o-1955. Hattingen o.J.(1955)

Festschrift zum 9ojährigen Jubiläum der katholischen Arbeiterbewegung St. Lamberti, Gladbeck - Mitte. 23. und 24. September 1961. o.O.o.J. (1961)

1883-19o8. Festschrift zum Silbernen Jubelfest des St. Franziskus-Knappenvereins zu Duisburg - Meiderich. o.O.o.J (19o8)
Festschrift zur Erinnerung an das Silber-Jubiläum des katholischen Arbeiter-Vereins Essen - Altendorf am 2. und 3. August 1914. o.O.o.J. (1914)

Festschrift zur Feier des 6ojährigen Bestehens des katholischen Arbeiter-Vereins zu Büren 1864-1924. Büren o.J.(19

Festschrift zur 75-Jahrfeier der katholischen Arbeiterbewegung St. Johann, Duisburg - Hamborn am 2. Oktober 1966. o.O.o.J. (1966)

Festschrift zur Feier des 25. Stiftungsfestes des katholischen Arbeiter-Vereins der St. Josefs-Pfarre zu Oberhausen Styrum am 23. und 24. Juli 1911. o.O.o.J.(1911)

Festschrift zur Goldenen Jubelfeier des katholischen Knappen- und Arbeitervereins St. Lambert zu Gladbeck i.W. Im Auftrage des Vereins verfaßt vom Rektor van Acken. Gladbeck i.W. (1921).

Festschrift zur 75-Jahrfeier der katholischen Arbeiterbewegung. (Feldhausen 1961). o.O.o.J.(1961)

Festschrift zur 1oo. Jubelfeier der katholischen Arbeiterbewegung "St. Barbara", Wanne - Eickel (St. Marien) am 3o., 31. Mai und 1., 2. Juni 1964. o.O.o.J.(1964)

Fünfundzwanzig Jahre evangelische Arbeitervereine. 1882-19o7. o.O.o.J.(19o7)

Gerechtigkeit schafft Frieden. Festschrift aus Anlaß des 1oojährigen Jubiläums der katholischen Arbeiter-Bewegung St. Ludgerus. Essen Rüttenscheid. o.O.o.J.

Goldene Jubelfeier des St. Michael-Arbeitervereins zu Duisburg - Meiderich am 27., 28. und 29. Juli 19o7. 1857-19o7. Festschrift. Hrsg. im Auftrag des Vereins von Hubert Kampmann, Küster an St. Michael, Duisburg - Meiderich o.O.o.J. (19o7)

1887-1937. Goldenes Jubelfest des katholischen Arbeitervereins St. Pankratius Osterfeld. o.O.o.J.(1937)

Imbusch, H.
25 Jahre Gewerkverein christlicher Bergarbeiter. Essen 191

25 Jahre christliche Gewerkschaftsbewegung 1899-1924. Berlin 1924.

1889-1929. 4o Jahre Bergbau und Bergarbeiterverband. Zur Gründung des Deutschen Bergarbeiterverbandes. Bochum 1929.

1oo Jahre in und um St. Josef, Essen - Frintrop. Hrsg. von der katholischen Pfarrgemeinde St. Josef, Essen - Frintrop. Mülheim a.d. Ruhr 1977.

1oo Jahre KAB. 1873-1973 katholische Arbeitnehmer-Bewegung St. Dionysius, Essen - Borbeck. o.O.o.J.(1973)

Kirche und Gesellschaft mirgestalten. 5o Jahre KAB Bezirksverband Duisburg. Dokumentation. Hrsg. von KAB Bezirksverband Duisburg.

9o Jahre KAB Gelsenkirchen-Bulmke. Jubiläums-Festschrift. o.O.o.J. (1975)

9o Jahre KAB Herz-Jesu Duisburg - Meiderich. o.O.o.J. (1973).

1oo Jahre KAB in St. Peter in Recklinghausen - Stadt im Bistum Münster. o.O.o.J. (1967).

1872-1972. 1oo Jahre KAB St. Antonius, Herten. o.O.o.J.(197

9o Jahre KAB. Katholische Arbeitnehmerbewegung St. Joseph in Essen - Frintrop 1884-1974. Essen 1974.

1874-1974. 1oo Jahre KAB St. Clemens Oberhausen - Sterkrade. o.O.o.J.(1974)

9o Jahr KAB St. Josef. Thomas Morus, Gelsenkirchen - Ückendorf. Rundbrief 3 Jg., Nr. 3 Extra-Ausgabe vom 4. September 1975.(1975)

1868-1958. 9o Jahre St. Pankratius Osterfeld. o.O.o.J.

75 Jahre Katholische Arbeiterbewegung und Männerverein "St. Josef". Herbede - Ruhr. o.O.o.J. (1964).

75 Jahre katholische Arbeiterbewegung Duisburg, St. Joseph 189o. Hrsg. von Kaplan Winfried Suchhardt o.O.o.J.(1964

5o Jahre Katholische Arbeiter-Bewegung St. Antonius, Essen - Frohnhausen. o.O.o.J. (19o5).

9o Jahre katholische Arbeiter-Bewegung St. Ludgerus Essen-Rüttenscheid 1866-1956. o.O.o.J.(1956)

7o Jahre Katholische Arbeiter- und Männerbewegung Bochum - Grumme. o.O.o.J. (1967).

1885-1950. 65 Jahre katholische Arbeiter- und Männerbewegung St. Josef. Gelsenkirchen - Ückendorf. o.O.o.J. (1950)

75 Jahre Katholischer Arbeiter- und Männerverein St. Josef Wattenscheid - Günigfeld. o.O.o.J. (1961).

70 Jahre Katholischer Arbeiterverein Hombruch. o.O.o.J. (1963).

1874-1974. 100 Jahre katholische Arbeitnehmer-Bewegung St. Urbanus, Gelsenkirchen - Buer. o.O.o.J. (1974)

75 Jahre Katholische Arbeiterbewegung zu Essen - Frohnhausen 1881-1956. o.O.o.J. (1956)

75 Jahre Katholischer Knappen- und Arbeiterverein Essen - Katernberg 1881-1956. o.O.o.J.(1956)

100 Jahre Katholischer Knappen- und Arbeiterverein St.Lambertus, Essen - Rellinghausen 1857-1957. o.O.o.J.(1957)

100 Jahre. 1863-1963 Knappen- und Arbeiterverein Niederwenigern. o.O.o.J.(1963)

75 Jahre Knappen- und Arbeiterverein St. Barbara, Ketteler-Bund, Männerverein der St. Lambertus-Pfarrgemeinde Castrop-Rauxel I, 1883-1958. Castrop-Rauxel o.J. (1958)

100 Jahre Knappenverein Bredenscheid. Festschrift 1872-1972. o.O.o.J. (1972)

65 Jahre Männerverein St. Franziskus, Witten. o.O.o.J. (1960).

100 Jahre Marianische Männer-Kongregation St. Peter Recklinghausen 1854-1954. o.O.o.J. (1954)

25jährige Jubiläumsfeier des katholischen Arbeiter-Vereins Altenessen - Nord am 16. und 17. Juni 1912 (Vereinschronik, Festprogramm). o.O.o.J. (1912)

Jüngst, E.
Festschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund in Essen. 1858-1908. Essen 1908.

1871-1971. KAB "Concordia". Witten - Annen. o.O.o.J.(1971)

KAB. 80-Jahrfeier des katholischen Arbeiter- und Knappenvereins St. Antonius, Herten. o.O.o.J. (1952).

1894-1954. KAB. Sechzigjähriges Jubiläum der katholischen Arbeiter-Bewegung St. Josef, Buschhausen. 8.-13. September 1954. o.O.o.J. (1954)

1901-1961. KAB St. Barbara Höntrop 60 Jahre. o.O.o.J.(1961)

KAB St. Franziskus Dortmund. 80 Jahre 1883-1963. o.O.o.J.(19

Kalis, A.
Mit uns zieht die neue Zeit. Festschrift zum 75jährigen Bestehen der Katholischen Arbeiterbewegung St. Maria-Himmelfahrt. Essen - Altendorf 1964.

Kampmann, Hubert
1883-1908. Festschrift zum silbernen Jubelfest des St.Franziskus-Knappenvereins zu Duisburg - Meiderich. o.O.o.J.(1908

Katholische Arbeiter- und Männerbewegung St. Franziskus, Gelsenkirchen - Bismarck. Festschrift zur Feier des 60jährigen Bestehens. Sonntag, den 9. Oktober 1949, Montag, den 10. Oktober 1949. o.O.o.J. (1949)

Katholischer Knappen- und Arbeiterverein. Bezirksverband Recklinghausen. Festschrift 1904-1929. o.O.o.J. (1929)

Katholischer Knappen- und Arbeiterverein "St. Barbara" Recklinghausen - Suderwich. Festschrift zum goldenen Jubiläum 1882-1932. o.O.o.J. (1932)

Katholischer Knappen- und Arbeiterverein "St. Barbara". Recklinghausen St. Peter. Festschrift zum 60. Stiftungsfest 1927. o.O.o.J. (1927)

St. Antonius-Knappen-Verein an St. Laurentius, Essen - Steele. 100jähriges Jubelfest 1856-1956. o.O.o.J. (1956)

St. Georg-Knappenverein Gelsenkirchen (Propsteipfarrei). Festschrift zur goldenen Jubelfeier am Sonntag, den 3. und Montag, den 4. August 1919. Hrsg. unter freundlicher Mitwirkung der Herren Abgeordneten Imbusch und Sprenger, sowie der Herren Chefredakteur Pfaffendorf und Gewerkschaftsbeamter Wolter vom Präses des Vereins. Gelsenkirchen o.J. (1919).

St. Ludgeri-Knappenverein Werden. Programm zur Feier des 25jährigen Stiftungsfestes am Sonntag, den 16. und Montag, den 17. Juli 1905. o.O.o.J. (1905)

St. Ludgeri-Knappen- und Arbeiterverein Werden - Land. 50jähriges Jubelfest 1880-1930. Sonntag, 22., Montag, 23., Dienstag, 24.6.1930. o.O.o.J. (1930)

St. Ludgeri-Knappen- und Arbeiterverein Werden - Stadt und - Land. Siebzigjähriges Stiftungsfest. 1880-1950. o.O.o.J. (1950)

45. Stiftungsfest des Katholischen Knappenvereins "Glückauf" zu Stoppenberg. Sonntag, 24. Juli 1910. Festprogramm. Essen o.J.(1910)

1882-1958. Zum Jubelfest anläßlich der 75-Jahr-Feier der katholischen Arbeiter-Bewegung St. Paulus an St. Marien Oberhausen 19. und 20. Oktober 1958. o.O.o.J. (1958)

1883-1973. Zum Jubelfest der 90-Jahr-Feier der katholischen Arbeitnehmer-Bewegung St. Paulus an St. Marien Oberhausen /Rheinland 20., 21. und 22. Oktober 1973. o.O.o.J. (1973)

Abkürzungen

a.a.O.	am angegebenen Ort
ADAV	Allgemeiner deutscher Arbeiterverein
Adelmann, Quellensammlung	G. Adelmann (Hrsg.), Quellensammlung zur Geschichte der sozialen Betriebsverfassung. Ruhrindustrie unter besonderer Berücksichtigung des Industrie- und Handelskammerbezirks Essen. 2 Bde. und Registerband. Bonn 1960 - 1968.
ASG	Archiv für Sozialgeschichte
BA	Bergamt
Bd./Bde.	Band/Bände
Best.	Bestand
Bl.	Blatt
CSBl	Christlich-Sociale Blätter
CSP	Christlich-Soziale Partei
Ders.	Derselbe
Diss.	Dissertation
E	Einwohner
Ebd.	Ebenda
EVZ	Essener Volkszeitung
Gen.	Generalia
H	Heft
HdStw	Handwörterbuch der Staatswissenschaften
HSTAD	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
Hrsg./hrsg.	Herausgeber/herausgegeben
IWK	Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung
Jg.	Jahrgang
LHAK	Landeshauptarchiv Koblenz
LRB	Landratsamt Bochum
LRE	Landratsamt Essen
LTHK	Lexikon für Theologie und Kirche
Mag.	Magisterarbeit

MdR	Mitglied des Reichstages
Mitgl.	Mitglied / Mitglieder
NBW	Nachlaß Brauns
NRW	Nordrhein-Westfalen
OB	Oberbürgermeister
OBA	Oberbergamt Dortmund
o.J.	ohne Angabe des Jahres
o.O.	ohne Angabe des Ortes
OPK	Oberpräsidium Koblenz
OPM	Oberpräsidium Münster
Präs.	Präsidialbüro
RA	Regierung Arnsberg
RD	Regierung Düsseldorf
RM	Regierung Münster
Entwicklung	Die Entwicklung des niederrheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaus in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, hrsg. vom Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund in Gemeinschaft mit der Westfälischen Berggewerkschaftskasse und dem rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat. 12 Bde. Berlin 1904.
Sp.	Spalte
StaBo	Stadtarchiv Bochum
StaBot	Stadtarchiv Bottrop
StaDo	Stadtarchiv Dortmund
StE	Stadtarchiv Essen
StaGe	Stadtarchiv Gelsenkirchen
StaHa	Stadtarchiv Hattingen
StaWatt	Stadtarchiv Wattenscheid
STAM	Staatsarchiv Münster
t	Tonne
VbI	Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund
VbI, Jahresbericht	Jahresbericht des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund
WK	Wahlkreis
WZ	Westfälische Zeitschrift
ZfB	Zeitschrift für Bergrecht

0. Einleitung

0.1 Forschungsstand

Die zurückliegende Forschung über die Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland war größtenteils an der sozialistischen bzw. gewerkschaftlichen Strömung interessiert. Der christlich-soziale Strang dieser Emanzipationsgeschichte der Arbeiterschaft ist hingegen kaum zum Gegenstand eigener Untersuchungen gemacht worden. Dies hat zum einen seine Ursache in der schlechten Quellenlage infolge der Zerstörung im 2. Weltkrieg. Andererseits wird man aber auch das Fehlen von Anknüpfungspunkten an die christlich-soziale Tradition nach der nationalsozialistischen Diktatur für dieses Defizit verantwortlich machen müssen. Die evangelischen Arbeitervereine spielten nach ihrer Zerschlagung im 3. Reich in der Öffentlichkeit kaum eine nennenswerte Rolle, die katholischen Arbeitervereine konnten erst wieder auf Druck des Vatikans gegen die Interessen einiger deutscher Bischöfe[1)] eingerichtet werden, und die christlichen Gewerkschaften waren durch die Gründung einer Einheitsgewerkschaft, in der die sozialistischen und christlich-sozialen Ströme zusammenflossen, zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Dies mag die Tatsache erklären, warum die christliche Arbeiterbewegung völlig unzureichend erforscht wurde.

Mißt man die Bedeutung der christlichen Arbeiterbewegung an ihrer Mitgliederstärke im 19. Jahrhundert, an ihrem Anteil an der sozialpolitischen Ausgestaltung der Weimarer Republik, so muß ihre Vernachlässigung in wissenschaftlichen Untersuchungen Verwunderung hervorrufen. Natürlich hat es nicht an Arbeiten zur christlich-sozialen Bewegung gefehlt. Sie zeichnen sich jedoch meist durch apologetischen Charakter aus. Ihr vordringliches Interesse - dies kann zumindest für die katholische Forschung gesagt werden - scheint darin zu bestehen, die Kirche von dem Vorwurf des Versagens in der sozialen Frage zu reinigen. Dies gilt etwa für die Arbeiten von Brüls[2)], Budde[3)] und Ritter[4)].

Auffallend bei diesen Arbeiten ist die einseitige Quellenbasis; es wurden beinah ausschließlich Quellen der eigenen Tradition benutzt, was die ohnehin schon bestehende emotionale Distanzlosigkeit zur christlich-sozialen Bewegung noch verstärkte.

Der Gewerkschaftsstreit im deutschen Katholizismus, der innerhalb der christlichen Arbeiterbewegung bzw. der christlich-sozialen Bewegung eine einschneidende Zäsur bedeutete, ist auch schon in der älteren Literatur gut erforscht worden.[5] Sie hat allerdings nur die von den Kontrahenten in dieser innerkatholischen Auseinandersetzung herausgegebenen offiziellen Publikationen ausgewertet. Aber auch hier ist die jüngere Forschung neue Wege gegangen. Rudolf Brack[6] hat besonders die Stellung des deutschen Episkopates im Gewerkschaftsstreit untersucht, was ihm nur durch Rückgriff auf Quellen in staatlichen und kirchlichen Archiven möglich war.

In den letzten Jahren hat die christlich-soziale Tradition in der Forschung wieder größere Bedeutung gefunden. Diese zeichnet sich vor allem durch einen kritischen Umgang mit den Quellen und eine vorurteilsfreie Wertung der Ereignisse aus. Besondere Erwähnung verdient die bislang wenig beachtete Dissertation von Michael Berger[7] über die katholische Arbeiterbewegung in der Zeit von 1890 bis 1914. Nicht vergessen werden darf auch die Untersuchung von Franz Focke[8] über die Idee eines christlichen Sozialismus vom Beginn der Industrialisierung bis zur Gründung der CDU nach dem 2. Weltkrieg, dem es nach eigenen Worten darum geht, "mit der Entwicklung von Organisationsstrukturen und politischer Ideologie der katholisch-sozialen Bewegung das unauflösbare Verwobensein von Ideen und Interessen, von historischer Trägheit folgender Organisationsstruktur und veränderten politischen Umweltbedingungen das organisatorisch-soziologische Vorfeld und ideologische Potential abzustecken, von denen her Entwicklung und Scheitern des spezifischen Christlichen Sozialismus nach 1945 erst verständlich wurden."[9]

Vorbildcharakter für die mit dieser Arbeit über die christliche Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vorliegende Untersuchung haben zwei regionalgeschichtliche Arbeiten. Günther Plum[10] und Herbert Lepper[11] haben unterschiedliche Phasen des Aachener Raumes zum Gegenstand ihrer Forschung gemacht. Während jedoch Plum wegen seiner zeitlichen Beschränkung auf die Spätphase der Weimarer Republik keine Erkenntnisse für diese Arbeit erbringen kann, ist Leppers Erforschung der christlichen Arbeiterbewegung in Aachen von nicht zu unterschätzendem Gewinn. Er konnte auf Grund eines intensiven Quellenstudiums die schon häufig geäußerte Verbindung zwischen der Essener und Aachener katholischen Arbeiterbewegung detaillierter nachweisen als dies bislang möglich war. Außerdem war er in der Lage, einen Traditionsstrang der katholischen Arbeiterbewegung näher zu beschreiben, der das harmonische Bild einer katholischen Arbeiterbewegung, wie es in zahlreichen Arbeiten zum Vorschein kommt, zurechtrückt. Ähnliches kann leider für die Untersuchung Peter Kellers[12] über die Geschichte der katholischen Arbeitervereine in Unterfranken nicht gesagt werden. Sie verharrt in der überholten Methode einer Organisationsgeschichtsschreibung.

Während die christlich-soziale Strömung des Aachener Raumes durch die Arbeiten von Lepper als gut erforscht bezeichnet werden kann, bleibt eine entsprechende Untersuchung über das Ruhrgebiet ein bis auf den heutigen Tag bestehendes Desiderat. Der Wandel des Ruhrreviers vom agrarisch und gewerblich strukturierten Raum zum größten zusammenhängenden industriellen Ballungsgebiet Europas hat schon sehr früh das Interesse der Historiker und Sozialwissenschaftler gefunden. Konnten doch an diesem Wirtschaftsraum in zeitlicher und räumlicher Konzentration die Probleme gesellschaftlicher Modernisierung exemplarisch bearbeitet werden. Dies hat zu einer Fülle von Untersuchungen geführt, die den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturwandel, der sich daraus ergebenen Konflikte sowie die technischen, organisatorischen und infrastrukturellen Innovationen zum Gegenstand hatten. Eine fundierte Erforschung der

christlichen Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes wird jedoch bis auf den heutigen Tag vermißt. Die sich explizit mit diesem Thema befassenden Arbeiten stehen noch so sehr in der aktuellen tagespolitischen Auseinandersetzung, daß ihnen der unvoreingenommene Blick auf die tatsächlichen Ereignisse und historischen Entwicklungslinien versperrt ist. Dies gilt für Heinrich Imbusch[13], dessen Werk als Verteidigungsschrift der christlichen Gewerkschaft der Bergarbeiter angesehen werden muß. Trotz ihres apologetischen Interesses kann diese Arbeit durch die Fülle des verarbeiteten Materials überzeugen, das uns leider heute nur noch sporadisch zur Verfügung steht.[14] Ähnliches muß auch von dem literarischen Kontrahenten Imbusch's Otto Hue[15] gesagt werden, der mit bewundernswerter Akribie eine zweibändige Geschichte der Bergarbeiterbewegung aus der Sicht der freien Gewerkschaften abgefaßt hat. Gegenüber diesen beiden Standardwerken der Geschichtsschreibung über die Bergarbeiterbewegung verfällt die Arbeit von August Erdmann[16] über die christliche Arbeiterbewegung in eine häufig überzogene Polemik.

Der christlich-sozialen Bewegung verpflichtet haben Alfred Kalis[17] und Lucien Kudera[18] jeweils eine Untersuchung über den Zusammenhang von Kirche und Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet verfaßt. Ihre Arbeiten können jedoch wissenschaftlichen Anforderungen nicht genügen. Sie stützen sich beinahe ausschließlich auf Festschriften von Arbeiter- und Knappenvereinen, deren Informationsgehalt sehr dürftig ist, und auf Pressenotizen aus dem christlich-sozialen Lager. Die Quellenbasis dieser Arbeiten ist so schmal, daß die Ergebnisse notwendigerweise nur sehr oberflächlich sein können.

Die älteren sozialgeschichtlichen Forschungen, die sich wie Koch[19] der Arbeiterbewegung zur Zeit Wilhelm II. zugewandt hat oder wie Naujoks[20] das Verhältnis von katholischer Arbeiterbewegung und Sozialismus zur Zeit Bismarcks thematisierte, hat auch die christliche Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes behandelt. Dennoch sind auch diese Arbeiten für die hier vorlie-

gende Untersuchung nur bedingt nutzbar, da sowohl der Zeitraum wie auch der geographische Raum den Gegenstandsbereich dieser Arbeit nur teilweise berühren.

In den letzten Jahren wurde der enge Rahmen einer Organisations- und Ideengeschichte der Arbeiterbewegung gesprengt und versucht "die sich wandelnde soziale Wirklichkeit empirisch aufzuschlüsseln und deren politische und soziale Folgen zu beschreiben."[21] Vor allem die von Jürgen Reulecke[22] herausgegebenen Sammelbände verdienen deshalb besondere Beachtung. Die dort aufgeführten Aufsätze verstehen es nicht nur, die sich aus dem sozio-ökonomischen Strukturwandel ergebenden sozialen Konflikte herauszuarbeiten und zu analysieren. Sie haben auch das Alltagsleben der Arbeiter einer intensiveren Untersuchung zugänglich gemacht und so eine neue Seite in der sozialgeschichtlichen Forschung aufgeschlagen. Dieser Weg wurde auch von Hans Mommsen[23] fortgesetzt. Die von ihm erst in jüngster Zeit herausgegebenen Aufsatzbände wenden sich im Unterschied zu den Veröffentlichungen von Reulecke wieder stärker der organisierten Arbeiterbewegung zu. Zwar finden sich bei ihm wie auch bei Reulecke zahlreiche Hinweise auf die christliche Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes, ohne daß jedoch der Versuch unternommen worden wäre, eine systematische Untersuchung über dieses Thema vorzulegen. Lediglich der Beitrag von Irmgard Steinisch[24] über den Gewerkverein christlicher Bergarbeiter bildet hier eine Ausnahme. Sie versucht gerade unter Einbeziehung auch anderer Quellen als christlich-sozialer die Entwicklung der ersten christlichen Gewerkschaftsbewegung darzustellen. Ihr Aufsatz darf als ein erster Schritt gewertet werden, den Traditionsstrang der christlichen Arbeiterbewegung wieder in Erinnerung zu rufen.

Jede in Zukunft noch zu schreibende Abhandlung über die Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes im 19. Jahrhundert wird an der Dissertation von Klaus Tenfelde[25] über die Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft der Ruhr nicht vorbeigehen können. Diese inzwischen als Standardwerk der sozialgeschichtlichen Forschung zu betrachtende Untersuchung besticht nicht nur durch

die Fülle des verarbeiteten Materials, sondern auch durch die Berücksichtigung der sozialen, ökonomischen, kulturellen, organisatorischen und alltagsweltlichen Aspekte der Arbeiterbewegung, die in der zurückliegenden Forschung höchstens in Detailanalysen herausgearbeitet wurden. Auch die christliche Bergarbeiterbewegung findet bei Tenfelde entsprechende Berücksichtigung, wenngleich ihr Entwicklungsweg, die innerkirchlichen Konflikte sowie die Brüche in ihrer Geschichte bis zur Konstituierung einer eigenständigen christlichen Gewerkschaftsbewegung ausgeblendet bleiben. Tenfeldes Untersuchung verdankt die hier vorliegende Arbeit viele Hinweise.

Der Vollständigkeit halber soll auch die soziologische Dissertation von Knut Hartmann[26)] über den Weg der Bergarbeiterbewegung zur Gewerkschaftsorganisation erwähnt werden. In seiner Arbeit wird der christlichen Linien dieses Weges nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Wo es dennoch geschieht, kann Hartmann sein kirchenkritisches Interesse kaum verleugnen. Seine Arbeit ist deshalb nicht frei von Vorurteilen gegen die christlich-soziale Bewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

0.2 Sozio-ökonomischer Wandel im Ruhrgebiet

Der geographische Raum, auf den sich diese Arbeit konzentriert, hat seinen Namen von einem Fluß, der nur seine südliche Grenze bildet. Die mit dem Begriff Ruhrgebiet bzw. Ruhrrevier verbundene Assoziation von Schwerindustrie und größtem industriellen Ballungsgebiet Europas verweist schon auf die Schwierigkeit einer definitorischen Festlegung durch "natürliche" Grenzen wie Flüsse, Gebirgszüge und andere geographische Merkmale. Denn der Grad der industriellen Ausdehnung, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts von der Ruhr aus ihren Anfang nahm, verlangt eine je neue Festschreibung entsprechend dem Ausmaß der Industrialisierung. Wenn an dieser Stelle dennoch eine geographische Definition des Ruhrgebietes vorgenommen wird, so nicht um dieses Gebiet ein für alle Mal festzulegen, sondern um eine - wenn

auch ungenaue - Vorstellung von der Fläche zu erhalten, auf die sich diese Arbeit bezieht: die Ruhr im Süden, die Lippe im Norden, der Rhein im Westen und die Städte Werl und Hamm im Osten.[27)]

Im Vergleich zu anderen Wirtschaftsräumen des nach den Befreiungskriegen im Jahre 1815 in das preußische Staatsgebilde eingegliederte Rheinland-Westfalen war das Ruhrgebiet eine wirtschaftlich unterentwickelte Region. Diese späte Geburt der industriellen Revolution verdankt ihr Entstehen zu einem großen Teil der Verlagerung der Eisenindustrie an die Ruhr. Am Ende des 18. Jahrhunderts gebildet erlebte das Ruhrgebiet erst ab der Mitte des 19. Jahrhunderts einen großen wirtschaftlichen Aufschwung, der diese Landschaft innerhalb weniger Jahrzehnte grundlegend verwandelte.

Noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts wies die Siedlungsstruktur des rheinisch-westfälischen Steinkohlenreviers, wie das Ruhrgebiet auch wiederholt genannt wurde, einen durchaus kleinstädtischen, ja sogar dörflichen Charakter auf. Im Gegensatz zu den Industriezentren des Niederrheins und des Bergischen Landes wie Krefeld (13.ooo Einwohner), Elberfeld (21.ooo Einwohner) und Barmen (19.ooo Einwohner) nehmen sich die Einwohnerzahlen der heutigen Großstädte des Ruhrreviers um 182o eher bescheiden aus[28)]:

Stadt	Einwohnerzahl (ungefähre Schätzung)
Dortmund	4.5oo
Essen	4.5oo
Bochum	2.ooo
Recklinghausen	2.ooo

Vor der Jahrhundertmitte - somit vor dem sich durchsetzenden Industrialisierungsprozeß des Ruhrgebietes - waren Landwirtschaft und Handwerk die bestimmenden Faktoren der Produktion, wobei vielfach eine Kopplung von landwirtschaftlicher und gewerblicher Arbeit bestand. Das Handwerk wurde in der ersten

Hälfte des 19. Jahrhunderts im Ruhrgebiet häufig nur als Nebengewerbe betrieben.[29] Die herausragende Stellung der Landwirtschaft und des Handwerks in der Gewerbestruktur des Ruhrgebietes hatte sich auch um 1850 nicht wesentlich verändert wie an den Beschäftigtenzahlen in verschiedenen Gewerbezweigen abgelesen werden kann[30]:

Gewerbe	Gewerbetreibende im Jahre 1849
Bergbau	12.048
Textil	5.060
Roheisenherstellung	2.120
Handwerk	17.730
Landwirtschaft	43.574

Die wirtschaftliche Bedeutung dieses Raumes war in den ersten Jahrzehnten gegenüber anderen Gebieten sehr gering, wobei zu bedenken ist, daß die wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Gewerbes ohnehin den Vergleich mit England nicht aushalten konnte. Gemessen am Gewerbesteuerertrag des Jahres 1831 befand sich keine Stadt des Ruhrgebietes unter den ersten 15 Städten in Deutschland.[31] Die agrarische Struktur des Ruhrgebietes bot nur geringe Beschäftigungsmöglichkeiten. Dies führte besonders im nördlichen Teil des Ruhrgebietes, im Kreis Recklinghausen, zu saisonalen Auswanderungen nach Holland und sogar zur Emigration in die Staaten der neuen Welt, nach Amerika und Kanada.[32]

Diese Tendenz änderte sich mit einer Schwerpunktverlagerung innerhalb der Gewerbestruktur zugunsten des Bergbaus und der eisen- und metallverarbeitenden Industrie. Ausgelöst wurde diese Entwicklung durch technische Innovationen im Bergbau. In den Jahren 1832/34 konnte zum ersten Mal auf der Zeche Franz bei Essen[33] die Mergelschicht durchstoßen werden. Dieser Erfolg ermöglichte erst das Vordringen zur Fettkohle und stellte die Voraussetzung zum Übergang vom Tagebau zum Stollenbau dar. Die Einführung von Dampfmaschinen, die zum Abpumpen der Schächte notwendig waren, taten ein Übriges, um den Bergbau zum füh-

renden Industriezweig des Ruhrgebietes heranwachsen zu lassen. Ein Blick auf die statistischen Angaben über Kohlenförderung, Belegschaft und Anzahl der Zechen über fünf Jahrzehnte mag das ganze Ausmaß des wirtschaftlichen Aufschwungs im Bergbau des Ruhrgebietes verdeutlichen[34]:

Jahr	Kohlenförderung mit	Belegschaft	Anzahl der Zechen
18oo	23o.558	1.546	158
181o	368.679	3.117	177
182o	425.364	3.556	161
183o	571.434	4.457	172
184o	99o.352	8.954	221
185o	1.665.662	12.741	198

Eine weitere technische Errungenschaft prägte die spezifische Gewerbestruktur des Ruhrgebietes. Im Jahre 185o gelang auf der Friedrich-Wilhelms-Hütte in Mülheim zum ersten Mal die Verhüttung von Kohle und Erz im Kokshochofen. Damit konnte die schon um 184o eingeleitete Verbindung von Kohle und Stahl noch verstärkt werden. Die Eisenindustrie wurde nicht nur Hauptabnehmer der Kohle, sondern erschloß auch durch den Ausbau des Eisenbahnnetzes dem Bergbau neue Absatzmärkte. Erst die Verbindung von Bergbau und Hüttenwerk schuf die eigentliche Voraussetzung dafür, "daß aus dem sich ausdehnenden Ruhrgebiet nicht ein einseitiges Steinkohlenrevier, sondern ein voll entwickelter Schwerindustrieraum wurde."[35]

Neben technischen Innovationen in Bergbau und Eisenindustrie und deren geglückter Kombination wird man im Ausbau des Verkehrsnetzes einen weiteren Impuls für die expandierende Industrialisierung sehen müssen. Die Schiffbarmachung der Ruhr, wodurch die Verbindung zum Rhein hergestellt und somit auch der Zugang zu neuen Märkten für Kohle und Eisen des Ruhrgebietes erschlossen wurde, leistete neben dem kontinuierlichen Ausbau des Eisenbahnnetzes hervorragende Dienste. Hier sei vor allem die Köln - Mindener - Eisenbahn genannt, die nach ihrer Eröffnung im Jahre 1847 das Ruhrgebiet mit Berlin, Stettin, Frank-

furt/Oder, Leipzig, Dresden und Bremen verband. Weitere Linienführungen bestanden zwischen Elberfeld und Hagen, Witten und Dortmund. Benachteiligt waren die Hellwegstädte. Ihre Verbindung untereinander wurde erst nach dem Bau der Bergisch-Märkischen Strecke in den Jahren 186o/62 hergestellt. Durch die Verschiebung des Abbaugebietes der Kohle von der Ruhr in die Hellwegzone gewann das Eisenbahnnetz eine immer größere Bedeutung, während die Ruhr ihre Vormachtstellung als Transportweg einbüßte. Als beschleunigender Faktor muß auch der Ausbau von Kunststraßen mit einer festen Fahrdecke angesehen werden. Dies erleichterte nicht nur den Transport, sondern verband zugleich die verschiedenen Zonen des Ruhrgebietes[36] miteinander und schuf somit erst das, was wir heute Ruhrgebiet nennen.

Zu technischen Erneuerungen und verkehrstechnischen Verbesserungen muß man die völlig neue Form der Kapitalbeschaffung als weiteren Faktor zur Entwicklung einer dynamischen Wirtschaft rechnen. Ganz im Gegensatz zu England, wo die industrielle Revolution im Textilbereich ansetzte und der Kapitalbedarf deshalb nicht so hoch war, benötigte die deutsche Schwerindustrie bedeutend höhere Summen. Diese waren im Ruhrgebiet auch vorhanden. Das von Kaufleuten in Form von Waren angelegte Kapital wurde um 185o in Industriekapital umgewandelt, der Kaufmann wurde industrieller Unternehmer, wie die Beispiele Stinnes[37] und Haniel[38] zeigen. Ohne die Bedeutung des einzelnen Unternehmers für die gewaltige Steigerung des Sozialproduktes an der Ruhr herunterspielen zu wollen, ist für den Ruhrbergbau wie für die Stahl- und Eisenindustrie die Kapitalgesellschaft die typische Unternehmensform, entweder in Form der Aktiengesellschaft bei der Stahl- und Eisenindustrie oder der bergrechtlichen Gewerkschaft beim Bergbau. Selten finden sich Einzelpersonen oder Einzelfirmen, die in der Lage waren, den gewaltigen Kapitalbedarf bei Industrieinvestitionen aufzubringen. Dies konnten nur große Kapitalgesellschaften leisten.[39]

Dem inländischen Kapital gesellte sich ausländisches hinzu. Vor allem die englische Gruppe Prussian Mining an Iron Work Company um den Iren Mulvany[40] war an der industriellen Erschließung des Ruhrgebietes stark interessiert und investierte in den sich im Aufschwung befindenden rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau. "Nur dieser westeuropäischen 'Entwicklungshilfe' war der schnelle Aufstieg des jüngsten und wichtigsten deutschen Industriegebietes zu danken, das das ältere oberschlesische Industriegebiet bereits 1870 überholt hatte."[41]

Doch weder persönliches Engagement noch Bildung von Kapitalgesellschaften noch ausländisches Kapital wären in der Lage gewesen, die gewaltigen Investitionssummen zu beschaffen, um Neugründungen von Zechen zu finanzieren. Dazu bedurfte es der Kreditbereitstellung der Banken. Diese hatten sich vor dem Industrialisierungsprozeß noch geweigert industrielle Anlagen als Sicherheiten anzuerkennen. Jetzt nahmen sie solche für Verschuldungen an "und fanden zunehmend Refinanzierungsmöglichkeiten, indem sie sich den Zugang zu persönlichen Ersparnissen verschafften und so überschüssige Einkommen mobilisierten."[42] Dabei erstreckte sich der Einfluß der Banken nicht nur auf die Organisation des Geldumlaufes und den Einsatz des Kapitals, sondern auch auf die direkte Beteiligung bei Gründungen von Bergwerksgesellschaften.

Es bedurfte gerade in der Frühphase der industriellen Entwicklung eines vierten Faktors, um das Wachstum der Wirtschaft zu beschleunigen: viele Arbeitskräfte. Der starke Bevölkerungsanstieg Deutschlands im 19. Jahrhundert hat einerseits positive Wirkungen auf den Industrialisierungsprozeß gehabt, wie umgekehrt die industrielle Produktion die Arbeitskräfte auffing, die im landwirtschaftlichen Sektor keinen Arbeitsplatz mehr finden konnten. Entscheidend für diese Entwicklung war die in den ersten zwei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts abgeschlossene Bauernbefreiung.[43] Die kapitalisierte Landwirtschaft zwang die nun rechtlich freien Bauern, ihre für die eigene Existenz-

sicherung zu kleinen Höfe zu verkaufen und sich selbst als Landarbeiter zu verdingen. Die ökonomische Unsicherheit dieser Menschen führte ab der Jahrhundertmitte zu Ost-West-Wanderungen. Zwar war die Industrie des Ruhrgebietes bis 1860 in der Lage, ihren Bedarf an Arbeitskräften noch aus eigenen Reserven zu decken. Die Zuwanderung betrug für den Zeitraum von 1844 - 1858 lediglich 9.000 Menschen.[44] Ab 1870 kamen dem neuen Wirtschaftsraum die im Osten Deutschlands ungenutzten Arbeitskräfte aber sehr zustatten. Mit ihrer Hilfe konnte der wirtschaftliche Aufschwung weitergeführt werden, ohne daß die mit der Ost-West-Wanderung verbundenen Probleme gelöst worden wären. Die politische und soziale Sprengkraft der demographischen Umschichtung wurde erst viel später erkannt, als mit Polen und Masuren auch Nichtdeutsche ins Ruhrgebiet kamen und als nationale Minderheit Gleichberechtigung und nationale Identität anstrebten.[45]

Technische Erneuerung, infrastrukturelle Verbesserung, hoher Kapitaleinsatz und Bevölkerungszunahme durch Geburtenüberschuß und Binnenwanderung waren die für die wirtschaftliche Entwicklung des Ruhrgebietes und seine strukturelle Veränderung bestimmenden Faktoren. Aus kleinen Dörfern wurden innerhalb weniger Jahrzehnte große Städte[46], die in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung die ersten Plätze einnahmen; aus einem agrarisch strukturierten Raum wurde das größte industrielle Ballungsgebiet Europas; aus Bauern und Handwerkern wurden Industriearbeiter. Höfe wurden aufgekauft, um anschließend Industrieansiedlungen Platz zu machen. Großgrundbesitzer siedelten sich an anderen Stellen an, während Heuerlinge, Tagelöhner und Gesinde mehr und mehr aus der Landwirtschaft verschwanden und zusammen mit den Handwerkern das Arbeitskräftepotential für den Ausbau der Schwerindustrie an der Ruhr bildeten. Auf diesem Hintergrund ist die Geschichte der Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes zu sehen.

0.3 Vom Direktions- zum Inspektionsprinzip - die Reform des preußischen Bergrechts

Der Bergbau als der die Entwicklung vorantreibende Gewerbezweig des Ruhrgebietes wurde durch die bestehende Rechtsordnung an seiner ökonomischen Entfaltung gehindert. Durch die "Revidierte Kleve-Märkische Bergordnung"[47] vom 29. April 1776 hatte der Staat den Steinkohlenbergbau seiner eigenen Direktion unterstellt. Er wurde zu dieser Maßnahme vor allem durch den wild wachsenden Kohlenabbau gedrängt, der nicht in der Lage war, den Bedarf an Brennmaterial zu sichern. Mit dieser gesetzlichen Regelung wurde die Tätigkeit der Gewerken auf ein Minimum reduziert.[48] Die wiederholte Einschärfung dieses Gesetzes in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts macht deutlich, daß die staatliche Lenkung des Bergbaus von den Gewerken zunehmend als Fessel empfunden wurde und einer Expansion des Steinkohlenbergbaus im Wege stand. Eine Änderung der gesetzlichen Regelung war jedoch erst im Zuge politischer Veränderungen möglich. Dazu drängte den Staat das mit Kapital und Selbstbewußtsein ausgestattete Bürgertum, das die Rechtsordnung an die technischen und ökonomischen Möglichkeiten anzupassen suchte. Während auch schon im Vormärz der Staat im Dienste der Wirtschaft stand[49], seine Vormachtstellung jedoch nicht aufgegeben hatte, wurde er nun von ihr in Dienst genommen und auf die Rolle des liberalen "Nachtwächters" verwiesen, der die Wirtschaft ihren "Gesetzen" überlassen sollte und lediglich für einen handelspolitischen Erfolg zu sorgen hatte.

Die Entwicklung der rechtlichen Neuregelung der Bergwerksverhältnisse in Preußen[50] verlief in 14 Einzelgesetzen und wurde durch das "Allgemeine Berggesetz für die Preußischen Staaten" vom 24. Juni 1865 abgeschlossen. Es handelt sich bei dieser Entwicklung um einen Weg vom Direktions- zum Inspektionsprinzip, wie E. Krautschneider richtig festgestellt hat.[51] Den Anfang machte das Gesetz über die Verhältnisse der Miteigentümer eines Bergwerkes vom 12. Mai 1851.[52] Mit ihm wurde die Betriebsführung in wesentlichen Teilen wieder dem Eigen-

tümer der Gruben übergeben. Dies betraf vor allem die Annahme und Entlassung der Arbeiter, die in der ständesstaatlichen Verfassung des Bergbaus dem Staat vorbehalten waren, sowie den Verkauf der Kohle.

Unter den Gesetzen, die den Liberalisierungsprozeß einen großen Schritt nach vorne trieben, ist das Knappschaftsgesetz vom 1o. April 1854[53)] zu nennen. Es reduzierte die Knappschaft auf ein Sozialversicherungssystem für alle Bergleute mit Selbstverwaltung und Beiträgen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die alten Knappschaften, deren Ursprünge bis ins Mittelalter zurückgehen und den Innungen vergleichbar sind, dienten eben nicht nur der materiellen Sicherstellung des Bergmannes und seiner Familien in Fällen von Krankheit, Unfall und Tod, sondern waren zugleich Orte der Standes- und Traditionspflege, die wesentlich zur Identitätsfindung beitrugen. Die Beschränkung der Knappschaft auf eine Institution der Versicherung beraubte die alten Knappschaftsverbände nicht nur ihres ständischen Charakters. Die in dem Gesetz neu eingeführte Sprachregelung "Bergarbeiter" statt "Bergmann" führte den Bergleuten auch deutlich ihren Abstieg auf die Stufe des Industriearbeiters vor Augen, gegen den sie sich allerdings erfolglos wehrten.

Materiell betroffen wurden die Bergleute durch den Wegfall der Deputatkohle, die ihnen nach dem Knappschaftsgesetz von 1824 zustand. Es konnte daher niemanden überraschen, daß diese Entwicklung von ihnen nicht unwidersprochen hingenommen wurde. Noch mehr jedoch als der Verlust alter Rechte erregten die Art und Weise, wie die nach dem Gesetz vorgesehenen Knappschaftsstatuten zustande kamen, den Unmut der Bergleute.[54)] Das Knappschaftsgesetz hatte vorgesehen, daß die "näheren Verhältnisse der Vereine... durch ein nach Anhörung der beteiligten Werksbesitzer und Arbeitervertreter zu erlassendes Statut geregelt und die Verwaltung unter Aufsicht und teilweiser, jedoch nur mehr geringer Mitwirkung des Bergamtes durch einen Knappschaftsvorstand geführt werden, dessen Mitglieder nach Vorschrift des Statuts zu der einen Hälfte von den Werksbesitzern, zur anderen

Hälfte von den Knappschaftsältesten je aus ihrer Mitte oder aus der Zahl der königlichen oder privaten Berg- oder Hüttenbeamten zu wählen waren."[55] Schon die Zusammensetzung des Knappschaftsvorstandes mußte die Bergleute als einen Eingriff in ihr verbrieftes Recht der alleinigen Besetzung des Knappschaftsvorstandes ansehen, weshalb sie die Wiedereinrichtung der Knappschaftsordnung von 1824 forderten. Ihren sozialen Abstieg konnten die Bergarbeiter aber auch an der mangelnden Information über den Sinn der Vertrauensmännerwahl ablesen. Auch die von den Vertrauensmännern gewählten Knappschaftsältesten hielten es anscheinend nicht für notwendig, die Bergleute über den Gegenstand der Beratungen im Knappschaftsvorstand zu unterrichten. Dies wird verständlich, wenn man bedenkt, daß zum Beispiel in den Revieren des Bergamtes Essen von den acht Knappschaftsältesten lediglich drei Bergleute waren. Die Bergarbeiter reagierten auf den neuerlichen Einschnitt in ihre gegenüber der Industriearbeiterschaft privilegierte Stellung mit der Annahmeverweigerung der Statuten und wie im Fall der Zeche "Urbanus" im Bergamtsbezirk Bochum durch einen Streik, ohne daß wesentliche Punkte in den Statuten geändert worden wären.

Endgültig wurde das Verhältnis zwischen Unternehmern und Bergarbeitern durch das Gesetz vom 21. Mai 1860 neu geregelt. Nach dem "Gesetz die Aufsicht der Bergbehörden über den Bergbau und das Verhältnis der Berg- und Hüttenarbeiter betreffend" wurde das Arbeitsverhältnis nun nicht mehr zwischen staatlicher Bergbaubehörde und Bergarbeitern hergestellt, sondern zwischen Bergarbeitern und Unternehmern.[56] Damit war das unter dem Direktionsprinzip garantierte Recht auf Arbeit verloren gegangen. Aus dem Bergknappen war ein Bergarbeiter geworden, der als Arbeitskraft den Unternehmern "nach ökonomischen Erfordernissen zur Disposition"[57] stand.

Der Staat selbst zog sich auf die Funktion der Inspektion zurück. Zugleich verbot dieses Gesetz jede Koalition von Bergwerkseigentümern und Bergleuten, die erst für die Bergarbeiter

die Möglichkeit geschaffen hätte, die Arbeitsbedingungen nach ihren Bedürfnissen zu verändern. Der Preis für die Ware "Arbeit' sollte allein dem Marktgesetz von Angebot und Nachfrage unterworfen sein und somit unbeeinflußbar bleiben.[58)]

Das Inspektionsprinzip, das treffend die staatliche Rolle im liberalen Bergbau definierte, fand seine formal-juristische Bestätigung durch das Preußische Allgemeine Berggesetz von 1865.[59)] Dieses Gesetzwerk, das noch durch zwei weitere Gesetze vorbereitet wurde[60)], schloß den Prozeß der Liberalisierung im preußischen Bergbau ab. Der Staat übertrug seine Aufgabe den privaten Bergwerksbesitzern und beschränkte sich auf den Erlaß sicherheitspolizeilicher Vorschriften und deren Kontrolle. Seine scheinbare Neutralität in wirtschaftlichen Fragen bestand jedoch in Wirklichkeit nicht. Vielmehr stand er, wie die Geschichte des Streiks und der Aussperrung[61)] zeigt, bis 1890 meistens auf Seiten der Unternehmer, die er wie im Fall des Streiks 1889 sogar durch den Einsatz von Militär unterstützte.

0.4 Die soziale Lage der Bergarbeiterschaft an der Ruhr unter den Bedingungen der preußischen Bergrechtsreform

Die historische Forschung hat schon immer ein besonderes Augenmerk auf die Frage gerichtet, warum sich gerade bei den Bergleuten des Ruhrgebietes ein solch hohes Maß an Militanz - abgelesen am frühen Zeitpunkt gewerkschaftlicher Organisationsbildung und an häufigen Streikausbrüchen - finden läßt. Einen Hinweis auf die Ursache der frühen Arbeiterbewegung unter den Bergarbeitern kann die Beschreibung der sozialen Lage der Bergarbeiterschaft geben. Dies kann an dieser Stelle nur unvollständig und ausschnittartig geschehen, doch vermag die Beschränkung auf Lohn- und Einkommensverhältnisse, auf Überstunden und Feierschichten sowie auf die Wohnverhältnisse einen Einblick in die soziale Lage zu geben, die noch mancher Spezialstudien besonders vergleichender Art bedarf.[62)]

Die Liberalisierung der Wirtschaft und des preußischen Bergrechts wirkte sich für die Bergleute negativ aus. Während es bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts ein Vorrecht war, zum Berufsstand des Bergmanns zu gehören, änderte sich dies mit dem Ende des Direktionsprinzips und der Abhängigkeit der Bergarbeiter von den Bedingungen des freien Arbeitsmarktes und des liberalkapitalistischen Bergbaus.

Eine einschneidende Veränderung erfuhr die Lohngestaltung. Schon in der Weltwirtschaftskrise 1857-1859, die von Nordamerika ausgehend sich über England auch auf Deutschland erstreckte[63], konnten die Bergleute erfahren, was es bedeutete, von freien Unternehmern abhängig zu sein. Zwar konnten die Unternehmer im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau 1857 die Löhne noch nicht herabsetzen. Das Bergamt in Essen hatte diese Forderung der Bergwerksbesitzer zurückgewiesen und von seiner "staatlich-direktive(n) Fürsorge für die Bergleute"[64] Gebrauch gemacht. 1859 gab dasselbe Bergamt jedoch dem Drängen der Unternehmer nach einer Gedingeherabsetzung um 2o % unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die schlechte Wirtschaftslage nach. Daran änderte auch die Weigerung einiger Belegschaften auszufahren nichts. Es fehlte an zechenübergreifenden Aktionen. Dennoch wird man in diesen Streikansätzen den Versuch der materiellen Interessensvertretung sehen müssen und nicht nur den Ausdruck eines verletzten Rechtsempfindens.[65]

Wenn auf die gesamte Lohnentwicklung in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts gesehen[66] auch eine deutliche Lohnsteigerung festzustellen ist, so wird man doch auch die zahlreichen Einbrüche in der Lohnentwicklung nicht übersehen dürfen, die aktuell die Situation des Bergmannes verschlechterten und häufig Elend in den Bergarbeiterfamilien heraufbeschworen. Erschwerend kam das Verbot der Koalition hinzu, das erst 1869 aufgehoben wurde, und der sprichwörtliche Herr-im-Hause-Standpunkt der rheinisch-westfälischen "Kohlenbarone". Wenngleich die Einkommensituation der Bergleute im Ruhrgebiet nicht schlechter,

sondern vielfach besser als in anderen Branchen war[67], so ist doch auch der Unterschied zwischen Brutto- und Nettolöhnen bei den Bergleuten zu berücksichtigen. Vom Bruttolohn wurden eben nicht nur die Krankenkassenbeiträge und Steuern abgezogen, sondern z.B. auch die Unkosten für das Öl der Öllampen, so daß das der Familie zur Verfügung stehende Einkommen gerade über dem Existenzminimum lag.

Aber nicht nur die Löhne der Bergleute wurden der ökonomischen und rechtlichen Liberalisierung unterworfen, sondern auch die Arbeitszeit. Die Schicht der Bergleute betrug unter der Direktion des Staates 8 Std., wobei Ein- und Ausfahrt wegen des Tagebaus nicht ins Gewicht fielen. Mit zunehmendem Abbau der Kohle in großer Tiefe verlängerten sich die Seilfahrten und die Anmarschwege bis zur Kohle. Die Unternehmer nutzten die unsichere Rechtslage aus und beschränkten die 8-Stunden-Schicht auf die Zeit vor Ort. Dadurch wurde aber die Arbeitszeit auf 1o und mehr Std. verlängert. Eine weitere Konsequenz des freien Arbeitsvertrages war die Verlängerung der Schicht um eine viertel-, halbe- oder ganze Schicht, so daß die Arbeitszeit vor Ort oft 1o, 12 oder 16 Std. betrug.[68] Zwar mußten die Bergleute den Überstunden zustimmen, dies war jedoch nur ein Recht auf dem Papier. Denn in Wirklichkeit konnte der Unternehmer mit Druckmitteln, die von Strafgeldern bis Entlassungsandrohungen reichten, die Überstunden durchsetzen.

Man wird das ganze Ausmaß der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau erst dann vollständig ermessen können, wenn man den Arbeitsplatz des Bergmannes im Ruhrgebiet berücksichtigt.[69] Neben der großen Hitze und dem Staub war der gesamte Arbeitsplatz in der 2.Hälfte des 19. Jahrhunderts noch so wenig mechanisiert, daß die Arbeit nur unter großen physischen Anstrengungen zu bewältigen war.

Während in Phasen der Hochkonjunktur Überschichten gefahren wurden, die auch dazu benutzt wurden, die schlechten Einkommens-

verhältnisse der Bergleute zu kaschieren, wurden die Bergleute in Zeiten wirtschaftlicher Krisen zumindest teilweise freigesetzt. Dies geschah meist durch das Einlegen von Feierschichten, um die eingearbeiteten Stammbelegschaften zur Verfügung zu haben, wenn mit einem wirtschaftlichen Aufschwung zu rechnen war. Feierschichten bedeuteten für die Bergarbeiter nicht nur aktuelle Einkommensverluste, sondern für manche Familien auch den Sturz ins Elend. Selten wurden Belegschaften gekündigt. Dies tat man wohl nur, um an aufrührerischen Arbeiterführern ein Exempel zu statuieren. Eher wurden die Bergarbeiter durch überharte Arbeitsbedingungen dazu getrieben, von sich aus zu kündigen.

Die Ausweitung der Produktion, die Förderung der Kohle aus großer Tiefe sowie der Anstieg der Belegschaften führten auch zu einem Ansteigen der Unglücksfälle und der tödlich Verunglückten im Bergbau. Während 185o nur 27 Bergleute im Bereich des Oberbergamtes Dortmund verunglückten, waren es 1883 bereits 1.89o.[7o] Gleichfalls stiegen die Massenunglücke.[71] In den 5oer Jahren gab es im gesamten Oberbergamtsbezirk lediglich drei solcher großen Unglücksfälle, in den 8oer Jahren waren es bereits fünfundzwanzig.[72]

Die scharfe Kalkulierung der Gedinge verleitete die Bergleute dazu, Sicherheitsmaßnahmen, die angeordnet waren, zu vernachlässigen. Die steigenden Unfälle wie auch der Anstieg der Invalidität sind ein deutlicher Hinweis auf die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Während das Durchschnittsalter der Vollinvaliden 1851 noch bei 51 Jahren lag, sank es 19o3 bereits auf 41 Jahre herab.[73] An dieser Entwicklung wird auch die mangelnde Möglichkeit zur Reproduktion der Arbeitskraft ihr entsprechendes Maß an Schuld tragen. Denn bis zum Ersten Weltkrieg gab es keinen bezahlten Urlaub. Die einzige Möglichkeit, sich von der Arbeit freizumachen, bestand im "Blaumachen", was sich jedoch auf den Lohn auswirkte.[74]

Schwankende Löhne, unsichere Arbeitszeiten je nach Konjunktur-

lage, Überschichten, Frühinvalidität und steigende Anzahl von Unglücksfällen hatten natürlich ihre Auswirkungen auf die soziale und wirtschaftliche Situation der Bergleute, die zudem durch veränderte Reproduktonsverhältnisse beeinträchtigt wurde. Beispielhaft seien die Wohnungsverhältnisse erwähnt. Während vor dem großen wirtschaftlichen Aufschwung in den 5oer Jahren der Anteil der Bergleute, die ein Eigenheim bewohnten, besonders in den alten Bergbaugebieten an der Ruhr sehr groß war, konnte in den späteren Jahren, bedingt durch das ungeheuere Ausmaß der Zuwanderung, nicht einmal mehr genügend Wohnraum bereitgestellt werden, geschweige denn Eigenheime mit der Möglichkeit der eigenen Lebensmittelherstellung in Form eines Nutzgartens. Die Überverdichtung war "das Kernproblem städtischer Arbeiterwohnungsfrage..., sowohl im Sinne enger und hoher Bebauung (aufgeschwemmter Altstadtbebauung, Mietskasernen mit Hinterhöfen, Keller- und Dachwohnungen in dichtgedrängten Quartieren) als auch im Sinne einer Überbelegung des einzelnen Raums mit zu vielen Personen, insbesondere die Zusammendrängung großer Familien in sehr kleinen Ein- und Zwei-Zimmer-Wohnungen."[75] Während in allen Ballungsgebieten gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Überbelegung der Wohnungen entweder auf ein zu geringes Einkommen der Arbeiter bzw. auch auf geringe Wohnbedürfnisse der Arbeiter zurückgeführt werden können, kam im Ruhrgebiet ein akuter Wohnungsmangel erschwerend hinzu. Die Unternehmer investierten ihr Kapital gewinnbringender in produktiven Anlagen, da die Kaufkraft der Arbeiter ohnehin beschränkt war und sie nur als Arbeitskräfte interessant waren. Auch die öffentliche Hand sah sich nicht veranlaßt, einschneidende Maßnahmen zur Unterbringung des nicht versiegenden Zuwanderungsstroms durchzuführen. Die Gemeinden scheuten wohl die damit verbundenen Folgekosten, zumal die Arbeiter selbst nicht genügend Steuern aufbrachten, um in den Gemeinderäten eine Lobby für ihre Interessen zu haben. So wurde die Untervermietung bzw. das Schlafgängerwesen eine geläufige Wohnform. Die Schlafgänger mieteten in Wohnungen ein Bett oder sogar nur einen Teil des Bettes an. Bis zu 7o % der Haushalte mit Kindern beherbergten Schlafgänger. Für beide Seiten war

diese Wohnform ökonomisch bedingt. Dem Vermieter verschaffte sie eine zusätzliche Verdienstquelle, dem Mieter gewährte sie eine billige Unterkunft. Doch nicht nur der wirtschaftliche Aspekt des Schlafgänger- bzw. Kostgängerwesens muß genannt werden, sondern auch der soziale. Boten doch die Kostgeberfamilien die Möglichkeit des sozialen Kontaktes. Sie erleichterten den Zugewanderten das Einleben und waren ein wichtiger Faktor zunehmender Solidarisierung unter den Bergleuten. Die schon durch das besondere Lohnsystem des Bergbaus, das Gedinge - eine Art Gruppenakkord - für notwendig erachtete Solidarität der Bergleute, die wohl auch durch die besonders gefährliche Arbeit verstärkt wurde, erfuhr durch die zu dichte Bebauung eine zusätzliche Schubkraft. Den Zuwanderern bot die Ansiedlungspolitik im Ruhrgebiet die Möglichkeit, sich nicht nur auf Grund des gemeinsamen Berufes und der gleichen Arbeitsbedingungen zu organisieren, sondern auch auf der Ebene der landsmannschaftlichen Verbundenheit. Meist wurden die Bewohner eines Dorfes im deutschen Osten oder in Polen geschlossen an einem Ort angesiedelt, so daß das Gefühl der Fremdheit und individuellen Isolierung erst gar nicht aufkam. Ganz im Gegenteil, schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts entstanden im Ruhrgebiet regelrechte Zentren der Auswanderer wie z.B. Gelsenkirchen für die Masuren[76)] und Bottrop für die Polen.[77)] Sie trugen dazu bei, daß neben den deutschen gewerkschaftlichen Organisationen der Bergarbeiter im Ausklang des 19. Jahrhunderts auch ein polnischer Gewerkverein entstand.

Arbeitsplatzbedinungen, Lohnverhältnisse, der Abbau der ehemals privilegierten Stellung des Bergmannsberufes sowie die die Solidarisierung unterstützenden Wohnverhältnisse waren wichtige Faktoren für die frühe Organisierung bergmännischer Interessen im Ruhrgebiet. Ursachen für die Militanz der Bergarbeiter des Ruhrgebietes, die auch immer konservative Aspekte beinhaltete, war eben nicht nur der Widerspruch von Kapital und Arbeit, sondern das mit dem Terminus soziale Lage gekennzeichnete Beziehungsgeflecht von Kultur, Schul- und Wohnverhältnisse, Religion, Arbeitsbedingungen, Lohnverhältnisse etc..

1 Die Anfänge der christlichen Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet

1.1 Kirchliche Erneuerung und soziale Gedankenwelt im Katholizismus des Vormärz - Voraussetzungen für das Entstehen einer christlichen Arbeiterbewegung

Neben der konkreten sozialen und ökonomischen Struktur des Ruhrgebietes sowie des sich um die Mitte des vorigen Jahrhunderts abzeichnenden Strukturwandels wird man auch die kirchenpolitische Situation und die Reflexion sozialer Verhältnisse in der katholischen Kirche des Vormärz in die Betrachtung über die Voraussetzungen einer christlichen Arbeiterbewegung einbeziehen müssen.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts zeichnete sich für die katholische Kirche Deutschlands ein tiefgreifender Wandel ab. Die durch den Reichsdeputationshauptschluß vom 25.2.1803 beschlossene Säkularisierung beraubte die Kirche nicht nur ihres weltlichen Besitzes, sondern zerschlug auch ihre organisatorische Grundlage. Die Aufhebung von geistlichen Kurfürstensitzen, Reichsfürstenbistümern, Klöstern, Abteien und katholischen Universitäten zerstörte die politischen Einflußmöglichkeiten und zentralen Bildungseinrichtungen. Die Vakanz der Bischofsstühle und die ungesicherte Rechtslage führten zu einer Stärkung des römischen Zentralismus. Denn nur durch den Papst konnte die Verwaltung der Diözesen aufrecht erhalten werden. Er war die Stelle, von der die Verwalter der Bistümer Dispenzen einholen mußten, und der es umgekehrt gelang, durch Verhandlungen, an deren Ende Konkordatsabschlüsse standen, das kirchliche Leben neu zu ordnen. Den Anfang machte der Konkordatsabschluß zwischen dem Hl. Stuhl und Napoleon, der nicht nur die Wiederherstellung kirchlicher Verhältnisse ermöglichte, sondern auch "die gallikanische Tradition, die französische Ausprägung des Episkopalismus, der die Rechte Roms begrenzen wollte, in ihrem Nerv"[1] traf.

Wenn in Deutschland auch die kirchlichen Verhältnisse nicht so ausgeprägt national und episkopal waren wie in Frankreich, so hatte doch auch hier der Gallikanismus in der deutschen Form des Febronianismus[2] seine Spuren hinterlassen. Auch hier waren die Kirchenfürsten aufgeklärt, national und ökumenisch gesinnt. Diese aufklärerische Strömung, die sich wie in Frankreich in dezentralistischen Bestrebungen äußerte, wurde durch politische wie durch geistesgeschichtliche Veränderungen abgelöst. Über den "Mainzer Kreis"[3] gelangte die französische Richtung des Ultramontanismus auch nach Deutschland. Bestand der "Mainzer Kreis" noch vollständig aus Geistlichen, so traten in den anderen Gruppierungen und Zirkeln wie dem Kreis um die Fürstin von Gallitzin[4], dem Landshuter Kreis um Johann Michael Sailer[5] und dem Wiener Kreis um Clemens Maria Hofbauer[6] die Laien stärker in den Vordergrund. Ebenso wie die neu gegründeten Zeitschriften "Der Katholik" (1821)[7] und die Tübinger "Theologische Quartalschrift" (1819)[8] stellten die o.g. Reformgruppen zwar den Katholizismus in der Öffentlichkeit dar, ohne daß ihre Ideen jedoch sofort ins breite Kirchenvolk hineingetragen worden wären. Sie bereiteten jedoch den Boden für die kommenden Veränderungen vor.[9] Ihr Gedankengut war durch die Romantik bestimmt[10], der auch so bedeutende Persönlichkeiten wie Friedrich Schlegel[11] und Friedrich Leopold Graf zu Stolberg[12] ihre Konversion zur katholischen Kirche verdankten. Gegen Aufklärung[13] und Episkopalismus befürwortete diese Richtung eine stärkere Bindung an Rom und eine gefühlsmäßige Durchdringung der Religion. Einig war man sich in der Ablehnung des Staatskirchentums, das die Geistlichen zu Staatsdiener machte, die von der Gunst weltlicher Fürsten abhängig waren.

Der Staat, der die Freiheiten der Kirche beschnitt, traf aber in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf ein gewandeltes kirchliches Selbstverständis, das auch den Konflikt mit der staatlichen Gewalt nicht scheute. Es bedurfte eigentlich nur des entsprechendes Anlasses, um den schwelenden Konflikt ausbrechen zu lassen. Die zunehmende Überfremdung der Katholiken

durch die Protestanten infolge der Kirchenpolitik Friedrich Wilhelm III. wurde durch die Verhaftung des Kölner Erzbischofs Clemens August Freiherr von Droste-Vischering[14] am 2o.11.1837 auf die Spitze getrieben. Dieses als "Kölner Ereignis"[15] in die Geschichte eingegangene staatliche Omnipotenzgebahren entfachte im Gegenzug einen Sturm der Entrüstung unter den Katholiken, der seinen publizistischen Niederschlag in Görres[16] "Athanasius" fand, der schon bald in 7.ooo Exemplaren aufgelegt wurde. Die von dem Görres-Kreis 1838 herausgegebenen "Historisch-Politischen Blätter"[17], die sich als Sprachrohr eines politischen Katholizismus verstanden, gingen von der Verteidigung kirchlicher Freiheiten zu einer offensiveren Politik über, die das gesellschaftliche Leben durch "die Verkündigung der Grundsätze wahrer Freiheit und des Rechts"[18] gestalten wollte. Besonders unter den Katholiken Rheinlands wurde durch das "Kölner Ereignis" und Görres"Athanasius" ein gewaltiger Mobilisierungs- und Solidarisierungseffekt ausgelöst, der sich in Massenwallfahrten zum Heiligen Rock nach Trier äußerte.[19] Auch neue Vereine entstanden, die weniger theologisch als vielmehr politisch ausgerichtet waren, wie der aus Solidarität mit dem verhafteten Kölner Erzbischof am Niederrrhein hervorgegangene "Clemens-August-Verein zur Wiedererweckung und Befestigung kirchlichen Lebens und Denkens" (1838) und der "Katholische Verein für Baden" (1844).[2o]

Insofern traf der Sturz des von den Katholiken als polizeistaatliches Regiment empfundenen Staates die katholische Kirche nicht unvorbereitet. Wenngleich eine aktive Teilnahme von Katholiken an der 48er Revolution trotz der kirchenpolitischen Spannungen nicht in Frage kam[21] - die Verbindung von Thron und Altar bestand nach wie vor -, wurde die Bürgerrevolution von ihnen doch freudig begrüßt. Die Katholiken nutzten die Gunst der Stunde und beanspruchten die Rechte der Vereins-, Presse- und Versammlungsfreiheit auch für sich. Ziel der damit verbundenen Aktionen war die Wiedergewinnung des durch die Säkularisation verlorengegangenen öffentlichen Einflusses und

eine anhaltende Selbständigkeit gegenüber den staatlichen Organen, die jedoch nicht als strikte Trennung aufgefaßt wurde. Die Kirche trat 1848 mit einer Reihe ganz neuer Instrumente diese Epoche an: Vereinsbewegungen sowohl für den politischen wie für den innerkirchlichen Bereich, ausgedehnte parlamentarische Tätigkeit bis hin zur Vertretung kirchlicher Interessen durch eigene Kandidaten, ein einheitliches Vorgehen des gesamten Episkopates und eine Allianz zwischen Klerus und Laien. Konkreten Ausdruck fanden solche Maßnahmen in der Gründung von Pius-Vereinen[22], in den Katholikentagen[23] und den Bischofskonferenzen.[24] Träger dieser Initiativen waren der Adel und das wirtschaftlich unabhängige Bürgertum. Vorherrschender Gedanke war dabei eine rechtliche Sicherung des politischen Spielraums der Kirche, wie sie auch in den 1.1oo Petitionen der Pius-Vereine in ganz Deutschland an die Frankfurter Nationalversammlung zum Ausdruck kamen, in denen die Vereine verlangten, daß den katholischen Kirchen- und Schulforderungen in den Grundrechten der zukünftigen Reichsverfassung gebührende Berücksichtigung zuteil werde.

Betrachtet man das neu entstandene Vereinswesen einmal nicht unter dem inhaltlichen Gesichtspunkt seiner Zielsetzung, sondern unter dem formalen Aspekt seiner Mitgliederstruktur und seiner Einbindung in die kirchliche Binnenstruktur, so fällt zunächst der hohe Anteil der Laien auf, denen unter amtskirchlicher Führung auch ein gewisses Maß an Eigenständigkeit zugestanden wurde. Die nicht unmittelbare Nutzung der katholischen Vereine für pastorale Zielsetzungen der Amtskirche, sondern ihre organisatorische Anbindung an den Rändern der pfarrlichen Pastoral bot die Möglichkeit zur Bildung "offener Rollen"... "inmitten der tradierten Kirchenstruktur."[25] Für die ab der Mitte des 19. Jahrhunderts entstehende katholische Arbeiterbewegung war dies eine wichtige Voraussetzung, weil sie dem katholischen Arbeiter die Möglichkeit eigener Organisierung innerhalb der Kirche, wenngleich mit eigenständigem Inhalt, eröffnete.

Die christliche Arbeiterbewegung ist nicht denkbar ohne die sozialen Ideen katholischer Persönlichkeiten, die einen nachhaltigen Einfluß auf die Praxis der christlich-sozialen Bewegung gehabt haben. Im Vormärz, ja vielfach bis in die 60er Jahre des 19. Jahrhunderts, können drei Ansätze in der Behandlung der sozialen Frage innerhalb des Katholizismus unterschieden werden.[26)]

Vom Mainzer "Katholik" und der Tübinger "Theologischen Quartalsschrift" wurden Entchristlichung und Entsittlichung für den Pauperismus [27)], das Abgleiten ganzer Bevölkerungsschichten in das soziale und wirtschaftliche Elend, verantwortlich gemacht. Tenor dieser Strömung[28)], die sich auch auf den Katholikentagen 1848 und 1849 in manchen Beiträgen darstellte, war die Rückkehr zur Kirche. Gesellschaftliches Elend wurde lediglich als ein Armutsproblem gewertet, dem man mit Werken der christlichen Barmherzigkeit begegnen konnte. Den zahlreichen christlichen Vereinen wurde die Aufgabe zugewiesen, sich der Armen anzunehmen. Einzig die Kirche war nach Meinung der Vertreter einer religiös-caritativen Sicht der sozialen Problematik dazu in der Lage, das soziale Elend zu beheben. Wie schwer man sich tat, den Strukturwandel von der Agrar- zur Industriegesellschaft mit ihrer liberalen Wirtschaftsorganisation zu begreifen, veranschaulicht die Erklärung und Lösung der Überbevölkerung. Den hemmungslosen Verkehr der Geschlechter sowie die leichtfertigen Eheschließungen machte man für die Überbevölkerung verantwortlich. Die Lösung dieses Problems wurde deshalb auch "in einer Beschränkung der Freizügigkeit, der Erschwerung von Heiraten und in einer Förderung des Zölibates" gesehen. "Sollten diese Mittel nicht helfen, bleibe dem Staat als letztes Mittel die Colonisation."[29)]

Wie tief verwurzelt der Gedanke von der Alleinzuständigkeit der Kirche in der sozialen Frage war, vermag man daran erkennen, daß sich auch so bedeutende Persönlichkeiten des sozialen Katholizismus wie der spätere Bischof von Mainz Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler[30)] und der Gesellenvater Adolf Kolping[31)]

in ihrer Frühphase zu dieser Sicht der sozialen Verhältnisse bekannten. Vor der ersten Versammlung des katholischen Vereins Deutschlands in Mainz am 4. Oktober 1848 sagte der damalige Pfarrer von Hopsten in Westfalen: "Es wird sich zeigen, daß der katholischen Kirche die endliche Lösung der socialen Frage vorbehalten ist; denn der Staat, mag er Bestimmungen treffen, welche er will, hat dazu nicht die Kraft."[32)]

Eine zweite Richtung innerhalb des Katholizismus war von der Romantik geprägt. Stärker als die Vertreter der ersten Richtung erkannten die katholischen Sozialkritiker der Romantik den Strukturwandel in seinen Auswirkungen. Deutlich sahen Adam Heinrich Müller[33)] und Franz von Baader[34)] - um nur zwei Vertreter dieser Richtung zu nennen -, die Klassenbildung in wenige Reiche und viele Arme als Ergebnis der Auflösung der ständischen Gesellschaftsordnung des Mittelalters und des neuen Geistes des rationalistischen Egoismus an. Konsequenterweise forderten die Romantiker deshalb die Rückkehr zur mittelalterlichen Gesellschaftsordnung mit ihrem Patronagesystem. Den Arbeitern wird von den Romantikern weder das Recht auf Eigentum noch auf Vertretung ihrer Interessen zugestanden. Für Baader sind die Proletärs "eine Frage des Patronates und der einsichtsvollen Caritas, für die nicht Arbeitsrechtler, Juristen oder Politiker, erst recht nicht die Proletärs selbst, sondern Diakone, Kleriker zuständig sind."[35)] Ohne hier zwischen den Romantikern Differenzierungen vornehmen zu können[36)], die in Detailfragen zu beachten sind, zeigt sich bei ihnen ein Grundzug des sozialen Denkens: die mittelalterliche Ständeordnung, ihre hierarchische Gliederung, verbunden mit der Schutz- und Fürsorgepflicht des Herrn für seine Untertanen, wurde als Lehr- und Geschichtsbuch angesehen. Die soziale Frage stellt sich den Romantikern als eine Frage des sozialen Ordnungssystems. Da die einzelnen sozialen Probleme nur auf dem Hintergrund einer zerrütteten Gesellschaft erklärbar sind, kann die Lösung nur in der Totalreform der Gesellschaft bestehen. Da diese Gesellschaft jedoch zu dem, was sie jetzt ist, nur durch Entchristlichung und Säkularisierung geworden ist, kann das

Mittel zur Überwindung der sozialen Frage nur in einer Rückkehr zur vermeintlich christlichen Gesellschaft des Mittelalters bestehen. Die soziale Frage ist auch bei den Romantikern eine religiöse Frage.[37] Hier liegt die nicht zu leugnende Nähe zum ersten Strang der sozialen Ideengeschichte des Katholizismus im Vormärz.

Die dritte Richtung im sozialen Katholizismus wird am ehesten noch durch Franz Joseph Ritter von Buß[38] repräsentiert. Im badischen Landtag hielt der Professor in Freiburg und spätere Präsident der 1. Versammlung des "Katholischen Vereins" in Mainz 1837 die erste sozialpolitische Rede[39], die in einem deutschen Parlament gehalten wurde. Mit scharfen Worten prangerte er die Massenarmut und Existenzunsicherheit des Lohnarbeiters an. Er wies auf die gesundheitsschädlichen Auswirkungen der Fabrikarbeit sowie die rechtlich und politisch ungesicherte Stellung des Fabrikarbeiters hin. Dem sollte durch eine staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik entgegengewirkt werden, deren wesentliche Elemente eine Einschränkung der Kinderarbeit und eine gesetzlich festgelegte Kündigungsfrist waren. Weiterhin empfahl der junge Gelehrte die Einführung von Selbsthilfeeinrichtungen der Arbeiter in Form von Spar-, Kranken- und Hilfskassen.

Ähnlich wie Buß legte auch der spätere Zentrumsabgeordnete Peter Franz Reichensperger[40] in seinem 1847 erschienenen Werk "Die Agrarfrage aus dem Gesichtpunkt der Nationalökonomie, der Politik und des Rechtes" ein umfassendes Wirtschafts- und sozialpolitisches Programm vor, das neben Zoll- und Steuermaßnahmen, Sparkassen und Arbeitervereinen so überaus moderne Forderungen wie die der dezentralen Organisation der Wirtschaft enthielt. Sowohl Buß als auch Reichensperger nahmen später Abschied von ihren sozialpolitischen Vorstellungen. Andere Fragen wie die des Nationalstaates und die der Kirchenrechte im preußischen Staat spielten nicht nur im katholischen Raum eine größere Rolle. Was im Vormärz z.B. von einem Buß oder Reichensperger vorgedacht war, geriet im Zuge eines sich durchsetzenden konserva-

tiven Katholizismus zeitweilig in Vergessenheit. Das sozialcaritative Element überwog im deutschen Katholizismus zumindest in den 5oer und auch noch zu Beginn der 6oer Jahre eindeutig. Weder wurde der Staat in die Pflicht der sozialpolitischen Verantwortung genommen[41)], noch die Selbsthilfe der Arbeiter befürwortet. Dies blieb späteren Zeiten vorbehalten.

1.2 Die katholischen Knappenvereine des Ruhrgebietes - ein Versuch zur Überwindung des Identitätsverlustes der Bergarbeiter

Die antirevolutionäre Tendenz[42)] des deutschen Katholizismus im Vormärz und auch weit darüber hinaus verhinderte eine Bewegung mit sozial-emanzipatorischem Charakter. Auch auf sozialistischer Seite kann von einer Bewegung im Sinne einer organisatorischen Zusammenfassung mit eindeutiger Zielsetzung zu diesem Zeitpunkt noch nicht gesprochen werden. Zwar gab es von Seiten der Handwerker und Gesellen, die man in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu den Arbeitern rechnen muß, Protestaktionen gegen die Einführung moderner Technologie, die sich in Form von Maschinenstürmerei äußerten. Eine Bewegung entstand daraus jedoch nicht. Ähnliches muß auch von den gelegentlichen Streiks gesagt werden, mit denen ganz konkrete Forderungen durchgesetzt werden sollten. Aber auch sie garantierten keinen Zusammenhalt der Arbeiter.

Die auf sozialistischer und kommunistischer Ebene entstehenden Gruppen[43)] wurden aber kaum von Arbeitern, sondern von Intellektuellen der Bürgerschicht getragen. Zu nennen wären im rheinisch-westfälischen Raum eine Gruppe um die "Rheinische Zeitung" in Köln und in Westfalen der Rhedaer Kreis[44)] um die Monatsschrift "Das Westphälische Dampfboot". Erst die 48er Revolution förderte vereinzelt auch im Rheinland und in Westfalen die Gründung von eigenen Arbeitervereinen, wie z.B. den Kölner Arbeiterverein[45)] und die Arbeitervereine von Bielefeld und Hamm.[46)] Nicht zuletzt die rücksichtlose Niederschlagung der

Aufstände während der Revolutionszeit begünstigte die Radikalisierung der Arbeiterschaft und ihre Abwanderung von bürgerlichen Kreisen. Im Ruhrgebiet spielte die Revolution von 1848/49 jedoch kaum eine Rolle. Schon gar nicht war sie mit sozialen oder sozialistischen Tönen durchsetzt.[47)] Dennoch kam es auch in dieser Region zu Gründungen von Arbeitervereinen, die gewerkschaftlich ausgerichtet waren. So hatte die "Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung" in Essen ebenso eine Niederlassung wie die im September 1848 gegründete "Association der Zigarrenarbeiter in Deutschland" solche in Hamm, Dortmund, Unna und Duisburg hatte.[48)] Auch der "Gutenbergbund", der nationale Buchdruckerverband, der sich im September 1849 konstituiert hatte, war durch einen Hauptverein in Essen vertreten, der wiederum Zweigvereine in Duisburg und Unna hatte. Auch in Essen, Steele und Werden wurden nicht näher zu bestimmende Arbeitervereine während der Revolutionszeit gegründet. Sie lösten sich jedoch schon bald wieder auf bzw. wurden von der preußischen Regierung verboten oder zur Selbstauflösung gezwungen.[49)]

Auf konfessioneller Ebene fehlten Vereinigungen von Arbeitern vollständig. Lediglich individuelle Aktivitäten können hier verzeichnet werden. Hervorzuheben ist besonders Pfarrer Georg Lorenz aus Waltrop[5o)], dessen "besondere Liebe zu den unterdrückten Kleinbauern, deren Rechtsstreitigkeiten er honorarfrei durchführte,... ihm später bei verärgerten begüterten Grundbesitzern den Beinamen 'Der Rote am Altar'"[51)] eintrug. Der 1849 in Essen gegründete Pius-Verein, von dem eine gewisse soziale Aktivität hätte erwartet werden können, mußte noch im gleichen Jahr wegen mangelnden Interesses seine Tätigkeit wieder einstellen.[52)]

Es bedurfte wohl erst tiefgreifender wirtschaftlicher Veränderungen, um im Ruhrgebiet eine dauerhafte Arbeiterbewegung auch auf konfessionellem Boden entstehen zu lassen. Der Strukturwandel im neu entstehenden Industriegebiet wurde durch die Reform des preußischen Bergrechts allen deutlich vor Augen geführt.

Zugleich bedeutete sie das Ende der bergmännischen Bevorzugung vor allen anderen Industriearbeitern. Als durch das Knappschaftsgesetz von 1854 die Knappschaft von einer Standesorganisation[53], die einen festen gesellschaftlichen Bezugsrahmen darstellte, "auf ihre ursprünglichen Funktionen der Daseinsfürsorge durch Versicherung gegen Krankheit, Unfall und Invalidität"[54] reduziert wurde, drohte damit auch ein Identitätsverlust des Bergmannes. Es konnte von daher nicht verwundern, daß die Bergleute u.a. auch deswegen gegen die neue Berggesetzgebung Beschwerde einlegten, weil in dem o.g. Gesetz "nicht mehr vom Bergmann, sondern vom Bergarbeiter die Rede"[55] war. Dadurch fühlten sie sich in ihrer Standesehre verletzt und auf das Niveau eines ungelernten Fabrikarbeiters herabgedrückt.

Die Veränderung der Institution "Knappschaft" bot den Bergleuten keine Möglichkeit mehr, sich mit ihrem Beruf zu identifizieren. Die dort vermittelten Wertorientierungen und gepflegten Beziehungen drohten zu verfallen. Dieses Vakuum füllten nun die katholischen Knappenvereine aus, die die Organisationsform des Wunsches nach Vereinigung bildeten. Dabei ist diese neue Art der Vereinigung nichts Typisches für die Bergarbeiterschaft, sondern Resultat der Auflösungserscheinungen der ständischen Gesellschaft.

Die ersten katholischen Knappenvereine des Ruhrgebietes entstanden um die Mitte der 5oer Jahre. Entsprechend der konfessionellen Verteilung[56] konnte es nicht überraschen, daß der Essener Raum das bevorzugte Gebiet von Vereinsgründungen war: Altenessen (1855)[57], Essen (1856)[58] und Rellinghausen (1857)[59]. Die enge Verbindung von evangelischer Kirche und preußischem Staat ließ auf Seiten des Protestantismus Vereinigungen der Arbeiter, die doch zumindest potentiell eine Bedrohung des preußischen Staates darstellten, nicht zu. Nur so ist es zu erklären, daß in den evangelischen Gebieten des Ruhrgebietes konfessionell unabhängige Knappenvereine entstanden, in denen sowohl Protestanten als auch Katholiken waren.[6o]

Mit Ausnahme des im Jahre 1857 gegründeten St. Michael-Arbeitervereins in Meiderich[61] waren alle übrigen Vereine Assoziationen von Bergleuten. Seine Vereinsgründung stellt eine Besonderheit dar. Das Bewußtsein, eine religiöse Minderheit zu sein, der der Zugang zu der in Meiderich bestehenden privaten Kranken- und Sterbelade[62] verwehrt wurde, verbunden mit der Tatsache, daß alle sich als Eingewanderte in der neuen Umgebung auch religiös fremd fühlten, bewog die katholischen Vereinsmitglieder, einen katholischen Arbeiterverein zu gründen mit dem Ziel, in Krankheits-, Unglücks- und Sterbefällen sich gegenseitig zu unterstützen. So stand am Anfang dieser Vereinigung das Bedürfnis nach materieller Absicherung in Unglücksfällen. Diese Notwendigkeit stellte sich bei der Vereinigung von katholischen Bergleuten nicht ein, da sie durch die Knappschaft finanziell abgesichert waren. Deshalb wurden Sterbe- und Unterstützungskassen in den Knappenvereinen auch erst später eingerichtet.

Den ersten Knappen- und Arbeitervereinen folgten zu Beginn der 60er Jahre weitere Zusammenschlüsse von Arbeitern, die über den Essener Raum hinausgingen und nicht nur auf die Bergleute konzentriert waren.[63] Doch blieb das Essener Gebiet bis in die 70er Jahre und auch später noch - mit einigen Unterbrechungen - das Zentrum der katholischen Arbeiterbewegung. Durch Anschlag an den Kirchentüren oder Verkündigung während des Gottesdienstes wurden die Bergleute einer Pfarrei davon in Kenntnis gesetzt, daß die Gründung eines katholischen Knappenvereins vorgesehen sei. Wenn die Initiative zu solchen Vereinsgründungen auch häufig von den Bergleuten selbst ausging - ein deutlicher Hinweis auf den Identitätsverlust - so lag der Gründungsakt in den Händen der Geistlichen, denen in den Vereinen eine überragende Bedeutung zukam. Die vorhandenen Protokollbücher von Knappenvereinen des Ruhrgebietes[64] weisen den zuständigen Gemeindepfarrer als Präses aus; manchmal hatten sogar alle Ortsgeistlichen einer Pfarrei im Vorstand des Knappenvereins Sitz und Stimme.

Die Bergmanns- und Knappenvereine konnten sich organisatorisch an den schon zu Beginn der 5oer Jahre in das Ruhrgebiet gelangten Gesellenvereinen orientieren. Während deren Schwerpunkte jedoch eindeutig auf der Betreuung und beruflichen Bildung der herumziehenden Gesellen lagen, fußten die Knappenvereine mehr auf Religiösität und Geselligkeit. Ihr Zweck war, wie das Protokollbuch des Knappenvereins "Glückauf" in Stoppenberg aufweist, "das religiöse und gesellige Leben zu fördern und zu heben."[65] Das erste Ziel sollte erreicht werden durch eine gemeinschaftliche Vereinsmesse und den Empfang der heiligen Kommunion.[66] Auch wurden die Vereine dem Schutz eines Vereinspatrons unterstellt, dessen Namensfest von den Bergleuten feierlich begangen wurde. Im Gegensatz zur heutigen Zeit, in der die hl. Barbara diese Funktion wahrnimmt[67], waren es damals vor allem die "heilige Jungfrau Maria", der "heilige Antonius von Padua" und der "heilige Joseph", "der altmittelständische Handwerkspatron."[68] Erst in den 6oer Jahren wird Barbara als Schutzpatronin der Bergleute des Ruhrgebietes erwähnt. Die enge Verbindung von Religion und Beruf drückte sich auch darin aus, daß "zur Abwendung der Unglücksfälle in den Zechen wöchentlich eine hl. Messe von den Beiträgen der Mitglieder zu lesen lassen war"[69], wie das Gründungsprotokoll des ersten Bergmannsvereins, des im Jahre 1855 entstandenen Altenessener Knappenvereins "Bergmannsglück" zu berichten weiß. Andere Statuten empfehlen zum Schutz bei der gefährlichen Arbeit täglich ein "Vater unser" und ein "Gegrüßet seist du Maria".[7o]

Noch deutlicher ist die religiöse Durchdringung des Berufslebens in den Statuten der Vereine nachzuempfinden. So heißt es z.B. im § 2 der Statuten des St. Antonius-Knappen-Vereins zu Niederwenigern:

> "Jedes Mitglied des Vereins macht sich verbindlich, sich sorgfältig zu hüten vor den in den Gruben häufig vorkommenden Schimpfen, Fluchen und unsittlichen Reden. Auch muß jedes Mitglied dafür streben, als guter Katholik allen übrigen religiösen Pflichten (insbe-

sondere der Heilighaltung der Sonn- und Festtage) in seinem Stande und Amte pünktlich nachzukommen, um so recht Viele für Gott und seine heil.(ige) Kirche zu gewinnen."[71)]

Angesichts dieser Zielsetzung und der religiösen Praxis kann es eigentlich nicht mehr verwundern, daß dem Pfarrer im Verein eine besondere Stellung zuerkannt wurde. Nach den Statuten war er der geborene Präses des jeweiligen Pfarrvereins[72)], der nicht nur die monatlichen Vereinsversammlungen eröffente, sondern auch wesentlich die Bildungsarbeit übernahm. Seine Stellung in der Gemeinde, die damit verbundene Möglichkeit und Notwendigkeit zur Integration aller Gemeindemitglieder in die Ortspfarrei verhinderten aber auch eine sozialkritische Ausrichtung der Knappenvereine. Der Pfarrer verstand den Verein wohl auch eher als ein pastorales Mittel, um den Arbeitern in der Kirche eine "Heimat" zu geben, nicht jedoch als ein Instrument zur Herausbildung des Klassenbewußtseins. Die Bildungsarbeit der Vereine legt davon ein beredtes Zeugnis ab. Die dort vom Präses gehaltenen Vorträge in den monatlichen Versammlungen waren rein religiöser oder religiös-politischer Natur.[73)] Fragen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse kamen in dieser Frühphase der katholischen Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes nicht zur Sprache.

Eine zweite Säule des Vereinslebens bestand in der Pflege der Geselligkeit.[74)] Dazu gehörten neben den kirchlichen Festen, an denen die Bergmannsvereine mit der Vereinsfahne teilnahmen, und dem Fest des Schutzpatrons auch die jährlichen Stiftungsfeste, wozu auch Nachbarvereine eingeladen wurden, die dann ihrerseits in feierlichen Prozessionen unter Mitführung ihrer Vereinsfahne dem Feste beiwohnten.[75)] Weitere Formen der Geselligkeit waren Theatervorführungen, die von einer eigenen Laienspielgruppe einstudiert und bei kirchlichen Festen oder auch Vereinsversammlungen vorgeführt wurden. Daneben gab es in manchen Vereinen eine eigene Gesangsabteilung, die bei Stiftungsfesten und kirchlichen Feiern mitwirkte oder auch

die monatlichen Versammlungen gestaltete. Zugleich wurde aber mit solchen Gesangsabteilungen wie überhaupt durch die verschiedenen Geselligkeitsformen der Versuch gemacht, die alten bergmännischen Traditionen am Leben zu erhalten. Sie bildeten das alle verbindende Band eines Vereinslebens, das schon eine Solidarisierung unter den Arbeitern bewirkte. Was hier ohne ausdrückliche Nennung an Motivation erzielt wurde, ist wahrscheinlich überhaupt nicht hoch genug einzuschätzen.

Nicht so sehr die Erfahrung der gemeinsamen ökonomischen Abhängigkeit und sich verschlechternder Arbeitsbedingungen war das Fundament des Zusammenschlusses der Bergarbeiter in Knappenvereinen, sondern der gemeinsame Glaube und der gemeinsam ausgeübte Beruf. Diese Kriterien bestimmten auch die Aufnahme in den Verein. Deshalb waren neben den einfachen Bergleuten auch Steiger unter den Mitgliedern der Knappenvereine.[76)] Die Tendenz einer Standesvereinigung wurde auch noch durch die Vereinsfahne, das Vereinszeichen und die Bergmannsuniform verstärkt, die bei kirchlichen und weltlichen Festen getragen den Zuschauern das Bild der Geschlossenheit und des gemeinsamen Standes vermittelten. Die innerverbandliche Solidarität wurde später auch durch die Einrichtung von Unterstützungskassen gefördert. Waren die Bergleute in der Anfangsphase noch per Statut oder Beschluß der Vereinsversammlung verpflichtet, einen verunglückten Bergmann und dessen Familie persönlich zu unterstützen, so wurde in den 6oer und stärker noch in den 7oer Jahren die Institution der Hilfskassen eingerichtet, die meistens Sterbe- und Krankenkassen umfaßten. Sie waren ein attraktives Instrument der Mitgliederwerbung und eine Garantie für den Bestand des Vereins.

1.3 Entwicklung und Veränderung der katholischen Arbeiterbewegung in den 6oer Jahren

War für die Gründung der ersten Knappenvereine des Ruhrgebietes sicherlich der Identitätsverlust der Bergleute verantwortlich zu machen, so kamen für die in den 6oer Jahren einsetzende Gründertätigkeit der Wunsch nach Gemeinschaftserlebnissen sowie die Erfahrung materieller Unsicherheit als Motivation für neue Vereinsgründungen hinzu. Denn nicht nur die katholischen Bergknappen schlossen sich in Vereinen zusammen, sondern auch die katholischen Industriearbeiter gründeten Arbeitervereine, die wie die Knappenvereine an die jeweilige Pfarrei gebunden waren. Die Statuten dieser Vereine unterscheiden sich bis auf die berufsspezifischen Angelegenheiten nicht von denen der Knappenvereine. Zudem standen auch einige Knappenvereine den Industriearbeitern offen, wie z.B. der 1868 gegründete christliche Arbeiterverein von Rüttenscheid.[77] Mit Ausnahme des Rüttenscheider Vereins lassen sich im Raum der Stadt und des Landkreises Essen sieben weitere katholische Knappen- bzw. Arbeitervereine nachweisen: Essen (23o Mitgl.), Borbeck (18o Mitgl.), Altenessen (22o Mitglieder), Stoppenberg (19o Mitgl.), Steele (15o Mitgl.), Rellinghausen (1oo Mitgl.), Ueberruhr (8o Mitgl.).[78] Weitere Vereine bestanden in Niederwenigern, in Eickel, Gelsenkirchen, Wattenscheid, Dortmund, Recklinghausen, Oberhausen, Gladbeck und Duisburg.[79] Auch der St.-Josephs-Verein in Linden muß dazu gerechnet werden, wenngleich er schon bald in eine Männer-Sodalität umgewandelt wurde, die noch zu Beginn des 2o. Jahrhunderts bestand.[8o]

Alle Vereine zusammen wiesen eine Mitgliederstärke von ungefähr 2.ooo Arbeitern auf; sie waren pfarrlich organisiert und deshalb bis auf wenige Ausnahmen rein katholisch. Lediglich der schon erwähnte Arbeiterverein von Rüttenscheid sowie der Knappenverein an St. Pankratius in Oberhausen-Osterfeld[81] nahmen auch Protestanten auf. Inwiefern dieses Angebot jedoch tatsächlich von evangelischen Arbeitern bzw. Bergleuten genutzt

wurde, kann aus den Quellen nicht erschlossen werden. Das verhärtete konfessionelle Klima spricht eigentlich gegen die Annahme, daß der Anteil von Protestanten in katholischen Arbeitervereinen groß war.

Hatte sich die Anbindung der katholischen Knappen- und Arbeitervereine an die Pfarrgemeinde auf Grund der ausgebildeten Kommunikationsstruktur der Pfarreien als durchaus richtig und erfolgreich erwiesen, so wurden in der Folgezeit auch die Schwächen sichtbar. Die schon in den 6oer, verstärkt dann aber in den 7oer und 8oer Jahren zu beobachtende Wanderungsbewegung ins Ruhrgebiet mit der dadurch verbundenen größeren Anzahl von Katholiken konnte durch die Pfarrseelsorge nicht ausreichend aufgefangen werden. Die Schaffung von Pfarrstellen hinkte der ständig wachsenden Bevölkerung hinterher, weshalb auch die Institutionalisierung von Arbeiter- und Knappenvereinen den Notwendigkeiten nicht gerecht wurde. Bei allen Bemühungen blieb ihre Zahl weit hinter den Erfordernissen zurück.[82)]

Zugleich erschwerte die lokale Gebundenheit ohne einen pfarrübergreifenden Zusammenschluß die Kommunikation der Vereine untereinander und ihre Zusammenarbeit bei möglichen politischen oder gesellschaftlichen Konflikten. Schon die Statuten waren zu sehr an die örtlichen Gegebenheiten angepaßt, als daß man von einer gemeinsamen Sache hätte sprechen können, die alle Vereine miteinander verband. Dies veranlaßte den Sprecher der Essener katholischen Knappenvereine anläßlich einer Umfrage der "Christlich-sozialen Blätter" im Jahre 187o zu der Anmerkung, daß hierin "die deutsche Uneinigkeit"[83)] repräsentiert würde. Für den Essener Raum war dieses Übel zwar im Dezember des Jahres 1868 durch die Gründung eines "Knappenbundes" abgeschafft, in dem sich die katholischen Knappenvereine von Essen, Borbeck, Stoppenberg und Altenessen zusammenschlossen[84)], eine wirksame Zusammenarbeit wurde dadurch jedoch auch nicht erzielt. Vielmehr beschränkte sie sich auf die Teilnahme an Festen von Nachbarvereinen und der gemeinsamen Teilnahme an Prozessionen.

Neben diesen organisatorischen Schwierigkeiten erschwerte auch die religiös-gesellige Ausrichtung der frühen konfessionellen Arbeiter- und Knappenvereine das Entstehen eines Arbeiter- und Klassenbewußtseins, die notwendige Voraussetzung zur Vertretung der materiellen Interessen der Arbeiter. Auf der anderen Seite wird man aber auch zu bedenken haben, daß die Vernachlässigung des politischen Sektors in der Arbeit der katholischen Knappen- und Arbeitervereine diese vor Sanktionen der reaktionären preußischen Regierung bewahrt hat. Erst die auch im Ruhrgebiet keineswegs unumstrittene[85] Aufhebung des Koalitionsverbotes[86] erlaubte den Vereinen auch die politische Tätigkeit.

Die dadurch eröffnete Chance wurde aber zuerst nicht von den katholischen Verbänden genutzt, sondern von der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Besonders der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) des Ferdinand Lassalle[87], der sich am 23. Mai 1863 in Leipzig konstituiert hatte, entfaltete eine rege Propagandatätigkeit.[88] Der Schwerpunkt lag dabei im rheinisch-bergischen Raum sowie in Hagen und Iserlohn. Der als Antwort der Liberalen auf die Gründung des ADAV am 7./8. Juni desselben Jahres gegründete "Vereinstag der Deutschen Arbeitervereine" versuchte wie der ADAV im Ruhrgebiet Fuß zu fassen, jedoch ohne Erfolg. Er verfügte in Mülheim a.d. Ruhr über einen Bildungsverein[89], dessen Bedeutung jedoch sehr gering war, weshalb er an dieser Stelle vernachlässigt werden kann.

Die Bemühungen des ADAV verdienen hingegen größere Beachtung. Er versuchte, im Ruhrgebiet Zweigvereine aufzubauen. Dies gelang ihm in den überwiegend evangelischen Teilen des Ruhrgebietes, so z.B. in Dortmund und Duisburg. Wenn er besonders in Westfalen und in den rheinisch-bergischen Gebieten langfristig erfolgreich war, so verdankte er dies der unermüdlichen Tätigkeit der Arbeiterführer Karl Wilhelm Tölcke[90] und Wilhelm Hasenclever[91]. Von Duisburg aus, wo der ADAV 1864 schon 239 Mitglieder hatte[92], wurden in den Jahren 1864-1866

mehrere Versuche unternommen, in die katholischen Gebiete des Ruhrgebietes vorzudringen. Essen war der bevorzugte Ort der Agitation, ohne daß es gelungen wäre, einen Filialverein in dieser "katholischen Bastion" zu gründen. Während es hier dem ADAV bei den Wahlen zum verfassungsgebenden Reichstag des Norddeutschen Bundes am 12.2.1867 nocht nicht möglich war, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, konnte für die Reichstagswahlen des Norddeutschen Bundes am 31.8.1867[93] Wilhelm Hasenclever als eigener Kandidat präsentiert werden. Ihm gelang gegen den konservativen Kandidaten, der erst nach der Stichwahl das Reichstagsmandat gewinnen konnte, ein Achtungserfolg.[94] Dies erreichte er u.a. auch deswegen, weil er in den sich durch die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im Bergbau provozierten Konfliktes für die Arbeiter Partei ergriff. Mit einer wohl von Tölcke erarbeiteten Petition[95] an den König vom 29. Juni 1867 beschwerten sich die Bergleute des Essener Reviers nicht nur über die willkürliche Festsetzung der Schichtdauer durch die Bergwerkseigentümer und den zu geringen Lohn, sondern sie kritisierten auch das Zusammenspiel von Bergbaubehörde und Grubenbesitzern bei Beschwerden der Bergleute. Die Unterstützung der Eingabe der Bergleute durch den ADAV verschaffte diesem auch in dem katholischen Essen eine feste Basis, wenn die Petition auch abschlägig beschieden wurde.

Die aktive Beteiligung des ADAV an den in den Jahren 1868 und 1869 ausbrechenden Streiks im Bergbau war in der Öffentlichkeit so stark beachtet worden, daß die Unternehmerseite in diesen Ausständen lediglich das Ergebnis sozialdemokratischer Agitation sah[96], während sie doch nur der Versuch war, Gedingeherabsetzungen, Arbeitszeitverlängerungen und Lohnkürzungen wieder rückgängig zu machen. Man wird annehmen müssen, daß an den im Jahre 1867-1869 stattgefundenen fünf Streiks, von denen lediglich der Ausstand auf den Zechen "Victoria Matthias" und "Gustav" in Essen vom 18.-24. September 1868 erfolgreich war[97], auch katholische Bergarbeiter teilgenommen haben. Eine aktive Unterstützung der Streiks durch Pfarreien, kirchliche Vereine etc. kann aus den Quellen allerdings nicht belegt werden.

Langfristig stellte der ADAV auch für den politischen Katholizismus eine ernsthafte Bedrohung dar, weil er seine Wählerschaft aus derselben Schicht rekrutierte wie der Katholizismus, nämlich aus der 3. Wählerabteilung, in der auf Grund des Drei-Klassen-Wahlrechts die Arbeiterschaft zusammengefaßt war.[98)] Während es für die Katholiken einfach war, in den Liberalen, die die Wahlkämpfe unter dem Motto "wer sein Vaterland liebt, darf keinen Ultramontanen wählen"[99)] bestritten, den Hauptfeind zu sehen, war ein Vorgehen gegen den ADAV sehr schwierig, zumal ihr Kandidat Hasenclever auch von Katholiken geschätzt und geachtet wurde.[1oo)] Wenn dennoch der ADAV für Katholiken und auch für katholische Arbeiter nicht wählbar war, so wohl nicht, weil das Programm der ADAV oder besser die dahinterstehenden Lassalle'schen Theorien von den Katholiken abgelehnt wurden. Diese auch in Essen vorgeschobene Argumentation, die nicht begründet wurde, kann nicht überzeugen, da Lassalle's volkswirtschaftliche Ausführungen und seine Idee der Produktiv-Assoziationen sowohl von Ketteler[1o1)] wie auch von den Historisch-Politischen Blättern[1o2)] befürwortet wurden, was sicherlich nicht ohne Einfluß auf katholische Kreise geblieben war. Man wird vielmehr anzunehmen haben, daß der ADAV deshalb keine Zustimmung bei den Katholiken fand, weil er seinen sozialreformerischen Ansatz unter Nicht-Berücksichtigung christlicher Grundlagen sowie teilweise mit antikirchlicher Akzentuierung vortrug. Ketteler selbst hatte mit diesem Hinweis auf die Frage von drei Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins aus Dünwald bei Mülheim /Rhein geantwortet, ob sie als Katholiken Mitglieder des Lassalle'schen Arbeitervereins sein könnten.[1o3)] Er hatte eine Teilnahme von Katholiken am Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein abgelehnt, weil die Leitung des Vereins "mehr und mehr in die Hände jener Klasse von Menschen" gerät, "die es nun einmal verstehen, alles ... für einen Zweck zu verwenden, für die Interessen ihres Unglaubens und ihrer Abneigung, ja ihres Hasses gegen das Christentum und die Kirche."[1o4)]

Um also die katholische Arbeiterschaft Essens nicht an den

ADAV zu verlieren, wiesen die Katholiken in den Wahlversammlungen nicht nur darauf hin, daß die Arbeiterinteressen auch von dem katholischen Kandidaten im Parlament vertreten würden[105], sondern die katholischen Vereine zogen unter Leitung der Geistlichen in die Versammlungen des ADAV und widersprachen Hasenclever auf's Heftigste.[106] Namentlich taten dies besonders der Steeler Vikar Juchem[107], sowie der spätere Reichstagsabgeordnete Gerhard Stötzel[108] und der Werdener Fabrikant Matthias Wiese.[109]

Um dem ADAV schon im Vorfeld die Basis zu nehmen, wurde in Essen der schon erwähnte Knappenbund gegründet. Er sollte dem Versuch des ADAV, eine "allgemeine Genossensschaft der Bergleute" ins Leben zu rufen[110], entgegenwirken.

Ohne Zweifel wurde die katholische Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes schon in den 60er Jahren verändert. Die partielle Öffnung der Knappenvereine für evangelische Bergarbeiter und auch für Industriearbeiter signalisierte ebenso ein verändertes Bewußtsein der katholischen Arbeiterschaft wie die - wenn vielleicht auch aufgezwungene - Politisierung der Vereine. Ihre Öffnung für politische, gesellschaftliche und betriebliche Fragen bedeutete mittelfristig nicht nur eine Erweiterung, sondern sogar eine Veränderung in der Zielsetzung der katholischen Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes.

2 Der "Christliche Arbeiter-Verein" von Essen.

2.1 Die Diskussion um das richtige Konzept der christlich-sozialen Bewegung

Während in den 5oer Jahren die religiös-karitative Sicht der sozialen Frage im deutschen Katholizismus das dominante Argumentationsmuster abgab, änderte sich dies in den 6oer Jahren. Vor allem der Katholikentag in Frankfurt/Main im Jahre 1863 gab hier erste Anstöße.[1)] Erstmals stand hier die Arbeiterfrage auf der Tagesordnung, was sowohl auf die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins als auch auf die von Schulze-Delitzsch ins Leben gerufenen liberalen Bildungsvereine zurückzuführen ist. Wenn der sozialistischen Arbeiterbewegung auch mit einer gewissen Defensivhaltung begegnet wurde[2)], so wurde dennoch ein Durchbruch erzielt.

Das neue Problembewußtsein des Katholizismus in der sozialen Auseinandersetzung kann deutlich an Kettelers 1864 erschienener Schrift "Die Arbeiterfrage und das Christentum"[3)] abgelesen werden; in der der Mainzer Bischof "die sozialen Mißstände nicht mehr als ein religiöses oder karitatives, sondern als ein wirtschaftliches, ja gesamtgesellschaftliches Problem betrachtete, das zu seiner Lösung nicht nur einer Gesinnungs-, sondern auch einer Zuständereform im umfassenden Sinne bedurfte."[4)] Vor allem seine Rede auf der Offenbacher Liebfrauenheide am 25. Juli 1869[5)] rückte besonders die Arbeiterfrage ins Zentrum des Interesses. In dieser Grundsatzrede hatte er nicht nur das Recht der Arbeiter auf Selbstorganisation bekräftigt, sondern auch das Mittel des Streiks zur Durchsetzung berechtigter Interessen der Arbeiter verteidigt. Auch die staatliche Sozialpolitik, die noch in der Diskussion mit Lassalle um die Finanzierung der Produktivassoziationen von Ketteler rundweg abgelehnt worden war, wurde am Ende der 6oer Jahre von ihm als eine notwendige Maßnahme zur Beseitigung der sozialen Frage anerkannt.[6)]

Der Katholikentag von Düsseldorf 1869 führte die in Frankfurt und besonders durch Ketteler eingeleitete Linie weiter. Vor allem in den beiden Reden von Prof. Franz Xaver Schulte[7] aus Paderborn und dem jungen Juristen Dr. Lieber[8] aus Camberg wurde noch einmal das Recht der Arbeiter auf Vereinigung und Streik ausdrücklich herausgestellt. Der Katholikentag setzte durch die Einrichtung der "ständigen Sektion für soziale Fragen" ein sichtbares Zeichen seines gewandelten sozialpolitischen Bewußtseins. Damit sollte dokumentiert werden, daß die soziale Problematik des Industriezeitalters nicht mehr durch die Armenpflege der Kirche zu beseitigen war. Um jedoch die katholische Öffentlichkeit zu einer stärkeren Beachtung der sozialen Fragen zu motivieren, verfaßten der westfälische Bauernführer Freiherr von Schorlemer-Alst[9], der schon erwähnte Prof. Schulte und der Münsteraner Kaplan Groneid[10] am 22. November 1869 einen Aufruf, in dem sie zur Gründung von sozialen Vereinen "auf christlicher Grundlage"[11] aufforderten.

Offensichtlich wollte die Katholikentagsversammlung die sich in den Rheinlanden schon abzeichnende Bewegung auf ganz Deutschland ausgeweitet wissen. Während nämlich auf der ersten Provinzialversammlung der katholischen Vereine Rheinlands und Westfalens 1867 in Dortmund[12] die Besprechung der sozialen Frage noch "wegen der Fülle der angemeldeten und zu behandelnden Materials"[13] unterbleiben mußte, war die Situation ein Jahr später völlig anders. Am 19. März 1868 war von dem Aachener Geistlichen Joseph Schings[14] und dem Sekretär des Gewerberates für Aachen und Burtscheid, Nikolaus Schüren[15], die "Christlich-sozialen Blätter" (CSBl)[16] ins Leben gerufen worden, die sich schon bald als Sprachrohr und treibender Motor der christlich-sozialen Bewegung verstanden. Diesem Selbstverständnis entsprechend riefen die CSBl "alle katholischen Credit-, Consum-, Handwerker-, Spar- und Darlehensvereine aus Rheinland und Westfalen[17] dazu auf, sich auf der zweiten Provinzialversammlung am 28. und 3o. Juni 1868 vertreten zu lassen. Von Schings war eine Tagesordnung für die Sitzung dieser Sektion

entworfen worden, in deren Zentrum eine Verbindung sämtlicher christlich-sozialen Vereine auf der Grundlage eines gemeinsamen Statutes und unter Leitung eines "Central-Vorstandes"[18] stand. Die dann auf der Versammlung gefaßten Beschlüsse, die sowohl einen Zentralverband wie auch die CSBl als Vereinsorgan vorsahen[19], entsprachen dem Wunsche der CSBl.

Ganz im Sinne dieser Sammlungsbewegung ist dann auch die Resolution zu sehen, die von der Versammlung einstimmig angenommen wurde: "Die hier versammelten Vertreter der christlich-socialen Vereine Rheinlands und Westfalens, von der Überzeugung durchdrungen, daß die durch das System schrankenloser Gewerbefreiheit, durch das Wucherthum und die Uebermacht des Kapitals in ihrer Existenz sehr bedrohten Stände, - der Bürger- und Handwerkerstand-, vom Untergange gerettet werden müssen, sehen in einer engeren Verbindung der genannten Vereine unter sich das wirksamste Mittel, dieses Ziel zu erreichen."[20] Dieser Beschluß verrät nicht nur den Stil der damaligen Kapitalismuskritik, die noch weitgehend am moralischen Kriterium des Wuchers orientiert war, ohne letztlich die neue Struktur der Gesellschaft zu begreifen, sondern sie wirft auch ein bezeichnendes Licht auf die Behandlung der sozialen Frage. Die Nicht-Anwesenheit von Arbeitervertretern erklärt zugleich, warum die von den gesellschaftlichen Veränderungen am meisten betroffene Schicht, die Arbeiter, überhaupt nicht erwähnt werden. Ziel aller Bemühungen sollte demnach die Standessicherung der Schichten sein, die dem zunehmenden Wettbewerbsdruck des liberalen Wirtschaftssystems nur schwer - wenn überhaupt - gewachsen waren. Die Industriearbeiter als die neue und zugleich unterste Schicht der Gesellschaft, die sich, wie Hue am Beispiel der Bergarbeiter nachweist, in einer Phase zunehmender "Proletarisierung"[21] befand, tauchten bei der Aufzählung nicht auf. Schings und die CSBl interpretierten zwar richtigerweise die soziale Frage als ein gesamtgesellschaftliches "Strukturproblem", orientierten sich dabei jedoch an der alten Ständegesellschaft. Zur Lösung war demnach auch nur eine gesamtgesellschaftliche Reorganisation das adäquate Mittel. Soziale Frage

als Arbeiterfrage kam für sie nicht in Betracht. Sie war immer nur ein Teilaspekt der sozialen Problematik.

Im Sinne dieser Gesamtschau konnten die CSBl dann auch die alleinige Kompetenz in sozialen Fragen beanspruchen. Sie plädierten deshalb auch bei den Beratungen der sozialen Sektion auf dem Düsseldorfer Katholikentag dafür, von der Sektion einen Zentralvorstand der christlich-sozialen Vereine wählen zu lassen, "dessen Aufgabe es sein sollte, eine für alle Vereine dieser Art verbindliche Geschäftsordnung und Statuten zu entwerfen."[22] Die soziale Sektion konnte diesem Anliegen schon aus eigenem Interesse nicht zustimmen. Sie hätte damit nämlich die eigene Überflüssigkeit eingestanden. Schulte, von Schorlemer-Alst und der Münsteraner Kaplan Groneid lehnten diesen Antrag dann auch mit dem Hinweis auf die Geschäftsordnung der Generalversammlung, die allein darüber hätte entscheiden können, ab.

Wenn Schings und die CSBl diese Niederlage nicht einfach hinnehmen wollten, mußten sie ein anderes Forum wählen, um ihren Anspruch auf Vormachtstellung innerhalb der christlich-sozialen Bewegung reklamieren zu können. Gelegenheit dazu bot die Generalversammlung der christlich-sozialen Vereine Rheinlands und Westfalens vom 6.-8. März 1870 in Elberfeld.[23] Auf ihr waren diesmal neben den Spar- und Darlehenskassen, den Bauern- und Gesellenvereinen auch Arbeiter- und Knappenvereine vertreten. Dieser Zusammenschluß - er nannte sich "Christlich-Soziale Partei" - wählte die CSBl zu seinem Zentralorgan.[24]

Die Schwäche des organisatorischen Zusammenschlusses der christlich-sozialen Vereine bestand in der Beliebigkeit des Ansatzes der einzelnen Vereine. Sowohl Handwerks- wie Bauernvereine, Arbeitervereine und auch Sparkassen konnten sich mit der schon 1868 formulierten Zielsetzung einverstanden erklären, ohne daß es zu gemeinsamen Aktionen oder politischen Strategien kommen konnte. Der organisatorische Überbau in Form der "Christlich-sozialen Partei" wiederholte faktisch die Repräsen-

tationsfunktion der Sektion für soziale Fragen. Auf Grund der gewaltigen Anhängerschaft - es können zwischen 19o.ooo und 2oo.ooo Mitglieder angenommen werden[25] - bildeten die christlich-sozialen Vereine eine nicht zu unterschätzende politische Macht. Marx hat dies wohl gespürt, denn 1869 schrieb er an Engels: "Bei dieser Tour durch Belgien, Aufenthalt in Aachen und Fahrt nach Rhein herauf habe ich mich überzeugt, daß energisch, speziell in den katholischen Gegenden gegen die Pfaffen losgegangen werden muß. Ich werde in diesem Sinne durch die Internationale wirken. Die Hunde kokettieren (z.B. Bischof Ketteler in Mainz, die Pfaffen auf dem Düsseldorfer Kongreß usw.), wo es passend scheint, mit der Arbeiterfrage."[26]

Im Unterschied zu der heterogenen Zielsetzung und Schichtenangehörigkeit der Mitglieder der christlich-socialen Vereine entstand 1868 in Aachen der "Arbeiterverein zum Heiligen Paulus für Aachen und Burtscheid"[27], zu dessen Zielen die "Ausbildung des Geistes und Beförderung der Wissenschaft des christlichen Sozialismus", die "praktische Tätigkeit auf dem sozialen Gebiet zur Beratung und zum Schutze der Arbeiter und zur Verbesserung ihrer sozialen Lage" sowie bei öffentlichen Wahlen "das Interesse der Partei der christlichen Sozialisten zu wahren und die zur Agitation erforderlichen Maßnahmen zu treffen."[28] Dieser Programmentwurf des Aachener Arbeitervereins, der von den Kaplänen Eduard Cronenberg[29], Hermann Joseph Litzinger[3o] und Johannes Laaf[31] geleitet wurde, Priestern, "die, die Sache der Arbeiter zu der ihrigen machten und ungescheut gegen jedermann, auch die Großen und Mächtigen verteidigten"[32], führte den Arbeiterverein in einen doppelten Konflikt. Zum einen mußte der durch die Konzentration auf die katholische Arbeiterschaft die "Christlich-sozialen Blätter" und ihr Chefredakteur Schings herausgefordert werden. Auf der anderen Seite bedeutete die Absicht, auch bei Wahlen mit eigenem Programm und eigenem Kandidaten aufzutreten, eine Gefahr für den ortsansässigen bürgerlichen Zentrumswahlverein "Constantia." Während Cronenberg, der nach außen auftretende Leiter des Paulus-Vereins, bei den Wahlen 187o und 1871 noch im Sinne der Geschlos-

senheit des Katholizismus zur Wahl für die "Constantia" aufrief, mußte die hartnäckige Weigerung der bürgerlichen Blocks im Aachener Katholizismus, die sozialpolitischen Vorschläge des Aachener Arbeitervereins in ihr Programm aufzunehmen und Cronenberg bei künftigen Wahlen als Kandidaten des Zentrums aufzutreten, zur offenen Auseinandersetzung führen. Die Gründung einer "Katholischen Volkspartei" bei den Reichstagswahlen 1874 und die Kandidatur Cronenbergs führten dann auch zu einem Kesseltreiben gegen den Arbeiterverein und seinen geistlichen Leiter. Spaltung der katholischen Kirche und Förderung der Sozialdemokratie lauteten die Vorwürfe gegen Cronenberg, der diese Wahl nicht gewinnen konnte, immerhin aber 32,4 % der Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Nicht die weiteren Wahlniederlagen der "Katholischen Volkspartei" leiteten den endgültigen Niedergang des Aachener Arbeitervereins ein - bei den Reichstagswahlen 1877 lag ihr Kandidat Laaf nur um 78 Stimmen hinter dem offiziellen Zentrumskandidaten -, sondern der Entzug von Hypotheken für das von Cronenberg errichtete Paulus-Haus und die im Jahre 1876 ausgesprochene Verurteilung zu zwei Jahren Gefängnis für Cronenberg wegen homosexuellen Vergehens, was wohl auf einen Meineid zurückzuführen ist. Wie schon in der Auseinandersetzung mit der "Constantia" stand auch ein Konflikt mit den "Christlich-sozialen Blättern" die Konzeption des Aachener Arbeitervereins im Zentrum des Streits. Das vordringliche Ziel, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, verleiteten Cronenberg zu scharfen Angriffen gegen Schings, dem er politischen Ineffektivität, restauratives Ständedenken und falsch verstandenes Harmoniebedürfnis vorwarf.[33)] Die vom Aachener Arbeiterverein propagierte Arbeiterbewegung und ihr Versuch, den sich auf Katholikentagen darstellenden Katholizismus zu einer eindeutigen Parteilichkeit für die Belange der Arbeiterschaft zu motivieren, vertrugen sich nicht mit der Vorrangstellung kirchenpolitischer Interessen vor allen anderen Fragen und der dazu notwendigen Einheitsfront aller Katholiken. Dennoch beschwor die faktisch bestehende Klassenspaltung auch innerhalb des Katholizismus immer eine offene Auseinandersetzung herauf.

Voraussetzung dafür war eine auch mitgliedmäßig starke katholische Arbeiterbewegung, wie sie in den 7oer Jahren in Essen entstand.

2.2 Die Gründung des christlichen Arbeitervereins von Essen

Die Diskussion der sozialen Mißstände und der Beiträge zu ihrer Überwindung auf dem Düsseldorfer Katholikentag[34], die Entwicklung des Arbeitervereins in Aachen und die Versuche zur Koordinierung der verschiedenen Ansätze in den christlich-sozialen Vereinen durch Schings waren auch im Ruhrgebiet nicht unbeachtet geblieben. Ebenso hatte die zunehmende Politisierung der katholischen Knappenvereine infolge des Auftretens des ADAV die Katholiken für die soziale Frage sensibilisiert. Den eigentlichen Ausschlag aber, einen christlichen Arbeiterverein zu gründen, gab der schon erwähnte Aufruf von Schulte, Schorlemer-Alst und Groneid im Anschluß an den Katholikentag 1869. Auf sie bezog sich dann auch Kaplan Klausmann[35] in seinem Appell in der "Essener Volkszeitung" am 29. Januar 187o, wobei er ausdrücklich vermerkte, daß der Wunsch, einen katholischen Arbeiterverein zu gründen, nicht von ihm, sondern von Arbeitern ausgegangen sei.[36] Die endgültige Kostituierung des Vereins, der sich mit Rücksicht auf eventuell noch hinzustoßende protestantische Arbeiter "Christlicher Arbeiter-Verein" nannte, geschah dann am 13. Februar, nachdem schon zuvor über die Vereinsstatuten beraten worden war. An ihnen[37] kann gut der besondere Aspekt des christlichen Arbeitervereins von Essen abgelesen werden:

> " § 1. Der Hauptzweck des Vereins ist religiös - sittliche Hebung des Arbeiterstandes, ausgehend von dem Gedanken, daß die sociale Frage auf friedliche Weise nur durch das Christentum gelöst werden kann. Ein anderer Zweck ist die materielle Hebung des Arbeiterstandes; unter Anderem sollen die unverschuldet in Dürftigkeit gekommenen Vereinsmitglieder, soweit es die Vereinskasse gestattet, unterstützt werden.

§ 2. Diesem Zweck wird nachgestrebt:

a) Durch angenehme und nützliche Unterhaltung, durch öffentliche Vorträge über gemeinnützige und sociale Fragen, wenigstens ein Mal im Monate, durch Lesen passender Schriften, Gesang und durch den Genuß christlich-froher Geselligkeit.

b) Durch gegenseitigen freundschaftlichen Verkehr im bürgerlichen Leben."

In die Statuten gingen - soweit dies an dieser Stelle ersichtlich wird - mehrere Strömungen ein. Aus den Knappenvereinen wurde das Element der Geselligkeit übernommen, vom Aachener Arbeiterverein der Aspekt der materiellen Verbesserung, die jedoch im Gegensatz zu diesem um die religiös-sittliche Hebung erweitert wurde. Mit dieser äußerst geschickten Formulierung stand der Verein den katholischen Bergleuten, die noch in den pfarrlichen Knappenvereinen organisiert waren, offen, wie er durch die Betonung seines christlichen Charakters sich deutlich gegenüber der Sozialdemokratie abgrenzte. Ihm konnte zumindest auf Grund der Statuten nicht wie in Aachen vorgeworfen werden, er treibe die Arbeiter in die Hände der Sozialdemokraten. Auf diese Weise konnte er auch Rückhalt in den bürgerlichen Kreisen des Essener Katholizismus finden. Den protestantischen Arbeitern wurde durch den Verzicht auf konfessionelle Elemente in den Vereinsstatuten die Mitarbeit ermöglicht. Der Essener Arbeiterverein beging allerdings nicht den Fehler der anderen christlich-sozialen Vereine, verschiedene Schichten bzw. heterogene Ansätze aufzunehmen. Die Konzentration auf die Arbeiterschaft signalisierte den Einstieg in die soziale Auseinandersetzung und damit den Abschied von einem harmonischen Gesellschaftsverständnis wie es Schings und den "Christlich-sozialen Blättern" noch bis weit in die 7oer Jahre eigen war. Die schon in der Namensgebung deutlich werdende Option eröffnete dem Verein einen politischen Spielraum mit eindeutiger Stoßrichtung, wie sie auch vom Aachener Arbeiterverein vertreten wurde.

Der Verein entfaltete schon in den ersten Monaten des Bestehens eine rege Tätigkeit, die auch in den katholischen Gremien ihren Niederschlag fand. Immerhin empfahl die Generalversammlung der katholischen Vereine Rheinlands und Westfalens, die im März 187o in Essen tagte, die berufliche Organisation der Arbeiter und befürwortete zugleich den Streik als Kampfmittel zur Durchsetzung berechtigter wirtschaftlicher Interessen der Arbeiter.[38] Auch auf der im gleichen Monat stattfindenden Versammlung christlich-sozialer Vereine in Elberfeld war der Essener christliche Arbeiterverein durch eine Delegation vertreten.[39] Hier dürfte er wohl auch seine Verbindungen zum Aachener Verein geknüpft haben.[4o] Denn schon im Jahre 1871 meldete er sein Interesse auch an politisch-parlamentarischer Vertretung an. Ein Indiz dafür ist nicht nur das Aufkommen eines neuen Namens, "Christlich-sociale Partei"[41], sondern auch die hartnäckige Anfrage des Vorstandes bei dem Kandidaten der Essener Zentrumspartei, Dr. Krebs[42], ob er sich zum christlich-sozialen Programm bekenne.[43] Erst als er zugesagte, er werde sich im Reichstag für Sonntagsruhe, Normalarbeitstag und Invalidenschutz einsetzen, konnte die Zentrumspartei mit den Stimmen der katholischen Arbeiter rechnen. Sie gaben dann auch den Ausschlag, daß das Zentrum die Reichstagswahlen am 3. März 1871 mit über 7o % der Stimmen gewinnen konnte, während die Lassalleaner einen bedeutenden Rückgang zu verzeichnen hatten.[44] Sie spielten auf der politischen Ebene Essens kaum noch eine Rolle.

Die Arbeit des Essener Vereins zeigte schon bald ihre ersten Erfolge. Bis zum Jahre 1871 hatten sich schon ungefähr 2.2oo Mitglieder dem christlichen Arbeiterverein angeschlossen, der damit beinahe genauso stark wie der Aachener Verein war.[45] Seine Wirksamkeit und Publizität wurden noch durch die Schaffung eines eigenen Vereinsorgans verstärkt, das erst erschien, als die "Essener Volkszeitung" - das Organ der Essener Katholiken - dem Präses des christlichen Arbeitervereins, Dr. Mosler[46], die Möglichkeit versagte, auf ihren Seiten die sozialpolitischen Vorstellungen des Arbeitervereins darzustellen.

Dieser Affront, der zugleich schon auf ein deutliches Spannungsverhältnis zwischen der bürgerlichen Richtung und einer eher - bei allem vorsichtigen Gebrauch dieses Wortes - sozialistischen Richtung verwies, führte zur Gründung eines eigenen sozial-politischen Blattes auf christlicher Grundlage. Die "Essener Blätter"[47], wie sich dieses Organ nannte, gerieten schon bald in die Schlagzeilen. Auf dem Mainzer Katholikentag des Jahres 1871 stellte Kaplan Eduard Cronenberg in der "Ständigen Sektion für soziale Fragen" den Antrag, daß 1) die Generalversammlung zur Frage des Parteiorgans überhaupt keine Stellung beziehen und 2) eine Versammlung der christlich-sozialen Arbeitervereine Rheinlands und Westfalens nach Essen oder Aachen berufen solle, auf der 3) dann alle die soziale Frage betreffenden Anträge behandelt werden sollten.[48] Dieser nach Meinung der CSBl "vielfach verletzende Antrag"[49] wurde, was die Punkte 2) und 3) betraf, von der Sektion überhaupt nicht beachtet, weil diese damit - wie Schings wohl zu Recht bemerkte -, ihre Inkompetenz eingestanden hätte. Dieses Verhalten veranlaßte dann Cronenberg seinerseits, in den "Essener Blättern"[50] einen Artikel zu verfassen, in dem er nicht nur die soziale Sektion scharf angriff, sondern auch eine Spaltung der christlich-sozialen Vereine provozierte. In der Tat zeigte die unter Schings Leitung versuchte Sammlungsbewegung deutlich Risse, die auch nicht mehr gekittet werden konnten. Der Bruch zwischen den beiden Flügeln - auf der einen Seite die Aachener und Essener Arbeitervereine, auf der anderen die vielfältigen Handwerks- und Bauernvereine sowie die verschiedenen Spar- und Darlehenskassen - blieb auch in der Folgezeit bestehen und wurde sogar noch vertieft.

Schon bald geriet der Essener Arbeiterverein in eine schwere Krise, die durch seinen Präses Dr. Mosler ausgelöst worden war. Anläßlich der Ausweisung der Jesuiten[51], die gegen Ende April des Jahres 1872 von Stellungnahmen in den Publikationsorganen dafür und dagegen begleitet wurde, ergriff Dr.Mosler in den "Essener Blättern" das Wort und bezog in einer für einen katholischen Geistlichen ungewöhnlichen Form Stellung:

"Als Katholik bin ich der Überzeugung, daß 1o Jahre Jesuitismus wie die letzten 15 Jahre den Katholizismus auf einem großen Teile des Erdkreises in Gefahr bringen würden."[52] Im übrigen hätten die Essener Jesuiten ihm böse mitgespielt. Nach diesen Äußerungen war seine Position unter den katholischen Arbeitern nicht mehr zu retten, zumal die "Essener Zeitung", das Organ der Liberalen, von dieser Erklärung Moslers reichlich Gebrauch machte. Schon am 28. April war in der "Essener Volkszeitung" eine öffentliche Stellungnahme zu lesen, die sowohl mit den "Essener Blättern" wie mit Dr. Mosler schwer ins Gericht ging und mit folgenden Worten schloß: "Wir beklagen es schmerzlich, daß ein katholischer Priester sich zu so unwürdigen Anklagen herabließ, und in den gegenwärtigen Kämpfen gegen unsere h(eilige) Kirche an der Seite der Altkatholiken und Liberalen zu finden ist."[53] Nicht nur der "Bürger-Verein Pius IX." wandte sich gegen die "Essener Blätter"[54], sondern auch der Arbeiterverein[55], dem eine öffentliche Erklärung in seinem eigenen Organ versagt wurde.[56] In einer Versammlung am 12. Mai erklärte der Arbeiterverein gegen 3 Stimmen Dr. Mosler für abgesetzt, was von diesem juristisch bestritten wurde.[57] Letztlich klärte dann Kaplan Klausmann wohl unter Zuhilfenahme des bischöflichen Generalvikariates in Köln die verworrene Lage. Dr. Mosler zog aus seiner Gegnerschaft gegen die Jesuiten und seinem Ausschluß aus dem christlichen Arbeiterverein die Konsequenzen. Er konvertierte zur altkatholischen Kirche und übernahm eine Gemeinde in Boppard.

Aus der Krise letztlich und endlich herausgeführt wurde der christliche Arbeiterverein von Essen durch den Vizepräses des Aachener Arbeitervereins, Johannes Laaf. Mit seiner Versetzung als 4. Vikar an die St. Johannes-Pfarrei in Essen übernahm er auch die Leitung des Arbeitervereins, der unter seiner Leitung einen gewaltigen Aufschwung nahm und zu einem wichtigen gesellschafspolitischen Faktor in Essen heranwuchs. Er selbst war nicht nur den Sozialdemokraten ein Stein des Anstoßes, wie er selbst aus seiner Antipathie gegenüber der sozialdemokratischen

Bewegung nie einen Hehl gemacht hatte[58], sondern auch den staatlichen Behörden, von denen er zu den "Hetz-Caplänen" gerechnet wurde, die sich der sozialen Mißstände annähmen, "um durch Schürung des Classenhasses sich der Arbeiter ganz und voll zu bemächtigen."[59] Ihnen hatte Laaf mehrere Gefängnisstrafen zu verdanken.

Besonders verhaßt war Laaf bei den Liberalen. Sie ließen keine Gelegenheit aus, um über diesen "katholischen Arbeiterführer" herzufallen. Laaf selbst gab ihnen anscheinend aber auch auf Grund seines Lebenswandels manchen Anlaß. So heißt es in einem Spottgedicht über ihn:

"Für christliche Gesittung, für Wahrheit und das Recht
hat also hier gestritten Erzbischofs Paulus Knecht!!
Der Nüchternheit Gelübde, des Amtes Würde hat
Gebrochen er, geschändet! - noch ist er in der Stadt!!!
Sein Herr und sein Gebieter, zu Cöln dort am Rhein
Sollt' wirklich von dem Vorgang er ohne Kunde sein?
Nicht anders! Nun, so bringe die Botschaft ihm mein Sang',
Der auch von ihm soll fordern, daß er nicht zaudre lang,
Daß er von solchem Priester befreie Stadt und Land,
Daß er gebührend züchtige so offenbare Schand!"[60]

Ohne Laaf allein den großen Aufschwung des Essener Arbeitervereins in den 7oer Jahren anlasten zu wollen - dazu trug sicherlich auch das "katholische Klima" von Essen bei -, wird man nicht umhin können, seinen Anteil an diesem Erfolg sehr hoch einzuschätzen. Dies bestätigt auch indirekt der Essener Delegierte auf der Generalversammlung 1872 des "Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" in Berlin, wenn er in seiner Rede die lokalen Essener Verhältnisse beschreibend ausführte: "Die Pfaffen sind die gefährlichsten Feinde unserer Sache; sie treten im entscheidenden Moment selbst mit unserem Programm auf und sagen: wir wollen dasselbe, nur muß die Religion gewahrt bleiben."[61] Letzten Endes war es der Essener Arbeiterverein, der einen Erfolg der Sozialdemokratie in Essen verhinderte.

Im Gegensatz jedoch zu einer Forschungsrichtung, die in den Aktivitäten der christlichen Arbeitervereine nur einen Störfaktor innerhalb der Arbeiterbewegung erblickt, "der die späteren Bemühungen um die Konstituierung und Konsolidierung der Allgemeinheit der Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet und im Deutschen Reich erschwerte"[62], wird man die Schuld auf beiden Seiten suchen müssen. Auch der zunehmende Antiklerikalismus der Sozialdemokratie hat die katholische Arbeiterschaft von einer Koalition mit ihr abgehalten. Die auf der ideologischen Ebene bestehenden Gegensätze, die von beiden Kontrahenten gepflegt wurden, sind letztlich für das Scheitern einer einheitlichen Arbeiterbewegung verantwortlich zu machen.

Laaf war jedoch nicht nur ein profilierter Gegner der Sozialdemokratie und des liberalen Bürgertums, sondern auch ein Garant für eine bestimmte Richtung innerhalb des sozialen Katholizismus. Seine enge Verbindung zu Aachen verstärkten die politischen Tendenzen des Essener Arbeitervereins, der sich - wie auch der Arbeiterverein zum Hl. Paulus in Aachen - keineswegs als eine amorphe Sammelbewegung aller sozialen Kräfte des Katholizismus, sondern als ausdrücklich christliche Arbeiterbewegung verstand. Dieses Konzept stimmte mit den Überlegungen des Aachener Arbeitervereins überein. Dies konnte wegen der Zusammenarbeit von Laaf und Cronenberg auch nicht überraschen. Diese Zusammenarbeit wurde auch öffentlich dokumentiert, als Cronenberg nach den Querelen in der Sektion für soziale Fragen auf dem Katholikentag in Mainz 1871 die christlich-sozialen Vereine Rheinlands und Westfalens zu einem "Christlich-sozialen Arbeiterkongreß für Rheinland und Westfalen" vom 1.-3. Dezember 1873 nach Aachen einlud.[63] Nur die Hälfte aller Vereine erschienen, wohl genau diejenigen, die durch Aachen und Essen repräsentiert wurden. Die Versammlung zeichnete sich durch einen sehr konkreten Forderungskatalog aus, der auf den Kongressen von Krefeld und Elberfeld wegen der völlig unterschiedlichen Zusammensetzung überhaupt nicht zur Diskussion stehen konnte:

. Beschränkung der Arbeitszeit auf maximal 10 Stunden (im Bergbau 8 Stunden)

. doppelte Vergütung von Überstunden
. innerbetriebliche Mitbestimmung.

Der Kongreß verabschiedete eine Resolution, in der nicht etwa die "Christlich-Socialen Blätter" von Schings den Arbeitervereinen als Lektüre empfohlen wurden, sondern die "Essener Blätter."[64] Damit setzte sich der Kongreß und seine Wortführer, die Aachener und Essener Arbeitervereine im Gegensatz zum offiziellen Katholizismus, wie er sich auf den Katholikentagen darstellte. Auf ihnen wurden die "Essener Blätter" nicht einmal erwähnt, sondern neben den "Christlich-Socialen Blättern" aus Aachen, die in Amberg erscheinende Zeitschrift "Die soziale Frage im Lichte des Christentums" sowie der in München herausgegebene "Der Arbeiterfreund" angeraten.[65]

2.3 Der Streik im Essener Kohlenrevier 1872

Die wirtschaftliche Situation des Ruhrgebietes in den Jahren 1868-1872 kann als durchaus zufriedenstellend bezeichnet werden.[66] Zwar hatte der deutsch-französische Krieg durch den Abzug von Transportmitteln Absatzprobleme für die Kohle des Ruhrgebietes heraufbeschworen, die jedoch durch den dann erforderlichen Bedarf schnell wieder wettgemacht werden konnten. Die günstige Nachfragesituation verlangte eine Erhöhung der Produktion, die nur durch einen größeren Einsatz von Arbeitskräften erreicht werden konnte. Die heimische Bevölkerung war jedoch nicht in der Lage, den Anforderungen der Kohlenindustrie nach mehr Arbeitskräften nachzukommen. Deshalb eroberte das Grubenkapital einen neuen Arbeitsmarkt, der im Osten Deutschlands und darüber hinaus, in Polen, lag. Es setzte die schon häufig beschriebene Ost-West-Wanderung ein mit all den sozialen, kulturellen und politischen Konflikten.

Mit der steigenden Bevölkerung konnte die Produktion von Gütern des täglichen Bedarfs im Ruhrgebiet nicht Schritt halten. Preissteigerungen bei den wichtigsten Grundnahrungsmitteln

waren die Folge.[67] Ein den sozialen Konflikt verschärfendes Moment war die unerträgliche Wohnsituation des Ruhrgebietes. Dabei ist zwischen dem fehlenden Wohnungsangebot und dem inflationsartigem Ansteigen der Mieten zu unterscheiden. Die Bergwerksunternehmer - einzig an der Verwertung von Kapital durch die Arbeitskraft interessiert - stellten selbst nur wenige Werkswohnungen zur Verfügung.[68] Während die sonst zu zahlenden Mieten jedoch noch erschwinglich waren, stiegen diese infolge der übergroßen Nachfrage auf dem freien Wohnungsmarkt in geradezu astronomische Höhen. Unterschiede von 7o Mark zwischen Werkswohnungen und solchen auf dem freien Wohnungsmarkt waren keine Seltenheit.

Daneben förderte die viel zu geringe Beteiligung der Bergarbeiter am wirtschaftlichem Wachstum die Unzufriedenheit. Denn während die Kohlenpreise pro t zwischen 1868 und 1871 - um nur ein Beispiel herauszugreifen - um 3o % stiegen, verzeichneten die Löhne eine Steigerung von nur 16,5 %.[69] Die sichtbare und spürbare Verarmung der Bergarbeiterschaft an der Ruhr sowie die Erfahrung fortdauernder Ungerechtigkeiten und übergroßer Arbeitsanforderungen im Betrieb waren die Voraussetzungen für die im Jahre 1872 Streikbewegung[7o], die zum ersten Mal Ansätze für eine gewerkschaftliche Organisation der Bergarbeiter aufzeigte.

Zentrum des Ausstandes war Essen. Aber auch die umliegenden Ortschaften wurden mit unterschiedlicher Intensität in diese Auseinandersetzung einbezogen. Eine Bergarbeiterversammlung in Essen am 2o. Mai 1872 forderte mit dem Argument, daß sich trotz steigender Lebensmittelpreise und Unternehmergewinne die Löhne noch immer auf einem Stand von 1858/59 befänden, eine sofortige Lohnerhöhung.[71] Dieser Forderung schlossen sich weitere Bergarbeiterversammlungen in Essen[72] und Altenessen[73] an. Eine Kommission, die in den späteren Verhandlungen als Streikführung auftrat und unter der Bezeichnung "Centralkomité der Bergleute Essens und Umgebung" in die Geschichte der Arbeiterbewegung eingegangen ist[74], erarbeitete einen Forderungen-

katalog, der auf der öffentlichen Bergarbeiterversammlung am 2. Juni im städtischen Garten verlesen und anschließend verabschiedet wurde. Er umfaßte folgende Punkte:

- Lohnerhöhung um 25 %
- achtstündige Schicht einschließlich Ein- und Ausfahrt
- Abschaffung des Beiladens
- Gewährung der Braunkohle zum Preise von 2,5 Silbergroschen pro Scheffel.[75]

Eine Abordnung der Bergleute überreichte diese Forderungen am 3. Juni den Zechenverwaltungen mit der Bitte, darüber nachzudenken und mit dem Centralkomité bis zum 15. Juni in Verhandlungen einzutreten.[76] An einen Streik wurde zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch nicht nachgedacht.[77]

Für die Unternehmer kam jedoch eine Verhandlung überhaupt nicht in Frage. Ihr "Herr-im-Hause-Standpunkt" ließ ein Gespräch mit der Bergarbeiterschaft nicht zu. Am 15. Juni erschien lediglich in der "Essener Volkszeitung" eine Erklärung, mit der sowohl die konkreten Forderungen als auch das Angebot zur Verhandlung rundweg abgelehnt wurden. Zuvor waren die Bergarbeiter der Zeche "Eintracht - Tiefbau" in Steele gleichsam als Warnung für die Arbeitgeber in den Streik getreten[78], während andererorts noch zu Ruhe und Disziplin gemahnt wurde.[79] Die Haltung der Unternehmer machte aber sämtliche Versuche, einen Streik zu vermeiden, zunichte. Auf den Versammlungen am 16. Juni[80] wurde der Ausstand dann einstimmig beschlossen, der am folgenden Tage auf allen Zechen des Essener Reviers ausbrach. Auf seinem Höhepunkt arbeiteten auf allen 41 bestreikten Zechen nur noch 18 Leute.[81]

Trotz der großen Geschlossenheit der Bergleute des Essener Raumes mußte der erste Massenstreik in der Geschichte des Ruhrgebietes nach fünfwöchiger Dauer, am 24. Juli 1872, abgebrochen werden. Die Gründe hierfür sind sehr vielschichtig, sie lassen jedoch einen gemeinsamen Nenner deutlich hervortreten: die ungebrochene Macht und solidarische Stärke der Bergbauunternehmer.

Demgegenüber war die organisatorische und finanzielle Schwäche der Bergarbeiter nicht zu verheimlichen. Im Gegensatz zu den Gewerken, die sich bereits 1858 im "Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund"[82] zusammengeschlossen hatten, bestand eine solche Organisation auf Seiten der Bergarbeiter nicht. Erste Ansätze dazu wurden erst während und im Anschluß an den Streik entwickelt. Auch der finanzielle Rückhalt der Bergarbeiter war minimal. Von einer Streikkasse im eigentlichen Sinne konnte keine Rede sein. Vielmehr war man auf die Unterstützung der Bevölkerung angewiesen[83], womit aber nur den Bedürftigsten geholfen werden konnte.

Unternehmer und Zechenverwaltungen ließen nichts unversucht, den Streik möglichst schnell unter Kontrolle zu bekommen und die Bergarbeiter gefügig zu machen. Die Maßnahmen reichten von Entlassungen, wie sie von der Verwaltung der Zeche "König Wilhelm" in Essen angedroht wurden[84], bis zur Kündigung der werkseigenen Wohnungen, die von der Zeche "Zollverein" in Werden in Aussicht gestellt wurde, wenn die Arbeit nicht unverzüglich wieder aufgenommen würde.[85] Auch der Beschluß der technischen Grubenbeamten, keinen Bergmann während des Streiks anzustellen, der auf irgendeiner Zeche des Oberbergamtes Dortmund gearbeitet habe[86], verfehlte sicherlich seine Wirkung nicht. Die Maßnahmen der Unternehmer und Zechenverwaltungen beschränkten sich aber nicht nur auf den eigenen Herrschaftsbereich, sondern sie versuchten auch, in "fremdem" Terrain ihren Einfluß geltend zu machen. Im Essener Raum setzten sie die Gastwirte unter Druck, den Bergleuten keine Räume für ihre Versammlungen zur Verfügung zu stellen.[87]

Neben diesen direkten Drohungen und Versuchen, den Streik zu unterlaufen, wird man auch die "Öffentlichkeit" zu berücksichtigen haben, die von Seiten der Unternehmer für ihre Interessen eingespannt wurde. Ihre mit dem Begriff "Ordnungsliebe" sicherlich nur unzureichend wiedergegebene Haltung konnte auf die Zustimmung großer Teile der Bevölkerung zählen, die das sta-

tische Denken einer ständischen Gesellschaft so verinnerlicht hatte, daß jede Form der Störung als eine Revolution gegen die geheiligte Ordnung abgelehnt wurde. Besonders deutlich kommt diese Sicht des sozialen Konfliktes in einem Plakatanschlag Krupps zum Ausdruck, der die Arbeiter seines Werkes vor einer möglichen Teilnahme an einem Streik abhalten sollte: "Nichts, keine Folge der Ereignisse wird mich veranlassen, mir irgendetwas abtrotzen zu lassen... Es wird wohl niemand glauben, daß ich aus Durst nach Gewinn der Arbeit und Mühe mich unterziehe, welche mit der Verwaltung eines solchen Geschäftes für eigene Rechnung verbunden ist... Ich warne daher nochmals vor den Verlockungen einer Verschwörung gegen Ruhe und Frieden... Ich erwarte und verlange volles Vertrauen, lehne jedes Eingehen auf ungerechtfertigte Forderungen ab..."[88] Die Mobilisierung der öffentlichen Meinung war für den Verlauf und die Ausweitung der Streikbewegung von ausschlaggebender Bedeutung. Ihr ist es zuzuschreiben, daß der Streik nicht auf den gesamten Bereich des Oberbergamtes Dortmund übergriff. Außer dem Zentrum Essen, in dem alle Zechen bis auf "Neuessen" bestreikt wurden, waren die Ortschaften Mülheim, Oberhausen, Steele, Gelsenkirchen und Duisburg von dem Ausstand betroffen. Ausgespart blieben hingegen die Bochumer und Dortmunder Gruben.[89] Dies verdankt sich einer besonderen Taktik der Bergwerksunternehmer und der ihnen ergebenen Presse, die den Ausstand als Werk des Ultramontanismus, genauer der katholischen Geistlichen des Essener Gebietes, bezeichnete.[90] Selbst die Leitung einer Streikkasse wurde ihnen angedichtet.[91]

Voll ins kulturkämpferische Fahrwasser geriet der Arbeitskampf am 9. Juli. An diesem Tage sprach auf der Generalversammlung[92] des "Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund" dessen Vorsitzender Dr. Friedrich Hammacher.[93] Für ihn wie für seinen Vorredner, Bergassessor Krabler[94], war der Ausstand ausschließlich unter juristischen Gesichtspunkten zu behandeln. Schadensersatz für den Ausfall der Förderung wie auch die Aberkennung der Knappschaftsrechte wurden in Betracht gezogen. Besonders die geforderte Lohnerhöhung - das war die

einhellige Meinung der Unternehmer - könne deshalb nicht in Betracht gezogen werden, weil damit "die naturgemäße Entwicklung der Lohnverhältnisse nach Angebot und Nachfrage" durchbrochen "und eine willkürliche Verwirrung der Lohnsätze"[95] durchgesetzt würde. Damit wurde die Zumessung des Lohnes in die "freie Entscheidung des ökonomisch einsichtigen Unternehmers"[96] gestellt, mit der alle Lohnforderungen der Arbeiter abgelehnt werden konnte. "Hätten die Unternehmer anerkannt, daß sich die Höhe des Lohnes nach der beanspruchten und aufgewendeten Arbeitskraft richtete, sie hätten zugestehen müssen, daß die Arbeiter selbst deren Grad und damit den erforderlichen Lohn zu beurteilen in der Lage waren."[97]

Den Bergwerkseigentümern gab diese Argumentationsstrategie dann auch die Möglichkeit, den Streik nicht als das Ergebnis sozialer und ökonomischer Ursachen zu interpretieren, sondern als ein von außen an die Betriebe herangetragenes "politisches" Moment. Von daher war es dann nur konsequent, die eigentliche Ursache des Streiks in den "schlimmsten Wühlereien der sozialdemokratischen und eines Theiles der klerikalen Partei"[98] zu sehen. Zwar konnte ein direkter Einfluß dieser Kreise nicht festgestellt werden, "es ist aber eine offenkundige Thatsache, daß mehrere Kapläne der hiesigen Gegend unter dem Vorwande, für das Wohl der arbeitenden Klasse zu sorgen, ihren Einfluß auf Arbeiterkreise zur Anregung der Klassen-Unzufriedenheit und des Klassen-Hasses benutzt haben."[99] Vor allem die Jesuiten, die unter dem beginnenden Kulturkampf in Preußen ohnehin zu leiden hatten, wurden für den Streik verantwortlich gemacht. Der Verdacht ultramontaner Streikführung rückte den Streik selbst in die Nähe staatsfeindlicher Handlungen, die den Einsatz des Gesetzgebers erforderten. Es ist deshalb wohl auch nicht zufällig, daß Hammacher - Sozialdemokratie und katholische Geistliche in einem Atemzug nennend - eine auf die jeweilige Gruppe abgestimmte Strategie forderte. Für ihn war es völlig klar, daß "gegen die maulwurfartigen Mittel des Theiles der klerikalen Partei... nur ein langer Kulturkampf"[100] ausreichte.

Die Propagierung der Klassenauseinandersetzung als Kulturkampf verfehlte ihre Wirkung nicht. Die Qualifizierung des Bergarbeiterausstandes als Jesuitenstreik hielt die vorwiegend evangelische Arbeiterschaft des westfälischen Raumes in den Städten Dortmund und Bochum von der Solidarität mit ihren Kollegen ab. Daran konnte auch die öffentliche Bekanntgabe der Namen der Streikführer, die zunächst aus Angst vor Repressionen geheim gehalten worden waren, nichts ändern.[101)] Tatsächlich war die Kirche in der Frage der Stellung zum Streik bzw. seiner aktiven Unterstützung gespalten. Die Angriffe der Unternehmer waren in der vorgetragenen Form überzogen - gab es doch auch Geistliche, die den Ausstand rundweg ablehnten. Dennoch konnten die Streikenden vor allem mit der Solidarität jüngerer Kapläne rechnen.[102)] Bei ihnen dürfte die schon seit einiger Zeit laufende Aufklärungsarbeit des christlichen Arbeitervereins von Essen sowie der sich zu dieser Richtung bekennenden katholischen Knappen- und Arbeitervereine des Ruhrgebietes positiv ausgewirkt haben. In der Tat haben die Vereine bei der Vorbereitung des Streiks die dominierende Rolle gespielt, wie Berichte des Oberbergamtes Dortmund nahelegen. In den Versammlungen war das Verhältnis von Kapital und Arbeit das Hauptgesprächsthema, wie das Vereinswesen überhaupt den Boden darstellte, auf dem der Gedanke eines Streiks wachsen konnte.[103)] So waren die Arbeiter- und Knappenvereine der ausgezeichnete Ort für den Erfahrungsaustausch und die Reflexion notwendiger Strategien der Arbeiter. Daneben besaßen die konfessionellen Knappenvereine in ihren Gesangs- und Theaterabteilungen aber auch ein geeignetes Instrument zum Aufbau einer Streikkasse. Durch öffentliche Auftritte verschafften sie der ausständischen Bergarbeiterschaft nicht nur die notwendige materielle Unterstützung, sondern warben auch so für die "gerechte Sache".

In seinen kurzfristigen Zielen mußte der Streik erfolglos abgebrochen werden. Langfristig betrachtet war er jedoch ein Erfolg. Er ermöglichte erst das Bewußtsein von der Notwendigkeit einer einheitlichen Arbeiterbewegung. Der Gedanke einer gewerkschaftlichen Organisation war nun nicht mehr aus den Köpfen

zu treiben, wenn es auch noch eine ganze Zeit dauerte, bis diese zustande kam. Einen ersten Versuch starteten die Streikführer Franz Daun, Hermann Lochthofen und Johann Trilling. Sie gründeten noch im Jahre 1872 den ersten gewerkschaftlichen Bergarbeiterverband, den Verband "Rheinisch-Westfälischer Grubenarbeiter."[104] Dieser erste gewerkschaftliche Zusammenschluß der Bergarbeiter verband die konservativen Elemente der alten Standesorganisationen, in denen das bergmännische Selbstverständnis gepflegt wurde, mit einer durch die veränderte Wirtschaftssituation notwendig gewordenen materiellen Interessensicherung. Unter Ausschluß aller politischen und religiösen Angelegenheiten sollten "die Ehre und die materiellen Interessen der Mitglieder zu wahren und zu fördern" sein, wobei neben den älteren Rechten wie gesetzliche Regelung der Schichtenzeiten auf acht Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt und unentgeltlichen Unterricht an allen Bergbauschulen auch ein Rechtsschutzverein zur Verteidigung bei arbeitsrechtlichen Konflikten angestrebt werden. Außerdem sollte eine Kasse eingerichtet werden, die bei Entlassungen den betroffenen Bergleuten zur Verfügung stehen sollte. Dem Verband wurde jedoch die staatliche Genehmigung nicht erteilt.

Auch in den konfessionellen Knappen- und Arbeitervereinen hatte der Streik seinen Niederschlag gefunden. Was dort schon zuvor an Aufklärungs- und Motivationsarbeit geleistet worden war, wurde nun auch statutenmäßig nachgeholt und wohl auch in der Bildungsarbeit eingesetzt. Standen bei den ersten Knappenvereinen noch Geselligkeit und religiös-sittliche Hebung im Vordergrund und waren die einzigen Ziele der Vereinsarbeit, so trat jetzt das soziale Element hinzu. Abgelesen werden kann dies an der Statutenänderung des Knappenvereins von Niederwenigern im Jahre 1872, wo es heißt, "daß in den Versammlungen auch Belehrungen die den christlichen Arbeiterstand betreffenden Fragen geboten werden sollen."[105] Auf der anderen Seite ist auch die Angst vor staatlicher Repression in den katholischen Knappenvereinen spürbar. Sie mußten befürchten, von den Behörden wegen politischer Tätigkeit verboten zu werden. Des-

halb wurde den Vereinsmitgliedern des katholischen Bergmannsvereins von Überruhr 1873 ausdrücklich eingeschärft, sich jeder Streikbewegung zu enthalten. Außerdem wurde beschlossen, "jedes Vereinsmitglied auszuschließen, welches für Herbeiführung einer Arbeits-Einstellung agitieren wollte."[106] Der St. Antonius-Knappenverein von Wattenscheid nahm einen ähnlichen Passus in seine Vereinsstatuten auf.[107] Daß die Angst der Knappen- und Arbeitervereine nicht unberechtigt war, kann an den Ereignissen der folgenden Jahre abgelesen werden, in denen sie verstärkt dem Druck staatlicher Stellen ausgesetzt waren. Der Oberpräsident von Westfalen verweigerte konfessionellen Knappen- und Arbeitervereinen, die nach 1873 gegründet wurden, die Genehmigung.[108]

2.4 Kulturkampf gegen die christliche Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet

Nachdem schon der 72er Streik von den Unternehmern kulturkämpferisch genutzt worden war, konnte es eigentlich niemanden mehr überraschen, daß der ab 1871 von der preußischen Regierung forcierte Kirchenkampf[109] auch gegen die katholischen Vereine geführt wurde. Eine besondere Gesetzgebung war dazu nicht einmal erforderlich, boten doch die einschlägigen Paragraphen des "Versammlungs- und Vereinigungsrechtes vom 11.März 1850" ausreichende Möglichkeiten, den "Ultramontanismus" in Form seiner Vereine zu bekämpfen. Das katholische Leben des Ruhrgebietes hatte unter der kulturkämpferischen Haltung der preußischen Regierung besonders zu leiden, da der Oberpräsident von Westfalen anscheinend seinen ganzen Ehrgeiz daran setzte, den Katholizismus aus dem öffentlichen Leben zu verbannen.[110] Vor allem die Städte Bochum und Essen, in denen Niederlassungen der Redemptoristen (Bochum)[111] und Jesuiten (Essen)[112] bestanden, waren Schauplätze staatlicher Machtdemonstration.

Die kulturkämpferische Stimmung in den 70er Jahren wurde besonders von den Behörden zur Bekämpfung der christlichen Ar-

beiterbewegung genutzt. In ihren Kreisen fürchtete man wohl besonders die religiöse Komponente innerhalb der Arbeiterbewegung, die in ausreichendem Maße Legitimation für eine Verschärfung der sozialen und wirtschaftlichen Konflikte bot. Anders ist die Stellungnahme des Oberbergamtes Dortmund zum Statutenentwurf des evangelischen Knappenvereins in Schonebeck überhaupt nicht zu erklären. Das OBA hegte auf Grund des 72er Streiks offensichtlich die Befürchtung, daß die "sozialistische" Färbung der katholischen Arbeiterbewegung nun auch auf die evangelische - soweit überhaupt schon vorhanden - übergriff.[113] Auch die in Fragen der Statutengenehmigung zuständige Behörde, das Oberpräsidium in Koblenz, schloß sich dieser Befürchtung an und forderte deshalb einen Verzicht auf die Bezeichnung "evangelisch."[114]

Wenn die bergbaulichen Behörden schon bei der evangelischen Arbeiterbewegung - sicherlich zu Unrecht - Angst vor der Verbindung von Religion und Politik hatten, um wie vieles mehr angesichts der ständig wachsenden Zahl von katholischen Knappen- und christlichen Arbeitervereinen ? Der Streik schien den Befürwortern einer härteren Gangart Recht zu geben, die schon zuvor angesichts der "unverkennbaren Agitation" in der katholischen Presse und in den religiös-politischen Vereinen" zu höchster Vorsicht und unausgesetzter Aufmerksamkeit"[115] gemahnt hatten. Das Oberbergamt forderte nach den Erfahrungen von 1872 dann auch ein Verbot der katholischen Knappenvereine, weil deren Unterstützungskassen zu sozial- und kirchenpolitischer Agitation benützt würden und die Leitung der Vereine in den Händen solcher Personen läge, deren Ziel die Umwälzung der staatlichen Ordnung aus kirchlichem und sozialem Interesse sei.[116] Zwar konnten sich die Behörden diesem Vorschlag des OBA nicht anschließen, das Oberpräsidium in Münster verfügte jedoch in einem Runderlaß vom 17. April 1873 eine genauere Beobachtung aller Knappenvereine.[117] Den Behörden auf Kreisebene wurde eingeschärft, besonders darauf zu achten, ob in den Vereinen "öffentliche Angelegenheiten" behandelt würden. Offenbar glaubte man, damit eine juristische Legitimation zu besitzen,

die Knappenvereine verbieten zu können. Das Oberpräsidium wollte diesen Begriff jedenfalls sehr weit ausgelegt wissen, wie die folgende Definition belegt:

"Ein öffentlicher Charakter des Vereins trotz anderslautender Statuten ist namentlich dann anzunehmen, wenn, wie das nach uns vorliegenden Nachrichten sehr häufig bei den sogenannten Knappen-Vereinen vorkommt, die Vereins-Tätigkeit sich in Beziehung auf öffentliche Wahlen in irgend einer Art entwickelt, wenn bei den Versammlungen das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit in den Bereich der Besprechung gezogen, oder auch vorgekommene Unglücksfälle benutzt werden, um das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer als ein gesetzlicher Reformen bedürftiges oder gesetzlich mangelhaftes zu erörtern, wenn gemeinsame Schritte und gemeinsames Verhalten zur Erzielung von Veränderungen in den Arbeitslohn-Verhältnissen berathen, wenn außerhalb der Vereinszwecke liegende Artikel aus politischen Tagesblättern oder Zeitschriften verlesen und besprochen werden usw."[118)]

Diese Auslegung schränkte die Tätigkeit der Knappen- und Arbeitervereine stark ein, ja sie drehte das Rad der Geschichte zurück und reduzierte die Arbeit der Vereine auf Standes- und Frömmigkeitspflege. Diesen Status hatten die christliche Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes und auch die katholischen Knappenvereine aber längst überwunden. Es war den Vereinen nahezu unmöglich, gegen diese Verordnung nicht zu verstoßen. Die preußische Regierung versuchte, die Vereine schon im Ansatz, bei der Mitgliederwerbung, zu behindern und sprach deshalb "mit Rücksicht auf die über die Wirksamkeit dieser Vereine und deren sozialistischen wie kirchenpolitischen Tendenz stattgehabten Ermittlungen"[119)] ein Verbot von Untersützungskassen der Knappenvereine aus, wie sie auch neue Vereine nicht zuließ. Offensichtlich verdächtigten die Behörden die Vereine, bei Ausstandsbewegungen die Unterstützungskassen als Streikkassen zu "mißbrauchen". Mit diesem Verbot wurde eine empfindliche Stelle in der Vereinsarbeit getroffen. Denn die Selbsthilfeeinrichtungen übten auf die Arbeiter eine große Anziehungs-

kraft aus, weil sie deren Familien in Krankheits- und Sterbefällen finanziell absicherten.

Mit dieser Maßnahme wurde der Kulturkampf endgültig auf die konfessionellen Vereine ausgeweitet[120], in denen man neben der "ultramontanen" Presse den gefährlichsten Gegner sah.[121] Die Kombination von Verein und Presse mußte den kulturkämpferischen Staat aber besonders herausfordern. Deshalb galt sein vornehmliches Interesse auch schon bald dem Essener christlichen Arbeiterverein , der nicht nur ein gewaltiges konfessionelles Potential darstellte, sondern nach den Worten des Oberbürgermeisters von Essen, Hacke[122], die einzig ernstzunehmende "sozialistische Partei" war.[123] Nachdem der christliche Arbeiterverein noch am 19. Juli 1874 in "schönster Harmonie" sein 4. Stiftungsfest gefeiert hatte[124], wurde am 3. August auf Veranlassung des Essener Oberbürgermeisters unter Anwendung des Versammlungs- und Vereinigungsrechts vom 11. März 1850 der "in der diesseitigen Oberbürgermeisterei bestehende s.g. christliche Arbeiterverein hier vorläufig geschlossen".[125] In dem an Laaf gerichteten Schreiben bezog sich Hacke auf den § 8b des o.g. Gesetzes, wonach es politischen Vereinen nicht gestattet war, "mit anderen Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung (zu, H.Z.) treten, insbesondere nicht durch Komitee's, Ausschüsse, Centralorgane oder ähnliche Einrichtungen oder durch gegenseitigen Schriftwechsel."[126]

Schon am nächsten Tag ermahnte Laaf in einem öffentlichen Aufruf alle Mitglieder, sich jeglicher Vereinstätigkeit zu enthalten, um noch größeren Schaden vom Arbeiterverein fernzuhalten.

Hacke's Schlag galt wohl in erster Linie den "Essener Blättern"[127], in deren Expedition sofort eine Hausdurchsuchung vorgenommen wurde. Auch die Privatwohnung von Laaf und das Vereinslokal wurden untersucht, wobei alle Schriftstücke, Protokollbücher, Mitgliederverzeichnisse und Vereinsbücher be-

schlagnahmt wurden. Sie sollten als Beweismaterial für die erhobene Anklage benutzt werden.

Konsequenterweise wurden am 24. August 1874 auch alle angeblichen "Kontaktvereine" in der näheren Umgebung geschlossen.[128] Laaf - und mit ihm 36 weitere Mitglieder - wurde am 1o. Februar 1875 zur Last gelegt, "Vorsteher eines politischen Vereins gewesen zu sein, welcher mit einem anderen Verein gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung getreten ist".[129] In seinem Plädoyer beantragte der Staatsanwalt gegen die Kapläne Laaf und Büttgen (Borbeck)[13o] Gefängnisstrafe, gegen die übrigen Angeklagten Geldstrafen sowie die Schließung des Vereins. Er verband seine Anklage mit der Darstellung der Rolle des christlichen Arbeitervereins im 72er Streik und einer Erörterung der Vereinsgeschichte, die den Nachweis des politischen Charakters erbringen sollten. Das Essener Kreisgericht, an dem die Verhandlung stattfand, konnte sich dieser Meinung nicht anschließen, sprach die Angeklagten in allen Anklagepunkten frei und ordnete die Aufhebung der polizeilichen Schließung des christlichen Arbeitervereins zu Essen an.[131] Die Staatsanwaltschaft ging in die Berufung, wobei es ihr erklärtes Ziel war, den Arbeiterverein aufzulösen, was "hoffentlich... auch das Eingehen der Essener Blätter zur Folge haben wird".[132] Aber auch das königliche Appellationsgericht in Hamm, wo das Revisionsverfahren stattfand, kam zum gleichen Ergebnis wie das Essener Kreisgericht.[133] Zwar versuchte die Staatsanwaltschaft auch später noch, ein Ermittlungsverfahren gegen den Essener christlichen Arbeiterverein in Gang zu setzen, jedoch ohne Erfolg.[134]

Die Aktivitäten von Justiz und Behörden richteten sich später nicht mehr gegen ganze Organisationen, sondern nur gegen Einzelpersönlichkeiten der christlichen Arbeiterbewegung. Aber auch dieser Versuch, durch Anklagen gegen die Führer - vor allem Anton Rosenkranz[135] und Gerhard Stötzel wurden häufiger angeklagt und auch verurteilt -, die Bewegung aufzulösen, blieb erfolglos. Im Gegenteil, die Ereignisse der kommenden

Jahre zeigten deutlich, daß die politische Stärke des Essener christlichen Arbeitervereins ungebrochen war. Schon am Ende des 1. Quartals 1876 mußte der Essener Oberbürgermeister der Regierung in Düsseldorf mitteilen, daß der Essener Arbeiterverein "seine Tätigkeit in vollstem Maße wieder aufgenommen"[136] habe. Auch die Zweigvereine, die geschlossen worden waren, hatten sich zunächst als solche aufgelöst, anschließend aber wieder als selbständige Vereine neu konstituiert.

Dennoch blieb das Klima der Verketzerung und politischen Unterdrückung nicht ohne Auswirkung auf die christliche Arbeiterbewegung. Die Gründung weiterer Arbeitervereine wurde ebenso verhindert wie das Abhalten von Versammlungen.[137] Vor allem die Knappenvereine, die auch im Sog des Essener "Christlichen Arbeitervereins" politisiert worden waren, verzichteten im Jahre 1875 völlig auf eine politische Tätigkeit. Einige nahmen wieder stärker die Tradition der Standespflege auf. Die konfliktorientierte Arbeit wurde zugunsten eines harmonisierenden Gesellschaftsbildes aufgegeben, das eher die Gemeinsamkeit mit den Grubendirektoren herausstellte als die Gegensätze.[138]

Dieser Versuch staatlicher Machtdemonstration war letztlich nichts anderes als ein politisches Manöver mit juristischen Mitteln.[139] Daß es den Behörden nicht gelang, die junge christliche Arbeiterbewegung zu zerstören, zeugt von einer großen organisatorischen Geschlossenheit. Anders als in Aachen, wo der Arbeiterverein zum Hl. Paulus auch an eigenen Unzulänglichkeiten gescheitert war, wurde die Arbeit des Essener Vereins zu diesem frühen Zeitpunkt noch von der gesamten katholischen Bevölkerung, und was noch wichtiger ist, vom katholischen Klerus getragen. Der Kulturkampf verstärkte zeitweilig diese Tendenz noch, ging es doch schließlich auch beim Arbeiterverein um eine "katholische" Sache.

Entscheidend war noch ein weiterer Gesichtspunkt, der in der

katholischen Arbeiterbewegung bislang überhaupt nicht diskutiert wurde. Problematisch für die junge Arbeiterbewegung war die Herausbildung und die Schulung einer Führungsmannschaft. Während in den konfessionellen Knappenvereinen und auch im Aachener Arbeiterverein dazu die Geistlichen auserwählt waren, die nur selten Laien neben sich duldeten, wurde dieses Problem in Essen anders gelöst. Schon zu einem frühen Zeitpunkt waren neben den Geistlichen Laien an der Leitung der Arbeitervereine beteiligt. Schon die Tatsache, daß unter den Angeklagten im Prozeß gegen die christlichen Arbeitervereine vorwiegend Laien vertreten waren, verweist darauf, daß es in Essen gelungen war, die Arbeiterbewegung in den Händen der Arbeiter selbst zu belassen. Dies hatte den nicht zu unterschätzenden Vorteil, daß der zeitweilige Ausfall von Einzelpersönlichkeiten leichter verkraftet werden konnte. Der Verein war nicht im gleichen Maße von der geistlichen Führung abhängig und bewahrte sich so das notwendige Stück an Eigenständigkeit. Dies ist m.E. auch der Grund für die überraschende Entwicklung nach 1877. Denn während überall sonst in Preußen das Zentrum als die Inkarnation des Katholizismus angesehen wurde, ging die katholische Arbeiterschaft in Essen erfolgreich einen anderen Weg, der besonders die sozialen Gesichtspunkte berücksichtigte.

3 Die christliche Arbeiterbewegung im Konflikt

3.1 Christlicher Arbeiterverein gegen Bürgerblock - die Reichstagswahlen 1877

Die auf Eigenständigkeit und Vertretung von Arbeiterinteressen auch in den Parlamenten ausgerichtete christliche Arbeiterbewegung von Essen beschwor mit steigender Mitgliederzahl einen Konflikt mit dem Essener Zentrumswahlverein herauf. Zwar stand bei den Katholiken der Kulturkampf im Vordergrund, dem die sozialpolitischen Forderungen untergeordnet wurden. Mit wachsendem politischen Bewußtsein der katholischen Arbeiter wurde dieses Verhaltensmuster jedoch hinfällig. Hatten sich die Arbeiter 1871 noch mit der Versicherung des im Essener Wahlkreis für das Zentrum kandidierenden Dr. Krebs aus Köln zufriedengegeben, er stände auf dem Boden des christlich-sozialen Programms, so forderten sie 1874 bereits einen eigenen Kandidaten, und zwar den Mainzer Bischof Ketteler. Dieser beschied eine Nominierung für die Reichstagswahl abschlägig, indem er darauf verwies, daß "jedes persönliche Interesse... vor den höchsten Interessen zurücktreten" muß. "Wir müssen zuerst als Christen handeln, sonst sind wir ja keine Christen".[1] Mit dieser Erklärung gaben sich die Arbeiter jedoch nicht zufrieden, sondern drängten Rosenkranz zu einer Kandidatur. Sie wurde jedoch auf Vermittlung Laafs zurückgezogen, der keine Chance sah, schon zu diesem Zeitpunkt gegen das Zentrum eine Wahl zu gewinnen.[2]

Der Prozeß des wachsenden Selbstbewußtseins in der katholischen Arbeiterschaft Aachens und Essens ließ sich dadurch aber nicht aufhalten. Im Gegenteil, die schon im Kulturkampf und beim 72er Streik demonstrierte Stärke und Geschlossenheit wurde nun auch in die Auseinandersetzung mit dem innerkirchlichen Gegner eingebracht. Diese Tendenz wurde durch den Beschluß auf dem christlichen Arbeiterkongreß 1875 in Aachen, bei den kommenden Reichtstagswahlen einen eigenen Kandidaten aufzustellen, noch verstärkt.[3] Damit war aber nicht an eine

eigene Parteigründung gedacht, sondern an eine personelle Vertretung innerhalb der Reichstagsfraktion des Zentrums. Eine Spaltung des Katholizismus sollte unbedingt vermieden werden.

Während 1874 noch Rosenkranz gewillt war, für die Essener katholischen Arbeiter in den Reichstag zu gehen, tat dies bei den Reichstagswahlen 1877 der schon in den 6oer Jahren in Wahlversammlungen aufgetretene Dreher Gerhard Stötzel. Er wurde bei Wahlveranstaltungen im Herbst 1876 als eigener Kandidat der katholischen Arbeiter Essens vorgeschlagen.[4] Da der bei Krupp beschäftigte Arbeiter sich bislang noch nicht klar für das Zentrum ausgesprochen hatte, verlangte die lokale Parteileitung von Stötzel ein eindeutiges Bekenntnis zur Zentrumspartei, was dieser auch ablegte. Dennoch konnte auch diese Demonstration guten Willens von Seiten des Arbeiterkandidaten den sich abzeichnenden Konflikt zwischen dem christlichen Arbeiterverein und dem "Bürgerblock" des Zentrums nicht verhindern.

In aller Schärfe brach er auf einer von Rosenkranz einberufenen Versammlung christlich-sozialer Arbeiter am Heiligen Abend 1876 aus.[5] Die Vertreter der Partei - namentlich werden in den Zeitungsberichten Wiese, Rittweger[6] und Vikar Bongartz[7] genannt -, die auch auf die Unterstützung der katholischen Vorksvereine rechnen konnten, schlugen in dieser Versammlung den bisherigen Vertreter Essens im Reichstag, den Gerichtsrat Forcade des Baix[8], als Reichstagskandidaten vor. Sie konnten darauf verweisen, daß auch Windthorst[9] sich für eine Wiederwahl von Forcade's ausgesprochen hatte. Doch selbst die einer Drohung gleichkommende Erklärung Wiese's, daß eine Ablehnung von Forcade ein Mißtrauensvotum gegen die gesamte Zentrumsfraktion bedeute, konnte die Arbeiter nicht beeindrucken. Besonders Rosenkranz machte sich für Stötzel stark. Ihm wie auch den anwesenden Arbeitern war die Vertretung der sozialen und ökonomischen Interessen der Arbeiter wichtiger als der augenblickliche Kulturkampf - Zeichen einer

Bewußtseinsbildung, die sich der Tätigkeit des Arbeitervereins verdankte. Mit den Worten: "Unser bisheriger Abgeordneter hat keine Fühlung mit dem Volk, er hat kein Verständnis für das Wohl und Wehe der Arbeiter", lehnte Rosenkranz Forcade de Baix ab.

Damit deutete sich auch die Spaltung der katholischen Wählerschaft Essens an. Zunächst wurde jedoch noch versucht, mit einem gemeinsamen Kandidaten in die Reichstagswahl zu gehen. Der Bürgerblock unterbreitete deshalb das Angebot, bei anstehenden sozialpolitischen Fragen eine Abordnung von Arbeitern auf Kosten der Partei nach Berlin zu schicken, um die Zentrumsfraktion über die Ansichten der Arbeiter zu informieren.[10] Mit diesem Vorschlag erklärten sich auch die Vertreter der Arbeiter[11] einverstanden. Daß dennoch der Graben zwischen den Kontrahenten schon zu tief aufgerissen war, sollte die Versammlung am 1. Januar 1877[12] zur Genüge belegen, in der die Arbeiter folgende Bedingungen für eine Wiederwahl von Forcade aufstellten:

a) Forcade muß versprechen, das christlich-soziale Programm, das Moufang[13] entworfen hat, in jeder Beziehung und bei jeder Gelegenheit zu vertreten.

b) bei allen sozial- oder wirtschaftspolitischen Gesetzesvorlagen sollen 2 oder 3 Deputierte der Arbeiter auf Kosten der Zentrumspartei des Kreises nach Berlin fahren, um die Meinung der Arbeiter darzulegen;

c) der Bürgerblock solle versprechen, bei der nächsten Reichstagswahl ebenso für Stötzel einzutreten, wie dies die Arbeiter jetzt für Forcade täten.

Strittig war Punkt c). Die Vertreter der Bürgerpartei, wie sie sich selbst nannten, dachten wohl nicht ernsthaft daran, einen Vertreter der Arbeiterschaft in den Reichstag zu wählen. Vikar Bongartz machte deshalb einen einschränkenden

Vorschlag, der darauf hinauslief, daß nur dann ein Kandidat des Arbeitervereins, der jetzt schon als Christlich-soziale Partei (CSP) auftrat, aufgestellt würde, wenn Forcade auf sein Mandat verzichte oder sich selbst in Widerspruch zum christlich-sozialen Programm bringe. Außerdem müsse der potentielle Kandidat über die notwendigen moralischen und geistigen Fähigkeiten verfügen. Ohne weitere Diskussion schloß Wiese die Versammlung. Der schon in greifbare Nähe gerückte Kompromiß war nach dieser von den Arbeitern als Eklat empfundenen Versammlung kein Diskussionsgegenstand mehr.

Die Pressekampagnen der folgenden Tage bestätigten den Riß in der katholischen Wählerschaft Essens und heizten die ohnehin schon aufgeputschte Stimmung noch mehr an. Die EVZ stellte sich dabei eindeutig auf die Seite des bürgerlichen Flügels und versuchte die CSP als Klassenpartei zu denunzieren, während das Zentrum doch alle Stände umfasse.[14] Demgegenüber kämpften die "Essener Blätter" für den Kandidaten der katholischen Arbeiter, Gerhard Stötzel. Die unterschiedlichen Standpunkte wurden so prononciert vorgetragen, daß auch ein von Windthorst an Wiese abgesandter und in der EVZ veröffentlichter Brief, der zur Einigkeit mahnte, den Riß in der katholischen Wählerschaft nicht kitten konnte.[15]

Für Laaf, der dem Angebot des Bürgerblocks zunächst zugestimmt hatte, wurde die Situation äußerst schwierig. Wollte er in den Augen der katholischen Arbeiter nicht unglaubwürdig werden, mußte er dem Drängen nach einem eigenen Arbeiterkandidaten nachgeben. Die überwiegende Mehrheit im Arbeiterverein unter Führung des Bergmanns Rosenkranz lehnte vor allem die Änderung von Punkt c) ab und erklärte sich eindeutig für Stötzel als den Kandidaten der katholischen Arbeiter, der dann auch als Gegenkandidat aufgestellt wurde.[16] Die bürgerliche Richtung spielte daraufhin ihren letzten Trumpf aus und appellierte unter Bezugnahme auf den Kulturkampf an das "katholische" Gewissen.[17] Die Wahl brachte dann doch ein überraschendes Ergebnis: Zwar erhielt Forcade die meisten

Stimmen(7.828), Stötzel konnte jedoch mit 6.689 aller abgegebenen Stimmen den zweiten Platz erringen und somit die Kandidaten der Nationalliberalen und der Sozialdemokraten besiegen.[18] Eine genaue Analyse des Wahlergebnisses zeigt, daß das gute Abschneiden der CSP vor allem den Stimmgewinnen in den industriellen Gebieten Essens zu verdanken war.[19]

Wie schon 1874 in Aachen war auch Stötzel und die CSP in der Zeit bis zur notwendigen Stichwahl einem verstärkten Kesseltreiben des katholischen Bürgerblocks ausgesetzt. Während jedoch in Aachen Cronenberg allein der Sündenbock war, dem man das schlechte Verhältnis zwischen Bürgerlichen und arbeitenden Schichten des Zentrums anlasten konnte, fiel dies in Essen ungleich schwerer. Die Essener Bewegung ruhte auf so vielen Schultern, daß es nicht möglich war, einen Alleinverantwortlichen zu finden. Dennoch wurden auch in Essen von Seiten der offiziellen Zentrumspartei die gleichen Argumente wie in Aachen vorgetragen : die katholische Sache, die es im Parlament zu vertreten galt, sei ebenso gefährdet, wie ein Abfall an die Sozialdemokratie durch die Kandidatur eines eigenen katholischen Arbeiterkandidaten gefördert werde. Katholische Geistliche sprachen die Warnung offen aus und leisteten durch eine öffentliche Erklärung Forcade de Baix Wahlhilfe.[20] In der Tat mußten die Sozialdemokraten bei der Stichwahl den Ausschlag geben, nachdem die Nationalliberalen ihren Wählern Wahlenthaltung empfohlen hatten. In einem öffentlichen Aufruf sprach sich die Sozialdemokratie für Stötzel aus, wobei sie darauf hinwiesen, daß der Kulturkampf bei dieser Stichwahl jede Bedeutung verloren habe und daß es einzig und allein darum gehe, ob ein Kandidat der Besitzenden oder der Arbeiter die Wahl gewinne.[21] Damit war die Wahl entschieden. Am 23. Januar wurde Gerhard Stötzel mit 11.636 Stimmen als erster Arbeiter innerhalb der Zentrumsfraktion in den Reichstag gewählt. Forcade mußte sogar noch einen Verlust von ca. 2oo Stimmen hinnehmen und erreichte nur 7.66o Stimmen.[22]

Während die katholischen Arbeiter in Essen die Wahl für sich

entscheiden konnten, blieb ihnen in Aachen ein ähnlicher Erfolg versagt. Hier war Laaf in letzter Minute als Kandidat der Arbeiter gegen den offiziellen Zentrumskandidaten Max von Biegeleben[23)] aufgestellt worden. Laaf unterlag dem Kandidaten des Zentrums nur sehr knapp.

Der Erfolg über den Bürgerblock brachte dem Essener Arbeiterverein natürlich einen großen Prestigegewinn. Es war deutlich geworden, daß das Zentrum nur unter Berücksichtigung der sozialen und ökonomischen Interessen der katholischen Arbeiter diesen Wahlkreis gewinnen konnte. Das Zentrum mußte nun den sozialpolitischen Themen größere Aufmerksamkeit als bisher schenken, was es, wie der "Antrag Gahlen" zeigt, auch tat. Stötzel selbst trat, wie er ja schon vorher versprochen hatte, der Zentrumsfraktion bei. Er blieb deren einziges Mitglied aus der Arbeiterschaft bis nach der Jahrhundertwende.

Aber nicht nur in der verstärkten sozialpolitischen Tätigkeit des Zentrums ist diese Wahl als ein Erfolg zu werten, sondern auch in dem Abbau von Spannungen zwischen katholischen und sozialdemokratischen Arbeitern. Das Essener Beispiel hatte Auswirkungen auf Nachbarn. Bei der im November 1877 erfolgten Stadtverordnetenwahl in Dortmund stellten Zentrumsanhänger und Sozialdemokraten trotz erbitterter Anfeindung durch die bürgerliche Presse eine gemeinsame Kandidatenliste auf, die mit 11.157 Stimmen über die werksliberalen Kandidaten mit 9.735 siegte. Neben den sechs Zentrumsleuten wurde ein Sozialdemokrat (Bönsch) in die Stadtverordnetenversammlung gewählt.[24)] Die erstmalig gezeigte Überwindung ideologischer Gegensätze war die Voraussetzung für die "Einheitsgewerkschaft" der Bergarbeiter 1878 im Ruhrgebiet.

3.2 Erster gewerkschaftlicher Zusammenschluß der Bergleute im Ruhrgebiet: der "Verband rheinisch-westfälischer Bergleute"

3.2.1 Aufbau und konfessioneller Widerstand

In ihrem Quartalsbericht vom 28. Januar 1878 wies die Regierung in Düsseldorf darauf hin, daß die Unzufriedenheit über die Situation im Bergbau der Grund für die Konstituierung des rheinisch-westfälischen Bergarbeiterverbandes gewesen ist.[25] Ablesbar wird die hier angedeutete wirtschaftliche Krise an den Produktions- und Beschäftigungszahlen im Bergbau des Oberbergamtsbezirks Dortmund in den 7oer Jahren:[26]

Jahr	Steinkohlenförderung im OBA Dortmund in t	Wert der Förderung in Mark	Belegschaft einschl. Beamte
1873	16.416.57o	18o.371.7o6	84.o85
1874	15.539.563	17o.995.oo8	84.15o
1875	16.983.563	123.4o5.223	83.832
1876	17.9o2.412	1o9.975.769	83.453
1877	17.723.o91	87.95o.o43	73.983
1878	19.2o8.943	86.356.o95	74.988
1879	2o.38o.421	84.374.85o	77.o96
188o	22.495.2o4	1o2.953.856	8o.152

Die im Jahre 1873 einbrechende, aber erst in den beiden folgenden Jahren für die Bergarbeiterschaft spürbar werdende Krise hatte ihre Ursachen im "Mißverhältnis zwischen produzierter und absetzbarer Ware, geförderter und verkaufter Kohle".[27] Hinzu kam eine drastische Reduzierung der Produktionsstätten, die bis zum 2o. Jahrhundert anhielt und mit einer in der Frühphase zu verzeichnenden Freisetzung der Beschäftigten verbunden war. Erst ab 1879 ist wieder eine steigende Beschäftigtenzahl festzustellen.[28] Zwar sind die 7oer Jahre insgesamt durch eine tiefgreifende Wirtschaftskrise gekennzeichnet[29], die vor allem der nach den französischen Krie-

gen einsetzenden Börsenspekulation anzulasten ist. Für den Bergbau kam jedoch noch ein besonderes unternehmerisches Verhalten hinzu. Die steigende Kohlenförderung fand auf dem Markt keine Abnahme, so daß die Preise sprunghaft fielen. Die Überproduktion wurde jedoch nicht abgebaut, sondern im Gegenteil ausgeweitet. Die dadurch entstehenden Gewinneinbußen wurden nicht durch ein marktkonformes Verhalten ausgeglichen oder zumindest abgemildert, sondern durch zunehmende Entlassungen, steigende Feierschichten und ein Absinken der Löhne um mehr als 3o %:[3o)]

Jahr	Jahreslohn in Mark	Schichtlohn in Mark
1873	1.111	3,75
1874	1.o29	3,45
1875	955	3,19
1876	877	2,39
1877	779	2,5o
1878	756	2,41
1879	7o1	2,33
188o	76o	2,42

Da die Preise für Grundnahrungsmittel und den täglichen Bedarf nicht gesenkt wurden, verschlechterte sich die ökonomische Situation der Bergarbeiter, gegen die sie sich durch zahlreiche, auf einzelne Zechen oder Gruben beschränkte Streiks zur Wehr setzten, ohne jedoch einen Erfolg zu erzielen. Das Fehlen eines organisatorischen Zusammenschlusses wirkte sich bei diesen Aktionen negativ aus. In dem wirtschaftlichen Abstieg ist dann auch die Ursache für die im Jahre 1877 einsetzende Gewerkschaftsbewegung zu sehen, die nach dem fehlgeschlagenen Versuch im Anschluß an den 72er Streik mehr Erfolg versprach. Diese Erfolgsaussicht wurde zusätzlich durch die bei der Wahl Stötzels gezeigte Solidarität von christlichen und sozialdemokratischen Arbeitern genährt. Hier hatte sich bewiesen, daß bei aller ideologisch-programmatischen Unterschiedlichkeit und sogar Gegensätzlichkeit durch-

aus gemeinsame sachliche Arbeit möglich war. Außerdem konnte auf eine erfolgreiche Koalition von Arbeitern in Essen verwiesen werden. Dort war im Jahre 1875 der "Verein Rheinisch-Westfälischer Metall-, Stein- und Holzarbeiter" gegründet worden, der jedoch schon bald wieder aufgelöst worden war.[31] Der gewerkschaftliche Zusammenschluß der Arbeiter fand auch in den Statuten wie im praktischen Verhalten des christlichen Arbeitervereins seine Unterstützung. Die im Statut aufgeführte "soziale Hebung" der Arbeiterschaft bedurfte, das war die Erkenntnis nach dem 72er Streik, einer Organisation, die dieses Ziel auch in die Praxis umsetzen konnte. Die parlamentarische Vertretung war dazu nur bedingt tauglich. Wichtiger erschien die direkte Einflußnahme auf die Bedingungen des Arbeitslebens. Zum anderen hatte die christliche Arbeiterbewegung in Essen wie in Aachen durch die Unterstützung von Streiks zu verstehen gegeben, daß ihr gewerkschaftliche Aktions- und Kampfformen durchaus nicht fremd waren. Auch von sozialdemokratischer Seite waren die Voraussetzungen für die Gründung eines gemeinsamen Bergarbeiterverbandes als günstig anzusehen. Einmal war es der schon vorher erwähnte Bergarbeiterführer Tölcke, der zusammen "mit manchen anderen Lassalleanern den Nutzen gewerkschaftlicher Zentralverbände neu einzuschätzen begann".[32] zum anderen eröffnete die Person des sozialdemokratischen Reichstagskandidaten für den Essener Wahlkreis Hasselmann[33] zusätzliche Motivation. Er, der wegen parteiinterner Querelen in der Parteiführung keinen Rückhalt erhielt, was sich auch auf den noch zu gründenden Bergarbeiterverband erstreckte[34], besaß unter seinen Essener Parteifreunden noch soviel Sympathie, daß an den Erfolg einer breit angelegten Massenorganisation mit gewerkschaftlicher Zielsetzung ernsthaft zu denken war. Die Geschichte dieses Bergarbeiterverbandes begann am 17. November 1877, als im "Rheinisch-Westfälischen Volksfreund" unter der Rubrik "Eingesandt" ein Aufruf "An die Bergleute von Rheinland und Westfalen" abgedruckt wurde[35], in dem zur Versammlung am kommenden Tage zwecks Einigung der Bergleute von Rheinland und Westfalen aufgerufen wurde. Zu diesem Zeitpunkt dachte man noch nicht an eine gewerkschaftliche Organi-

sation, sondern wohl eher an eine Vereinigung der Knappenvereine.

Bei der Versammlung am 18. November im großen Saal des Städtischen Gartens waren 5.000 Bergleute vertreten.[36] Als Redner traten Hasselmann, Stötzel und Rosenkranz auf. Während sie sich in der Analyse der gegenwärtigen bergmännischen Situation und wohl auch in den angesichts dieser Situation zu stellenden Forderungen einig waren, gingen die Meinungen über die Vereinigung der Bergleute auseinander. Hasselmann und Rosenkranz plädierten für einen neutralen Verein ohne parteipolitische oder religiöse Tendenz. Dem konnte sich Stötzel, dem schon die Veröffentlichung des Aufrufes ein Dorn im Auge gewesen war, nicht anschließen. Er votierte für eine Organisation unter christlich-sozialer Leitung. Ohne in diesem Punkte Einigung zu erzielen, wurden Mitgliederlisten ausgelegt. Außerdem wurden - wohl auf Vorschlag Hasselmanns - weitere Veranstaltungen in den umliegenden Orten geplant.

Die Zentrumspresse kommentierte die Versammlung der Bergleute ebenso wie die den Unternehmern nahestehende "Essener Zeitung". Letztere empfahl die Gründung eines Bergarbeiterverbandes ganz aufzugeben, weil es den Bergleuten "im ganzen doch nicht so schlechte gehe".[37] Die EVZ erkannte zwar an, daß "die Interessen der Arbeiter ... solidarische" seien, meinte jedoch, die christlichen Bergarbeiter vor einem Zusammengehen mit den Socialdemokraten warnen zu müssen: "Ja, es ist unsere feste Überzeugung, gewonnen aus der Erkenntnis der Macht socialdemokratischer Agitation, daß der vollständig confessionslose Gewerkverein über kurz oder lang viele, viele christliche Mitglieder den Socialdemokraten in die Hände liefern wird. Alle diese Mitglieder, werden dann aber bald aufhören, christlich zu sein; denn wer das socialdemokratische Programm annimmt, der hat dadurch mit jedem religiösen Glauben gebrochen..."[38]

Bis zum neuen Jahr fanden im Essener Raum zahlreiche Bergarbeiterversammlungen statt.[39] Zwar wurde in ihnen auch über

das sozialpolitische Programm des zu gründenden Verbandes debattiert, über Ruhe an Sonn- und Feiertagen, 8stündige Schicht einschließlich Ein- und Ausfahrt, gerechten Lohn, menschenwürdiges Verhalten der Vorgesetzten gegenüber den Bergarbeitern und Knappschaftsreform, im Zentrum der Diskussion stand jedoch das Bemühen um einen vereinigten Bergarbeiterverband. Die Resonanz auf den Vorschlag Hasselmann´s und Rosenkranz´s war dabei sehr unterschiedlich. Während vor allem im Essener und Gelsenkirchener Raum die Veranstaltungen gut besucht waren, zeigten die Bergarbeiter in Mülheim und Dortmund offensichtlich stärkere Zurückhaltung.[4o)]

Wohl schon im Dezember formierte sich der Widerstand gegen den geplanten Verband. Die Hauptträger dieser Opposition waren dabei Laaf und Stötzel, zeitweilig gehörten ihr auch Wiese, Rittweger und von Schorlemer-Alst an. Noch um Weihnachten wurden mehrere informelle Gespräche in Essen, Bochum und Dortmund geführt, die die Gründung eines christlichen Gewerkvereins für diese Kreise zum Gegenstand hatten.[41)] Rosenkranz seinerseits ging noch Ende Dezember davon aus, daß Laaf gegen die geplante Koalition von Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen keine Einwände habe.[42)] Daß dies jedoch ein Trugschluß war, erwies sich bereits zu Beginn des Jahres 1878. Auf einer Versammlung von Vertrauensmännern der christlichen Richtung schob man die Gründung eines Gegenverbandes zwar noch hinaus - man wollte erst den Ausgang der für den 2. Februar vorgesehenen konstituierenden Generalversammlung abwarten -, es wurde aber kein Zweifel daran gelassen, daß bei einem Zusammengehen von Christen und Sozialisten mit Gegenmaßnahmen zu rechnen sei.[43)] Die "Tremonia" plädierte zwar noch versöhnend für einen Verband ohne politische Agitation, dies wurde jedoch wohl zu Recht von der "Westfälischen Freien Presse" als Propaganda für einen Verband unter christlicher Leitung interpretiert.[44)]

Da die in der Zwischenzeit durchgeführten Veranstaltungen und Versammlungen keinen Umschwung in der Meinungsbildung signalisierten, beschloß eine vertrauliche Konferenz von christlich-

sozialen Persönlichkeiten am 23. Januar in Dortmund einstimmig, gegen den geplanten Bergarbeiterverband Stellung zu beziehen und "einen Verein zur Vertretung der Interessen der Bergleute für Rheinland und Westfalen auf christlichem Boden zu gründen."[45] Daß an einen Stimmungswechsel so kurz vor der Generalversammlung nicht zu denken war, verdeutlichten auch die auf Ortsebene durchgeführten Versammlungen, auf denen Hasselmann und Rosenkranz gemeinsam auftraten und für die gewerkschaftliche Einheit der Bergarbeiter warben.[46]

Die Organisation des noch zu gründenden Verbandes war bereits so weit fortgeschritten, daß in den Versammlungen sowohl über den von einer Kommission erarbeiteten Statutenentwurf beraten als auch die Delegierten für die konstituierende Generalversammlung gewählt wurden.[47] Noch am Tage der Generalversammlung versuchte die EVZ durch einen stark emotional gefärbten Aufruf die katholischen Arbeiter von einer Vereinigung auf politisch und religiös neutraler Grundlage abzuhalten:

> "Christliche Bergarbeiter! Sehet die Socialdemokraten wollen eine Verbesserung der drückenden Lage der Arbeiter, das wollt Ihr auch; allein Ihr strebt diese Verbesserung gemäß den Vorschriften Eurer heiligen Religion nur auf friedlichem, gesetzlichem Wege an, die Socialdemokraten aber werden vor der brutalen Gewalt, vor der Revolution nicht zurückschrecken, wenn es gilt, das Ziel zu erreichen".[48]

Zu der am 2. Februar stattfindenden konstituierenden Versammlung waren 53 Delegierte erschienen, je zur Hälfte gewählte Delegierte und Ortsvorsitzende von Filialvereinen.[49] Zusätzlich waren noch einige Gäste eingeladen. Das sozialdemokratische Übergewicht in dieser Versammlung war eindeutig. Von den 53 Delegierten kamen 39 aus dem sozialdemokratischen und 14 aus dem christlich-sozialen Lager.[50] Dieses Verhältnis sollte bei den Verhandlungen über die Statuten auch deutlich zum Ausdruck kommen. Die Versammlung geriet zu einer

Auseinandersetzung und Grundsatzdiskussion zwischen Laaf und Hasselmann über die religiöse Neutralität des Gewerkvereins. Während Hasselmann nur den Gegensatz von Kapital und Arbeit gelten ließ, demgegenüber alle anderen Unterschiede in der Arbeiterbewegung sekundären Charakter hätten, plädierten Laaf und Rittweger noch einmal nachdrücklich für einen eigenständigen christlichen Gewerkverein. Die langen Debatten über einzelne Paragraphen des Statutes machten schließlich sogar eine Vertagung auf den nächsten Tag notwendig. Problematisch erwies sich dabei die Namensgebung. Hasselmann und die sozialdemokratische Richtung sprachen sich für eine Ausweitung der Bergarbeiterbewegung auf ganz Deutschland aus, was auch im Namen des Verbandes zum Ausdruck kommen sollte: "Deutscher Bergarbeiterverband."[51] Damit wäre jedoch die "christliche Fraktion" in eine überdeutliche Minderheitsposition geraten. Eine Beeinflussung der politischen Arbeit eines solchen Gewerkvereins wäre faktisch unmöglich gewesen. Die christlichen Vertreter in der Versammlung befürchteten eine solche Entwicklung und sprachen sich deshalb gegen den Hasselmann'schen Vorschlag aus. Auch Rosenkranz votierte für eine Beschränkung des Gewerkvereins auf Rheinland und Westfalen mit der Bezeichnung "Verband rheinisch-westfälischer Bergleute." Die zum Antrag erhobene Option Rosenkranz's wurde aber mit der Mehrheit der sozialdemokratischen (darunter vielleicht auch einige Unabhängige) verworfen.[52]

Mit dieser Abstimmungsniederlage war für die christlich-sozialen Delegierten klar geworden, daß ihre Bedeutung wohl auch in Zukunft nicht ins Gewicht fallen würde. Die Delegierten des Borbecker christlichen Arbeitervereins zogen aus ihrer Ansicht die Konsequenzen und verließen die Versammlung. Sie wollten sich nicht dem Anschein aussetzen, der Sozialdemokratie zuzuneigen. Auch Rosenkranz sah sich unter diesen Bedingungen außerstande, ein Amt in diesem Verband anzunehmen. Die noch in letzter Minute drohende Spaltung des Gewerkvereins konnte nur durch eine Zurücknahme des Beschlusses herbeigeführt werden. Um die Einheit zu retten und sich auch der not-

wendigen Unterstützung durch Rosenkranz zu versichern, wurde in einer wiederholten Abstimmung der neue Name festgelegt: "Verband rheinisch-westfälischer Bergleute". Damit war diese wichtige Voraussetzung für eine gemeinsame Gewerkschaftsorganisation geschaffen. Nachdem auch noch Essen, das Zentrum der christlichen Arbeiterbewegung, Gelsenkirchen als Sitz des Vorstandes vorgezogen worden war, waren elementare Interessen der christlichen Arbeiter gewahrt. In den siebenköpfigen Vorstand des Verbandes wurden mit Franz Rosenkranz und Franz Schmidt zwei christlich-soziale Arbeiter gewählt. Ihnen standen vier Sozialdemokraten und ein Unabhängiger gegenüber.[53] In der sich an die Generalversammlung anschließenden allgemeinen Bergarbeiterversammlung verteidigten Rosenkranz und Hasselmann den gemeinsamen Verband und forderten zum Eintritt in diesen auf, während Laaf noch einmal seinen Standpunkt verdeutlichte und von einem Eintritt in den Verband abriet.

Wenn auch über die zahlenmäßige Überlegenheit sozialdemokratischer Vertreter sowohl in dem Ausschuß (Vorstand) wie auch in dem gesamten Verband kein Zweifel bestehen konnte, atmete das Statut doch den Geist der Toleranz sowie der politischen und religiösen Neutralität. Eindeutig ist auf eine gewerkschaftliche Interessenvertretung abgezielt, wenn in § 1 als Zwecksetzung des Verbandes die Wahrung und Förderung der Ehre und der materiellen Interessen der Mitglieder "durch gemeinschaftliches Handeln bei der Verwertung ihrer Arbeitskraft" festgelegt wird. Auch konnte Rosenkranz durch die in § 3 Zif. 3 programmatisch bestimmte Ruhe an Sonntagen und kirchlichen Festtagen Forderungen christlicher Kollegen durchsetzen. Damit auch auf örtlicher Ebene keine unnötigen religiösen oder parteipolitischen Auseinandersetzungen stattfänden, verbot das Statut jegliche Diskussion politischer, religiöser und öffentlicher Angelegenheiten (§ 24). Außerdem hatte Rosenkranz auch ein Verbot politischer Schriften in den Vereinen durchgesetzt.

Das Statut als ganzes bot keinerlei Möglichkeit zu parteipolitischer Propaganda. Diese These wird auch durch die Abstinenz

der sozialdemokratischen Presse bestätigt, die kaum einmal - ganz im Gegensatz zur katholischen - das Geschehen der Bergarbeiterbewegung kommentierte. Zwar boten die Vereinsmitglieder nicht unbedingt Gewähr dafür, parteipolitische Angelegenheiten aus dem Verbande herauszuhalten, was Laaf jedoch keinesfalls als Rechtfertigung für seinen Versuch, die Arbeiterbewegung zu spalten, dienen konnte.

Wichtiges Kennzeichen jeder echten gewerkschaftlichen Organisation ist ihre Streikfähigkeit zur Durchsetzung materieller Interessen sowie die damit verbundene notwendige materielle Absicherung ihrer Mitglieder in Fällen von Streik und Aussperrung. Hier hatte das Statut durch die Bildung einer Vereinskasse Vorsorge geleistet (§§ 7 und 8), wobei offenblieb, ob verheiratete und nichtverheiratete Mitglieder gleich oder unterschiedlich behandelt werden sollten. Auffallend ist auch der Versuch, das in § 1 bestimmte gemeinschaftliche Handeln im Falle eines Streiks schon verfahrensmäßig abzusichern. So sollten wilde Arbeitseinstellungen sowohl durch die rechtzeitige Ankündigung beim Ausschuß und die Prüfung durch diesen sowie den Verlust der Unterstützung durch die Verbandskasse unmöglich gemacht werden.

Die Ablehnung einer gewerkschaftlichen Organisation auf politisch und religiös neutralem Boden durch führende Vertreter der christlichen Arbeiterbewegung hatten im wesentlichen zwei Gründe:

1. Von den Katholiken konnte der teilweise militant vorgetragene Atheismus der Sozialdemokraten nur schwer ertragen werden. Die sich in der Sozialdemokratie durchsetzende aufklärerische Attitüde, die jeglichen Glauben an einen Gott, jegliche Religion der Lächerlichkeit preisgab, mußte die Christen verstoßen, die in den Sozialisten häufig nur den Religionsfeind sahen. Diese Sicht hat dann auch den Blick für die im Sozialismus steckenden Wahrheiten verstellt. Die Nachwirkungen dieser Geschichte sind im deutschen Katholizismus bis auf den heutigen Tag spürbar.

2. Neben dem Atheismusverdacht spielten jedoch auch die unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen eine entscheidende Rolle. Während für christlich-soziale Denker wie Praktiker ein revolutionärer Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung überhaupt nicht in Frage kam, wurde umgekehrt der von ihnen vorgeschlagene evolutionäre Weg der Gesellschaftsreform von den Sozialdemokraten rundweg abgelehnt. Das obrigkeitsstaatliche Denken des Katholizismus tat ein Übriges, den Katholizismus auch in seinen psychischen Strukturen gegen den Sozialismus einzunehmen. So hieß es in einem Aufsatz der CSBl aus dem Jahre 1878: "Sie (die Christen, H.Z.) werden endlich im Großen und Ganzen freilich, ebenso wie die Socialdemokraten, eine unchristliche Klassenherrschaft zu beseitigen streben, aber sie werden, als Christen, des Wortes eingedenk sein: 'Seid unterthan der Obrigkeit.'" [54]

Atheismusverdacht, obrigkeitsstaatliches Denken, evolutionäre Gesellschaftsreform sind die drei wesentlichen Elemente, die das Verhältnis von Christen und Sozialisten beeinträchtigt und bis auf den heutigen Tag nachhaltig geprägt haben. Der unvoreingenommene Blick auf die von Marx abstammende Tradition, wie auf den Begründer des Sozialismus selbst wurde dadurch verhindert, wie der Nestor der katholischen Soziallehre, Oswald von Nell-Breuning im Rückblick feststellt:
"... wir haben uns in der Auseinandersetzung mit Marx jahrzehntelang auf die Widerlegung seiner (zudem noch oft vergröberten) ökonomischen Irrtümer beschränkt, ohne auf seine Analyse der Gesellschaft oder gar erst auf seine philosophischen Grundlagen einzugehen. Anders ausgedrückt: in der apologetischen Absicht, unsere Gläubigen, insbesondere unsere gläubigen Arbeiter, gegen den Sozialismus Marx'scher Prägung zu immunisieren, haben wir einen Vulgär-Marxismus bekämpft, wie er in der parteipolitischen und gewerkschaftlichen Agitation propagiert wurde; die philosophische Gedankenwelt von Karl Marx, aus der heraus und mittels derer er die Welt nicht erklären, sondern umgestalten wollte, haben wir nicht gebührend zur Kenntnis genommen." [55]

3.2.2 Unternehmerische Maßnahmen gegen die gewerkschaftlichen Ansätze

Nach der Konstituierung des Rosenkranzverbandes, wie der"Verband rheinisch-westfälischer Bergleute" nach seinem Vorsitzenden später genannt wurde, hielt die Konfrontation zwischen den rivalisierenden Gruppen an, wobei die eigentlichen Scharfmacher außerhalb der Bergarbeiter zu suchen waren. Auf sozialdemokratischer Seite war es vor allem der militante Atheist Most, der durch seine berüchtigte Pfaffenrede[56)] wie durch einen Auftritt auf einer Frauenversammlung 1878 im Februar in Berlin die Gemüter im Ruhrgebiet sehr erhitzte. Bei dieser Versammlung ging Most auch auf die Bergarbeiterbewegung ein und sagte: "Dort (in Rheinland und Westfalen, H.Z.) sei der verdummende Einfluß der'Pfaffen' auf die Arbeiter noch sehr groß, aber man beginne jetzt, ihr heuchlerisches Treiben zu entlarven, wie die Hasselmann'sche Agitation für den rheinisch-westfälischen Bergarbeiterverband deutlich beweise. Nicht lange wird es mehr dauern, und die rheinisch-westfälische Arbeiterbataillone marschierten unter der roten Fahne und gäben den betrügerischen Pfaffen den Laufpaß."[57)] Wenn man von Sozialdemokraten auch solche oder ähnliche Töne gewöhnt war, so waren diese Äußerungen der Koalition von Christen und Sozialisten abträglich, zumal sie in der Zentrumszeitung "Germania" und im "Rheinisch-Westfälischen Volksfreund" abgedruckt wurden.[58)] Das Klima wurde durch solche öffentlichen Auftritte ebenso gestört wie durch das Auftreten des Paderborner Domkapitulars Klein[59)], der auf einer außerordentlichen Versammlung des Essener Volksvereins am 26. Februar 1878[60)] die Vereinigung von Sozialdemokraten und Christen mit einer Ehe verglich, deren Auflösung er erhoffe. Im übrigen, so führte der Paderborner Geistliche aus, bestände ja eigentlich ein Ehehindernis, da ein Christ ja keinen Heiden heiraten dürfe. Er fuhr fort: "Lasse man die Socialdemokraten, wenn man sie nicht eines Besseren belehren kann, ruhig ihren Weg gehen, mit solchen Leuten, die den Sturz von Thron und Altar, Raub und Mord für erlaubt halten, könne ein Katholik keine gemeinschaftliche Sache machen."[61)]

Gegenseitige Verdächtigungen, unqualifizierte Vorwürfe, die der Wahrheit nicht allzu nahe kamen, haben den Rosenkranzverband aufgerieben. Seine innere Schwäche, die durch die Koalition zweier ideologischer Gegner bedingt war, kam in dieser Konfrontation vollends zum Vorschein. Die von den Katholiken im Rosenkranzverband dauernd verlangte Bestätigung der Kirchlichkeit verschließ nicht nur die Kräfte, sondern lenkte sie auch in eine völlig ungewerkschaftliche Richtung. Aber nicht nur diese ideologischen Flügelkämpfe hielten zahlreiche christliche Bergarbeiter von einem Eintritt in den Verband ab, sondern auch die in christlichen Arbeiterkreisen allgemein anerkannte Autorität von Laaf.

Dennoch ging der Rosenkranzverband nicht an der eigenen Unzulänglichkeit bzw. an den Richtungskämpfen innerhalb und außerhalb des Verbandes zugrunde. Der Todesstoß für diese gewerkschaftliche Organisation kam aus einer ganz anderen Richtung. Schon zu Beginn der Bewegung hatten die Unternehmer auf der Generalversammlung des VbI vor einem Bergarbeiterverband gewarnt und die Interessensolidarität von Arbeitgebern und Arbeitnehmern als die Grundlage des Wirtschaftslebens und der materiellen Sicherheit der Bergleute herausgestrichen.[62)] Sie fühlten sich an die Vorgänge des Jahres 1872 erinnert und griffen deshalb schon sehr früh zu harten Mitteln, die jeglicher Legitimation entbehrten. Am 18. Februar 1878 faßte der Vorstand des VbI den Beschluß, alle Bergleute, "welche dem socialdemokratischen oder auch dem christlich-socialen Verbande beitreten würden"[63)], zu entlassen. Diese Maßnahme traf vor allem die Bemühungen von Laaf, einen eigenen Bergarbeiterverband ins Leben zu rufen, völlig unvorbereitet. Die zaghaften Ansätze - ein Verband selbst war überhaupt noch nicht gegründet worden - wurden schon im Keim erstickt. Von christlicher Seite reagierte man mit Empörung und beschwerte sich darüber, mit Sozialdemokraten in einen Topf geworfen zu werden.[64)] Die EVZ nannte den Beschluß "gar zu russisch, zu unliberal, zu inhuman."[65)] Nach christlich-sozialer Meinung war er umso unverständlicher, als im Statutenentwurf für einen christlich-

sozialen Gewerkverein doch auch die Interessen der Arbeitgeber berücksichtigt worden waren. Sie waren ja ausdrücklich dazu eingeladen worden, Beiträge zu einem Reserve- und Unterstützungsfond zu zahlen[66], der sicherlich nicht mit einer Streikkasse wie beim Rosenkranzverband verwechselt werden darf. Auch hatte man schon in dem Prozeß der Entscheidungsfindung über den Statutenentwurf auf die Bergämter und Zechen zugehen wollen, "um ihre Vorschläge entgegenzunehmen und womöglich zu gegenseitigem Besten, zum Besten der Arbeiter wie auch der Arbeitgeber, sich zu einigen."[67]

Jegliche Aktivität auf christlich-sozialer Seite zur Gründung eines eigenständigen Verbandes wurde durch diesen Beschluß der Unternehmer gelähmt oder zumindest doch sehr eingeschränkt. Während man in den Kreisen Bochum und Dortmund von der Gründung eines eigenen Verbandes sogleich Abstand nahm, gab sich Laaf, gestützt auf eine Mitteilung des Vorsitzenden des VbI, der Illusion hin, diese Entscheidung fände auf die Mitglieder eines christlichen Vereins keine Anwendung.[68] Vorsichtshalber sollten jedoch keine Namen von Führungspersönlichkeiten bekannt gegeben werden. Um jegliche Maßregelungen auszuschließen, sollten sogar Berginvaliden den Vorsitz des Verbandes übernehmen.[69] Zwar wurden die Beratungen des Statutenentwurfes fortgesetzt[70], zu einer Verbandsgründung kam es jedoch nicht. Der Maßregelungsbeschluß der Unternehmer, der teilweise auch in die Tat umgesetzt wurde[71], sowie die nach wie vor bestehende Flaute im rheinisch-westfälischen Bergbau, die den Arbeitsplatz gefährdete, hielten die Bergarbeiter vor gewerkschaftlichen "Experimenten" zurück.[72] Während die unternehmerische Taktik einen christlich-sozialen Gewerkverein erst gar nicht entstehen ließ, leitete sie den Untergang des Rosenkranzverbandes ein. Auch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes, die materielle Interessenssicherung und bergmännischen Corpsgeist miteinander verband, führte zu keiner wesentlichen Steigerung des Verbandes.[73] Die den Bergarbeiterverbänden angedrohten Maßnahmen kamen gegenüber dem "Verband rheinisch-westfälischer Bergleute" und seinen Repräsen-

tanten exemplarisch zu Geltung, wobei die Mitglieder des Verbandes wohl beabsichtigt als Sozialdemokraten bezeichnet wurden.[74] Nicht nur, daß auf einer Versammlung der Grubendirektoren und Zechenvertreter in Dortmund die Vereinbarung getroffen wurde, alle Bergleute zu entlassen, die dem rheinisch-westfälischen Bergarbeiterverband angehörten[75], der Führer der Bergleute, Franz Rosenkranz verlor auch seinen Arbeitsplatz.[76] Er war gezwungen, seine vielköpfige Familie durch den Eintritt in die Redaktion des "Rheinisch-Westfälischen Volksfreundes" vor dem sicheren Elend zu bewahren. Hier war er als Zeitungsbote tätig. Gegenüber dem rheinisch-westfälischen Bergarbeiterverband hatte er sich wegen dieses Schrittes zu verantworten[77], ein erster Hinweis auf den Verfall des Verbandes. Dieser wurde noch durch behördliche Maßnahmen und die mit dem Sozialistengesetz verbundene Jagd auf Sozialdemokraten beschleunigt. Gegen den Vorstand des Verbandes wurde Anklage erhoben, weil keine staatliche Genehmigung für den Unterstützungsfond eingeholt worden war.[78] Einigen Ortsvereinen wurde die Genehmigung erst gar nicht erteilt.[79] Zudem wurde dem Verband die finanzielle Grundlage entzogen, als der Kassierer Kerckhoff sich mit 4oo Mark nach Durham (England) absetzte.

Dieses Ursachenbündel ist für den raschen Untergang der ersten gewerkschaftlichen Organisation unter den Bergleuten des Ruhrgebietes verantwortlich zu machen. Nach dem Rechenschaftsbericht des Verbandes für den Zeitraum von Februar bis Mai 1878 wurden von den 6o.ooo bis 7o.ooo Bergleuten nur ungefähr 1.ooo in den Verband aufgenommen.[8o] Nur an 15 Orten des Ruhrgebietes gelang eine Filialgründung, obwohl 49 Versammlungen abgehalten wurden. Dieser geringe Organisationsgrad unter den Bergleuten veranlaßte den Essener Oberbürgermeister sogar von einer Anwendung des Sozialistengesetzes gegen den Verband abzusehen, zumal das Gegenteil - nämlich ein Solidarisierungseffekt - befürchtet wurde.[81]

3.3 Die christliche Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz

Das durch die Kulturkampfgesetze geächtete und als "Reichsfeind" öffentlich denunzierte Zentrum erhielt durch das "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie"[82] einen weiteren Bundesgenossen: die Sozialdemokratie. Der bürgerliche Haß hatte durch die beiden Kaiserattentate im Jahre 1878 neue Nahrung erhalten. Wenn auch beiden Attentätern keinerlei Verbindungen zur Sozialdemokratie nachgewiesen werden konnten, fand die Bismarck'sche Politik eine Rechtfertigung für ein staatliches Vorgehen gegen den vermeintlichen Staatsfeind, dessen anhaltende Wahlerfolge die bürgerlichen Schichten völlig verunsichert hatten. Die staatliche Repression konnte auch schon bald die Früchte ihrer Arbeit vorweisen. Im ersten Jahr des Sozialistengesetzes wurden 217 Vereine und Gewerkschaften aufgelöst, 127 Zeitungen und Zeitschriften verboten und 278 Druckschriften beschlagnahmt. Dies hemmte die Agitation der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) so sehr, daß sie bei den Reichstagswahlen 1881 nur 3oo.ooo Stimmen erhielt.[83] Diese Verluste konnten aber recht bald wieder wettgemacht werden. Das Zentrum hatte, wenngleich erbitterter Gegner der Sozialdemokratie, dem Sozialistengesetz nicht zugestimmt, weil dessen Nutzlosigkeit nicht zu übersehen war.

Das Sozialistengesetz ließ nicht nur ein Vorgehen gegen die "sozialistischen" Parteiorganisationen zu, sondern auch gegen die nicht parteipolitisch organisierte Arbeiterbewegung. Dabei fand der Wunsch des Staates, die sozialdemokratischen Arbeiter einer verstärkten Kontrolle zu unterwerfen[84], breite Zustimmung in Unternehmerkreisen. So wurde auf einer Konferenz von Direktoren und Betriebsführern der Schalker Zechen der Beschluß gefaßt, alle Arbeiter zu entlassen, die sozialdemokratischen Ideen huldigten oder sich zu dieser Partei bekannten.[85] Dies stand durchaus im Einklang mit den staatlichen Absichten und unternehmerischen Maßnahmen, wie sie deut-

lich auf einer Sitzung des "Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen" am 24. Juni 1878 zum Ausdruck kamen. In einer Resolution, die der Geschäftsführer des VbI Dr. Natorp[86)] anregte, zeigten sich die 6oo Industriellen und Gewerbetreibenden gewillt, "geschlossen gegen die socialistischen Umtriebe vorzugehen". Sie wollten bestrebt sein, "die Wohlfahrt ihrer Arbeiter zu fördern" und "alle unlauteren Elemente auszumerzen".[87)] Die Maßnahmen der folgenden Monate ließen keinen Zweifel an der Ernsthaftigkeit dieses Vorsatzes aufkommen.

Für die christlichen Arbeitervereine des Essener Raumes, die 1878 eine Mitgliederzahl von ungefähr 1.8oo aufwiesen, von denen allein der Essener Ortsverein mit ca. 1.4oo Mitgliedern stärker war als der Rosenkranzverband[88)], erwies sich die Lage als durchaus prekär, da bei den Essener Behörden ungeklärt war, wer denn eigentlich zur Sozialdemokratie zu rechnen sei. Oberbürgermeister Hacke argumentierte nicht so sehr von der formal-juristischen Beschränkung des Sozialistengesetzes, sondern von den Inhalten, die in den verschiedenen Vereinen vertreten wurden und kam zu dem Ergebnis, daß die "christlich-sociale Arbeiterpartei... gerade so staatsgefährlich wie die socialdemokratische Partei"[89)] ist. Nach seiner Ansicht konnte überhaupt kein Zweifel darüber bestehen, "daß die eigentlich socialdemokratischen Ziele und die Mittel zur Erreichung derselben, sich genau in den Bestrebungen der christlich-socialen Partei wiederfinden." Dies kam für ihn vor allem darin zum Ausdruck, daß sie in "Wort und Schrift den Klassenkampf, insbesondere die Hetzerei zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Feindschaft zwischen Besitzenden und Nicht-Besitzenden in mindestens gleich frivoler und gleich gefährlicher Weise, wie die eigentliche Socialdemokratie, gepredigt und geschürt" habe. Hacke äußerte die Überzeugung, daß die christlichen Arbeitervereine sofort ins sozialdemokratische Lager überwechselten, wenn der Kulturkampf erst einmal beendet sei, der jetzt noch die christlich-sozialen Kräfte binde. Er gab deshalb zu bedenken, ob das zu erlassende Gesetz nicht auch auf die christli-

chen Arbeitervereine anzuwenden sei. Dem schloß sich auch der Essener Landrat an.[90] Die Vereine erschienen wohl auch deshalb so gefährlich, weil sie unter dem Deckmantel des Christentums Agitation betrieben. Hinzu kam die ungewöhnlich starke Presse. Neben dem "Rheinisch-Westfälischen Volksfreund", der 2.600 Abonnenten aufwies[91], wurde auch die "Neue Steeler Zeitung" mit 1.280 und die "Wattenscheider Volkszeitung" mit 711 Abonnenten zu den sozialistischen Zeitungen gezählt.[92] Dementsprechend ging man auch gegen diese Presseorgane vor. Sowohl Stötzel, der Redakteur des "Rheinisch-Westfälischen Volksfreundes" als auch Friedrich Goitsch[93] wurden wegen Vergehens gegen das Pressegesetz zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen verurteilt.[94] Ebenso wurden mehrere Nummern der genannten Zeitungen eingezogen. Die bevorstehenden Wahlen taten ein Übriges, um den Kampf gegen die Christlich-Sozialen zu verschärfen. So wurden auf der Zeche "Mathias Stinnes" in Carnap Erkundigungen über die Leser des "Rheinisch-Westfälischen Volksfreundes" eingezogen, um bei den anstehenden Wahlen Druck ausüben zu können.[95] Arbeitern wurde mit Entlassung gedroht, wenn sie Stötzel statt Krupp[96] wählen sollten.[97] Dies alles konnte einen Wahlsieg von Stötzel nicht verhindern. Er siegte mit 14.843 vor Alfred Krupp mit 14.149 und dem Sozialdemokraten Hasselmann mit 393 Stimmen.[98]

Während auf der Behördenebene noch ernsthaft die Frage diskutiert wurde, ob das Sozialistengesetz überhaupt auf die christlichen Arbeitervereine anzuwenden sei, setzten einige Unternehmer - unter ihnen Krupp - den Beschluß des "Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen" in die Tat um und verboten ihren Arbeitern die Mitgliedschaft in den christlichen Arbeitervereinen.[99] Dies hatte u.a. die konkrete Auswirkung, daß der Altendorfer Arbeiterverein - Vorsitzender war Rosenkranz - einen starken Mitgliederschwund zu verzeichnen hatte und sich deshalb am 28. Juni 1878 abmeldete.[100] Was staatliche Repression nicht erreicht hatte[101], das erzielte "tatkräftiger Unternehmergeist."

Auf höherer Verwaltungsebene beschäftige man sich bis zum Herbst 1878 mit der von Oberbürgermeister Hacke gestellten Frage, ob das Sozialistengesetz auch auf die christlich-soziale Partei Anwendung finden solle. In seinem Schreiben vom 11. Oktober 1878 verneinte dies der Innenminister.[1o2)] Wenn er auch keine rechtliche Möglichkeit sah, die Partei verbieten zu lassen, da ihr Ziel ja nicht auf den Umsturz der Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet sei, so empfahl er doch eine aufmerksame und ständige Überwachung.

Die Interessenkoalition von Staat und Unternehmern hatte in der gesetzgeberischen Durchsetzung und Anwendung ihren deutlich sichtbaren Ausdruck gefunden. Von ihr wurden sozialdemokratische und christliche Arbeiter im Ruhrgebiet gleichermaßen betroffen. Wenn das Sozialistengesetz nicht direkt gegen die christlichen Arbeitervereine in Anwendung gebracht wurde, so wirkten sich staatliche Repressionspolitik und unternehmerisches "Staatsbewußtsein" doch lähmend auf deren Organisation aus. Die christliche Arbeiterbewegung in Essen sank in den folgenden Jahren zur Bedeutungslosigkeit herab. Kennzeichnend dafür sind nicht nur der Untergang des Rosenkranzverbandes und die Auflösung des von Anton Rosenkranz geführten christlichen Arbeitervereins zu Altendorf, sondern auch der stetige Mitgliederschwund des Essener Hauptvereins.[1o3)] Seine Rückentwicklung zu einem rein kirchlichen Verein war eigentlich nur eine Frage der Zeit.

Wenn das Sozialistengesetz auch zeitweilig von Erfolg gekrönt war, so konnte die Kriminalisierung von Gruppierungen, die in Opposition zum preußischen Staat standen, doch letztlich nicht zum gewünschten Ergebnis führen. Kulturkampf und Sozialistengesetz, die beiden Instrumente der preußischen Reaktion gegen Sozialisten und Katholiken haben allerdings auch keine durchgreifende Veränderung der Verhältnisse zwischen diesen bewirkt. Selbst die Erfahrung gemeinsamer Unterdrückung vermochte daran nichts zu ändern. Eine Zusammenarbeit auf gewerkschaftlicher Ebene unter Berücksichtigung parteipolitischer

und religiöser Neutralität blieb auch weiterhin eine utopische Lösung.

Mit der Auflösung des Rosenkranzverbandes und der Behinderung der christlichen Arbeitervereine des Ruhrgebietes durch das Sozialistengesetz ging eine Epoche in der Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes zu Ende, die am konsequentesten die von Ketteler propagierte Idee der Selbstorganisation der Arbeiterschaft durchgeführt hatte. Dabei entsprach der christliche Arbeiterverein von Essen durchaus dem gewandelten Selbstbewußtsein der Arbeiter, vor allem der Bergarbeiter. Waren die Knappenvereine noch aus dem Identitätsverlust des Bergmannes entstanden, so spiegelten die christlichen Arbeiterbewegungen in den 7oer Jahren das Interesse der Bergleute bzw. der Industriearbeiter an materieller Sicherung wider. Deshalb wandelten sich auch ihre Aktionsformen sowie ihre Aktionsorte. Waren es zuvor noch vorwiegend gesellige und ständische Ausdrucksweisen, so jetzt politische, Streik, Beteiligung an Wahlen, eigene gewerkschaftliche Ansätze sind die typischen Artikulationsformen einer neuen - wenn auch nur lokal begrenzten-christlichen Arbeiterbewegung. Sie mußten in einer Zeit kirchlicher Unterdrückung beinahe notwendigerweise mit der eigenen Kirche oder den Trägern einer politischen Kultur, des Katholizismus, in Konflikt geraten, weil die Sicherung des eigenen Handlungsfeldes in der Gesellschaft das leitende Interesse war. Die Nicht-Berücksichtigung spezifischer Schichten- bzw. Klasseninteressen in der eigenen Kirche förderte auch zeitweilige Koalitionen zwischen christlichen und sozialistischen Arbeitern, die den Konflikt nicht nur verstärkte, sondern auch noch ausweitete. Die sich einer konsequenten Vertretung materieller Interessen der Arbeiter verschreibende christliche Arbeiterbewegung brachte sie in einen zweifachen Legitimationsdruck: gegenüber der eigenen Kirche bzw. ihren führenden Repräsentanten mußte die nach wie vor bestehende Katholizität genau so zum Ausdruck gebracht werden wie gegenüber der staatlichen Macht die staatsbürgerliche Treue deutlich gemacht werden mußte. Es war deshalb beinahe selbstver-

ständlich, daß die mit den bürgerlichen Schichten des Katholizismus auf Kollisionskurs gehende Arbeiterbewegung auf die Dauer diesen zweifachen Druck nicht gewachsen war. Während die kulturkämpferische Unterdrückung den christlichen Arbeitervereinen sicherlich Unterstützung und Sympathie eingebracht hat, stieß die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten auf Ablehnung von Seiten des Staates, kirchlicher Kreise und der sich im Ruhrgebiet besonders reaktionär zeigenden Unternehmerschaft. Dieser dreifachen Gegenwehr konnte die christliche Arbeiterbewegung nicht erfolgreich entgegentreten. Sie wurde in ihrer Arbeit wieder auf einen kirchlichen Verband zurückgeworfen, der lediglich in seiner Bildungsarbeit dem politischen Bereich gebührende Aufmerksamkeit widmete.

4 Die Neuorientierung der christlichen Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet

4.1 Die Petition christlicher Bergleute im Dezember 1881

Die bitteren Erfahrungen bei der Gründung des Rosenkranzverbandes sowie die Unterdrückung durch Staat und Unternehmer infolge der Anwendung des Sozialistengesetzes hatte die Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes in ihren organisatorischen Bemühungen entscheidend zurückgeworfen. Die ökonomische Entwicklung der 70er Jahre hatte ein übriges getan, die Arbeiter von den "gewerkschaftlichen Experimenten" abzuhalten. Die wirtschaftliche Rezession konnte auch am Ende des 7. Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts nicht aufgefangen werden. Der von allen ersehnte Konjunkturaufschwung blieb aus. Während sich die soziale Lage der Arbeiter im Bergbau drastisch verschärfte, konnten sich die Unternehmer durch Arbeitsentlassungen und Feierschichten weitestgehend schadlos halten. Selbst die sicherlich einer zu negativen Darstellung der wirtschaftlichen Situation nicht verdächtigen staatlichen Behörden kamen nicht umhin, von einer zunehmenden Verarmung der Bergarbeiter zu sprechen.[1] Zwar konnte in den Jahren 1879 und 1880 die Arbeitslosigkeit allmählich abgebaut werden, die Löhne blieben jedoch weiterhin konstant niedrig. Teilweise kam es sogar zu Gedingekürzungen, was punktuelle Streiks zur Folge hatte. Sie endeten jedoch meistens erfolglos.[2] Das bergmännische Interesse sowie die wirtschaftlichen Kampfmittel wurden durch solche Aktionen zwar wachgehalten, die Notwendigkeit einer organisierten Bewegung gelangte jedoch nicht ins Bewußtsein. Im Gegenteil, das sich verschärfende soziale Klima wirkte sich eher negativ auf Organisationsbemühungen aus.[3] Die wirtschaftliche Notsituation hinderte die Arbeiter offensichtlich daran, finanzielle Leistungen für einen Verein aufzubringen. Für die christlich-sozialen Vereine des Ruhrgebietes kam der Kulturkampf als behinderndes Element noch hinzu. Er lenkte die für eine organisierte Bewegung notwendigen Kräfte auf einen Nebenkriegsschauplatz.[4]

Trotz dieser eindeutig negativen Verhältnisse konnte die Tradition der christlichen Arbeitervereine aufrecht erhalten werden. Anläßlich der Beratungen im Reichstag über das Unfallversicherungsgesetz wurden im März 1881 zahlreiche Versammlungen der christlichen Arbeitervereine durchgeführt, um über das geplante Gesetz zu informieren und Delegierte für einen am 27. März 1881 in Essen stattfindenden Arbeiterkongreß - sprich Delegiertenversammlung - zu wahlen.[5] Neben Laaf traten auch Rosenkranz und der Vorsitzende des Stoppenberger christlichen Arbeitervereins, der Lumpensammler Peter Baltes[6], auf. Sie setzten sich auch auf der Delegiertenversammlung für eine staatliche Unfallversicherung ein, um die bei den Knappschaftskassen gemachten Erfahrungen wie z.B. die Abhängigkeit der Bergleute von den Knappschaftsärzten ausschließen zu konnen. Außerdem forderten sie eine Reichsversicherung für Invaliden, Witwen und Waisen und eine angemessene Vertretung von Arbeitern im Volkswirtschaftsdienst.[7] Damit brachten sich die christlichen Arbeiter in Gegensatz zu einem Teil der Zentrumsfraktion, der sowohl den Reichszuschuß zur Unfallversicherung als auch die Gründung einer Reichsversicherungsanstalt als Staatssozialismus ablehnte.[8]

Durch solche Aktionen riß innerhalb der christlichen Arbeitervereine der Faden zu der Tradition der 70er Jahre nicht ab. Auch das Organ des christlichen Arbeitervereins in Essen, der "Rheinisch-Westfälische Volksfreund", tat alles, um die Verbindung zur einstmals so starken Bewegung aufrecht zu erhalten. In mehreren Nummern wurden die im Bergbau inzwischen üblich gewordenen Überschichten, die zu geringen Löhne und das Wagennullen scharf kritisiert und eine Abänderung verlangt.[9] Schon hier fällt das für die christlich-soziale Bewegung der kommenden Jahre typische Vorgehen auf. Man wandte sich an den Staat als die Instanz, von der man sich eine Hilfestellung erwartete.

Dieses Verhalten bestimmte auch die Petition der Bergleute vom 26. Dezember 1881. Ihr war eine an Bismarck gerichtete Adresse des "Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Inter-

essen in Rheinland und Westfalen" am 29. November 1881 vorausgegangen, in der die Bismarck´sche Schutzzollpolitik als sehr erfolgreich bezeichnet wurde, durch die auch die Situation der Arbeiter merklich verbessert worden sei.[10] Genau gegen diese positive Sicht der ökonomischen Lage der Bergarbeiterschaft bezog eine Versammlung von 3.000 Bergleuten in Essen unter der Wortführung von Laaf und Stötzel Stellung. In dieser von Peter Baltes unterzeichneten Petition[11] an Reichskanzler Bismarck erbaten die christlich-sozialen Bergarbeiter eine Gesetzesinitiative des Reichskanzlers zur Regelung der Arbeitszeit, wobei das alte bergmännische Recht der achtstündigen Schicht einschließlich Ein- und Ausfahrt als Richtschnur diente. Eine gesetzliche Regelung - so argumentierten die Bergleute - käme nicht nur den Arbeitern, sondern auch der Industrie zugute, die nicht gezwungen sei, Überkapazitäten zu produzieren; dies könne zu einer allmählichen Steigerung der Kohlenpreise und der Arbeitslöhne gleichermaßen führen. Außerdem konnten die Bergleute darauf verweisen, daß eine Erhöhung der Schichtlöhne bis auf den Tag nicht stattgefunden habe. Die Forderung nach einem umfassenden Arbeiterschutz fügte sich konsequent in die schon erwähnten sozialpolitischen Aktivitäten der Zentrumspartei ein. Die Arbeitszeitregelung in Richtung Normalarbeitstag ging jedoch weit über das hinaus, was der liberale Staat zuzugestehen bereit war. Die kaiserliche Botschaft vom 17. November hatte lediglich eine Unfall- und Krankenversicherung vorgesehen.

Wenn auch der christlich-soziale Vorstoß von Bismarck nicht beantwortet wurde[12], so hatte er doch einen großen Solidarisierungseffekt unter den Bergleuten christlich-sozialer Provenienz zur Folge. In Essen und Gelsenkirchen fanden zahlreiche Versammlungen der christlichen Bergarbeiter statt, in denen immer wieder die Überschichten und die niedrigen Löhne beklagt wurden.[13] In den Augen der Nationalliberalen und der ihnen nahestehenden Presse dienten diese Aktionen keinem anderen Zweck, als die "Arbeiterbevölkerung dauernd für das Centrum und seine Politik zu gewinnen..."[14] Dieser Eindruck mußte sich noch verstärken, als der westfälische Bauernführer und Bochumer Zentrums-

abgeordnete von Schorlemer-Alst am 1o. Januar 1882 im Reichstag eine viel beachtete Rede über die Situation der Bergarbeiter im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier hielt.

4.2 Die Rede des westfälischen Bauernführers von Schorlemer-Alst im deutschen Reichstag 1882

Im Zentrum der Reichstagsdebatte der "Kaiserlichen Botschaft" vom 17. November 1881 stand die Arbeiterschutzgesetzgebung, die der Zentrumsabgeordnete von Hertling[15)] zum Anlaß nahm, um für den weiteren Ausbau der Fabrikgesetzgebung zu plädieren. Am 9. Januar 1882 fragte er die Regierung, ob sie gewillt sei, folgende Maßnahmen sofort in die sozialpolitische Gesetzgebung mitaufzunehmen[16)]:

1. Beseitigung der Sonntagsarbeit
2. weitere Einschränkung der Frauenarbeit
3. Verbot von übermäßigen Überstunden
4. Ausbau von Schutzmaßnahmen in gewerblichen Anlagen
5. Ausstattung der Fabrikinspektoren mit größeren Rechten.

Im Namen der Regierung nahm Reichskanzler Bismarck selbst zu diesen Forderungen Stellung. Er bezeichnete sie im ganzen als verfrüht und zeigte sich besonders in den Punkten 1 - 3 äußerst skeptisch, was deren Realisierung betraf. Im übrigen bat er von Hertling jedoch um Geduld, weil die Regierung im April mit einer eigenen Gesetzesvorlage hervortreten wolle. Bismarck hatte sich wohl inzwischen auch die vom Zentrum vertretene Devise zu eigen gemacht, daß die Sozialdemokratie und mit ihr eine radikale Arbeiterbewegung nur durch eine wirksame staatliche Sozialpolitik überwunden werden könne. Er schloß deshalb seine Rede mit den Worten, daß auch die Arbeiter die Überzeugung gewännen, "daß der Staat sich ihrer nicht bloß erinnere, wenn es gilt, Rekruten auszuheben oder Steuern einzuziehen, sondern daß er auch an sie denkt, wenn es gilt, sie zu schützen und zu stützen, damit ihre schwachen Kräfte auf der großen Landstraße des öffentlichen Lebens nicht in den Staub getreten werden."[17)]

Die Interpellation des Zentrums fand sowohl bei der Sozialdemokratie als auch bei Adolf Stöckers[18] christlich-sozialer Partei Zustimmung, der in der Rede von Hertlings Forderungen eines "praktischen Christentums" erblickte.[19] Lediglich die Liberalen wandten sich gegen jede Form staatlicher Sozialpolitik und verwarfen vor allem das in ihren Augen gefährliche Experiment des Staatszuschusses, das eine finanzielle Beteiligung des Staates an einer obligatorischen Unfallversicherung vorsah.[2o]

Die Reichstagsdebatte erlebte ihren Höhpunkt in der Rede des westfälischen Bauernführers und Zentrumsabgeordneten Freiherr von Schorlemer-Alst, der zu den konservativen Kräften zählte und wie Hue bemerkte "ein patriarchalisches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und -nehmer befürwortete."[21] In einer breit angelegten Rede unterzog er vor allem die Lage der Bergleute im Ruhrgebiet einer scharfen Kritik.[22] Nachdem er Reichskanzler Bismarck zuvor Huldigung des Manchesterliberalismus vorgeworfen hatte, forderte er einen angemessenen Anteil der Arbeiter an der durch die Schutzzollgesetzgebung bewirkten Aufwärtsentwicklung der heimischen Industrie. Mit Bezug auf die Protestversammlung der Bergarbeiter am 2. Weihnachtstag analysierte von Schorlemer-Alst die wirtschaftliche und soziale Situation der Bergarbeiter und kam zu folgenden Ergebnissen:

1. Die Lohnerhöhung der Bergleute ist durch Überschichten bedingt, zu denen sie unter Androhung von Entlassungen gezwungen werden.[23]
2. Vor allem durch das Wagennullen werden die Arbeiter um ihren Lohn gebracht, obwohl die Bergwerksbesitzer auch die genullte Kohle verkaufen.
3. Die Strafgelder sind zu hoch bemessen.
4. Die Bergbaubehörde als die Beschwerdeinstanz steht auf seiten der Unternehmer.

Diese Angriffe gegen die Bergwerksbesitzer und die staatlichen Aufsichtsorgane riefen bei der rheinisch-westfälischen Industrie einen Sturm der Entrüstung hervor, während sie von den Arbeitern im Ruhrgebiet mit Beifall bedacht wurden. Die liberale Presse sprach von "Tiraden aus dem Munde eines ultramontanen Parteiführers..., die für die Zwecke der Partei dienen sollen."[24] Unverhohlen wurde den Arbeitern gedroht, was sie von einer Koalition mit christlich-sozialem Gedankengut zu erwarten hätten: "Die Arbeiter werden sich dann aber nicht bei Herrn von Schorlemer, sondern bei den Zechenverwaltungen dafür zu bedanken haben, welchen es die aufreizenden Reden des Centrumsführers und seiner Trabanten im hiesigen Industriebezirke nicht leicht machen, sich der gesteigerten Fürsorge für ihre Arbeiter zu widmen."[25] Die "Essener Zeitung", der erklärte Gegner des Zentrums und christlich-sozialer Kreise, ging ihrerseits zum Angriff auf von Schorlemer-Alst über und beschuldigte den westfälischen Bauernführer, seine Arbeiter nicht gerecht zu bezahlen.[26] Besonders scharf ging der Vorsitzende des Bergbauvereins Hammacher mit Schorlemer-Alst ins Gericht.[27] Auf seine Initiative gab der Vereinsvorstand am 27. Januar eine Erklärung ab[28], die in fünf Punkten sämtliche Anschuldigungen des Zentrumsabgeordeten zu widerlegen suchte. Allgemein war die Erregung unter den Zechendirektoren und Grubenverwaltungen sehr groß. Man befürchtete wohl ein stärkeres Eingreifen des Staates auf sozialpolitischem Gebiet, was den unternehmerischen Spielraum eingeschränkt hätte.[29]

In Wirklichkeit waren die tatsächlichen Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Bergbau noch schlimmer, als sie von Schorlemer-Alst geschildert worden waren. So betrugen z.B. die erzwungenen Überschichten auf einzelnen Zechen bis zu 25 %.[30] Auch das Nullen der Schichtförderung war mit 5 bis 10 % richtig eingeschätzt.[31] Wie berechtigt die Vorwürfe des westfälischen Bauernführers waren, dokumentiert auch der Quartalsbericht des Düsseldorfer Regierungspräsidenten vom 1. Quartal 1882, in dem die Beschwerden der Bergleute, als deren parla-

mentarisches Sprachrohr von Schorlemer-Alst in dieser Situation zu bezeichnen ist, als "nicht ungerechtfertigt"[32] bezeichnet werden. Demgegenüber muß auch der unternehmerische Rechtfertigungsversuch, die Überschichten als mit dem Interesse der Bergleute und deren Freiwilligkeit zu begründen als ein untauglicher Versuch erscheinen, die tatsächlichen Machtverhältnisse zu verschleiern. Zahlreiche Zeugnisse belegen, daß die Arbeiter kaum Möglichkeiten hatten, sich gegen unternehmerische Willkür zu verteidigen.

Insofern boten die unter christlich-sozialer Führung angelaufenen Aktionen die Gelegenheit zu einer erneuten Solidaritätskampagne mit dem Ziel der organisierten Bewegung. Sie wurde auch von Laaf und anderen Führern der zunächst nur in Essen bestehenden christlichen Arbeitervereine betrieben. Sie spaltete sich in zwei Richtungen, die sich nicht konträr gegenüberstanden, deren gleichzeitige Existenz jedoch problematisch, wenn nicht unmöglich war, da sie ähnliche Ausgangspunkte und Zielsetzungen hatten: die christlichen Arbeitervereine nach Essener Vorbild und die Wiederaufnahme gewerkschaftlicher Ansätze des Jahres 1878. Beide entstanden im bergbaulichen Umfeld und sind auch inhaltlich damit verbunden.

Die Differenzierung der christlichen Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes ist auf dem Hintergrund eines wiedererwachten Bewußtseins der Bergleute über die Notwendigkeit der Organisation zu sehen. Dabei mußten die Arbeitervereine beinahe notwendig hinter Organisationen, die einzig die materiellen Interessen der Arbeiter im Auge hatten, zurückstehen. Die Voraussetzungen für einen neuen gewerkschaftlichen Verband, der ab 1886 als Rechtsschutzverein vor allem bergmännisches Recht verteidigte und damit eher konservativ eingestellt war, wurden zu Beginn der 8oer Jahre gelegt. Damit war auch eine regionale Schwerpunktverlagerung von Essen nach Gelsenkirchen und Bochum verbunden. Diese beiden Städte waren in den 8oer Jahren die Hochburgen christlich-sozialer Bewegung. Sie lösten Essen als Zentrum ab, das erst in den 9oer Jahren seine einstige Stellung wiedererlangte.

4.3 Konstituierung der christlichen Arbeiterbewegung in Bochum und Gelsenkirchen zu Beginn der 8oer Jahre

Die Verlagerung des Aktionsraumes der christlich-sozialen Bewegung von Essen nach Gelsenkirchen und Bochum ist umso erstaunlicher, als der Reichtstagswahlkreis Bochum - Gelsenkirchen - Hattingen ein deutliches protestantisches Übergewicht aufwies und die sowohl in Gelsenkirchen wie auch in Bochum und Hattingen bestehenden katholischen Knappenvereine so gut wie überhaupt nicht in der Öffentlichkeit aufgetreten waren. Eine Anknüpfung an die Essener Tradition des christlichen Arbeitervereins mit seiner politischen und gewerkschaftlichen Zielsetzung kam wegen des Sozialistengesetzes, das im katholischen Raum lediglich kirchliche Vereine zuließ, nicht in Frage. Von den Knappenvereinen selbst war eine Veränderung ihrer Tätigkeit kaum zu erwarten, zumal es an geeigneten Führungspersönlichkeiten auf der ganzen Linie fehlte.

Wenn die christliche Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes in den 8oer Jahren dennoch den Schwerpunkt ihrer Arbeit in den Bochumer und Gelsenkirchener Raum verlegte, so wird man das Auftreten des westfälischen Bauernführers und Reichstagsabgeordneten des Bochumer Wahlkreises Burghard Freiherr von Schorlemer-Alst dafür verantwortlich machen müssen.[33)] Schon vor seiner berühmt gewordenen Reichstagsrede über die Situation der Bergleute im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier hatte er sich durch seine Mitarbeit in der sozialen Sektion des Katholikentages und seine Auftritte in öffentlichen Versammlungen als profilierter Kenner sozial-ökonomischer Probleme erwiesen. Auch im Ruhrgebiet war dies nicht unbeachtet geblieben, wo von Schorlemer-Alst bei einer Rede vor dem Katholischen Volksverein des Stadt- und Landkreises Dortmund seine Kenntnisse über die Situation der Schwerindustrie unter Beweis gestellt hatte.[34)] Seine Kandidatur im Wahlkreis Bochum brachte dem Zentrum das Reichstagsmandat und der christlich-sozialen Bewegung den nötigen Aufschwung. Schorlemer-Alst war es wohl auch, der die Gründung eines Publikationsorgans für die christlichen Arbeiter

anregte. "Der christliche Arbeiter"[35] erschien ab dem Sommer 1881 in der Märkischen Vereinsdruckerei. Er wurde von Heinrich Bauer[36] redigiert und von Schorlemer-Alst finanziell unterstützt. Die Verbreitung dieser Wochenzeitung war nicht nur auf den Bochumer Raum beschränkt, sondern sie erschien in geringer Auflage auch in Wattenscheid und Hattingen.[37] Um Abonnenten zu gewinnen wurde das Blatt in Wirtschaften und bei Versammlungen der Arbeiter ausgelegt. Die Nutzung dieser spezifischen Kommunikationsorte der Arbeiter zeigt auch, daß man über den kirchlichen Raum hinausgehen wollte und wohl an einer interkonfessionellen Arbeiterbewegung interessiert war.

Wie der "Rheinisch-Westfälische Volksfreund" in Essen übernahm auch "Der christliche Arbeiter" die Funktion des publizistischen Sprachrohrs der christlichen Arbeiterbewegung, ohne aber Vereinsorgan der christlichen Arbeiterbewegung für den Bochumer Landkreis zu werden. Der Essener Situation vergleichbar wurde auch in Bochum innerhalb der katholischen Presse eine Arbeitsteilung vorgenommen. Während dort die "Essener Volkszeitung" den allgemein-politischen und kirchenpolitischen Themen besondere Aufmerksamkeit schenkte und die Behandlung des sozialen und wirtschaftlichen Bereichs dem "Rheinisch-Westfälischen Volksfreund" überließ, teilten sich in Bochum die "Westfälische Volkszeitung" und "Der christliche Arbeiter" die Aufgaben, ohne jedoch wie in Essen die innerkirchliche Polarisierung zwischen katholischem Bürgerblock und katholischen Arbeitern zu fördern. Ganz im Gegenteil, ab 1884 - darüber wird noch zu berichten sein - übernahm die "Westfälische Volkszeitung" die Rolle des Sprechers sozialer und ökonomischer Interessen der Arbeiter des Bochumer und Gelsenkirchener Raumes, wie sie andererseits die kirchlichen Rechte wahrzunehmen suchte.

Um den "Christlichen Arbeiter" entstand am Neujahrstag 1882 ein christlich-sozialer Verein, dem sowohl Katholiken als auch Protestanten angehörten. Dieser Versammlung, nach der sich ungefähr 1oo Personen dem Verein anschlossen, waren offenbar einige Besprechungen über die zukünftige Konzeption des Vereins

vorausgegangen. Um die konfessionelle Parität zu wahren übernahm Heinrich Bauer den Vorsitz des Vereins, während die Funktion des Stellvertreters dem protestantischen Bergarbeiter Wilhelm Meincke[38)] überlassen wurde. Diese Maßnahme bot die Möglichkeit, die sich schon durch die Gründung des evangelischen Arbeitervereins im Gelsenkirchener Raum angedeutete Konfessionalisierung der Arbeiterschaft des Ruhrgebietes zu überwinden. Dieser Versuch muß - trotz Fehlens einer Konfessionsstatistik der christlich-sozialen Vereine - als gescheitert angesehen werden, wie die zunehmende konfessionelle Polemik der folgenden Jahre beweist. Die Protestanten in den christlichen Arbeitervereinen bzw. christlich-sozialen Vereinen blieben immer eine verschwindende Minderheit.

Wenn die Mitgliederstruktur dieses neuen Vereins auch als durchaus homogen bezeichnet werden kann - von den 85 Mitgliedern gehörten 75 der Bergarbeiterschaft an, 4 waren Fabrikarbeiter, 2 Handwerker, 1 Eisenbahner, 1 Tagelöhner -, so deutet die Offenheit des Vereins für Handwerker doch auf eine andere Konzeption als in Essen hin. Sie entsprach eher den Vorstellungen, die Ende der 6oer bzw. Anfang der 7oer Jahre von Schings in Aachen entwickelt worden waren. Eine gewerkschaftliche Arbeit war trotz des deutlichen Übergewichts der Bergarbeiter unter den Mitgliedern des Vereins nicht möglich. Dazu hätte es auch einer statusmäßig festgelegten Zielsetzung bedurft, die nicht angezielt war. Eher wird man an einen Verein im vorpolitischen und vorgewerkschaftlichen Raum zu denken haben, der bestimmte auf Arbeiter und deren Interessen bezogene Aktions- und Bildungsarbeit durchführen konnte, deren Ergebnisse in politische oder gewerkschaftliche Aktionen umgesetzt werden konnten. Auch die Trennung von politisch-parlamentarischer Vertretung und vereinsmäßiger Organisation wich von der in Essen vorgezeigten Richtung ab. Die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen im Reichstag schien den Bochumer christlichen Arbeitern durch von Schorlemer-Alst in ausreichendem Maße gesichert. Deshalb konnte eine Konfrontation mit der lokalen Zentrumspartei unterbleiben. Während die in Bochum entfalteten Aktivitäten christlich-sozialer

Kräfte durch von Schorlemer-Alst initiiert waren, scheint die Gründung einer christlichen Arbeiterbewegung in Gelsenkirchen von Essen ausgegangen zu sein. Am 8. Januar 1882 fand in Gelsenkirchen eine als Bergarbeiterversammlung deklarierte Zusammenkunft statt, die von 3.ooo Personen, überwiegend Bergleuten, besucht wurde.[39] Neben dem Essener christlichen Arbeiterführer Donath, der die Rosenkranz´sche Richtung vertrat, trat auch der Gelsenkirchener Bergmann Anton Doll[4o] auf, der in den folgenden Jahren der führende Kopf der Gelsenkirchener christlichen Arbeiterbewegung wurde. Thema der Reden auf der Gelsenkirchener Versammlung war die augenblickliche Situation der Bergleute, für die Doll den Manchesterliberalismus verantwortlich machte. Stärker als in Bochum kam in Gelsenkirchen das Interesse der Bergleute an einer Verbesserung ihrer Situation zum Ausdruck, ohne daß an eine Gewerkschaftsbewegung auf christlicher Grundlage zu denken war.

Schon am 8. Januar war die Gründung einer christlichen Arbeiterbewegung ins Auge gefaßt worden. Die Konstituierung eines eigenen Vereins erfolgte jedoch erst 14 Tage später. Wohl durch die Rede von Schorlemer-Alst im Reichstag noch zusätzlich motiviert kamen wiederum 3.ooo Personen zu einer Versammlung am 22. Januar zusammen.[41] Der Einladung waren aber nicht nur Bergleute, sondern auch Handwerker und kleinere Geschäftsleute der beiden christlichen Konfessionen gefolgt. Diese Zusammensetzung ist in mehrfacher Hinsicht interessant. Erstens darf diese Aktionsgemeinschaft als eine Absage an den von den Sozialdemokraten vertretenen Klassenkampf verstanden werden. Man wollte wohl aber auch den evangelischen Arbeitern und den ihnen nahestehenden Kreisen entgegenkommen, die ein Jahr zuvor in Gelsenkirchen einen Arbeiterverein mit arbeitgeberfreundlicher Postition gegründet hatten. Zweitens konnten durch die interkonfessionelle Konzeption auch die evangelischen Arbeiter zur Mitarbeit gewonnen werden. Der Verdacht, lediglich ein "klerikaler Verband" mit ultramontanen Interessen zu sein, konnte dadurch entkräftet werden. Doch nicht

nur Rücksichtnahme auf evangelische Kräfte bestimmte das Zusammengehen dieser unterschiedlichen Kräfte, sondern auch ökonomische Überlegungen. Dies ist der dritte Aspekt. Die Rede des Gelsenkirchener Kaufmanns Broich[42] machte verständlich, warum auch den Selbständigen wie den kleinen Handwerkern an einem Aufschwung der Arbeiter gelegen sein mußte. Für sie bedeutete gestiegene Kaufkraft gerade in den Händen der Arbeiter auch bessere Absätze und gefüllte Auftragsbücher. Insofern war es nur folgerichtig, eine Sammelbewegung aller durch die wirtschaftliche Entwicklung in Mitleidenschaft gezogenen Gruppen ins Leben zu rufen, wie dies auch § 2 der Statuten des "Allgemeinen christlich-socialen Arbeiter-Vereins zu Gelsenkirchen"[43] vorsah:

> "Mitglied kann jeder christlich gesinnte, unbescholtene Arbeiter, Handwerker und Geschäftsmann aus Gelsnkirchen und Umgebung werden, der 18 Jahre alt ist."

Wie groß der Anteil der Handwerker und Geschäftsleute im Verein tatsächlich war, konnte nicht ermittelt werden. Ihre Bedeutung scheint jedoch sehr gering gewesen zu sein, wie die von der christlichen Arbeiterbewegung im Bochum-Gelsenkirchener Raum getragenen Aktionen belegen, bei denen bergmännische Interessen im Vordergrund standen.

Ähnlich wie in Bochum wurde auch der Gelsenkirchener Organisationsversuch von einem Presseorgan begleitet. Der "Industriearbeiter"[44], zu dessen Zielsetzung es gehörte, "beim Kampf um die materiellen Interessen der Arbeiter die konfessionellen Unterschiede zurücktreten und Hand in Hand sich die Vortheile einer geachteteren Lebensstellung gemeinsam erkämpfen"[45] zu lassen, bezeichnete sich selbst als "Haupt-Arbeiter-Organ des Kreises Bochum". Die Kennzeichnung läßt auf ein Konkurrenzorgan zum Bochumer Blatt schließen. Seine Bedeutung blieb aber weit hinter der des "Christlichen Arbeiters" zurück. Sein Verbreitungsgrad ging über den Raum des Amtes Schalke

nicht hinaus. Schon nach wenigen Nummern mußte das Blatt wegen mangelnder Nachfrage sein Erscheinen wieder einstellen[46], während "Der christliche Arbeiter" immerhin bis 1885 existierte.

Die sich in Bochum und Gelsenkirchen konstituierende christliche Arbeiterbewegung wird man nur unter Berücksichtigung des bestehenden Sozialistengesetzes entsprechend würdigen können. Der Verzicht auf den in der Essener Arbeiterbewegung gewohnten kämpferischen Ton und die durch die Aachener und Essener Richtung vorgezeichnete Parteinahme für die Interessen der Arbeiter signalisierte dabei eine Tendenzwende in der christlichen Arbeiterbewegung, für die einerseits die in Essen gemachten Erfahrungen sowie die Durchführung des Sozialistengesetzes verantwortlich zu machen sind. Die in Bochum und Gelsenkirchen vertretene Konzeption griff einen schon vergessenen Traditionsstrang auf, der von Schings und den "Christlich-socialen Blättern" begründet worden war. Auch von ihnen war die Idee der christlich-sozialen Vereine propagiert worden, die alle Stände umfaßte und nicht "einseitig" auf Arbeiterinteressen fixiert waren.

4.4 Arbeiterverein oder Gewerkschaftsorganisation? - Die Entwicklung der christlichen Arbeiterbewegung des Landkreises Bochum im Jahre 1882

Die von Gelsenkirchen ausgehende christlich-soziale Bewegung entfaltete eine rege Tätigkeit im ganzen Landkreis Bochum und verfügte schon am Ende des ersten Quartals über Vereine in Gelsenkirchen, Schalke, Ückendorf, Rotthausen, Bochum I (Nord), Bochum II (Süd)[47], Wattenscheid[48], Königssteele[49], Freisenbruch.[50] Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag eindeutig im Gelsenkirchener Verband, der schon Ende März 1882 1.2oo Mitglieder hatte.[51] Gleichzeitig nahm die Mitgliederstärke der anderen Vereine stark ab[52], so daß wir maximal eine Gesamtmitgliederzahl von 2.5oo annehmen können. Außer in Gelsenkir-

chen und Schalke ist jedoch kein aktives Vereinsleben festzustellen.

Die sich durch die Rede von Schorlemer-Alst im Reichstag auf die Verhältnisse der Bergarbeiter im Ruhrgebiet zuspitzende Problematik der Industriearbeiterschaft konnte von der jungen christlichen Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes zur Darstellung des eigenen Selbstbewußtsein genutzt werden. Der durch die Rede von Schorlemer-Alst sowie die Versammlung der Bergleute am 2. Weihnachtstag 1881 erzeugte öffentliche Druck wurde von der Ministerialbürokratie aufgenommen, indem sie am 19. Januar 1882 eine Verfügung an das Oberbergamt in Dortmund, die von den Bergleuten und von Schorlemer-Alst monierten Mißstände zu überprüfen.[53] Damit griff die Regierung einer Bitte des christlichen Arbeitervereins von Gelsenkirchen vor, der am 5. März 1882 eine Resolution verabschiedete, in der die Stellungnahme des VbI vom 27. Januar zur Rede von Schorlemer-Alst zurückgewiesen und der Reichskanzler um eine amtliche Untersuchung über die Lage der Arbeiter gebeten wurde, "bei der die Arbeiter ohne Furcht vor späterer Maßregelung ihre Klagen über ungenügende Löhne, sog. 'freiwillige' Überschichten, Wagennullen usw. vorbringen können."[54] Die Arbeiter selbst ergriffen die Initiative und sandten eine vom Vorsitzenden Wilhelm Fröhlig[55] unterzeichnete Erklärung an Schorlemer-Alst, in der sie einerseits die von Unternehmerseite gegen die Rede des Bochumer Reichstagsabgeordneten vorgebrachten Einwände widerlegten und andererseits die schon vorher geäußerten Vorwürfe des Wagennullens, des Zwangs zu Überschichten und Strafen durch Beispiele erhärteten. Besonders gravierend erschien den Arbeitern, daß sie durch die Androhung von Entlassungen an der Bildung von Arbeitervereinen gehindert würden.[56] Von Schorlemer-Alst griff diese Punkte noch einmal am 27. März im preußischen Landtag auf und wiederholte seine Anklagen gegen die rheinisch-westfälische Kohlenindustrie. Das Königliche Oberbergamt - sicherlich einer zu negativen Situationsanalyse unverdächtig - kam zwar zu einer anderen Einschätzung der Lage der Bergarbeiter, konnte aber längst nicht alle Argumente entkräften.[57] Auch die auf dem Bericht

des Oberbergamtes beruhende Stellungnahme des Ministers wies die Revierbeamten an, "im Falle eintretender Überbürdung (der Bergarbeiter durch Überschichten, H.Z.) alsbald einzuschreiten."[58] Auch der Gelsenkirchener Bürgermeister Vattmann[59] bestätigte in seinem Verwaltungsbericht die Klagen der Bergleute, was bei den Arbeitern Begeisterung[6o], bei den Unternehmern Protest hervorrief.[61]

Schon die auf die Bergarbeiterschaft konzentrierte Aktion der christlichen Arbeiterbewegung im Landkreis Bochum deutete darauf hin, daß eine andere organisatorische Basis notwendig war, um langfristig die gerade in der Bergarbeiterschaft bestehenden Probleme zu lösen. Die in der gegenwärtigen Form bestehenden Arbeitervereine des Landkreises Bochum waren dazu offensichtlich nicht in der Lage. Deshalb hatte sich Laaf schon auf der Bergarbeiterversammlung am 2. Weihnachtstag für einen Gewerkverein auf christlich-sozialer Grundlage ausgesprochen und damit einen Gedanken von 1878 in der Auseinandersetzung mit dem Rosenkranzverband aufgegriffen. Ende April trug er diese Idee noch einmal in eine Versammlung in Gelsenkirchen hinein.[62] Interessanterweise betonte er - entgegen den Statuten - nur die politische Funktion der christlich-sozialen Vereine. Die materielle Interessensicherung der Arbeiter wies er den Aufgabenstellungen der Gewerkvereine zu. Seine Ansicht wurde von den Gelsenkirchener Arbeitern geteilt, die sich ebenso wie Laaf für die Bildung von Gewerkvereinen aussprachen. Offensichtlich war man davon überzeugt, in den christlichen Arbeitervereinen von Essen, Gelsenkirchen, Dortmund, Bochum und Mülheim die geeignete Rekrutierungsbasis zu besitzen. Voreilig, wie sich noch herausstellen sollte, schritt man in Gelsenkirchen schon zur Delegiertenwahl für einen gemeinsamen Kongreß der genannten Vereine. Aus dem Kreise Bochum kam jedoch eine ablehnende Stellungnahme zu diesem Vorhaben, weil die Bergleute wohl kaum in der Lage waren, neben den Vereinsbeiträgen für Knappen- bzw. Arbeitervereine noch weitere Gelder aufzubringen. Außerdem war man der Meinung, daß die materielle Sicherung durch die Unterstützungskassen, die den Knappenvereinen angeschlossen

waren, völlig ausreichend wäre.[63] Ausschlaggebend für den Mißerfolg der Unternehmung war aber wohl, daß durch Androhung von Entlassungen die Bergarbeiter ihr Koalititonsrecht nicht in Anspruch nehmen konnten.[64]

Die Existenz des Arbeitervereins von Gelsenkirchen wurde jedoch nicht nur durch andere organisatorische Konzeptionen bedroht, sondern noch mehr durch innerverbandliche Querelen in Frage gestellt. Wegen angeblich sozialdemokratischer Propaganda wurde der Vorsitzende Wilhelm Fröhlig aus dem Verband entlassen.[65] Das gleiche Schicksal traf Anton Doll ungefähr zwei Monate später; ihm wurden Unregelmäßigkeiten vorgeworfen, ohne daß konkretere Sachverhalte bekannt wurden.[66] Von seiten der Behörden versuchte man den Verein als eine politische Vereinigung zu apostrophieren. Damit verbunden war ein Ausschluß aller Mitglieder unter 25 Jahren. Als Alternative bot sich ein "Allgemeiner Gewerk-Verein der Handwerker für Rheinland und Westfalen" an, in den dann die 18 - 25jährigen aufgenommen werden konnten.[67] Dieser Vorschlag fand jedoch wohl keine Unterstützung. Hingegen strich man das Wort 'sozial' aus dem Namen, um so den politischen Charakter des Vereins in den Hintergrund treten zu lassen. Dies irritierte die Behörden[68], hinderte sie jedoch nicht daran, den Verein weiterhin als einen politischen anzusehen und die Mitgliedschaft von Personen unter 25 Jahren zu verbieten.[69] Wie groß dadurch der Aderlaß des christlichen Arbeitervereins in Gelsenkirchen war, geht aus den Akten nicht hervor. Die Behörden sahen jedenfalls keine Notwendigkeit, gegen den Verein weiterhin vorzugehen.[70] Außer in Gelsenkirchen ging im Laufe des Jahres 1882 die Bewegung zurück.[71] Die Notwendigkeit einer organisierten Bewegung wurde dank veränderter ökonomischer Bedingungen nicht erkannt. Die nachlassende Nachfrage nach Kohlen machte auch aus Kapitalverwertungsinteressen keine weiteren Überschichten notwendig. Vereinzelt wurden sogar - wohl wegen der öffentlichen Meinung - höhere Löhne gezahlt.[72]

4.5 Aktionsfelder der christlichen Arbeitervereine

Die sich in den Sommermonaten 1882 deutlich abzeichnende Passivität der gesamten Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes wurde im Herbst und Winter bis in das Jahr 1883 hinein von einer verstärkten Aktivität der christlich-sozialen Vereine abgelöst. Wenn für die sich bis 1885 hinziehende Agitation sicherlich auch exogene Ursachen verantwortlich zu machen sind - verwiesen sei nur auf die Diskussion um die Reform des Knappschaftswesens und die Einführung von Arbeitsbüchern -, so konnte die wiederum von Gelsenkirchen ausgehende Bewegung an die bereits im März 1882 an die preußische Regierung abgesandte Petition anschließen, in der um eine staatliche Untersuchung über die Lage der Bergarbeiter gebeten worden war. Die Untersuchungsergebnisse des Königlichen Oberbergamtes waren den Bergarbeitern - wenn sie ihnen überhaupt bekannt waren - nicht ausreichend. Da eine offizielle Reaktion auf ihre Eingabe nicht vorlag, gingen sie nun im Oktober selbst daran, einen Fragebogen zu entwerfen[73], mit dessen Hilfe eine Analyse der bergmännischen Situation erstellt werden sollte. Der einseitigen Berichterstattung durch die Unternehmer oder das Oberbergamt, die nur sporadisch durch Protestaktionen und Beschwerden unterbrochen wurden, sollte damit entgegengewirkt werden.

Da diese Aktion zur Zeit der Landtagswahlen gestartet wurde, und die Fragebogen auch in Versammlungen der örtlichen Zentrumspartei verteilt wurden[74], nahm das Oberbergamt wohl nicht zu Unrecht an, daß es sich um eine Wahlagitation für die Zentrumspartei handeln mußte.[75] Neben Fragen über die materielle Situation der Bergleute und der betrieblichen Lage standen auch solche nach der partei-politischen Einflußnahme der Direktoren und Beamten zur Beantwortung.[76] Dies veranlaßte die Behörden, über ein gesetzliches Vorgehen gegen die Austeilung des Fragebogens nachzudenken. Auch in diesem Punkte erhielt der christliche Arbeiterverein Schützenhilfe vom Gelsenkirchener Oberbürgermeister Vattmann. Er griff das Amt

Schalke, das sich zum Sprecher von Interessen der Unternehmer und der Bergbaubehörde gemacht hatte, in ungewöhnlich scharfer Form an: "Das Amt Schalke glaubt offenbar 'quod licet Jovi, non licet Bovi'. Die Geheimen Bergräte,... (unleserlich, H.Z.), der Kohlenklub, der Verein für die bergbaulichen Interessen etc, dürfen Statistisches 'machen', um den Nachweis der günstigeren Lage der Arbeiter zu erbringen versuchen, die armen Arbeiter aber dürfen bei Leibe dasselbe nicht thun, um das Gegenteil zu beweisen."[77] Auf diese Interpellation hin wehrte der Arnsberger Regierungspräsident den Versuch, mit gesetzlichen Mitteln gegen den Fragebogen vorzugehen, ab.[78]

Im November lief die Aktion im Gelsenkirchener Raum an. Es war geplant, daß jede Gemeinde einen Mann bereitstellen solle, der die Verteilung der Fragebögen zu übernehmen hatte. Die ausgefüllten Bögen sollten dann an von Schorlemer-Alst geschickt werden, um ihn zu einem neuerlichen Vorstoß hinsichtlich der Arbeiterschutzgesetzgebung zu veranlassen.[79] Offensichtlich war das Interesse bei den Bergleuten selbst jedoch so gering, daß ein Ergebnis nicht zustande kam.[80] Die Aktion verlief somit im Sande.

Zwei weitere Aktionsfelder der christlich-sozialen Politik zu Beginn der 80er Jahre im Ruhrgebiet betrafen die Sicherung der materiellen Versorgung der Bergleute und ihrer Familien und dienten der Abwehr der unternehmerischen Reglementierung durch die Einführung der Arbeitsbücher. Schon in den 70er Jahren hatten Knappschaftsfragen in den Diskussionen der Bergarbeiter eine große Rolle gespielt. Das sich dabei artikulierende konservative Bewußtsein der Bergleute, das mit dem Verweis auf die alten Rechte, die von "den Vätern ererbt waren", den Status quo behalten wollte, konnte in eine soziale Bewegung mit dem Wunsche nach materieller Absicherung und Interessenvertretung umgesetzt werden. Durch mehrfache Statutenveränderungen waren die Leistungen der Knappschaftskasse mehr und mehr gesenkt worden, während gleichzeitig die Beiträge deutlich erhöht wurden.[81] Die Sicherheit der Bergleute im Krankheitsfalle sowie

ihre Altersversorgung schienen durch die Nachtragsstatuten der drei Knappschaftsvereine im Ruhrgebiet gefährdet.

Die Diskussion um die Knappschaft und die Knappschaftskasse fand neue Nahrung durch Enthüllungen des ehemaligen Knappschaftsbediensteten und Rechnungsprüfers Thomé.[82] Er hatte in mehreren Versammlungen gegen Ende des Jahres 1882 über Unregelmäßigkeiten bei der Verwendung der Knappschaftskasse des Märkischen Knappschaftsvereins berichtet.[83] In der zweiten Hälfte des Januars 1883 nahm sich auch der christliche Arbeiterverein dieser Thematik an. Thomé wurde eingeladen, auf einer Versammlung am 22. Januar zu sprechen.[84] Neben dem Vorwurf, der Vorstand der Knappschaftskasse habe die Statuten willkürlich zum Nachteil der Mitglieder geändert, griff er einen besonderen Fall von Gesetzesübertretung auf. Arbeitern, die nicht lesen konnten, sei eine Verzichterklärung auf Unterstützung durch die Knappschaft zur Unterzeichnung vorgelegt worden. Um diesen Willkürakten ein für alle Mal ein Ende zu bereiten, schlug er die Verstaatlichung der Knappschaftskasse durch den Reichstag vor. Außerdem griff Thomé die eingeschränkte Arztwahl und die Stellung der Knappschaftsältesten an. Wiederholt hatte sich gezeigt, daß die Bergleute den Knappschaftsärzten in ihren Bezirken völlig ausgeliefert waren. Es wurde u.a. auch deshalb weniger krank geschrieben, um die Knappschaftskasse nicht zu belasten. Problematisch war in diesem Zusammenhang die Rolle der Knappschaftsältesten, die nicht den Interessen der Bergleute dienten, sondern von den Unternehmern abhängig waren. Diese Klagen verwiesen nur zu deutlich auf die Reformbedürftigkeit des gesamten Knappschaftswesens.[85]

Zusätzlichen Stoff erhielten die Solidaritätsbemühungen der Bergleute unter christlich-sozialer Führung durch die geplante Gesetzgebung im Bereich der Unfall- und Krankenversicherung. Zwar wurde durch diese beiden Gesetze die Knappschaft kaum tangiert, doch boten sie den Nichtbergleuten in den Vereinen die Möglichkeit, ihre Vorstellungen zur Sprache zu bringen. Die Bergleute nahmen dies zum Anlaß, auch über ihren eigenen

Versicherungsschutz nachzudenken. Auf einer Versammlung von Mitgliedern der Märkischen Knappschaftskasse am 26. März 1883 wurde eine Petition an das Abgeordnetenhaus von 3o.ooo Bergleuten unterzeichnet, in der eine Reorganisation der Knappschaftskasse gefordert wurde.[86] Parlamentarischer Mittelsmann war von Schorlemer-Alst. Da dieses Bittgesuch aber im Abgeordnetenhause aus formalrechtlichen Gründen nicht beraten wurde[87], nahm sich der christlich-soziale Verein dieser Angelegenheit an und bat in einer Petition vom 27. November 1883 das Abgeordnetenhaus darum "a) die Märkische Knappschaftskasse in Bochum" zu veranlassen, "die ihren Benefiziaten zu Unrecht geschmälerten Beträge nachzuzahlen und für die Zukunft die statutenmäßigen alten Beträge zu gewähren, damit weitere Prozesse, wodurch nur unsere gemeinsame Kasse durch die enorm hohen Gerichts- und Anwaltskosten so bedeutend geschädigt wird" vermieden werden könnten und "b) das ganze Knappschafts-Kassenwesen im Sinne einer durch die Blätter jüngst gelaufenen sehr anerkennenswerten Regierungs-Verfügung an die Oberbergämter einer zeitgemäßen Reform unterziehen zu wollen."[88] Weitere Forderungen betrafen die freie Wahl der Knappschaftsärzte, die Hinzuziehung von Invaliden zur Verwaltung der Knappschaftskasse und eine angemessene Vertretung von Bergleuten im Vorstand der Knappschaftskassen. Zwar konnten die Bergleute keine Erfolge erzielen; der Gedanke einer organisierten Bewegung wurde aber durch die Diskussion um die Knappschaftsreform wachgehalten.[89]

Ein weiteres Aktionsfeld bildete die beabsichtigte Einführung von Arbeitsbüchern.[9o] Diese erst 1869 abgeschaffene Einrichtung sollte nach dem Willen konservativer Vertreter im Parlament wieder eingeführt werden, um "die faulen von den fleißigen Arbeitern zu trennen". Die mit dem An- und Ablegeschein im Bergbau gemachten Erfahrungen legten den Verdacht nahe, daß die Arbeitsbücher aber auch die Kummunikation unter den Unternehmern über besonders "widerspenstige" Arbeiter verbessern sollten. Die Möglichkeit zur Reglementierung und Drangsalierung durch Unternehmer wurde dadurch größer. Aus diesem Grunde sprachen sich die Sozialdemokraten mit aller Entschiedenheit auch dagegen aus[91],

während das Zentrum in dieser Frage gespalten war.[92] Im Ruhrgebiet kam diese Thematik - wohl auch unter dem Einfluß Stötzels - in den Versammlungen der christlichen Arbeitervereine zur Sprache. Auch hier wurde eindeutig von einer Einführung der Arbeitsbücher für Berg- und Industriearbeiter abgeraten.[93]

Die Bewertung christlich-sozialer Politik in der Arbeiterbewegung zu Beginn der 8oer Jahre wird das Sozialistengesetz und seine repressive Funktion unter der Arbeiterschaft zu berücksichtigen haben. Nach der Zerstörung gewerkschaftlicher Ansätze im Ruhrgebiet boten neue Organisationsversuche die einzige Möglichkeit, den Gedanken einer Vereinigung aller Bergleute, die sich nicht um die weltanschaulichen Positionen herum organisierte, sondern um die objektiven wirtschaftlichen Widersprüche, wachzuhalten. Darin ist sicherlich der positive Beitrag der christlich-sozialen Vereine im Landkreis Bochum zu sehen. Hierin ist sich auch die gesamte Forschung einig, die H.-O. Hemmer wohl am treffendsten zusammenfaßt: "Sie (die christlich-sozialen Vereine, H.Z.) haben damit ohne Zweifel während des Sozialistengesetzes einen Rest an politischem Bewußtsein unter ihnen (den Bergleuten, H.Z.) wachgehalten."[94]

Ihre aufklärerische Form der Bildungsarbeit durch Aktion hat sicherlich dazu beigetragen, das Selbstbewußtsein der Arbeiter zu stärken sowie für die soziale Problematik zu sensibilisieren. Ihr politischer Spielraum wurde durch das Sozialistengesetz und den Kulturkampf eingeschränkt. Deshalb griffen sie auf ein altes Mittel, die Petition an die Regierung, zurück. Wenn diese Veränderung in der Strategie sicherlich auch durch die zweifache Unterdrückung bedingt war, sie kam jedoch sowohl der bergmännischen Bewußtseinslage wie dem obrigkeitsstaatlichen Denken des Katholizismus entgegen. Insofern erfüllte diese Änderung gesellschaftlichen Handelns eine wesentliche Integrationsfunktion für die Arbeiterschaft. Zugleich deutete sich auch innerhalb der katholischen Sozialbewegung eine Veränderung an. Waren in den 7oer Jahren noch die Gedanken einer Gesellschaftstransformation im Katholizismus führend gewesen, so wurde jetzt nur noch über eine Reform innerhalb des bestehenden Systems nachge-

dacht. Daran konnten dann auch andere gesellschaftliche Schichten teilhaben, die auch vom Strukturwandel betroffen waren. Der Vorteil einer solchen Politik bestand in der Überschaubarkeit von Zielen und Maßnahmen. Ihr Nachteil ist jedoch in der Perspektivenlosigkeit zu sehen. Letztlich konnte diese Bewegung nur konservativ sein, da sie ihre Ziele aus der Zeit der Feudalgesellschaft bezog, in der bestimmte Rechte durch den Feudalherrn garantiert waren. Der Appell an diese Instanz dokumentiert noch einmal nachdrücklich den konservativen Bewußtseinsstand.

Die christliche Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes in der 1.Hälfte der 8oer Jahre ist in zweifacher Hinsicht eine Übergangserscheinung. In ihrer konservativen, sozialreformerischen Haltung bereitet sie den Boden für die katholischen Arbeitervereine vor, die wie die älteren Knappenvereine auf pfarrlicher Ebene organisiert sind. In der Bewahrung des politischen Bewußtseins und der materiellen Interessenssicherung unter repressiven staatlichen Maßnahmen ist sie ein Ansatzpunkt für die auf niedrigerem Niveau ab 1886 wieder einsetzende Bewegung mit gewerkschaftlicher Zielsetzung. Die in dem tatsächlichen Verhalten der Arbeiterbewegung nicht sichtbar werdende Beschränkung auf "christliche Arbeiter" erlaubte dann auch die Wiederaufnahme eines Traditionsstranges, der in der Essener Arbeiterbewegung und im Rosenkranzverband seinen Ursprung hatte. Die faktische Konzentration auf die konkreten Probleme des Arbeitslebens, wobei die religiösen und politischen Tendenzen vernachlässigt wurden, hat die Koalition von Arbeitern, wie sie in dem 89er Streik zum Ausdruck kam, gefördert.

4.6 Johannes Fusangel und der Rechtsschutzverein

Hatte sich schon zu Beginn der 8oer Jahre die christliche Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes von Essen nach Bochum und Gelsenkirchen verlagert, so verstärkte sich diese Tendenz ab 1884. Dies war einem Manne zu verdanken, der bis zum Ende dieses Jahrzehnts die bestimmende Figur der christlichen Arbeiterbewegung

blieb: Johannes Fusangel.[95] Der "rote Johannes", wie der gebürtige Rheinländer wegen seines unerschrockenen Eintretens für die Belange der Bergarbeiter und seiner scharfen Zunge genannt wurde, war der "Abgott vieler tausender Bergleute".[96] Vor seiner Tätigkeit in Bochum war Fusangel Redakteur der katholischen "Bayrischen Korrespondenz" gewesen, die er nach unternehmerischer Ansicht wegen seiner reichsfeindlichen Haltung verlassen mußte.[97] Von katholischen Kreisen wurde ihm bescheinigt, sich dort besonders für Mittelstand und Arbeiterschaft engagiert zu haben.[98] Auf Beschluß des Vorstandes der "Märkischen Vereinsdruckerei" wurde Fusangel 1884 als Redakteur für die "Westfälische Volkszeitung" und den "Christlichen Arbeiter" angestellt. Schon seine ersten Artikel in dem Zentrumsorgan lassen ihn als einen scharfen Kritiker des liberalen Wirtschaftssystems erscheinen, der zumindest in seiner Sprache den Sozialisten nichts nachstand, wie die folgenden Zitate belegen:

> "Für sie (die Anhänger des kapitalistischen Systems, H.Z.) sind die Arbeiter nur Maschinen, und ihre einzige Moral ist die Erzielung möglichst hoher Dividenden."[99]

> "Der Kapitalismus hat ein Interesse daran, den Arbeiter nicht selbständig zu machen, wer aber Ersparnisse macht, legt den Grund zu seiner wirtschaftlichen Selbständigkeit. Der Arbeiter erhält daher nur soviel, als er zum Leben braucht, während das Kapital den vom ihm geschaffenen Mehrwert in eigenem Nutzen verwendet. Ist aber die menschliche Arbeitskraft völlig oder doch zum größeren Teil verbraucht, so übernimmt das Kapital keineswegs die Ernährung des arbeitsunfähig gewordenen Individuums, sondern es überläßt dieses kostspielige Vergnügen der kommunalen oder staatlichen Armenpflege."[100]

Dieser Radikalität hatte es Fusangel auch zu verdanken, daß er zwischen 1884 und 1891 in nicht weniger als 29 Prozesse verwickelt war[101], die größtenteils negativ für ihn ausfielen, ihm jedoch bei den Arbeitern große Sympathie einbrachten.

Schon 1884 setzte sich Fusangel für die christlich-sozialen Arbeitervereine ein.[102] Dabei lag das Schwergewicht seiner publi-

zistischen Tätigkeit auf den mit der Knappschaft zusammenhängenden Fragen. Zur harten Konfrontation zwischen Fusangel und der Knappschaft kam es 1885, als er in einem Artikel in der "Westfälischen Volkszeitung" einige Knappschaftsärzte scharf angriff.[103] Der Vorwurf der rohen Behandlung durch die Ärzte, den das Blatt dabei erhob, war deshalb von größter Bedeutung, da mit ihm der schon erhobenen Forderung nach freier Arztwahl Nachdruck verliehen werden konnte. Wenn auch nur einige Knappschaftsärzte in dem Artikel namentlich genannt wurden, so fühlte sich doch ihr gesamter Stand beleidigt und erstattete Anzeige. Im anschließenden Verfahren wurde der Redakteur der "Westfälischen Volkszeitung" wegen öffentlicher Beleidigung der Knappschaftsärzte zu 3o Mark Geldstrafe oder 6 Tagen Gefängnis verurteilt.[104] Das Ziel der Ankläger, durch einen Prozeß gegen den Kopf der christlichen Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet die Bewegung selbst zu lähmen, erfüllte sich jedoch nicht. Im Gegenteil, das von den Bergleuten als politisches Urteil interpretierte Strafverfahren bewirkte einen Solidarisierungseffekt. Am 17. November 1885 erschien in Bochum ein Plakat, das zu einem Fackelzug für Fusangel am 19. November aufforderte.[105] Dazu wurden nach Angaben des Organisators des Fackelzuges und stellvertretenden Vorsitzenden des christlich-sozialen Arbeitervereins von Bochum Meincke auch die behördliche Genehmigung erteilt. Ob es sich hierbei nun tatsächlich um ein Mißverständnis handelte oder ob die anfängliche Genehmigung wieder rückgängig gemacht wurde, kann nicht entschieden werden. Jedenfalls begründete die Regierung in Arnsberg ihr Verbot des Fackelzuges damit, "daß der Fackelzug als eine öffentliche Demonstration zu Ehren eines wiederholt gerichtlich bestraften Mannes im Interesse der öffentlichen Ordnung nicht gestattet werden"[106] könne. Wie groß die Sympathie für Fusangel, seine Integration in die Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes war, mag man daran erkennen, daß trotz des Verbotes mehrere tausend Arbeiter zum angesetzten Termin nach Bochum gekommen waren. Allein aus Dortmund waren 1.ooo Bergarbeiter mit einer Kapelle erschienen.[107] Fusangel selbst, der die ganze Angelegenheit nicht eskalieren lassen wollte, mahnte die Bergleute, sich den polizeilichen Anordnungen zu fügen,

"wenn Ihr Euch auch in Eurem Recht gekränkt fühlt."[108] Aber auch mit dieser neuerlichen Niederlage gaben sich Fusangel und die "Westfälische Volkszeitung" nicht zufrieden. Sie legten vielmehr Revision gegen das Urteil ein.[109] In einem Aufruf an die Bergleute des Oberbergamtsbezirkes Dortmund wurden diese aufgefordert, weiteres Material gegen die Knappschaftsärzte zu sammeln[110], um für das angestrebte Revisionsverfahren noch besser gerüstet zu sein. Die Aktion mußte jedoch abgeblasen werden, da eine Neuaufnahme des Prozesses vom zuständigen Gericht nicht zugelassen wurde.

Die Angriffe Fusangels gegen die Knappschaftsärzte standen in engem Zusammenhang mit den Diskussionen um die Nachtragsstatuten der Knappschaft. Die Anpassung der Versicherungsinstitution der Bergleute an die Bestimmungen des Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes der Bismarck´schen Sozialreform hatte zu erheblichen Einbußen geführt, die von den Bergarbeitern nicht unwidersprochen hingenommen wurden. Ihr Protest wurde in zahlreichen Bergarbeiterversammlungen in den Jahren 1883 bis 1885 laut. Schon in der Petition von 1883 hatten sich die christlich-sozialen Arbeitervereine von Bochum, Gelsenkirchen und Wattenscheid an das Abgeordnetenhaus gewandt, um die Nachtragsstatuten, die rückwirkend ab 188o Geltung haben sollten, ungültig werden zu lassen.[111] An dieser Bitte waren auch die Knappenvereine beteiligt. Ein Jahr später[112] wurde auf der Generalversammlung des christlich-sozialen Vereins in Bochum der Beschluß gefaßt, alle Vorstände der Arbeitervereine des Oberbergamtsbezirkes Dortmund zu einer Besprechung über das gemeinsame Vorgehen der bergmännischen Bevölkerung in Sachen Knappschaftskassenreform einzuladen. Es wurde ein Ausschuß aus allen konfessionellen Unterstützungs- und christlich-sozialen Vereinen gebildet, der weitere Schritte unternehmen sollte.

Die am 7. Juni 1885 in Bochum stattfindende Delegiertenversammlung, auf der ungefähr 4o Vereine vertreten waren[113], hatte von Fusangel die Gründung eines Rechtsschutzvereins für die Mitglieder der märkischen Knappschaftskasse als Auftrag bekommen.[114]

Auf dem am 14.Juni stattfindenden Stiftungsfest des christlich-sozialen Arbeitervereins in Bochum sprachen sich die dort versammelten Bergarbeiter für "die Errichtung eines Arbeiter-Syndikates zur Verteidigung der berechtigten Ansprüche der Arbeiter"[115] aus. Was hier noch unprogrammatisch geäußert wurde und in seinen weiteren Konsequenzen nicht erkennbar war, wurde auf der zweiten Delegiertenversammlung am 13. September 1885[116] genauer formuliert und auch organisatorisch strukturiert. 84 niederrheinisch-westfälische Knappen- und christlich-soziale Arbeitervereine waren durch Delegierte vertreten. Sie repräsentierten mehr als 2o.ooo Mitglieder.[117] Unter Tagesordnungspunkt 4 wurde die Gründung eines Rechtsschutzvereins und die Errichtung eines ständigen Büros vorgeschlagen und beschlossen. Am 1. Januar 1886 nahm der neu gegründete Verein seine Tätigkeit auf. Mitglied konnte jedes Knappschaftsmitglied werden, der Jahresbeitrag betrug 5o Pfg. Zu seiner Zielsetzung gehörte die Anerkennung "wohlerworbener bergmännischer Rechte" durch gütlichen Vergleich und die rechtliche Interessensvertretung der Bergleute.[118] Außerdem sah der Rechtsschutzverein seine Aufgabe darin, zur Verbesserung der Unfallgesetzgebung beizutragen. Dies sollte durch eine umfangreiche Materialsammlung geschehen.[119]

In der Folgezeit entfaltete der Fusangel'sche Rechtsschutzverein eine sehr rege Tätigkeit, die ihm eine große Mitgliederzahl zuführte. Schon auf der zweiten Generalversammlung des Vereins am 17. Oktober 1886 waren 134 Vertrauensleute vertreten, die 18.ooo Mitglieder repräsentierten. Auch die Aktivitäten konnten sich durchaus sehen lassen. Die in einem Zeitraum von nur 1o Monaten durchgeführten 37 Prozesse waren alle erfolgreich abgeschlossen worden[12o], was auch den VbI zu einem gewissen Einlenken in zwei Punkten bewegte. Auf seiner 28. ordentlichen Generalversammlung am 22. Dezember 1886 beschloß die Unternehmervereinigung den Knappschaftsvorständen zu empfehlen, die Statuten dahingehend zu verändern, daß die Knappschaftsältesten direkt von den Mitgliedern gewählt würden. Außerdem wurde der Versuch der Bochumer Kanppschaftskasse, eine freie Wahl der Knappschaftsärzte zuzulassen, befürwortet.[121] Damit rea-

gierten die Unternehmer auf eine Petition vom März 1886, in der eine Reform des gesamten Knappschaftswesens von den Bergleuten gefordert worden war.[122)]

Der von Fusangel initiierte Rechtsschutzverein war über Ortsvereine organisiert, in denen regelmäßig Versammlungen abgehalten und auch die Mitgliederbeiträge eingezogen wurden.[123)] Wenn der Verband auch sein konfessionelles Image durch die Person von Fusangel nicht völlig verlor, so war er doch von seiner Konzeption weder an eine Partei noch an eine Konfession gebunden. Die einzig an der materiellen Interessenssicherung der Bergleute - sprich Knappschaftswesen - orientierte Bewegung war sowohl für Christlich-Soziale wie auch für Sozialdemokraten offen. Sie griff die durch das Sozialistengesetz und konfessionelle Querelen unterbrochene Tradition des Rosenkranzverbandes auf einem niedrigeren Niveau auf und schuf damit die organisatorischen und personellen Voraussetzungen für den 89er Streik. Insofern bot der Rechtsschutzverein auch potentiellen Arbeiterführern die Möglichkeit, weiterhin in der Arbeiterbewegung tätig zu sein und nicht von ihr isoliert zu werden, was auch partiell genutzt wurde.[124)]

Wenn trotz der bislang größten Mitgliederzahl eines regional begrenzten Arbeiterverbandes[125)] es nicht gelang, eine gewerkschaftliche Organisation aufzubauen, so sind dafür mehrere Ursachen verantwortlich zu machen. Zum einen konnte der Verband trotz formaler Interkonfessionalität und politischer Neutralität sein "ultramontanes" Gewand nicht ablegen. Dazu trug Fusangel selbst bei. Er hatte sich schon 1884 im Reichstagswahlkampf für Schorlemer-Alst engagiert[126)], was ihm die Gegnerschaft der National-Liberalen eingetragen hatte. Sie versuchten dann auch mit dem in Bochum erscheinenden "Rheinisch-Westfälischen Tageblatt" den publizistischen Kampf gegen die "Westfälische Volkszeitung" zu führen. Der Erfolg war jedoch gering.[127)] Noch schlimmer war aber die Gegnerschaft der protestantischen Arbeiter, die Fusangel aus seiner eigenen Kandidatur um das

Reichstagsmandat im Wahlkreis Bochum anläßlich der Wahl 1887 erwuchs. Dies setzte den Rechtsschutzverein dem Verdacht aus, nichts anders als ein ultramontaner Wahlverein zu sein.[128] Auch die freien Knappenvereine sahen durch das parteipolitische Engagement Fusangels im Rechtsschutzverein eine Konkurrenzorganisation. Sie waren es dann auch, die besonders im Dortmunder Raum ab 1888 die Agitation gegen den Rechtsschutzverein schürten. "Die Sozialdemokraten... mußten fürchten, daß die so (durch den Rechtsschutzverein, H.Z.) vorbereiteten Mitglieder ihrer Vereine die Fusangel'sche Organisation als geeignetes Instrument zur Vertretung ihrer Knappschaftsinteressen ansehen, ihr Beitreten und die Mitarbeit in den Knappenvereinen aufgeben würden."[129] Dabei konnte es nicht verwundern, daß die Gegenoffensive von Dortmund ausging. Denn ungeachtet der Tatsache, daß die katholische Arbeiterbewegung in Dortmund in ihren gewerkschaftlichen Tendenzen kaum Boden fassen konnte, taten die führenden Dortmunder Repräsentanten des Katholizismus auch nichts dafür, dieses Verhältnis von Kirche und Arbeiterschaft zu verändern.[130] Das vordringliche Interesse des führenden Zentrumsmannes Lensing[131] galt eindeutig der Stärkung des katholischen Vereinswesens als der Rekrutierungsbasis der Zentrumspartei, nicht aber dem Aufbau einer interkonfessionellen Gewerkschaftsbewegung, die auch die Zentrumspartei hätte empfindlich treffen können. Vermutlich wird auch das Werben um Abonnenten zu einer unnötigen Gegnerschaft zwischen Fusangel (Westfälische Volkszeitung) und Lensing (Tremonia) und damit zu einer Schwächung des Rechtsschutzvereines geführt haben.[132]

Davon aber einmal abgesehen wird man die Schwäche des Rechtsschutzvereins in der Zielsetzung des Verbandes selbst zu sehen haben. Sie erwies sich zum Aufbau einer Gewerkschaftsorganisation als nur wenig geeignet. Die Orientierung an alten Knappschaftsrechten und die Individualisierung dieser Rechte durch Prozeßvertretungen boten keine Perspektive für eine wirksame Vertretung materieller Interessen abhängig Beschäftigter. Schließlich wurde damit nur ein geringer Teil gewerkschaftlicher Aufgabenstellung abgedeckt.[133] Bei sich verändernder

Konjunktur, neuen Problemen im Berufs- und Arbeitsleben und sich verschärfenden Gegensätzen war der Rechtsschutzverein nicht in der Lage, das Unmutsgefühl der Lohnabhängigen zu kanalisieren und in eine organisierte Bewegung zu lenken, die auch Aktionsmöglichkeiten bot. Allerdings - und dies ist zur Rechtfertigung des Rechtsschutzvereines anzuführen - hat der Fusangel´sche Verein den Gedanken an eine einheitliche Bergarbeitergewerkschaft wachgehalten und über das Repressions- und Depressionsstadium des Sozialistengesetzes hinweggerettet. Ohne ihn - allerdings eingebunden in die christlich-soziale Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes - und die freien Knappenvereine wäre der Bergarbeiterstreik 1889 und die sich an ihn anschließenden Gewerkschaftsgründungen kaum möglich gewesen. Insofern stellt er ein wichtiges Bindeglied zwischen den gewerkschaftsähnlichen Organisationen der 7oer Jahre und der sich durchsetzenden Gewerkschaftsbewegung in den 9oer Jahren dar. Deshalb konnte es auch nicht verwundern, daß der Rechtsschutzverein mit dem Auftreten des "Alten Verbandes" und von "Glück auf" in die Bergarbeiterbewegung des Ruhrgebietes aufging.

Im Bereich der katholisch-sozialen Bewegung blieb der Fusangel´sche Rechtsschutzverein nicht auf das Ruhrgebiet beschränkt, er fand vielmehr Nachahmer im Saarland. Im Zusammenhang mit dem Bergarbeiterstreik 1889 an Ruhr und Saar regte der "Preßkaplan" Georg Friedrich Dasbach[134)] die Gründung eines Rechtsschutzvereines an, nachdem er zuvor Kontakt mit Fusangel aufgenommen hatte. Der Verein wurde am 4. Juli 1889 in Bildstock ins Leben gerufen. Er löste sich jedoch schon im Juli 1893 aufgrund "behördlicher Maßnahmen" und "interner Querelen" wieder auf.[135)]

5 Die Konfessionalisierung der christlichen Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes in den 8oer Jahren

5.1 Die evangelischen Arbeitervereine

Der Rückgang gewerkschaftlicher Tendenzen in der Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes verdankt sich nicht nur dem Sozialistengesetz, sondern auch der zunehmenden Konfessionalisierung auf der christlichen Seite. Hatten die christlich-sozialen Vereine wenigstens noch den - wenn auch häufig vergeblichen - Versuch unternommen, die konfessionellen Grenzen zu überspringen, so traten in den 8oer Jahren die konfessionellen Arbeitervereine mit einem ganz anderen Anspruch an. Ihre Zielsetzung war pastoraler Art, d.h. der Arbeiter wurde als Zielgruppe pfarrlicher Seelsorge verstanden. Es ging nicht mehr in erster Linie um die Überwindung eines als ungerecht empfundenen gesellschaftlichen Zustandes, sondern um die besondere pastorale Zuwendung der Kirche zur Arbeiterschaft. Bei diesen Bemühungen stand der Kulturkampf im Hintergrund, wie die Geschichte der konfessionellen Arbeiterbewegung zur Genüge belegt.

Den Anfang machten die evangelischen Arbeitervereine, deren Ursprünge sich bis in die 4oer Jahre zurückverfolgen lassen.[1] Damals entstanden wohl als Reaktion auf die konfessionelle Unterdrückungssituation im katholischen Bayern die ersten Vereine evangelischer Arbeiter. Aber auch im Ruhrgebiet organisierten sich in den 7oer Jahren parallel und in deutlicher Abgrenzung wohl zu den katholischen bzw. den freien Knappenvereinen die evangelischen Bergleute in Vereinen ihrer Konfession, so z.B. in Eickel und Bochum.[2] Auch in Schonebeck, einer katholischen Domäne, kann schon für das Jahr 1872 ein evangelischer Knappenverein nachgewiesen werden.[3] Zwar sagen die Quellen nichts über Mitgliederstand, Organisationsstruktur und politische Ausrichtung aus, es dürfte sich jedoch wie bei den katholischen und freien Knappenvereinen um Standesvereine mit Anschluß an eine evangelische Pfarrgemeinde, mit Traditionspflege und geselligem Beisammensein gehandelt haben. Ihre Bedeutung war

jedoch so gering, daß sie völlig in Vergessenheit geraten sind.

Gewichtiger war da schon die "Christlich-Soziale Arbeiterpartei" des Dom- und Hofpredigers Adolf Stöcker[4], die dieser 1878 ins Leben rief.[5] Auch im Ruhrgebiet versuchte diese Partei Fuß zu fassen, ohne daß ihr jedoch ein nennenswerter Durchbruch gelang.[6] Das bewußt evangelische Wählerreservoir wurde hier von den National-Liberalen und Konservativen in Anspruch genommen. Eine besonders auf die evangelischen Arbeiter abzielende Partei hatte deshalb kaum Chancen. Bei ihnen überwog nicht die Verbesserung ihrer materiellen Lebenssituation, sondern die Wahrung protestantischer Interessen innerhalb des Deutschen Reiches. Stöcker zog deshalb aus seiner Niederlage die Konsequenzen und schloß sich 1881 der konservativen Partei an.

Die Spaltung der Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes erfuhr durch die Gründung des ersten evangelischen Arbeitervereins am 29. Mai 1882 in Gelsenkirchen[7] eine weitere Nuance. Der ideologischen Trennung zwischen Sozialisten und Christen folgte die konfessionelle zwischen Katholiken und Protestanten. Dabei waren, wie nicht anders zu vermuten, konfessionelle Momente auch die ausschlaggebenden Ursachen dieser neuerlichen Spaltung. Nach den Aussagen des Vorsitzenden des Gelsenkirchener evangelischen Arbeitervereins Ludwig Fischer[8], der jahrelang Mitglied des christlich-sozialen Vereins gewesen war, waren die katholischen in protestantischer Diktion "ultramontanen" - Tendenzen in christlich-sozialen Vereinen so unerträglich geworden, daß es einem evangelischen Christen unmöglich schien, an den Veranstaltungen dieser Vereine teilzunehmen. Konkreter Anlaß war nach den Worten von Fischer eine Rede von Kaplan Laaf, deren Inhalt allerdings unbekannt ist.

Doch nicht nur der konfessionelle Unterschied machte die Eigenart und Andersartigkeit des ersten evangelischen Arbeitervereins in Gelsenkirchen aus, sondern auch seine gesellschaftspo-

litische Ausrichtung. Denn im Gegensatz zu den christlich-sozialen Vereinen , die seit dem Beginn der 7oer Jahre immer deutlicher die materielle Interessensvertretung der Arbeiter zum Ziele hatten, sahen die evangelischen Arbeitervereine den Zweck ihres Zusammenschlusses in der Weckung und Förderung des evangelischen Bewußtseins unter den Glaubensgenossen, in der "sittlichen Hebung und allgemeinen Bildung seiner Mitglieder", in der "Wahrung und Pflege eines friedlichen Verhältnisses zwischen Arbeiter und Arbeitgeber" und in der "Unterstützung seiner Mitglieder in Krankheits- und Todesfällen".[9)] Der Gelsenkirchener Verein hatte den Anstoß zu einer Bewegung gegeben, die innerhalb kurzer Zeit zu weiteren Vereinsgründungen[10)] und schließlich zum Verband "Rheinisch-Westfälischen Verband Evangelischer Arbeitervereine" am 13. August 1884 führte.[11)]

Die betont wirtschaftsfriedliche Ausrichtung der evangelischen Arbeitervereine schlug sich auch personell nieder. Neben Arbeitern wurden auch Unternehmer in die Vereine aufgenommen und zwar nicht nur als Ehrenmitglieder und zahlende Gäste, sondern mit Sitz und Stimme in den Vorständen.[12)] Ihr Interesse bestimmte in wesentlichen Punkten die Vereinspolitik. Beispielhaft dafür ist die Auseinandersetzung um das Vereinsorgan. Während Ludwig Fischer für ein eigenes Vereinsblatt mit deutscher Ausrichtung auf Arbeiterinteressen votierte, sprachen sich die Unternehmer in den Vereinen für die national-liberalen Zeitungen des Ruhrgebietes als den Sprachrohren der evangelischen Arbeitervereine aus. Schließlich würden ja das "Rheinisch-Westfälische Tageblatt" oder die "Emscher Zeitung" in ausreichendem Maße die evangelischen Interessen publizieren.[13)] Wenn Fischer sich auch in diesem Punkte durchsetzen konnte und der "Evangelische Arbeiterbote" ab April 1885 das Mitteilungsblatt des Provinzialverbandes wurde, so blieben doch die evangelischen Arbeitervereine bis in die 9oer Jahre hinein in sozialen Konflikten ein Anhängsel national-liberaler Politiker und deren Interessen.[14)] Ein gemeinsames Vorgehen mit anderen Gruppen der Arbeiterbewegung, das den christlich-sozialen Arbeitervereinen und selbst den katholischen

Knappenvereinen möglich war und häufig auch gegen den Widerstand bürgerlicher Kreise innerhalb des Katholizismus durchgesetzt wurde, war für die evangelischen Arbeitervereine unmöglich. Sie beteiligten sich weder an der Fragebogenaktion der christlich-sozialen Vereine im Landkreis Bochum noch an den Petitionen zu Knappschaftsangelegenheiten im Jahre 1885. Ihr Aktionsfeld beschränkte sich darauf, Klage darüber zu führen, daß ältere und jüngere Bergleute gemeinschaftlich duschen müßten.[15)]

Der Vorstand des evangelischen Arbeiterverbandes erblickte in dieser wirtschaftsfriedlichen Strategie ein wesentliches Verdienst um die Zusammenarbeit von Arbeitern und Arbeitgebern, "welches von der unfruchtbaren und gehässigen Feindseligkeit, mit der die sogen. christlich-sozialen Arbeitervereine ultramontaner Färbung (samt deren Presse) den Zechenverwaltungen und den Beamten gegenübertreten, in vorteilhafter Weise absticht."[16)] In treuer Anhänglichkeit an die Monarchie plädierten deshalb die evangelischen Arbeitervereine auch für die soziale Reformpolitik des Kaisers und seines Kanzlers Bismarck, für eine Weiterführung der Arbeiterschutzgesetzgebung, für Sonntagsruhe und für eine äußere Besserung der Arbeiterlage.[17)]

Die antikatholische Tendenz der evangelischen Arbeitervereine verstärkte sich ab 1886 mit aller Deutlichkeit. Der bevorstehende Reichstagswahlkampf, bei dem in Bochum auch Fusangel für das Zentrum kandidierte, mobilisierte alle evangelischen Kräfte gegen ihn. Der "Evangelische Arbeiterbote" wurde nicht müde, seine Leser vor den Gefahren des Ultramontanismus zu warnen. Nach seiner Ansicht stand hinter den christlich-sozialen Arbeitervereinen wie auch dem Rechtsschutzverein nichts anderes "als ein Sturmlauf des Ultramontanismus gegen uns". In seiner sechsteiligen Artikelserien über den Rechtsschutzverein[19)] kam das Blatt zu dem Ergebnis, daß es sich bei dem Rechtsschutzverein um nichts anderes als um einen ultramontanen Wahlverein handele. In offenen Erklärungen wandte sich sowohl der Vorstand des Verbandes evangelischer Arbeitervereine Rheinland-Westfalens[20)]

wie auch 19 Vereine aus dem Wahlkreis Bochum[21] gegen einen Leitartikel vom 3. Februar 1887 in der "Westfälischen Volkszeitung", in dem es geheißen hatte, daß Fusangel von einer großen Anzahl protestantischer, katholischer und konfessionell gemischter Arbeitervereine als Reichstagskandidat proklamiert worden sei. Die evangelischen Arbeitervereine sprachen sich hingegen eindeutig für den national-liberalen Kandidaten Dr. Haarmann[22] aus. In der Folgezeit wurde gerade die Auseinandersetzung zwischen dem "Evangelischen Arbeiterboten" und der "Westfälischen Volkszeitung" mit aller Schärfe geführt.

Ein gerütteltes Maß an Schuld daran trugen die evangelischen Arbeitervereine selbst, die sich immer mehr von einer Arbeitervertretung zu einem evangelischen Interessensverband entwickelten. Während die Vereine in Gelsenkirchen und Bochum wenigstens noch formal ihre Zugehörigkeit zur Arbeiterbewegung durch die Namensgebung zum Ausdruck brachten, setzte der Essener Verein z.B. seinen Inhalt in die Form um und nannte sich "Evangelischer Verein", "da derselbe bestimmt sein, nicht nur die Arbeiter, sondern alle, die sich für das Wohl derselben interessieren, zu umfassen."[23] Auch die Zusammenarbeit mit dem "Evangelischen Bund zur Wahrung der deutschen protestantischen Interessen" machte deutlich, auf welcher Seite die evangelischen Arbeitervereine standen. Sie waren es auch, die dem evangelischen "Hetzprediger" Pfarrer Thümmel[24] des entsprechende Forum boten, um seine Tiraden gegen die katholische Geistlichkeit loszuwerden, denen er einen "viehischen Charakter" bescheinigte.[25] Bezeichnenderweise wurde sein Auftreten im Ruhrgebiet von Unternehmerseite finanziert und organisiert, um Fusangel außer Kraft zu setzen.[26]

Dem Kapital, das im Ruhrgebiet vorwiegend in protestantischen Händen lag, bot sich mit den evangelischen Arbeitervereinen eine neue Strategie, die es geschickt zu nutzen wußte. Während die rheinisch-westfälischen Unternehmer zur Zeit des Sozialistengesetzes mit dem Hinweis auf den sozialdemokratischen Reichsfeind dazu beigetragen hatten, die Arbeiterbewegung von

ihren Führern zu trennen, bot sich ihnen nun die Möglichkeit, mit dem Appell an das evangelische Bewußtsein auch auf der konfessionellen Ebene eine Differenzierung herbeizuführen. Eine Schwächung der Arbeiterbewegung insgesamt stand dabei im Zentrum ihrer Interessen. Wie auch schon in der Trennung von Christen und Sozialisten spielte der parteipolitische Gegensatz eine nicht zu unterschätzende Rolle. Denn während von den katholischen bzw. christlich-sozialen Vereinen die evangelischen Arbeitervereine als liberale Wahlvereine angesehen wurden, gaben diese den berechtigten Vorwurf der Zentrumshörigkeit an die christlich-sozialen Arbeitervereine und die katholischen Arbeiter- und Knappenvereine zurück. Ein einheitliches Vorgehen, wie es zumindest in den 7oer Jahren möglich gewesen war, wurde somit über einen langen Zeitraum hin zunichte gemacht. Der konfessionelle Gegensatz wirkte noch bei der Gründung des "Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter für den Oberbergamtsbezirk Dortmund" 1894 nach.

5.2 Der Verband "Arbeiterwohl" und die Durchsetzung paternalistischer Gedanken in der katholischen Arbeiterbewegung

Parallel zur Gründung der evangelischen Arbeitervereine in den 8oer Jahren wurden auch auf katholischer Seite neue Konzepte der Arbeiterseelsorge erarbeitet, die religiöse und materielle Zielsetzungen miteinander verbinden sollten. Die christlich-soziale Bewegung als umfassende Größe aller sozialen Verbindungen innerhalb des Katholizismus wies bis zu diesem Zeitpunkt sehr heterogene Züge auf, die nicht vereinheitlicht werden konnten. Die Industriearbeiterschaft war nur eine Gruppe unter vielen anderen. Sie stand weder in der Pastoral noch in den sozialpolitischen Bemühungen der katholischen Kirche an erster Stelle. Die Durchsetzung des liberalen Wirtschaftssystems bei gleichzeitiger Konstituierung und Konsolidierung der politischen Kräfte in Liberalismus und Sozialismus verlangte Gegenmaßnahmen, wenn die religiöse Entfremdung der Industriearbeiterschaft nicht weiter voranschreiten sollte.

Die Vorüberlegungen dazu wurden - dies in deutlichem Unterschied zu den christlichen Arbeitervereinen des Ruhrgebietes und des Aachener Raumes - "oben" angestellt, genauer im Verband "Arbeiterwohl"[27], einem Zusammenschluß katholischer Unternehmer, Manager und Sozialpolitiker. Treibende Kräfte dieses am 2o. Mai 188o gegründeten Verbandes waren der Aachener Textilfabrikant Franz Brandts[28], der Priester und spätere Generalsekretär von "Arbeiterwohl" Franz Hitze[29] und der Philosoph und Zentrumspolitiker Georg von Hertling. Die Aufgabenstellung dieses Verbandes "Katholischer Industrieller und Arbeiterfreunde", wie er sich im Untertitel nannte, wurde mit "die sozialen Mißstände zu heben und zu mildern"[3o] umschrieben. Als wichtigstes Instrument zur Realisierung dieses Zieles diente ihm die Forderung und Anregung von "nach kirchlichen Grundsätzen eingerichteten männlichen und weiblichen Arbeitervereinen."[31]

In diesem Verband wurden dann auch die ersten grundlegenden Diskussionen über die Satzung dieser projektierten Vereine geführt. Die Zusammensetzung von "Arbeiterwohl" ermöglichte nur ein harmonisierendes Gesellschaftsbild. Es deutete sich eine Tendenzwende in der katholisch-sozialen Bewegung insgesamt an, die schon am ersten Aufsatz in der Zeitschrift des Verbandes, die den gleichen Namen trug wie der Verband selbst, abgelesen werden kann.[32]

Während sozialreformerische Tendenzen mit gesellschaftsverändernder Wirkung bis zum Ende er 7oer Jahre innerhalb des Katholizismus eindeutig die Oberhand inne hatten, sei es nun im Sinne einer restaurativen Ständegesellschaft oder durch Staatsintervention und Selbstorganisation der Arbeiter, gab sich der Verband "Arbeiterwohl" mit der gegebenen Form der Wirtschaftsorganisation zufrieden und verlieh ihr sogar einen quasi naturgesetzlichen Charakter: "Das Gesetz von Angebot und Nachfrage herrscht einmal und auch der wohlmeinendste Fabrikant muß mit demselben rechnen." Die Legitimation des Status quo erlaubte dann natürlich nur eine Lösung

in kleinen Schritten, zumal die soziale Frage nicht als Strukturproblem definiert wurde, sondern als Summe sozialer Mißstände. Das Problem von Kapital und Arbeit wurde von "Arbeiterwohl" nicht als Strukturelement der bestehenden Wirtschaftsform herausgestellt, sondern paternalistisch verbrämt. Es kam nicht darauf an, den zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehenden Gegensatz zu überwinden bzw. den Arbeitern die Mitsprache in wirtschaftlichen Entscheidungen einzuräumen, sondern die Arbeiter und Arbeitgeber zu erziehen. So wurden vom Arbeitgeber Tugenden wie "besondere Fürsorge, idealter Sinn usw." verlangt; von den Arbeitern "Fleiß, Ordnung, Sparsamkeit" etc.

Die Lohnfrage, bei Ketteler noch zentrales Problem, wurde weginterpretiert in die Fürsorge des Herrn für seine Untergebenen und entsprechendes sparsames Verhalten der Arbeitnehmer:

> "Nicht der Fabrikant ist, auch rein materiell betrachtet, der beste Arbeitgeber, der die höchsten Löhne zahlt, sondern der, welcher auch den persönlichen "kleinen" Angelegenheiten seiner Arbeiter mit Liebe und Wohlwollen entgegenkommt." Der Weg, den "Arbeiterwohl" beschritt, führte von der Sozialreform zur Bildung von Arbeitern. Dies geschah jedoch nicht mit dem Anspruch, die eigene Situation zu erkennen und das so Erkannte in Handlungen umzusetzen, sondern aus "Furcht vor dem Umsturz, ... aus rein patriarchalisch-paternalistischer gedeuteter Verantwortung."[33)]

Franz Hitze, der "Chefideologe" von "Arbeiterwohl", wandte sich 1884 an das vorbereitende Komitee des Katholikentages von Amberg und bat um die Erlaubnis, "als Redner in öffentlichen Versammlungen für die Gründung von christlichen Arbeitervereinen ein warmes und aufklärendes Wort sagen zu dürfen."[34)] Das Vorbereitunskomitee entsprach dieser Bitte umso mehr, als die Enzyklika "Humanum genus" von Papst Leo XIII. im selben Jahre die Einführung von konfessionellen Arbeitervereinen gefordert

hatte.[35] Hitze und mit ihm der gesamte Verband "Arbeiterwohl" bezweckten mit der Gründung solcher Vereine ein mächtiges Bollwerk gegen die wieder erstarkte Sozialdemokratie zu schaffen. Insofern kann es auch gar nicht verwundern, daß der Amberger Katholikentag dem Antrag Hitze´s auf Gründung katholischer Arbeitervereine als "eines der wirksamsten Mittel zur Bekämpfung der glaubensfeindlichen und sittenverderbenden Strömungen der Zeit"[36] voll zustimmte.

Die auf dem Katholikentag diskutierte "Rahmenordnung" im Sinne eines Normalstatutes, dem sich die Arbeitervereine anschließen sollten, offenbart die Zielsetzung in aller Deutlichkeit:

" 1. Nur katholische Arbeiter können Mitglieder werden.

2. Der Präses ist ein von der bischöflichen Behörde bestätigter Geistlicher.

3. Der Verein bezweckt die religiöse und sociale Hebung des Arbeiterstandes.

4. In die Statuten des Vereins darf nicht aufgenommen werden, daß er sich mit Politik befaßt."[37]

Die Beschränkung der Mitgliedschaft in den Vereinen auf katholische Arbeiter läßt die Arbeitervereine zunächst als eine Solidarisierungsbewegung unter dem Blickwinkel der gemeinsamen Konfession und der gemeinsamen Klassenlage vermuten. Unternehmer und kleinere Handwerker sollten ausgeschlossen bleiben. Die Entwicklung der folgenden Jahre zeigte allerdings, daß der konfessionelle Aspekt gegenüber dem gesellschaftlichen immer mehr in den Vordergrund rückte. Die amtskirchlichen Strukturen und Kontrollinstrumente wurden verstärkt, es wurde größere Enthaltsamkeit bei der Vertretung gemeinsamer Arbeiterinteressen geübt und der konfessionelle Standpunkt deutlicher herausgehoben. Aus der Sicht der Protagonisten der Arbeitervereinsbewegung war jedoch dieser Ansatz insofern berechtigt, als nach ihrer und wohl allgemein katholischer Ansicht die

politischen Interessen des Katholizismus - auch die sozialpolitischen - vom Zentrum wahrgenommen wurden, weshalb eine eigenständige politische Vertretung katholischer Arbeiter, wie sie zeitweilig durch die christlich-sozialen bzw. christlichen Arbeitervereine des Ruhrgebietes und Aachener Raumes wahrgenommen wurden, überflüssig war. Auch hatte sich die christlich-soziale Bewegung der 60er und 70er Jahre wegen ihrer vielfach zu beobachtenden amorphen Struktur und der politischen Vertretung von Arbeiterinteressen als wenig geeignet erwiesen, die soziale Hebung des Arbeiterstandes voranzutreiben.[38)] Dies war jedoch auch nicht das leitende Interesse der führenden Leute von Arbeiterwohl und der amtskirchlichen Vertreter. Ihnen bereiteten die zunehmende Säkularisierung auch unter der Arbeiterschaft sowie die immer größer werdende Distanz zur Kirche größere Sorgen als die zunehmende materielle Verelendung. Die religiöse Abstinenz der Arbeiter sowie ihr Hang zu sozialistischen Ideen galt es zu überwinden. Aus diesem Grunde wird man die Arbeitervereine als pastorales Instrument der Amtskirche betrachten müssen.

Deutlicher als die CSBl kann man dieses Anliegen nicht zum Ausdruck bringen. In einem Artikel unter der Überschrift "Sollen unsere Arbeitervereine katholisch - sociale oder christlich-sociale Vereine sein?"[39)] verglich der anonyme Schreiber die christlich-sozialen Vereine mit den Simultanschulen und wandte gegen die interkonfessionellen Verbände eine mögliche Zunahme der Mischehen ein. Konfessionelle Reinheit und pietistische Frömmigkeit - ein gutes Anschauungsmaterial für die Richtigkeit der Marx'schen Religionskritik - reichten sich die Hand, als er die Zwecksetzung der konfessionellen Arbeitervereine herausarbeitete: "Sie sollen den Arbeiter schützen gegen die vielen und grossen Gefahren, welche ihm drohen von Seiten der falschen Volksbeglücker; sie sollen ihn befähigen, seine Aufgabe als Mitglied der Gesellschaft zu lösen, sie sollen ihn, den Missvergnügten und Unzufriedenen, mit seiner Lage aussöhnen, sie sollen den, der durch eine wilde Ausbeutung und Knechtung zum Misanthropen geworden ist, von seinem Werthe und seiner

Würde als Mensch überzeugen; sie sollen ihn, der durch verderbliche Lehren und schlechte Behandlung mit sich und seinem Gott zerfallen ist, auf seine höhere Bestimmung hinleiten, sie sollen den der Kirche Entfremdeten der guten fürsorglichen Mutter zurückführen, sie sollen ihm die sittlichen Tugenden in das Herz senken, die ihn stark machen, seinen Zweck als Mensch, als Christ, als Kind Gottes und Erbe des Himmels zu erreichen - mit einem Worte, sie sollen an dem schlecht Erzogenen und Verzogenen das Erziehungswerk üben. Dieses Ziel läßt sich nur auf rein katholischer Grundlage erreichen."[40)]

Es versteht sich von selbst, daß die Bischöfe einer solchen Zielsetzung und Konzeption pastoraler Arbeit ihre Unterstützung nicht versagen konnten. Der sich später im Gewerkschaftsstreit als Integralist[41)] erweisende Fürstbischof Kopp von Breslau[42)] wies in seinem Fastenhirtenbrief von 1885 auf die Bedeutung der katholischen Arbeitervereine hin und ermahnte seinen Klerus, "mit der Begründung von katholischen Arbeitervereinen vorzugehen."[43)] Der Kölner Erzbischof Melchers[44)] empfahl allen, "welche durch ihre Verhältnisse und ihre Stellung in der bürgerlichen Gesellschaft dazu berufen sind, recht angelegentlich die Sorge für die Errichtung und Verbreitung gut geordneter christlicher Vereine für die Fabrikarbeiter".[45)]

5.3 Die organisatorische Entfaltung der katholischen Arbeitervereinsidee

Ansprechpartner der vom Verband "Arbeiterwohl" erarbeiteten "Grundzüge für die Organisation von christlichen Arbeitervereinen"[46)], wie sie anfänglich noch genannt wurden, waren nicht die Arbeiter selbst, sondern die katholischen Geistlichen. Bei ihnen stieß jedoch das Vorhaben in den ersten Jahren auf wenig Interesse. Ihre Herkunft aus dem bürgerlichen und vielfach sogar ländlichen Milieu hinderte sie daran, in der Arbeiterschaft eine besondere pastorale Zielgruppe zu sehen. Die Entwicklung

der katholischen Arbeitervereinsbewegung in den ersten Jahren zeigte deshalb auch nur geringe Fortschritte.[47] Erst ab 1887, mehr dann noch in den 9oer Jahren, können eine stetige Erhöhung der Mitgliederzahlen und viele Neugründungen festgestellt werden.[48]

Entscheidend für die Entwicklung der katholischen Arbeiterbewegung im Sinne der katholischen Arbeitervereine waren die Initiativen auf Bistumsebene. Für das Ruhrgebiet war deshalb die Umsetzung der vom Verband "Arbeiterwohl" geleisteten Vorarbeiten in den Bistumsleitungen der Diözese Köln, Paderborn und Münster von entscheidender Bedeutung. Am 4. Juli 1887 fand auf Anregung des Kölner Domkapitulars Velten[49] in Köln eine Versammlung von Präsides der katholischen Arbeitervereine des Bistums Köln statt. Von den 85 eingeladenen Personen waren 6o erschienen, um den Stand des Vereinslebens zu diskutieren und Anregungen für die weitere Förderung und Gründung katholischer Arbeitervereine zu geben.[5o] Velten beklagt in seiner Begrüßungsrede, daß die Namen der Präsides vielfach nicht bekannt seien, was eine Zusammenarbeit und weitere Förderung sehr erschwere. Die Versammlung - an dieser Stelle sicherlich noch ein loser Zusammenschluß ohne organisatorische Bindung - empfahl neben der Aufstellung einer ordentlichen Statistik über das Vereinsleben eine lithographierte Korrespondenz für die Präsides kostenlos zu verteilen. In sie sollten Mitteilungen und Vortragsskizzen aufgenommen werden, um so die Kommunikation zwischen den Führern der katholischen Arbeiterbewegung und eine entsprechende Schulung zu ermöglichen. Um die Entwicklung der katholischen Arbeitervereine voranzutreiben wurde ein Diözesankomitee gegründet, dem neben Hitze und Velten auch der Kölner Kaplan Peter Oberdörffer[51] angehörte. Dieses Komitee gab sich auf seiner ersten Sitzung am 2o. September 1887[52] folgende Zielsetzung:

"a) Das Comité läßt sich die Gründung von Kath. Arbeitervereinigungen in unserer Diözese angelegen sein über all da, wo es nach eingehender Prüfung nothwendig oder doch wünschenswerth erscheint.

b) Es sucht die bestehenden Vereine nach besten Kräften durch Rath und That zu unterstützen.

c) Es bestrebt sich etwaige im Vereinsleben entstehende Streitigkeiten zu lösen."[53)]

Die Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, erblickte das Diözesankomitee in der Beschaffung von Material für Vorträge des Präses, in der jährlichen Durchführung einer Versammlung aller Präsides von Arbeitervereinen und in der Auskunft über alle Fragen, die in irgendeiner Form das Vereinsleben beträfen. Strittig war in diesem Gremium die Frage, ob Protestanten die Mitgliedschaft in katholischen Arbeitervereinen möglich sein sollte. Das Komitee behandelte diese Angelegenheit offensichtlich mit Rücksicht auf die christlich-sozialen Vereine, von denen zahlreiche per Satzung evangelische Mitglieder aufnahmen. Eine Entscheidung wurde über diesen Punkt nicht getroffen.

Das Diözesankomitee kam regelmäßig in relativ kurzen Abständen zusammen und hat so sicherlich die Entwicklung der katholischen Arbeitervereine in der Diözese Köln vorangetrieben. Aber auch die Entwicklung in anderen Diözesen und im ganzen deutschen Reich erfuhr durch die Kölner eine wesentliche Bereicherung. Von diesem Diözesankomitee ging die Anregung aus, ein Zentralkomitee aller Präsides der katholischen Arbeitervereine Deutschlands ins Leben zu rufen und so die Verbindung der Präsides und damit der Vereine untereinander herzustellen. Die erste Generalversammlung aller Arbeiterpräsides Deutschlands fand am 1. Juli 1889 statt. Der Auforderung der dritten Generalversammlung am 15. September 1891, die Entwicklung der Diözesankomitees voranzutreiben[54)], kam auch das Bistum Paderborn nach. Am 8. Februar 1893 konstituierte sich dieses Diözesankomitee auf seiner ersten Generalversammlung in Bochum.[55)] Der plötzliche Tod des Diözesanpräses Pfarrer Vaester[56)] lähmte den organisatorischen Aufbau in der Diözese Paderborn. Erst im Jahre 1900 wurde wieder an einen Zusammenschluß der in der Diözese Paderborn bestehenden katholischen Arbeitervereine gedacht.[57)]

Wenn auch die Kommunikation und Koordination auf der Ebene der Leitung zwischen den Arbeitervereinen recht gut funktionierte, bestand jedoch unter den Vereinen selbst kein Zusammenhalt. Schon auf der ersten Versammlung der Präsides am 4. Juli 1887 war von einem Geistlichen der Vorschlag gemacht worden, die verschiedenen Vereine zu einem Verband zusammenzuschließen. Vorbilder dafür waren der Verband katholischer Vereine Dortmunds[58], der Zusammenschluß von Vereinen an der Ruhr[59] und auch der schon 1868 entstandene Essener Knappenbund. Die Verbindung der Arbeitervereine zu einem Diözesanverband schien Hitze noch verfrüht. Auf seinen Einwand hin wurde dieser Vorschlag deshalb auch fallengelassen. Im süddeutschen Raum schloß man sich 1893 zum "Verband süddeutscher katholischer Arbeitervereine" zusammen.[60] Die katholischen Arbeitervereine der Bistümer Breslau, Kulm, Ermland und Trier sowie diejenigen des östlichen Teils der Diözese Paderborn organisierten sich 1903 im "Verband katholischer Arbeitervereine, Sitz Berlin".[61] Im westdeutschen Raum dauerte es bis zum Jahre 1904; dann verbanden sich die Knappen- und Arbeitervereine der Diözesen Köln, Münster, Paderborn, Limburg, Hildesheim, Osnabrück, Fulda und Mainz miteinander im "Verband katholischer Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands".[62] Das Verbandsorgan wurde die 1898 gegründete "Westdeutsche Arbeiter-Zeitung". Sie schuf die Kommunikation der Vereine untereinander und schwor sie auf eine einheitliche Linie ein.

5.4 Die katholischen Arbeitervereine im Ruhrgebiet

Im Ruhrgebiet fiel der von "Arbeiterwohl" angeregte Neuansatz im sozialen Katholizismus auf gut vorbereiteten Boden. Hatten die christlich-sozialen Vereine dort schon durch die teilweise pointierte Betonung des "Katholischen" die Gründung von evangelischen Arbeitervereinen hervorgerufen, so wurde diese Tendenz der Konfessionalisierung durch die eindringliche Akzentuierung des katholischen Elements in der Arbeiterbewegung noch verstärkt. Hinzu kam die offensichtliche Führerlosigkeit der

christlich-sozialen Vereine. Die bedeutendsten Persönlichkeiten des sozialen Katholizismus waren entweder wie Fusangel durch andere Tätigkeiten in Beschlag genommen oder wie Laaf versetzt worden. Entscheidend war aber wohl, daß durch die Propagierung der katholischen Arbeitervereine die Geistlichen selbst in eine stärkere Verantwortung gerufen wurden. Bei ihnen stießen die tragenden Motive zur Konstituierung der katholischen Arbeitervereinsbewegung - Kampf gegen den Sozialismus und Aufbau einer katholischen Front - auf fruchtbaren Boden. Korrespondierten sie doch mit dem durch Kulturkampf und Antisozialismus geprägten Gesellschaftsbild des Klerus, der in der katholischen Kirche den einzigen Ort fester Ordnung in einer von Unordnung und Chaos gekennzeichneten Welt sah. Die katholische Geistlichkeit als Transmissionsriemen einer "oben" entworfenen Arbeiterbewegung konnte deshalb die in den christlich-sozialen Arbeitervereinen des Ruhrgebietes erkennbaren emanzipatorischen Elemente nicht gutheißen. Der konfessionelle Aspekt entsprach viel eher ihren Vorstellungen. Der Durchsetzung des Katholizismus auch unter der Arbeiterschaft waren auch die sozialen und ökonomischen Interessen der Arbeiter zu opfern. Symptomatisch dafür ist das Verhalten der katholischen Geistlichen im Dekanat Bochum. Sie sprachen - ob in aller Öffentlichkeit oder nur unter vier Augen konnte nicht eruiert werden - der "Westfälischen Volkszeitung" ihre Mißbilligung aus, weil dieses Organ doch die christlich-sozialen Vereine förderte, die nach Ansicht des Bochumer Klerus dem religiösen Indifferentismus huldigten.[63)] Unter diesem Gesichtspunkt ist auch das Verhalten des schon erwähnten Pfarrers Vaester aus Gelsenkirchen zu betrachten. Trotz mehrfacher Bitte von Mitgliedern des "Christlichen Arbeitervereins St. Joseph" in Gelsenkirchen weigerte er sich, die Fahnenweihe dieses Vereins vorzunehmen und in Bildungsveranstaltungen als Referent aufzutreten. Er lehnte dies wegen der angeblich interkonfessionellen Ausrichtung des Vereins[64)] ab und empfahl stattdessen den Eintritt in eine marianische Sodalität.[65)] Auch hier bestimmte die konfessionelle Rücksichtnahme das politische bzw. soziale Handeln. Für die christlich-sozialen Vereine des Ruhrgebietes in den 8oer Jahren bedeutete der klerikale Zugriff

vielfach den Untergang.[66] Sie wandelten sich entweder sogar nominell in katholische Arbeitervereine um wie der christlich-soziale Verein von Oberhausen[67] oder wurden durch Anbindung an eine katholische Pfarrgemeinde und durch die Leitung eines Geistlichen faktisch in konfessionelle Arbeitervereine verändert.[68] Die Fixierung auf die katholische Konfession der Mitglieder ließ trotz des eindringlichen Appells von Dr. Oberdörffer am 4. Juli 1887[69], nicht die gemeinsamen Interessen aller Arbeiter zu vergessen, und die Solidarität mit den Arbeitern anderer weltanschaulicher Überzeugungen oder politischer Richtungen weit in den Hintergrund treten. Wie anders ist es sonst zu erklären, daß sich der katholische Bürgerverein in Werden nur deshalb in einen Arbeiterverein umbenannte, um dadurch seine Mitgliederzahl zu erhöhen[7o], oder daß umgekehrt Arbeitervereine unter Weglassung der genauen Bezeichnung sich St. Josef-Verein nannten.[71] Offensichtlich wollte man entgegen der ausdrücklichen Weisung auch für bürgerliche Kreise offen sein. Es wurde sogar die geringe finanzielle Unterstützung durch die besser situierten Katholiken aufrichtig bedauert, weil dadurch die katholischen Arbeitervereine gegenüber ihren evangelischen Konkurrenten benachteiligt seien.[72] Diese Rücksichtnahme auch auf die katholischen Unternehmer, die auch Hitze befürwortete[73], prägte das ohnehin konservative Gesellschaftsbild der Vereinspräsides, deren Sorge darin zu bestehen schien, "bei Theateraufführungen Anstößiges fernzuhalten".[74] Sie eröffneten vielfach durch die Einführung von Ehrenräten[75] den Arbeitgebern eine Einflußnahme auf die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Vereinsmitglieder. Im Essener Raum tat dies vor allem Mathias Wiese. Er, der schon bei den Reichstagswahlen 1877 vergeblich die konfessionelle und kirchenpolitische Einheit beschworen hatte, nahm sowohl in dem 1884 eingerichteten Volksbüro[76], das von den Arbeitervereinen mitgetragen wurde, eine dominierende Stellung ein, als auch im Ehrenrat des späteren "Gewerkverein christlicher Bergarbeiter für den Oberbergamtsbezirk Dortmund." Dies sowie die Annahme von Geldgeschenken[77] brachten die katholischen Arbeitervereine - in noch viel stärkerem Maße die evangelischen - in den Geruch von

"gelben" Werkvereinen[78], den sie nur schwer wieder ablegen konnten und der auch der christlichen Gewerkschaftsbewegung noch lange Zeit anhaftete.

An diesem Zustand war die katholische Geistlichkeit nicht unschuldig. Abgesehen von Leuten wie Oberdörffer und Laaf verharrte die weitaus größere Zahl der Kleriker in ständegesellschatlichen oder paternalistischen Vorstellungen. Weder waren ihnen die Ursachen der sozialen Frage bekannt noch konnten sie in den Arbeitervereinen einen Teil der Arbeiterbewegung erblikken. Unter diesem Gesichtspunkt muten die folgenden Äußerungen katholischer Geistlicher nicht als zu vernachlässigende Einzelfälle an, sondern müssen als exemplarische Anschauungen gedeutet werden. Das hierarchische Gefälle kommt deutlich zum Ausdruck, wenn der schon erwähnte Pfarrer Vaester es als die Aufgabe der Präsides bezeichnete, "... sich des arbeitenden Volkes (zu, H.Z.) erbarmen".[79] Katholische Arbeitervereine erhielten ihre Legitimation durch eine ganz spezifische Interpretation der Krisen des bestehenden Wirtschaftssystems: soziales und ökonomisches Elend ist nicht das Merkmal einer bestimmten Gesellschaftsformation, sondern hat seine Ursache in einem säkularisierten Zeitalter, im Zurückdrängen der Religion aus dem öffentlichen Bewußtsein, wie der Präses des Altenessener Arbeitervereins, Kaplan Lassaulx[80], auf dem ersten Stiftungsfest des dortigen katholischen Arbeitervereins am 5. Februar 1888 betonte.[81] Konservative Ordnungsvorstellungen ließen die Geistlichen das "Höherhinauswollen der Arbeiter"[82] beklagen. Die Mittel der Verbesserung der materiellen Lage der Industriearbeiter sahen die Geistlichen nicht in einem Prozeß der Selbstbefreiung und eigenen Interessensvertretung. Die anstehenden Probleme wurden nicht in einem strukturellen Zusammenhang gesehen, sonder individualisiert. Die sich mit dem Verband "Arbeiterwohl" durchsetzende grundsätzliche Zustimmung des deutschen Katholizismus zur liberalen Wirtschaftsverfassung konnte deshalb auch nicht die Mechanismen der neuen Wirtschaftsform kritisch in Frage stellen, sondern allenfalls das unmoralische Verhalten des Arbeitgebers anklagen.

So drängte die konservative katholische Arbeitervereinsbewegung zeitweilig fortschrittlichere Tendenzen innerhalb der christlichen Arbeiterbewegung zurück. Wenn sich dennoch auch innerhalb dieses Zweiges der Arbeiterbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ein progressiver Flügel herauskristallisierte, der über Zwischenformen zu den christlichen Gewerkschaften führte, so ist dies auf die Erfolge der Sozialdemokratie, den sich 1889 verschärfenden Konflikt im Bergbau und die Reflexion über die völlig unzureichende Vertretung materieller Arbeiterinteressen durch die katholischen Arbeitervereine zurückzuführen. Die Bedeutung der katholischen Arbeitervereine blieb bis zum Ende des Jahrhunderts in ihrer regionalgeschichtlichen Beschränkung auf das Ruhrgebiet weit hinter der der interkonfessionellen Gewerkschaft im Bergbau zurück.

6 Gewerkschaftliche Ansätze in der christlichen Arbeiterbewegung nach dem Bergarbeiterstreik 1889

6.1 Die Stellung christlich-sozialer Kreise zum Bergarbeiterstreik 1889

Kulturkampf und Sozialistengesetz hatten die Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes auf den Stand von 1870 zurückgeworfen. Aufgespalten in katholische und evangelische Arbeitervereine, in konfessionelle und freie Knappenvereine und den Rechtsschutzverein war es nicht möglich, die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen zu formulieren, sie in Aktionen umzusetzen und Koordinierungen zwischen den einzelnen Gruppen vorzunehmen. Der Fusangel'sche Rechtsschutzverein, der noch am ehesten dazu in der Lage war, an die gewerkschaftliche Tradition der Bergleute aus den 70er Jahren anzuknüpfen, hatte sich als ein wenig taugliches Instrument erwiesen, die verschiedenen Richtungen zusammenzuführen. Ihm war es nicht gelungen, die kollektiven Probleme der Bergarbeiter auch als solche zu behandeln und in gewerkschaftliche Strategien einmünden zu lassen; vielmehr hatte er der Atomisierung und Individualisierung der Bergleute Vorschub geleistet.

Wenn es dennoch 1889 zum größten Streik in der Geschichte des deutschen Bergbaus im 19. Jahrhundert kam[1)], so bedurfte es dazu eines übergroßen Konfliktpotentials, das die vorhandenen ideologischen und programmatischen Gegensätze zumindest zeitweilig überwinden konnte. Die tieferliegenden Ursachen der Ausstandsbewegung bestanden "im Charakter der gesellschaftlichen Güterproduktion und in der liberal-kapitalistischen Produktions- und Gesellschaftsorganisation...: in den täglichen Entfremdungserlebnissen, in Unterdrückungserfahrungen aus fehlgeleiteter Herrschaftsausübung, in Verteilungskonflikten, in der gesellschaftlichen Isolation der Arbeiterschaft, ihrer Abschnürung von bürgerlichen Bildungs- und Kulturwerten."[2)]

Diese alltäglichen Erfahrungen der Ruhrgebietsbergleute bedurften der Aktualisierung um eine Bewegung entstehen zu lassen. Sie benötigten die Konfrontation mit ökonomischen Signalen, um eigene Handlungsspielräume zu eröffnen. Wie schon 1872 war es gegen Ende der 8oer Jahre der deutlich sichtbare Widerspruch zwischen Produktivitätszuwachs und erhöhtem Gewinn auf der einen Seite und der Stagnation der Löhne verbunden mit steigenden Arbeitsbelastungen auf der anderen Seite, der den latenten Konflikt in einen offenen umschlagen ließ. Die seit dem Ende der 7oer Jahre anhaltende Flaute im Bergbau schien ab 1887 überwunden und von einer kräftigen Aufwärtsentwicklung abgelöst zu werden.[3)] Im Gegensatz dazu blieben die Löhne auch 1888 auf einem Stand von 1884.[4)] Für den Bergmann erwies sich diese Situation aber vor allem deshalb als so gravierend, weil die hohen Lebenshaltungskosten und die im Ruhrgebiet bestehende Steuerlast den Bergmann und seine Familie an den Rand des Existenzminimums drückten.

Lohnforderung, Arbeitszeitverkürzungen etc. spielten jedoch erst in einem späteren Stadium der Auseinandersetzung eine Rolle. Entscheidend überhaupt, und dies auch unter dem Gesichtspunkt der Stellung christlicher Kreise zum Streik und zur Arbeiterbewegung der Jahre 1889 und 189o erwies sich die Tatsache, daß die im Jahre 1887/88 einsetzende zweite Phase der Diskussion um knappschaftliche Fragen nicht mehr vom Rechtsschutzverein getragen wurde, sondern von den freien Knappenvereinen des Dortmunder Gebietes. Sie - allen voran die späteren Kaiserdeputierten, Bunte[5)], Siegel[6)] und Schröder[7)] -, übernahmen die Führung der Bergarbeiterbewegung. Unterstützt von Brodam (Gelsenkirchen)[8)] und Eckardt (Essen)[9)] hatten sie erkannt, "daß die Knappschaftsfrage der geeignete Anknüpfungspunkt für die Mobilisierung der Bergarbeiter und eine daran anschließende Verbandsgründung war."[10)] Dadurch geriet der Rechtsschutzverein eindeutig ins Hintertreffen. Er war gezwungen, die in den Jahren 1888 durchgeführten Aktionen mitzutragen, wenn er nicht vollständig von der Bergarbeiterbewegung abgekoppelt werden sollte. Dies war sowohl bei der Petition an die Knappschaftsvorstände

im Februar 1888 als auch bei der im Herbst desselben Jahres durchgeführten Delegiertenversammlung von 54 Knappenvereinen der Fall, die in einer Resolution an den zuständigen Minister die alten knappschaftlichen Forderungen nach freier Arztwahl und Übernahme der Hälfte der Krankenkosten auch für die Angehörigen durch die Knappschaftskasse erhob.[11] Schon zu diesem Zeitpunkt hatten sich die christlich-sozialen Vereine des Landkreises Bochum um eine eigenständige Politik bemüht. Ihre Wirksamkeit war jedoch durch ihren nicht mehr aufzuhaltenden Niedergang bzw. ihren Übergang in katholische Arbeitervereine völlig bedeutungslos geblieben. Der Rechtsschutzverein war zu einer kollektiven Aktion ebenfalls nicht in der Lage.

Wenn es also schon nicht möglich war, eine einheitliche christlich bzw. katholische Organisation ins Leben zu rufen, so mußte doch wenigstens der Einfluß auf die Bergarbeiterbewegung gewahrt bleiben. Dies war auch das ausschlaggebende Interesse katholischer Kreise unter der Führung von Fusangel und Lensing, sich an der Bergarbeiterbewegung der Jahre 1889/90 zu beteiligen. Besonders deutlich kann dies an der Rolle des Dortmunder Verlegers und Zentrumspolitikers Lensing gemacht werden, der auch schon vor 1889 sein Engagement in Arbeitsweltfragen gezeigt hatte[12], dem es dabei jedoch in erster Linie um die Formierung des politischen Katholizismus unter den Bedingungen des Kulturkampfes gegangen war. Dies änderte sich auch 1889 nicht.[13]

Schon der zweite Delegiertentag der Knappenvereine des Ruhrgebietes zeigte deutlich die Schwierigkeiten auf, denen sich die christlich-sozialen Kräfte gegenübersahen. Neben den zahlreichen Begrüßungstelegrammen besonders aus Sachsen, wo die Bergarbeiterbewegung fest in sozialdemokratischer Hand war, fiel auch die deutliche Kritik am Rechtsschutzverein auf, dem man wegen der nachlassenden Mitgliederstärke nicht mehr viel zutraute. Wenn dann noch in dem Sachsener Telegramm eine einheitliche Bergarbeiterbewegung angeregt wurde, so mußte dies die christlichen Vertreter in Alarmbereitschaft versetzen, auch wenn dies erst auf der nächsten Delegiertenversammlung am 2. Juni entschieden werden sollte.

Die Entscheidung für oder gegen eine einheitliche Bergarbeiterbewegung mußte in Essen, der christlich-sozialen Domäne, fallen. Auf den Versammlungen am 1o. März und 8. April bemühten sich Schröder, Mühlenbeck[14] und Eckardt zwar um parteipolitische Neutralität, zogen jedoch nur gegenüber den katholischen und evangelischen bzw. christlich-sozialen Arbeitervereinen eindeutige Abgrenzungen. Hingegen wurde der Bergarbeiterverband von Sachsen als leuchtendes Vorbild hingestellt. Eine Grenzziehung gegenüber der Sozialdemokratie wurde nicht vorgenommen.[15]

Die inzwischen in einer Bergarbeiterversammlung in Essen am 7. April von einem Komitee der Knappenvereinsvorstände, in dem Bunte und Schröder die Führung übernommen hatten, vorgelegten Forderungen nach einer einheitlichen Lohnerhöhung für alle Bergarbeiter, der Abschaffung der Überschichten und der Einführung der traditionellen achtstündigen Schicht wurden von allen Bergleuten getragen. Ihre Verbreitung erfuhren diese Forderungen vor allem durch die dem Zentrum nahestehende Presse, die diese als berechtigt anerkannte und auch mit Nachdruck vertrat.[16] Die Zentrumspresse setzte sich aber ebenso für einen tragfähigen Kompromiß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern[17] ein, dies sogar noch zu einem Zeitpunkt, als der Streik am 1. Mai 1889 bereits ausgebrochen war. Diese vermittelnde Position nahm auch Lensing in der Folgezeit ein. Während es ihm - wohl auch mit Rücksicht auf Zentrumsmitglieder in den Reihen der Bergwerksunternehmer[18] - darum ging, den Graben zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht zu groß werden zu lassen und den Streik möglichst schnell zu beenden, ergriff Fusangel für die Streikenden Partei. Sein Bestreben war es, Einfluß auf die Bergarbeiterbewegung zu erlangen und den Streik erfolgreich zum Abschluß zu bringen. Deshalb regte er die Bildung eines zentralen Streikkomitees an, das mit Koordinierungsaufgaben betraut werden sollte.[19] Johann Weber[2o], der im Fusangel'schen Rechtsschutzverein aktiv gewesen war, wurde Vorsitzender dieses Komitees, das die Legitimation aller Bergleute erhielt. Lensing hingegen verfolgte sozialpartnerschaftliche Ziele. Er brachte

Arbeitgeber und Arbeitnehmer an einen Tisch und arbeitete an einer von beiden Seiten akzeptierten und dann veröffentlichten Erklärung mit, in der den Bergleuten höhere Löhne - von einer allgemeinen prozentualen Lohnerhöhung war allerdings nicht mehr die Rede - für den Fall zugestanden wurden, daß die Arbeit wieder aufgenommen würde.[21] Mit seiner Hilfe kam auch die Audienz beim Kaiser zustande, wovon sich die Bergleute viel versprochen hatten. Sie brachte dann auch tatsächlich den Durchbruch in der sich verhärtenden Auseinandersetzung. Zusammen mit den Kaiser-Delegierten Bunte, Siegel und Schröder unterzeichnete Hammacher ein Protokoll (Berliner Protokoll), in dem die achtstündige Schicht - eine Lohnerhöhung und die Einrichtung eines Arbeiterausschusses versprochen wurde.[22] Diese Vereinbarung wurde am 18. Mai vom VbI in modifizierter Form bestätigt (Essener Protokoll)[23], wobei die "Arbeiterausschüsse" ersatzlos gestrichen wurden. Die Bergleute selbst legten auf diesen ersten Ansatz zum Abbau betriebsinterner Herrschaftsstrukturen und zum Aufbau einer demokratischen Wirtschaftsverfassung keinen großen Wert.

Trotz dieser Übereinkunft kam es noch einmal zum Konflikt. Das vom VbI abgesegnete "Essener Protokoll" widersprach in einem wichtigen Punkt der am 19. Mai unter Mithilfe Lensing's erarbeiteten und auf einer Bochumer Delegiertenversammlung verlesenen Friedensrevolution. Nach dieser betrug die maximale Schichtdauer einschließlich Ein- und Ausfahrt 8,5 Stunden, nach dem "Essener Protokoll" war eine neunstündige Schicht möglich. Diese unterschiedliche Interpretation der gemeinsamen Vereinbarung beschwor eine Weiterführung des Streiks herauf. Zahlreiche Belegschaften fühlten sich hintergangen und weigerten sich deshalb, die Arbeit wieder aufzunehmen. Eine Mehrheit auf dem Bochumer Delegiertentag am 24. Mai sprach sich deshalb für die Weiterführung des Streiks aus, unter ihnen auch die christlich-sozialen Parteigänger Weber und Bringewald.[24]

Zusammen mit der Zentrumspresse, allen voran der EVZ, die in einem Extrablatt in einer Auflage von 25.000 für den sozialen

Frieden eintrat[25], stimmten auch Fusangel und Lensing für eine Beendigung des Streiks. Sie wurden dabei von Essener Geistlichen unterstützt, die unter Ausübung moralischen Drucks die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit bewegen wollten.[26] Von evangelischer Seite war der Bergarbeiterstreik schon am 12. Mai unter Hinweis auf die Statuten der evangelischen Arbeitervereine strikt abgelehnt worden.[27] In erster Linie stand aber für die Katholiken nach dem Kaiser-Appell die nationale Zuverlässigkeit auf dem Spiel. Eine Befürwortung des Streiks zu diesem Zeitpunkt hätte die "Ultramontanen" erneut in den Ruf des "Staatsfeindes" gebracht. Deshalb war es für die christlichen Parteiführer ein Gebot der Stunde, Gutwilligkeit und Kompromißbereitschaft zu demonstrieren. Diese Entscheidung katholischer Teile der Ausstandsbewegung, vor allen Dingen im westlichen Ruhrgebiet, die durch die nachgiebige Haltung der Bergwerkseigentümer in diesem Raum auch gerechtfertigt war, hat dann letztlich auch das Ende des Streiks eingeleitet. Der Beschluß der Delegiertenversammlung am 24. Mai hatte deshalb nur aufschiebende Wirkung.

Lensing selbst hat in einer auf Veranlassung Windthorst's[28] verfaßten Schrift gegen Natorp[29] seine eigene Haltung, die meinungsbildend für die Katholiken war, noch einmal verdeutlicht. Danach kam es darauf an, die sozialdemokratische Agitation während des Streiks zu verhindern und gleichzeitig den verlorengegangenen Einfluß des politischen Katholizismus auf die Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes zurückzugewinnen. Lensing, wie der Katholizismus überhaupt, sahen sich dem Vorwurf ausgesetzt, den Streik angezettelt und seinen Verlauf wesentlich bestimmt zu haben. Dem begegnete der Dortmunder Zentrumsführer mit dem Verweis auf die verheerenden Folgen des Kulturkampfes, der die Kirche in ihrer Wirksamkeit auch auf sozialem Gebiete beschnitten habe. Denn "wer... den Einfluß der Kirche lähmt, wer jubelt, wenn die Diener der Kirche in's Gefängnis geworfen oder über die Grenze gejagt werden, wer somit dem Volk die Religion nimmt, der muß auch erwarten, daß das Volk die durch seinen Stand ihm auferlegten socialen Fesseln gewaltsam abzuschütteln sucht, daß es die von Gott gesetzte Weltordnung nicht anerkennen will."[30]

Wenn die eigentliche Ursache des Streiks im Kulturkampf, in der Lähmung der institutionell verfaßten Kirche zu suchen war, dann war eine Lösung nur zu erzielen, wenn der Kirche und den kirchlichen Organen volle Bewegungsfreiheit zuerkannt würde.[31)]

Eine Beurteilung von Lensings Schrift wird zu berücksichtigen haben, daß sein unmittelbarer literarischer Kontrahent Natorp dem liberalen Lager angehörte. Gegen diesen mußte herausgestrichen werden, daß gerade ja die Kirche in ihrer Tätigkeit auf sozialem Gebiet durch die "liberale" Politik der Kulturkampfgesetzgebung behindert worden sei. Insofern spielt der Adressat dieser "polemischen" Aussagen eine bedeutende Rolle. Auf der anderen Seite offenbaren diese schriftlichen Äußerungen Lensings auch einen Rückfall in ständestaatliches Gedankengut, der doch längst überwunden schien. Die bestehende Ordnung wird theologisch legitimiert und der gewaltsame Angriff darauf wohl entsprechend als unmoralisch abgelehnt, ohne zugleich die von oben ausgeübte Gewalt moralisch zu bewerten. Entsprechend der "von Gott gesetzten Weltordnung", die den Stand des Einzelnen festlegt und die damit verbundenen "sozialen Fesseln" begründet, können Verbesserungen nur auf der persönlichen Ebene erreicht werden, nicht auf der strukturellen. Deshalb konnte Lensing dem Arbeiter auch empfehlen, "den Arbeitgeber als seinen Brodherrn (zu, H.Z.) betrachten, ihn (zu, H.Z.) ehren ... und freudig seine Pflichten (zu, H.Z.) thun..."[32)] Es scheint, daß der Verband "Arbeiterwohl" und seine führenden Repräsentanten sich auch im Ruhrgebiet in christlich-sozialen Kreisen durchgesetzt hatten. Die Ähnlichkeit in der Argumentation mit dem von Hitze vorgelegten Programmentwurf in der ersten Nummer von "Arbeiterwohl" ist jedenfalls offensichtlich.

6.2 Erneuter Organisationserfolg der Bergarbeiterbewegung: der "Alte Verband"

Schon vor dem Mai-Streik war für die Delegiertenversammlung am 2. Juni 1889 Organisationsfragen als Tagungsordnungspunkt

festgelegt worden. Die Delegiertenversammlung selbst mußte jedoch wegen des noch im Juni andauernden Streiks auf den 18. August nach Dorstfeld verlegt werden. In der Zwischenzeit hatte der Streik noch deutlicher, als dies bereits früher der Fall gewesen war, die Notwendigkeit einer einheitlichen Bergarbeiterorganisation signalisiert. So hatte auch schon im Mai 1889 eine Eingabe christlich-sozialer Bergarbeiter aus Essen die Gründung einer gewerkschaftlichen Organisation versucht. Das Projekt war jedoch gescheitert, weshalb der Beitritt zum Knappenverein "Schlegel und Eisen" empfohlen wurde.[33]

Für die am 18. August 1889 stattfindende Delegiertenversammlung war strittig, auf wen sich die zu gründende Organisation eigentlich stützen sollte. Es boten sich sowohl ein überkonfessioneller und überparteilicher Zusammenschluß der Knappenvereine an, den vor allem die katholischen Knappenvereine befürworteten, als auch eine Zentralorganisation nach dem Vorbild des zentralen Streikkomitees, das seine Basis in den Zechenbelegschaften gehabt hätte. Das vorbereitende Komitee für die Delegiertenversammlung löste das Problem dadurch, daß sowohl die Vertreter der Knappenvereine als auch Belegschaftsvertreter nach Dorstfeld eingeladen wurden.

Schon im Vorfeld des Delegiertentages, der in Dorstfeld stattfinden sollte, war es zu Auseinandersetzungen um die zukünftige Richtung des Gewerkschaftsverbandes gekommen, der sich in zwei unterschiedlichen Statutenentwürfen manifestierte. Zum Ersteinberufenen Delegiertentag lag ein gemäßigter Entwurf der Streikführer Beste, Siegel und Schröder vor, der dem Statut des Rosenknappenvereins aus den 70er Jahren glich, und ein stärker lassalleanisch ausgerichteter Entwurf einer Bochumer Gruppe um das Mitglied des Zentralstreikkomitees Johann Meyer[34], der schon am 5. August bei der Bochumer Stadtverwaltung zur Genehmigung eingereicht worden war. An ihm hatte auch Fusangel mitgearbeitet. Die lassalleanische Ausrichtung dieses Entwurfes kann nicht als weltanschaulicher Einseitigkeit im parteipolitischen Sinne angelastet werden; vielmehr waren nach § 1 Religion und Politik

in jeder Hinsicht ausgeschlossen[35], sondern an der übergroßen Vollmacht des Vorstandes. Die großen Entscheidungsmöglichkeiten des Verbandsvorsitzenden erlaubten nur geringe Einflußmöglichkeiten der Zahlstellen. Eine demokratische Kontrolle des Vorsitzenden durch die Vereinsmitglieder war weitestgehend außer Kraft gesetzt, was die Trennung des Vorstandes von der Basis beschleunigte und zugleich einen Konflikt zwischen Vorstand und Basis provozierte. Fusangel und mit ihm die christlichen Vertreter innerhalb der Bochumer Gruppe erhofften sich wohl durch eine christlich-soziale Besetzung des Vorstandes eine ihren Interessen entgegenkommende Politik des Verbandes. Der Bochumer Entwurf wurde von der Dorstfelder Delegiertenversammlung angenommen.[36]

Dieser strukturelle Aspekt des Verbandes ist auch bei den sich schon bald abzeichnenden ideologischen Gegensätzen zu beachten. Zunächst war das Echo auf die Gründung des "Verbandes zur Wahrung und Förderung der bergmännischen Interessen in Rheinland und Westfalen" hier doch sehr groß. Schon bei der ersten Generalversammlung am 2o. Oktober 1889 in Bochum waren 3oo Bevollmächtigte von 1oo Zahlstellen vertreten.[37] Im Vordergrund dieser Versammlung stand das Bemühen, Parteipolitik und Konfessionalität aus dem Spiel zu lassen und die öffentliche Meinung auf die Seite der Bergleute zu ziehen. Deshalb dürfe - so die Meinung der Bergleute - auch kein Sozialdemokrat an der Spitze des Verbandes stehen.[38] Wegen einer "parteipolitischen Unvorsichtigkeit" wurde diese Versammlung jedoch von dem anwesenden Polizeiinspektor aufgelöst.[39]

Auf der eine Woche später stattfindenden Generalversammlung schritt man ohne vorherige Diskussion zur Wahl der Vorstandsmitglieder. Von den 142 Delegierten wurde Bunte zum Vorsitzenden, Meyer zum Kassierer, Margraf[4o] zum Vorsitzenden des Kontrollausschusses, Beckmann[41] zum Schriftführer, Schröder zum 2. Vorsitzenden und Massenberg[42], Brodam und Stoodt[43] zu Beisitzern gewählt.[44] Fragt man nach der parteipolitischen Zugehörigkeit, so kann nur Brodam als eindeutiger Sozialdemokrat

ausgewiesen werden. Die christlich-soziale Richtung wurde durch Meyer, Margraf, die erst in späterer Zeit Sozialdemokraten wurden, und Beckmann repräsentiert.[45)] Auch der Vorsitzende Bunte kann zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu den Sozialdemokraten gerechnet werden. Unter dem Gesichtspunkt der Einflußnahme auf die Verbandsführung war das Konzept der Bochumer Gruppe aufgegangen. Jedenfalls war der in späterer Zeit häufig zu hörende Vorwurf eines sozialdemokratischen Verbandes im Jahre 1889 noch nicht gerechtfertigt. Der Pragmatismus der zu einer Einheit verschmolzenen verschiedenen Richtungen trug bis zum Ende des Jahres 1889 auch gute Früchte. Bis zum 12. Dezember konnten 166 Zahlstellen mit einer Gesamtmitgliederzahl von 16.9o2 aufgewiesen werden.[46)] Auch verfügte der Verband, allerdings nur für eine sehr kurze Zeit, über einen Konsumverein.[47)]

Die Ereignisse der kommenden Monate sollten jedoch den Beweis erbringen, daß Pragmatismus allein keine Gewähr bot, verschiedene Strömungen, die ideologisch konträr ausgerichtet waren, zu einer Einheit zu verschmelzen. Die nicht aufgegebene Programmatik von Sozialisten und Christlich-Sozialen mußte zu dem Zeitpunk die Oberhand über die pragmatisch bestimmte Einheit gewinnen, wenn es möglich war, den Gesamtverband der jeweiligen Ideologie unterzuordnen. Die Einheit der gewerkschaftlichen Organisation, hergestellt durch gemeinsame Erfahrungen und nachfolgenden Streik, konnte über die ideologischen Spannungen nicht hinwegtäuschen. Zwar wurde im Herbst des Jahres 1889 noch nicht von möglichen Spaltungen gesprochen, es wurden jedoch die ersten zaghaften Gegenstimmen gegen den "Alten Verband" laut.[48)] Härtere Auseinandersetzungen standen erst gegen Ende des Jahres 1889 und in den ersten Monaten des folgenden Jahres ins Haus. Anlaß dazu bot die "Aussperrung" von Bergleuten infolge des 89er Streiks.[49)] Schon auf einer Bergarbeiterversammlung am 1o. November 1889 in Essen wurden die Grubenverwaltungen aufgefordert, die gemaßregelten Bergleute wieder einzustellen. Von seiten der Unternehmer wurde der Verdacht, die "Sperre" stände mit dem Streik in Beziehung, energisch bestritten. Sie erklärten

sich jedoch bereit, jeden Arbeiter "der durch ihre Veranlassung die Arbeit verloren habe, wieder in Arbeit zu nehmen."[5o] In zahlreichen Versammlungen verliehen die Bergleute ihren Forderungen Nachdruck[51], wenngleich das Votum für Kampfmaßnahmen gegen diese Aussperrung nur sehr schwach war.[52] Vor allem von christlich-sozialer Seite - besonders von Margraf und dem wieder aktiven Rosenkranz - wurde gegen einen weiteren Streik Stimmung gemacht.[53] Den Streikwilligen unter den Bergleuten wurde der letzte Rest an Legitimation dadurch genommen, daß die Unternehmer - wohl auch auf behördlichen Druck hin - die Entlassung endgültig aufhoben.[54]

Konnten die Bergleute auch in der offiziellen Propaganda dies als einen Erfolg verbuchen, der den Streik letztlich überflüssig gemacht hatte, so waren doch die ersten Mißtöne nicht zu überhören. Weitere kamen hinzu[55], die das ohnehin gespannte Verhältnis der Fraktionen im "Alten Verband" unnötig belasteten. Gravierend erwies sich dabei eine völlig unrealistische Verbandspolitik des Vorstandes, die von großen Teilen der Basis nicht mehr getragen wurde. Der wohl unter Profilierungsdruck stehende Vorstand des Bergarbeiterverbandes stellte in einem Schreiben an den VbI vom 13. Januar 189o Forderungen nach einer 5o%igen Lohnerhöhung, nach einer achtstündigen Schicht einschließlich Ein- und Ausfahrt und nach Beseitigung aller Überschichten, sofern sie nicht durch Betriebsunfälle hervorgerufen seien.[56] Nicht nur die Unternehmer bezeichneten diesen Forderungenkatalog als maßlos, sondern auch die Zentrumspresse. "Essener Volkszeitung", "Westfälische Volkszeitung" und "Tremonia" wurden wegen dieser "erfreulichen Wendung" vom Arnsberger Regierungspräsidenten ausdrücklich lobend erwähnt.[57] Von seiten des "Alten Verbandes" wurde die EVZ wegen ihrer Haltung scharf angegriffen, was den schon angedeuteten Graben noch tiefer aufriß.[58] Nicht umsonst bemühte sich Margraf zu diesem Zeitpunkt verstärkt um eine einheitliche Bewegung, indem er den Rosenkranzverband von 1878 beschwor. Auch damals - so seine Worte - seien die Vertreter der Bergleute als Sozialdemokraten verschrien worden.[59] In der gleichen Versammlung, in der diese

Worte fielen, bezeichnete der christlich-soziale Bergmann und spätere Vorsitzende des Verbandes "Glückauf" Fischer[60] die ehemaligen Kaiser-Delegierten Bunte, Siegel und Schröder als Heuchler, die lange Zeit ihre wahren politischen Ansichten verheimlicht hätten, nun aber damit hervorkämen. Fischer konnte diese Behauptung mit einer gewissen Berechtigung aufstellen, weil Schröder in Essen für die Sozialdemokratie sich als Reichstagskandidat hatte aufstellen lassen. In den Augen christlicher Bergleute war damit die sozialdemokratische Ausrichtung des Verbandes allen deutlich vor Augen geführt. Diese Interpretation traf sich auch mit der Auffassung der Behörden[61], die schon zuvor einen steigenden Einfluß der Sozialdemokratie selbst in Essen bemerkt haben wollten.[62]

Die katholische Geistlichkeit, die sich bislang sehr zurückhaltend verhalten hatte, griff nun anläßlich der bevorstehenden Reichstagswahlen aktiv in die Auseinandersetzung ein.[63] Nach ihrer Ansicht ging es bei den bevorstehenden Wahlen nicht mehr nur um soziale Fragen, sondern es standen die grundlegenden christlichen Werte zur Disposition. In einer Anzeige "Ein ernstes Wort an die Bergleute"[64], das mit keinem Wort die bevorstehenden Reichstagswahlen ansprach, warnten die Präsides der katholischen Knappenvereine des Ruhrgebietes die katholischen Bergarbeiter vor jeglichem Kontakt mit ihren sozialdemokratischen Kollegen: "Knappen, hütet Euch vor der Sozialdemokratie, deren Grundsätze und Bestrebungen höchst verderblich sind für die christliche Religion und die katholische Kirche, für den Staat und die menschliche Gesellschaft, für Recht und Eigenthum, für Ehe und Familie, besonders für Eure Bemühungen um Verbesserung der materiellen Lage."

Solche emotional gefärbten Aufrufe verfehlten ihre Wirkungen bei Anhängern wie Gegnern nicht. Eine inhaltliche Verschärfung erfuhr die Auseinandersetzung noch durch die Diskussion um das Verbandsorgan und die vom "Alten Verband" erhobene Forderung nach "Überführung der Bergwerke in genossenschaftliche Rechtsformen."[65] War dies schon bei den vorhandenen konfessionellen

und ideologischen Gegensätzen eine "politische Dummheit", so mußte der Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung des "Alten Verbandes" am 8. März 189o, das Zwickauer Bergarbeiterblatt "Glückauf", dessen sozialdemokratische Prägung in keiner Weise zu leugnen war, als Verbandsorgan einzuführen[66], auch dem letzten gutgläubigen christlichen Bergarbeiter die Augen öffnen.

Der Angriff auf das Privateigentum schreckte christliche Kreise, denen ein Zusammengehen von Christen und Sozialisten ohnehin ein Dorn im Auge war, vollends ab. Für sie stand hinter der Forderung nach Überführung der Zechen in Gemeineigentum das Gespenst von Klassenkampf und Systemüberwindung. Beides widersprach ihren Vorstellungen von einem naturrechtlich gesicherten Recht auf Privateigentum und einer ständisch geordneten Gesellschaft, die in Gott ihre Begründung fand. Die hier sichtbar werdenden Gegensätze in gesellschaftlichen Fragen und gewerkschaftlicher Programmatik mußte bei nachlassendem Außendruck auch zu einer organisatorischen Trennung führen.

Im März verschärfte sich die Situation im "Alten Verband" dramatisch. Diskutierte eine von Fischer einberufene Bergarbeiterversammlung am 3. März 189o[67] noch über das sinnvolle Vorgehen bezüglich der im Januar aufgestellten Forderungen, so prallten doch auch hier schon die verschiedenen Ansätze aufeinander. Weber, das frühere Mitglied des zentralen Streikkomitees, und Fischer wehrten sich dagegen, Bergarbeiterversammlungen in Wahlveranstaltungen ummünzen zu lassen. Deshalb spielte man auch bei dieser Versammlung schon mit dem Gedanken, den Verbandsvorsitzenden Bunte abzuwählen. Auch Margraf und andere Anhänger des alten Vorstandes plädierten dafür, Politik und Religion aus dem Spiel zu lassen, um die Stärke des Verbandes nicht zu gefährden. Die Spaltung war aber nicht mehr aufzuhalten. Parallel zur außerordentlichen Generalversammlung am 8. März trafen sich ebenfalls in Bochum "christlich und patriotisch gesinnte Bergarbeiter", um so ihren Protest gegen die Generalversammlung des "Alten Verbandes zum Ausdruck zu bringen.[68] Delegierte mehrerer

Zahlstellen verwiesen darauf, daß sie die Zahlung von Mitgliedsbeiträgen an den Vorstand eingestellt hätten. Sie forderten einen Verband unter christlich-sozialer Führung. Aber auch hier wurde noch nicht einem neuen Verband das Wort gesprochen, sondern nur über einen neuen Vorstand diskutiert. Auf der am 25. März in Recklinghausen stattfindenden Versammlung "christlich und patriotisch gesinnter Bergleute"[69] wurde von einem neuen Verband gesprochen, weil man nicht der Meinung war, daß eine Änderung der Vorstandsmitglieder ausreiche, um eine neue Verbandspolitik zu erreichen. Die schließlich angenommene Resolution bei dieser Veranstaltung forderte die Verbandsleitung des "Alten Verbandes" auf, binnen acht Tagen zurückzutreten. Erst wenn dies nicht geschehe, sollte eine Kommission von zwölf Männern die Vorarbeiten zur Gründung eines eigenen Verbandes in die Hand nehmen.

Mit verstärkten Aktivitäten bemühte sich die eingesetzte Kommission unter Assistenz von Fusangel, Stötzel und Lensing[70] um einen Statutenentwurf für den neuen Bergarbeiterverband, dessen tragende Elemente Patriotismus und Christentum sein sollten, womit zugleich die unterscheidenden Merkmale zum "Alten Verband" genannt waren. Unterstützt wurden diese Bemühungen durch eine rege publizitische Tätigkeit der Zentrumsblätter des Ruhrgebietes.[71]

6.3 Der Verband "Glück-auf" - ein christlicher Bergarbeiterverband

Schon vor dem 4. Mai 1890[72], dem Gründungsdatum des "Rheinisch-Westfälischen Bergarbeiter-Vereins Glück-auf zur Wahrung und Förderung der bergmännischen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund" war bei einigen Zahlstellen des "Alten Verbandes" die vorhandene Unzufriedenheit in Protestverhalten umgeschlagen. Die Zahlstellen in Frohnhausen, Grumme, Bruch und Steele hatten die Zahlungen an den Sitz des Verbandes nach Dortmund eingestellt.[73] Ihnen folgten in den kommenden Monaten noch weitere,

die zusammen mit den Resten des Fusangel'schen Rechtsschutzvereines und einigen katholischen Knappenvereinen die Rekrutierungsbasis des neuen Verbandes bildeten.

Auf der konstituierenden Versammlung am 4. Mai 189o in Bochum sprach sich der schon aus den 7oer Jahren bekannte Lumpensammler Peter Baltes gegen jede soziale Revolution aus, wie auch sonst nur sehr zurückhaltende und staatstragende Töne laut wurden. In den vorläufigen Vorstand, der mit einem Aufruf zur Gründung von Ortsvereinen an die Öffentlichkeit trat[74], wurden neben Anton Fischer der Vorsitzende des Steeler Rechtsschutzvereins Julius Hohmann[75] sowie die Bergleute Kleinbeck[76] und Untitt[77] gewählt.[78] Die Aufgabe der Ortsvereine sollte es sein, einen Statutenentwurf zu erstellen und vorläufig die Verbandsgeschäfte zu führen.

Die Mitglieder des "Alten Verbandes" verstärkten sofort die Angriffe auf diese Gegengründung. Dazu gehörte nicht nur der Versuch, die Gründungsversammlung von "Glück-auf" zu stören und somit ein polizeiliches Verbot der Versammlung zu erwirken, sondern auch ein Verbalradikalismus, der jegliche gemeinsame Interessensvertretung vermissen ließ. Zielscheibe ihres Vorgehens waren nicht die öffentlich proklamierten Führer von "Glück-auf" oder die christlichen Bergleute, die sich dem Verband angeschlossen hatten. Sie waren in den Augen des "Alten Verbandes" nur "irregeleitete Schafe". Den eigentlichen Gegner erblickten die Wortführer des "Alten Verbandes" in den "Pfaffen", die nach den Worten von Schröder neben dem Kapital zu den eigentlichen Feinden der Bergleute zu rechnen waren.[79]

Noch deutlicher ging man gegen die ultramontane Presse vor. Besonders Fusangel sah sich wiederholten Angriffen ausgesetzt. Er sowie Lensing und Stötzel wurden für die neuerliche Spaltung der Arbeiterbewegung verantwortlich gemacht, wobei nicht zu Unrecht darauf verwiesen werden konnte, daß Fusangel sich erst nach dem Untergang des Rechtsschutzvereins der erneuerten Bewegung angeschlossen habe.[8o]

Die Behörden brachten dem christlichen Bergarbeiterverband viel Sympathie entgegen, hofften sie doch, dadurch ein Gegengewicht zum "sozialdemokratisch" geführten Bergarbeiterverband zu erhalten. Die "patriotische und christliche Grundgesinnung"[81] bot die Gewähr für eine konservative und staatstragende, allenfalls für eine reformerische Haltung. Zwar lagen die Behörden in der Einschätzung der politischen Richtung des Verbandes völlig richtig, ihre Hoffnung auf eine starke Ausbreitung von "Glück-auf"[82] erfüllte sich jedoch nicht. Während der "Alte Verband" auch nicht zu übersehende Einbußen erlitt und besonders in Essen (Land), Dortmund (Land), Bochum (Land) und Recklinghausen deutliche Mitgliederverluste zu verzeichnen hatte[83], ging die Entwicklung von "Glück-auf" aber längst nicht so vonstatten, wie es ihre Gründer oder auch die Behörden erwartet hatten. Am 2o. Juli 198o, also beinahe drei Monate nach Verbandsgründung, konnte der Verband gerade 87o Mitglieder mit eindeutiger Schwerpunktbildung in den katholischen Kreisen Recklinghausen und Essen aufweisen.[84] Dafür ist sicherlich nur zu einem Teil die verstärkte Agitation des "Alten Verbandes" verantwortlich zu machen.[85] Entscheidender war das weitestgehende Fernbleiben evangelischer Mitglieder. Wenn auch von vornherein ein interkonfessionelles Zusammengehen beabsichtigt war, dürfte die antikatholische Front der evangelischen Arbeitervereine eine Mitgliedschaft protestantischer Bergleute beinahe unmöglich gemacht haben. Daran änderte auch ein gezielter Aufruf Lensing´s an die evangelische Bevölkerung nichts.[86] Auch die konfessionell-paritätische Besetzung des Vorstandes hatte keine werbende Wirkung.[87] Das katholische Element stand so eindeutig im Vordergrund, daß die Befürchtung einer "ultramontanen Vorherrschaft" nicht von der Hand zu weisen war. Die aktive Teilnahme katholischer Bergleute am Mai-Streik 1889 dürfte zudem die Mitglieder protestantischer Arbeitervereine abgeschreckt haben, denen ein harmonisches Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital vorschwebte. Die gemeinsame Gegnerschaft zur Sozialdemokratie war eine zu schmale Basis, um die Gewähr einer dauerhaften Verbindung zu bieten. Anzumerken ist auch die politische Instinktlosigkeit der führenden Köpfe

des neuen Bergarbeiterverbandes. Ohne auf die Gefühle potentieller evangelischer Mitglieder Rücksicht zu nehmen, wurde das Organ des Rechtsschutzvereins "Kohle und Eisen" als Verbandsorgan übernommen.[88] Schon gegen diesen hatten die evangelischen Arbeitervereine aber den Verdacht des "Zentrumswahlvereins" erhoben. Wenn sich Fusangel auch von der Redaktion dieses Blattes zurückgezogen hatte, so war die Nähe zum "Ultramontanismus" doch so eindeutig, daß der neue Verein diesen Geruch nie los wurde. Aber auch bei katholischen Arbeitern fand der Verband keine nennenswerte Unterstützung. Die meinungsbildenden Kräfte im Katholizismus - die Präsides der Arbeiter- und Knappenvereine - waren mehr an dem Aufbau einer schlagkräftigen katholischen Truppe von Arbeitern interessiert als an deren materieller Interessensvertretung in einer gewerkschaftlichen Organisation.[89] Hier wirkte sich der Ausbau der katholischen Arbeitervereinsbewegung - wie schon zuvor angedeutet - negativ auf eine gewerkschaftliche Organisation aus.

"Glück-auf" fiel hinter das während des Bergarbeiterstreiks von 1889 sichtbar gewordenen Selbst- und Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft zurück und nahm die alte Strategie des Bittstellers wieder auf. Auf dem ersten Delegiertentag am 2o./21. September und 5. Oktober 189o[9o], auf dem 32 Ortsvereine vertreten waren, wurde eine Denkschrift diskutiert und verabschiedet[91], in der besonders die Einführung des Befähigungsnachweises für Bergleute gefordert wurde. Daneben erinnerte "Glück-auf" an eine genauere Beachtung der bergpolizeilichen Vorschriften, an die Abschaffung von Willkürlichkeiten beim Nullen der Förderwagen sowie an die Einführung von Akkordbüchern. Selbst dies wurde durchaus nicht von allen Teilen des deutschen Katholizismus geteilt. Damit war jedoch kein staatliches Eingreifen in die Wirtschaft gemeint, sondern eine aktive Sozialpolitik des Staates. Das Wirtschaftsleben selbst sollte den Marktgesetzen unterworfen bleiben.

Die Antwort des zuständigen Ministers vom 1o. Januar 1891[92] ließ erkennen, daß der Staat die ihm angebotene Rolle nicht

anzunehmen bereit war. Der preußische Handelsminister machte deutlich, "daß ein friedliches Zusammenwirken von Arbeitern und Arbeitgebern am besten geeignet sei, die Lage der Arbeiter zu sichern und zu verbessern".[93] Mit diesem Verweis verschwieg die preußische Regierung den tatsächlich bestehenden Konflikt. "Friedliches Zusammenwirken" konnte in dem historischen Kontext nur Unterordnung der Arbeitnehmer bedeuten, da der strukturell bestehende Konflikt weder institutionalisiert war noch die Instrumente zu seiner Lösung vorhanden waren.

Der Verband "Glück-auf" selbst konnte wegen seiner geringen Mitgliederzahl auch die gewerkschaftliche Rolle in dieser Auseinandersetzung um die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht wahrnehmen. Dies war nur über eine einheitliche Bergarbeiterbewegung mit gewerkschaftlicher Zielsetzung möglich. Über alle ideologischen Gräben hinweg kam es dann 1891 tatsächlich noch einmal zu einem gemeinsamen Vorgehen der Bergleute Rheinlands und Westfalens. Anläßlich der Reichstagswahlen 1890 war den Kandidaten für den Reichstag im Wahlkreis Bochum Vattmann[94] (Zentrum) und Mühlensiefen[95] (national-liberal) die schon beim 89er Streik gestellten Forderungen vorgelegt und von beiden als berechtigt anerkannt worden. Nach dieser politischen Legitimation konnten die Bergarbeiter es wagen, mit ihren Forderungen an die Öffentlichkeit zu treten. Der schon im September 1890 auf dem deutschen Bergarbeitertag[96] gegründete "Verband deutscher Bergleute" schien die geeignete Plattform für ein gemeinsames Vorgehen zu sein. Schon am 1. Februar 1891 fand in Bochum ein Delegiertentag statt, der vom "Alten Verband", dem Verein "Glück-auf" und den Belegschaftsdelegierten der Zechen beschickt wurde.[97] Neben der Diskussion über das Ergebnis der Reichstagswahl wurde auch über einen möglichen Beitritt des Vereins "Glück-auf" zum "Verband deutscher Bergleute" gesprochen. Die sich hier anbahnende Zusammenarbeit wurde durch eine Delegiertenversammlung der Bergleute aller Bezirke des Ruhrgebietes am 15. Februar vertieft.[98] Dort einigte man sich unter Beteiligung von "Glück-auf", daß einige führende Persönlichkeiten in die Vertreterversammlung entsandt hatte[99], auf folgenden gemeinsamen Forderungenkatalog:

1. Achtstündige Schicht einschließlich Ein- und Ausfahrt

2. Verbot von Überschichten; bei unumgänglichen Überschichten, die gegen doppelten Lohn vergütet werden sollen, müssen die Arbeiterausschüsse zustimmen.

3. Es sollen Einigungsämter und Arbeiterausschüsse eingerichtet werden.

4. Wegfall der Füllkohlen und des Wagennullens.

5. Steigender Lohn entsprechend den steigenden Gewinnen.

6. Wiedereinstellung derjenigen Bergleute, die infolge der Organisationsbestrebungen entlassen wurden.

7. Erhaltung der Knappschaftskasse als Wohlfahrtseinrichtung.

Ein Ausschuß präzisierte diese Forderungen und reichte sie unter Weglassung der Punkte 4 und 7 beim VbI ein. Die Grubenverwaltungen lehnten sie jedoch rundweg ab.

Wollte man von seiten der Bergleute dennoch nicht erfolglos aus diesem Konflikt herausgehen, war ein solidarisches Eintreten für diese Forderungen unbedingt notwendig. Diese Erkenntnis motivierte den stellvertretenden Vorsitzenden von "Glück-auf", Julius Hohmann, sich verstärkt für eine einheitliche Organisation einzusetzen. Er forderte deshalb die Ortsvereine von "Glück-auf" zum Eintritt in den "Deutschen Bergarbeiterverband" auf. Brachte dies die christlichen Bergarbeiter schon in arge Verlegenheit, weil man doch bislang der Meinung war, mit Sozialdemokraten nicht zusammenarbeiten zu dürfen, so wurde die Verwirrung noch größer, als Hohmann auf einer Dortmunder Versammlung berichtete, daß beinahe alle Ortsvereine zum "Deutschen Bergarbeiterverband" übergetreten seien.[100] Dies entsprach keinesfalls der tatsächlichen Sachlage. Lediglich die Ortsvereine von Steele, Überruhr und Kupferdreh hatten diesen Schritt vollzogen.[101]

Wenn dieser Mitgliederverlust auch wieder wettgemacht werden konnte, so wurde doch die Brüchigkeit der gesamten Organisation deutlich vor Augen geführt. Der Schritt Hohmanns, wahrscheinlich in keiner Weise mit dem Vorstand von "Glück-auf" abgestimmt, provozierte von dessen Seite Abgrenzungserklärungen sowie eine stärkere Betonung der Eigenständigkeit und Propaganda für den eigenen Verband.[1o2)] Damit wurden die Ansätze einer einheitlichen Bergarbeiterbewegung wieder zerstört. Die Doppelpoligkeit blieb bestehen.

Auf der Delegiertenversammlung von "Glück-auf" am 8. März in Bochum sprachen sich dann auch alle Redner einmütig gegen einen Übertritt zum "Deutschen Bergarbeiterverband" aus und verfaßten zum Schluß folgende Resolution: "Die heute hier tagenden Vorstände des neuen Verbandes sprechen sich für die Zweckmäßigkeit eines allgemeinen deutschen Bergarbeiterverbandes aus, werden jedoch gegen den alten Verband so lange sich aussprechen, als die Führerschaft desselben sich zur Sozialdemokratie, einer Partei bekennt, welche der Bergarbeiterbewegung den größten Schaden zugefügt hat und bestrebt ist, die Bergarbeiterbewegung für ihre Zwecke auszubeuten.[1o3)]

Zwei weitere Ereignisse forcierten diese Abgrenzungspolitik. Vom 31. März bis 4. April 1891 fand in Paris der internationale Bergarbeiterkongress statt. In Konsequenz der patriotischen Grundhaltung sprach sich "Glück-auf" gegen diese Form internationaler Zusammenarbeit aus. Die Ausrichtung an den Erfordernissen einer nationalen Wirtschaft, das Eintreten für die Konkurrenzfähigkeit heimischer Produkte auf dem internationalen Markt[1o4)] ließen die internationalen Dimensionen der Arbeiterbewegung eindeutig in den Hintergrund treten. Hinzu kam, daß sich die christlichen Bergleute durch die sozialdemokratischen Delegierten in keiner Weise repräsentiert fühlten. Diese stellten ihre sozialdemokratische Gesinnung in ihren Augen eindeutig unter Beweis, als sie am Grab der Kommunarden einen Kranz niederlegten.[1o5)] "Glück-auf" griff dieses Verhalten sofort auf und erklärte seinerseits die Unmöglichkeit, dem "Deutschen Bergarbeiterverband" beizutreten.[1o6)]

Den Schlußpunkt setzte dann der Streik im April 1891.[107] Er brach spontan am 16. April auf der Zeche "Eintracht" in Bochum aus. Der Mißerfolg dieses Ausstandes war vorprogrammiert, weil sich nur wenige Arbeiter daran beteiligten.[108] Auch die Verbände ihrerseits erklärten sich nicht bereit, eine Kampfmaßnahme dieser Art zu unterstützen oder noch weiter auszudehnen. Selbst die Sozialdemokratie lehnte das Vorgehen der Bergleute ab, weil der Streik für die Arbeiter Elend bringe, die Organisation zerstöre und die Allmacht der Unternehmer auf Jahre hinaus festige.[109] Der "Alte Verband" fand sich in einer schwierigen Situation. Trotz eindeutiger Hinweise auf die Erfolglosigkeit mußte er sich doch solidarisch mit den Streikenden erklären, wenn er keinen Mitgliederverlust hinnehmen wollte. Deshalb stimmte er halbherzig für den Streik, obwohl Margraf ausdrücklich vor dessen Folgen gewarnt hatte.[110]

Der Zentralvorstand von "Glück-auf" beschloß demgegenüber, den Streik zu boykottieren. Unter der Einflußnahme von Stötzel und Lensing forderte der Vorstand "die christlichen Bergarbeiter des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers auf, die Arbeit nicht niederzulegen."[111] Wegen der geringen Mitgliederstärke von "Glück-auf" blieb dieser Beschluß ohne Einfluß auf den Ausgang der Streikbewegung. Er diente dem politischen Gegner lediglich dazu, die Katholiken für den erfolglosen Ausgang verantwortlich zu machen. Der Streik selbst mußte unabhängig von der Beschlußfassung von "Glück-auf" selbst am 5. Mai abgebrochen werden, nachdem schon am Tage zuvor die Lohnkommission den Ausstand für beendet erklärt hatte.[112]

Beide Bergarbeiterverbände gingen aus diesem Streik geschwächt hervor. Während der "Alte Verband" jedoch zunächst den Mitgliederschwund verkraften konnte, erwies sich jeder auch noch so kleine Mitgliederverlust für "Glück-auf" als existenzgefährdend. Ende September 1891 wurde das Erscheinen des Vereinsblattes "Kohle und Eisen" eingestellt.[113] Auch durch eine Kampagne, die hauptsächlich der persönlichen Verunglimpfung der Führer des "Alten Verbandes" diente[114], konnte ein neuer Aufschwung

nicht erreicht werden. Im Sommer 1892 hatte der christliche Bergarbeiterverband "Glück-auf" zu existieren aufgehört[115], obwohl einzelne Ortsvereine noch bis 1893 bestanden.[116]

7 Die Gründung einer eigenständigen christlichen Gewerkschaftsorganisation im Ruhrgebiet - Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter im Oberbergamtsbezirk Dortmund

7.1 Die Entwicklung des "Alten Verbandes"

Nach dem mißglückten Streik von 1891 hatte auch der "Alte Verband" Einbußen erlitten. Ein tiefgreifender Mitgliederschwund, der die Existenz der Vereinigung zu gefährden schien, zeigte eine schwerwiegende Krise an, die auch durch die Aufnahme der Hüttenarbeiter in den Verband nicht zu überwinden war. Auch die vorübergehenden Erfolge des "Alten Verbandes" bei den Knappschaftsältestenwahlen im Oberbergamtsbezirk Dortmund im März 1892[1] sowie bei den Berggewerbegerichtswahlen 1893[2] waren eher auf die fehlende Konkurrenz als auf das eigene Leistungsvermögen zurückzuführen. Sie konnten jedoch über das schwindende Vertrauen bei den Bergleuten nicht hinwegtäuschen.

Doch nicht nur die andauernden Mißerfolge bei den Arbeitskämpfen im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier haben zu einem Rückgang der Mitgliederzahlen beigetragen, sondern die immer deutlicher zutage tretende parteipolitische Orientierung des Gewerkschaftsverbandes. Das Ideal einer politisch und religiös neutralen Gewerkschaftsorganisation trat in den Jahren bis 1895 immer mehr in den Hintergrund. Das Verhältnis von erster (Partei) und zweiter Säule der Arbeiterbewegung (Gewerkschaft) führte zu unnötigen Diskussionen und großen Reibungsverlusten. Von dieser Auseinandersetzung um den Kurs der gewerkschaftlichen Organisation blieb auch der "Alte Verband" nicht verschont.[3] Entsprechend der These des linken Flügels innerhalb der Sozialdemokratie, daß die Gewerkschaften "eine soziale Notwehr gegen die Übergriffe des Kapitals, befähigt den Wert der Ware Arbeit zu realisieren, aber unfähig den Warencharakter der menschlichen Arbeit aufzuheben"[4] seien, konnten sie nichts anderes als "Rekrutenschulen" der Partei sein. Dies verlangte vielfache Rücksichtnahme und eindeutigere parteipolitische Aussagen der Gewerkschaften. Der "Alte Verband" kam dieser fremd - oder

selbstauferlegten Forderung insofern nach, als er sich weigerte, Anzeigen in das Verbandsorgan "Glück-auf" aufzunehmen, um die lokalen sozialdemokratischen Zeitungen nicht wirtschaftlich zu gefährden.[5] Selbst Bunte beklagte die unklare Trennungslinie zwischen Gewerkschafts- und Parteiarbeit im Verbandsorgan "Glück-auf".[6] Der Bergarbeiterverband war pateipolitisch so einseitig fixiert, daß der Antrag von Margraf auf der zweiten Generalversammlung des Verbandes 1892 in Bochum, die Gewerkschaftsbewegung in eine politische Partei umzuwandeln, um so Einfluß auf die Gesetzgebung nehmen zu können[7], mit dem Hinweis auf die Arbeit der Sozialdemokratie abgelehnt werden konnte.[8] Diese Tendenz des Bergarbeiterverbandes zu politisch radikalen Strömungen rechnete nicht mit der konservativen Grundhaltung der Bergleute des Ruhrgebietes, die noch durch die Kaiser-Botschaft während des Streiks 1889 eine zusätzliche Motivierung erhalten hatte. Die Bergleute konnten einer Partei, die für sie durch Begriffe wie "Umsturz" und "Revolution" gekennzeichnet war, nur wenig Sympathie entgegenbringen.

Es konnte deshalb auch nicht überraschen, daß ein Streik im Jahre 1893 unter den Bergleuten des Ruhrgebietes völlig fehlschlug. Dieser Sympathieausstand mit den streikenden Bergleuten des Saarlandes traf die Bergarbeiterschaft gänzlich unvorbereitet. Ohne eigene Strategie und konkrete Streikforderungen hatten die sozialdemokratischen Kräfte im "Alten Verband" zum Streik aufgerufen. Er mußte nach nur 15tägiger Dauer erfolglos abgebrochen werden, da er von nur 2o.ooo Knappen getragen wurde. Die konfessionellen Arbeitervereine sowie die gesamte katholische Presse hatten gegen eine Beteiligung am Ausstand Stellung bezogen.

Dieser Mißerfolg ging an die Substanz des Verbandes. Der Mitgliederschwund ließ sich nun überhaupt nicht mehr aufhalten. Zwar wurden 1894 noch ungefähr 11.ooo Mitglieder in den Listen geführt, doch schienen diese nur noch auf dem Papier zu bestehen. Die fortwährenden Klagen über das Ausbleiben von Mitgliedsbeiträgen[9] weisen darauf hin, daß der Verband vor dem

Ruin stand. Tatsächlich waren 1895 nur noch 5.5oo Bergleute im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier Mitglieder des "Verbandes deutscher Berg- und Hüttenarbeiter". Die so entstandene Lücke bot den christlich-sozialen Bergarbeitern die Möglichkeit, einen neuen Vorstoß in Richtung gewerkschaftlicher Organisation zu wagen.

7.2 Fachabteilungen oder Fachvereine - zwei Vorschläge zur gewerkschaftlichen Organisation christlicher Arbeiter

Der im August 1889 in Bochum stattfindende Katholikentag[1o)] war von dem Bergarbeiterstreik nachhaltig geprägt. Die Hauptredner der Versammlung, Hitze und Windthorst, behandelten den Streik selbst nur am Rande, verwiesen jedoch auf die berechtigten Forderungen der Arbeiter und die "sozialdemokratische Unterwanderung" der Bergarbeiterbewegung, vor deren Gefahren sie warnten. Als Instrumente zur Durchsetzung von Bergarbeiterinteressen empfahl Windthorst die Politik der Zentrumspartei, während Hitze zum wiederholten Male die katholischen Arbeitervereine als die organisierte Gegenmacht zur Sozialdemokratie vorschlug, wobei er stolz auf die große Zahl von Vereinsgründungen in den letzten Jahren verweisen konnte.[11)]

Diese Phalanx des "politischen Katholizismus" war aber kaum in der Lage, die materiellen Interessen der Arbeiter wirksam zur Sprache zu bringen. Das Zentrum selbst stellte trotz des "Antrags Gahlen" keineswegs eine sozial- und gesellschaftspolitische Aktionseinheit dar. Vielmehr bestimmten andere als "Arbeiterfreunde" die Politik dieser Partei.[12)] Die katholischen Arbeitervereine waren durch ihre "pastorale Beschränkung" an einer wirksamen Interessensvertretung gehemmt. Wenn das "Normalstatut"[13)] wirtschaftliche Fragen aus der Verbandsarbeit auch keineswegs ausklammerte - sie rangierten unter Nr. 3 - so war doch an eine gewerkschaftliche oder gewerkschaftsähnliche Arbeit nicht gedacht. Die Vereine waren dazu auch organisatorisch nicht geeignet, schlossen sich die Mitglieder doch auf

der Grundlage der gemeinsamen Kirchengemeinde und der Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft und nicht auf der Basis der gemeinsamen Branche bzw. des gleichen Betriebes zusammen.

Der 89er Streik mußte die katholischen Arbeitervereine, wenn sie nicht nur konfessionelle Freizeitvereine sein wollten, herausfordern. Die Berichte über den Bergarbeiterstreik aus den Konferenzen der Präsides der Arbeitervereine[14] führten dann auch zur Diskussion über Gewerkschaftsfragen.[15] In der aktuellen Auseinandersetzung zwischen "Altem Verband" und "Glückauf" wurde von den Präsides ein Bergarbeiterverband auf christlich-patriotischer Grundlage befürwortet.[16] Eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten kam für die katholischen Arbeitervereine ohnehin nicht in Frage. Durch die Parteinahme der Präsideskonferenz für einen Gewerkverein auf christlich-patriotischer Grundlage war aber auch das Verhältnis von katholischen Arbeitervereinen und Gewerkschaften zur Disposition gestellt. Deshalb mußte eine Organisationsform mit gewerkschaftlicher Zielsetzung die spezifischen Interessen der Arbeitervereine berücksichtigen. Unter diesem Gesichtpunkt ist die Diskussion über zwei Modelle in der Zeit von 189o-1894 in der Präsideskonferenz von Bedeutung.[17] Sie ist mit den Begriffen "Fachabteilungen" und "Fachvereine" verbunden und wurde der an sozialen Fragen interessierten katholischen Öffentlichkeit durch die "Kölner Korrespondenz", das Organ der Präsides der katholischen Arbeitervereine, bekanntgemacht.

Peter Oberdörffer befürwortete solche katholischen Fachvereine[18], die beruflich organisiert und im Unterschied zu den katholischen Arbeitervereinen von Laien geleitet werden sollten, weil der Priester "durch die directe Leitung solcher Vereine allzu leicht in Kämpfe verwickelt wird, welche ihn in die mißliche Lage brächten, nach der einen oder anderen Seite hin anzustoßen, und welche somit seine Stellung in der Gesellschaft beeinträchtigten."[19] Oberdörffer votierte eindeutig für konfessionelle Zusammenschlüsse der Arbeiter, wobei den Fachvereinen die Vertretung und Förderung der Arbeiterinteressen überlassen bleiben, während den Arbeitervereinen die Kaderschulung

und die Behandlung religiöser, wirtschaftlicher und rechtlicher Fragen allgemeiner Art vorbehalten sein sollte. Offensichtlich dachte Oberdörffer daran, daß die Mitglieder der Fachvereine auch Mitglieder der Arbeitervereine sein müßten. Das Mitgliederreservoir wäre in einem solchen Modell jedoch sehr begrenzt gewesen.

Einen anderen Vorschlag zur Vertretung wirtschaftlicher Interessen katholischer Arbeiter unterbreitete Franz Hitze.[20] Auch er plädierte wie Oberdörffer für eine enge Zusammenarbeit von Arbeitervereinen und Fachabteilungen. Im Gegensatz zum Kölner Geistlichen sah er in den Fachabteilungen aber keine Gewerkschaft, sondern eher die Vorstufe einer interkonfessionellen gewerkschaftlichen Organisation. Die Fachabteilung sollte eine auf Bildungsarbeit beschränkte Berufsorganisation sein, die im engen Anschluß an die katholischen Arbeitervereine nur vorläufig die Funktion einer Gewerkschaft wahrnehmen sollte. In den von Hitze erarbeiteten "Leitsätzen für Fachabteilungen", die von der 6. Generalversammlung katholischer Vereinspräsides von Arbeitervereinen am 24. September 1894 verabschiedet und den katholischen Arbeitervereinen empfohlen wurden, wurde den Vereinspräsides der katholischen Arbeitervereine ein anderer Status eingeräumt als bei Oberdörffer. Sie sollten den Fachabteilungen als Ehrenpräsides angehören und an deren Sitzungen mit Sitz und Stimme teilnehmen.[21] Wie bei Oberdörffer sollten aber auch nur Mitglieder katholischer Arbeitervereine Mitglieder der Fachabteilungen sein können.

Erstaunlich an diesem Entwurf ist der Zeitpunkt seiner Verabschiedung. Er fällt nämlich in die Zeit der Konstituierung einer interkonfessionellen Bergarbeitergewerkschaft im Ruhrgebiet. Von daher wurde er durch die Faktizität der Ereignisse überholt. Beide Modelle konnten sich in der Realität nicht durchsetzen. Im Ruhrgebiet bestanden lediglich in Duisburg Fachabteilungen der Holz-, Maurer- und Metallarbeiter[22], von denen die Metallarbeiter es immerhin auf eine Stärke von

1.5oo Mitglieder brachten. Zusammen mit diesen gingen die wenigen im süd- und westdeutschen Raum bestehenden Fachabteilungen in den christlichen Gewerkschaften auf.

Wie gefährlich das von Hitze und Oberdörffer erarbeitete Konzept der Fachabteilungen war, sollte der Gewerkschaftsstreik zeigen. Mit Berufung auf den Altmeister der katholischen Soziallehre Franz Hitze konnte der im "Verband der katholischen Arbeitervereine, Sitz Berlin" organisierte praktisch-politische Integralismus seinen Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften führen, obwohl Hitze ohne Zweifel ein Befürworter des interkonfessionellen Zusammenschlusses der Arbeiter war.

7.3 Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter - eine wirtschaftsfriedliche Gewerkschaftsorganisation ?

Die Diskussion über die Fachabteilungen in der "Kölner Korrespondenz" einerseits und die immer offensichtlichere Anbindung des "Alten Verbandes" an die Sozialdemokratie andererseits waren die Voraussetzungen für die Entwicklung einer eigenständigen christlichen Gewerkschaftsbewegung im Ruhrgebiet. Den Anfang dabei machte der Bergbau. Den aktuellen Anlaß bot die Teilnahme des Vorstandes des deutschen Berg- und Hüttenarbeiterverbandes am 5. internationalen Bergarbeiterkongreß vom 14.-17. Mai 1894 in Berlin, bei der der "Alte Verband" als die (Unterstreichung von mir, H.Z.) Vertretung der deutschen Bergarbeiterschaft auftrat.[23)] Gegen diesen Absolutheits- und Totalitätsanspruch regte der schon im Verband "Glück-auf" tätige Bergmann August Brust[24)] den Protest der katholischen Knappen- und Arbeitervereine des Kreises Essen an[25)], der auf einer Sitzung der Vorstände dieser Vereine am 3. Mai formuliert werden sollte. Dem Alleinvertretungsanspruch des Berg- und Hüttenarbeiterverbandes konnte wirksam jedoch nur durch die Gründung eines Gegenverbandes begegnet werden. Der Zeitpunkt dazu war sehr günstig, da der "Alte Verband" offensicht-

lich Auflösungserscheinungen zeigte und keineswegs mehr die Mehrheit der Bergleute hinter sich hatte. Deshalb sprach sich die Versammlung am 3. Mai auch für eine "Vereinigung der Bergarbeiter behufs einer wirklich, von christlichem Geiste durchdrungenen Wahrung und Förderung ihrer Interessen"[26] aus. Die auf dieser Sitzung gewählte Kommission sollte die notwendigen Vorarbeiten erledigen. Dazu gehörte die Ausarbeitung eines sozialpolitischen Programmes. Dieses wurde am 8. Juli, verbunden mit einem Gründungsaufruf, der Öffentlichkeit vorgestellt und beinhaltete folgende Forderungen:[27]

a) Herbeiführung eines gerechten Lohnes, der dem Wert der geleisteten Arbeit gleichkommt;

b) 8stündige Schichtdauer einschließlich Ein- und Ausfahrt;

c) Kontrolle der bergpolizeilichen Vorschriften durch den Revierbeamten oder besonders zu ernennender Vertrauensmänner;

d) Mitbestimmung der Arbeiter in Fragen der Unterstützungskassen;

e) Reform des Knappschaftswesens.

Selbstverständlich bedurften diese Punkte der Präzisierung und Begründung, wollten sie zu Handlungen anleiten. Sie boten allerdings durch die Offenheit ihrer Formulierung die Möglichkeit einer breiten Basisbewegung. Vor allem mußte der konfessionelle Graben in der Arbeiterbewegung, der auch ein politischer war, überwunden werden. Den Initiatoren schwebte von Anfang an eine interkonfessionelle Vereinigung vor, für die die evangelischen Arbeitervereine nur dann gewonnen werden konnten, wenn jeglicher Verdacht, es könne sich bei dem geplanten Zusammenschluß um eine "Tarnorganisation" des Zentrums handeln, ausgeräumt werden konnte.[28] Deshalb war es auch notwendig, schon bei der Vorbereitung die protestantischen Arbeiter zu beteiligen sowie mit Rücksicht auf die nationalliberale Ausrichtung der evangelischen Arbeitervereine einige sozialpolitische Forderungen wie z.B. den Achtstundentag fallen-

zulassen.[29] Erst dann war es möglich, auch auf evangelischer Seite in eine stärkere Agitation für den Bergarbeiterverband einzutreten. Die sozialdemokratische Gegnerschaft war ein zu dünnes Band, um die durch den Kulturkampf zerstrittenen Konfessionen auf einem religiös neutralen Feld zusammenzubringen.

Während die katholischen Knappen- und Arbeitervereine mühelos für einen Gewerkverein auf christlicher Grundlage gewonnen werden konnten, waren auf protestantischer Seite manche Widerstände zu überwinden. Zwar fand der sozialpolitische Forderungenkatalog im Organ der evangelischen Arbeiterbewegung, dem "Evangelischen Arbeiterboten", wohlwollende Beachtung[30], doch verhielten sich die Ortsvereine und besonders die dem Protestantismus nahestehende Presse abwartend bis ablehnend.[31] Auf der Konferenz von Vertretern des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands am 8. August 1894 kamen die unterschiedlichen Positionen deutlich zum Ausdruck.[32] Während Lic. Weber[33] aus Mönchengladbach sich in seinem Referat für eine möglichst geschlossene Mitarbeit der evangelischen Arbeitervereine aussprach, votierten andere für eine abwartende Haltung[34], und der Bochumer Redakteur Quandel[35] sprach sich sogar gegen ein Zusammengehen von evangelischen und katholischen Arbeitern in einer interkonfessionellen Gewerkschaft aus. Allgemein überwog die vorsichtige Stellungnahme, die sich auch der "Evangelische Arbeiterbote" zu eigen machte. Er befürchtete, daß ein Anschluß an die katholischen Bestrebungen "gegen die Interessen des Verbandes der evangelischen Arbeitervereine mit seinen Einzelbestrebungen"[36] gerichtet sei. Immerhin folgten der Einladung von August Brust zum Delegiertentag am 26. August 1894 nach Bochum[37] 77 katholische und 2o evangelische Knappenverein, 25 christlich-soziale Arbeitervereine sowie 23 katholische und 38 evangelische Arbeitervereine.

Die interkonfessionell besetzte Kommission hatte versucht, die konstitutiven Elemente des neuen Verbandes durch die Statuten abzusichern:

Der Antisozialismus (Hervorhebung von mir, H.Z.) wurde durch die ausschließliche Aufnahme von christlichen Bergarbeitern festgeschrieben. Zeitweilig wurde sogar darüber diskutiert, ob dies nicht behördlicherseits bestätigt werden sollte.[38] Die Gegnerschaft zur Sozialdemokratie wurde bei der Versammlung selbst durch das "Hoch auf den Kaiser" sowie ein Telegramm an den Monarchen zum Ausdruck gebracht. Die Demonstration vaterländischer Treue und monarchischer Gesinnung boten die Garantie, von den Behörden eine Vorablegitimation zu erhalten und zugleich den gegenüber Katholiken erhobenen Vorwurf der nationalen Unzuverlässigkeit aus dem Wege zu räumen.

Die Interkonfessionalität (Hervorhebung von mir, H.Z.) des Verbandes war durch das zahlenmäßige Übergewicht der Katholiken ernsthaft in Frage gestellt. Aus diesem Grunde war es besonders wichtig, daß der Statutenentwurf jegliche parteipolitische und religiöse Polemik ausschloß, die den Gewerkverein von vorneherein gespalten und verunmöglicht hätte (§ 3). Außerdem wurden die Interessen der evangelischen Bergleute durch die paritätische Besetzung des Zentralvorstandes und eines Ehrenrates, der aus Bergleuten und Mitgliedern bürgerlicher Schichten zusammengesetzt war, gewahrt.

Gegen das Klassenkampfgesetz des deutschen Berg- und Hüttenarbeiterverbandes bestand der christliche Bergarbeiterverband auf einer friedlichen Lösung sozialer und ökonomischer Konflikte (Hervorhebung von mir, H.Z.). Das Statut sah den Zweck des Verbandes in der "Anbahnung und Erhaltung einer friedlichen Übereinkunft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern"(§2). Auch die demonstrative Einladung an Vertreter der Knappschaft[39] und der Bergbaubehörde[40] bezeugen die wirtschaftsfriedliche Position. Offensichtlich war hier evangelischem Drängen nachgegeben worden. In gleicher Weise wird man den Ehrenrat als ein wirtschaftsfriedliches Element begreifen müssen. Seine Funktion bestand innerverbandlich darin, "die Geschäfte zu überwachen und evtl. Streitigkeiten zwischen den Vorstandsmitgliedern zu schlichten."[41] Durch seine Außenkontakte verschaffte er der christlichen Gewerkschaftsidee aber auch den Zugang zu bürgerlichen Kreisen, die ihr eigentlich verschlossen waren.[42]

Während auf katholischer Seite diese Vereinbarung große Zustimmung fand, und der gewerkschaftliche Zusammenschluß von Katholiken und Protestanten auch von bischöflicher Seite begrüßt wurde[43], konnten sich die evangelischen Arbeitervereine selbst nach der Delegiertenversammlung am 26. August nicht zu einem klaren Bekenntnis zur gewerkschaftlichen Organisation durchringen. Auch die Versicherung August Brust's, daß die katholischen Delegierten sich bei der Wahl der evangelischen Vorstandsmitglieder der Stimme enthalten würden[44], änderte daran nichts. Sowohl der Vorstand des Kreisverbandes der evangelischen Arbeitervereine Witten - Hagen[45] wie auch der Vorstand der evangelischen Arbeitervereine Rheinlands und Westfalens[46] konnten den Ortsvereinen nur ein neutrales Verhalten gegenüber dem Gewerkverein empfehlen. Eine Aussage zugunsten der gemeinsamen gewerkschaftlichen Organisation konnten sie sich nicht zu eigen machen.

Für den "Alten Verband" gestaltete sich die Situation angesichts der Gegengründung äußerst schwierig. Während der Gewerkverein auf schon vorstrukturierte Organisationen als seine Basis zurückgreifen konnte und sich so die Mitgliederwerbung leichter gestaltete, hatte der Berg- und Hüttenarbeiterverband die freien Knappenvereine doch weitestgehend verloren. Das konservative Denken der Bergleute konnte auch in den 90er Jahren der parteipolitischen Ausrichtung der Bergarbeiterbewegung keine Sympathie entgegenbringen. Es bestand für den "Alten Verband" die große Gefahr, daß der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter genau in die von ihm zurückgelassene Lücke nachstoßen und auch unter den ehemaligen Mitgliedern des Berg- und Hüttenarbeiterverbandes sein Reservoir finden würde.

Sollte dies nicht geschehen, bedurfte es einer Strategie, die an der Basis - sprich Knappenvereine und Belegschaften - ansetzte und auf deren Interessen hin reagierte. Weiterhin mußte der bergmännischen Öffentlichkeit der Gedanke einer einheitlichen Organisation dargestellt und erläutert werden. Beide Elemente kamen auf dem Knappenfest am 29. Juli 1894 in Witten

zusammen. An ihm nahmen ca. 4.ooo Bergleute teil.[47] Hinter dem vordergründigen Motiv, ein gemeinsames Fest zu feiern und so die erhoffte Einheit zu demonstrieren, wurde schnell die eigentliche Absicht deutlich: Protest gegen den christlichen Gewerkverein. Auch die sozialdemokratische Presse nahm sich nun wieder verstärkt des Themas "Gewerkschaften" an. Sie versuchte - nach den Worten des Arnsberger Regierungspräsidenten - "unter Verschleierung des Ursprungs... eine einheitliche, allgemeine Organisation der Bergarbeiter durch die Einberufung eines deutsch-nationalen Bergarbeiterkongresses unter Zurückstellung aller politischen Bestrebungen herbeizuführen."[48] Einerseits werbend[49], andererseits scharf angreifend sollte der Gewerkverein noch vor seiner endgültigen Konstituierung im Ansatz zerstört werden. Wie für die Sozialdemokratie allgemein gehörte auch für den "Alten Verband" der christliche Bergarbeiterverband nicht zur Arbeiterbewegung, sondern zu den unternehmerfreundlichen Organisationen unter dem Protektorat der Geistlichen.[5o] Aber auch diese scharfen Attacken konnten den Gewerkverein christlicher Bergarbeiter weder verhindern noch ermöglichten sie einen Aufschwung des "Alten Verbandes". Im Gegenteil, dessen Organisation befand sich in einem derart desolaten Zustand, daß er bei den 1894 stattfindenden Gewerbegerichtswahlen den christlichen Arbeitern unterlag.[51] Auch 1895 hielt dieses Tief des "Alten Verbandes" noch weiter an und konnte erst - paradoxerweise - nach einem Meineidsprozeß gegen L. Schröder und andere Verbandsführer überwunden werden.

Trotz heftiger Gegenpropaganda von seiten des "Alten Verbandes" und neutraler Haltung bei den evangelischen Arbeitervereinen wurde am 28. Oktober 1894 der "Gewerkverein christlicher Bergarbeiter für den Oberbergamtsbezirk Dortmund"[52] gegründet. Der Statutenentwurf wurde in der vorliegenden Form übernommen. Konfesssionelle Parität und wirtschaftsfriedliche Ausrichtung bestimmten die Wahl von Ehrenrat und Vorstand. Zum Vorsitzenden wurde August Brust, zum Stellvertreter der evangelische Bergmann Heinrich Wahl[53] gewählt. Dem Ehrenrat gehörten neben fünf Vorstandsmitgliedern die Ehrenmitglieder Hitze (kath.),

Wiese (Fabrikant, kath.), Werth (ev.)[54] und Legewitt (Kaufmann, ev.) an.[55]

Während doch allgemein die Frontstellung zum "Verband zur Wahrung und Förderung der bergmännischen Interessen in Rheinland und Westfalen" das die Einheit bestimmende Moment war, so muß doch auf Gegenstimmen verwiesen werden, die zum ersten Mal an der unternehmerfreundlichen Haltung Zweifel aufkommen ließen. Der schon früher durch seine deutliche Sprache und stärkere Betonung von Arbeiterinteressen bekannt gewordene Peter Oberdörffer warnte den neu konstituierten Verband davor, sich in Schimpfen über die Sozialdemokratie zu ergehen, da einmal der Tag kommen könne, "wo alle Bergarbeiter-Vereinigungen zur Verteidigung ihrer materiellen Interessen zusammengehen müßten."[56] Sowohl die Unternehmer[57] wie auch die protestantischen Mitglieder[58] meinten gegen eine kämpferische Orientierung des Gewerkvereins Stellung beziehen zu müssen. Oberdörffer war wohl einer der wenigen, die begriffen hatten, daß nicht der ideologische Gegensatz zwischen Christen und Sozialisten das entscheidende Moment einer Gewerkschaftsorganisation war, sondern der strukturelle Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit.

Der Niedergang des "Alten Verbandes" hatte eine gewaltige Organisationslücke hinterlassen, die der christliche Bergarbeiterverband schnell schloß. Wenn der Mitgliederstand bis Ende März 1895 auch erst auf 4.000 gestiegen war[59], so bestand doch ein großes Reservoir. Allein die bei der konstituierenden Versammlung am 28. Oktober vertretenen Delegierten repräsentierten 182 Vereine mit ungefähr 30.000 Mitgliedern, die es zu gewinnen galt. Wenn dies auch in den folgenden Jahren nicht gelang, so konnte der christliche Gewerkverein den "Alten Verband" doch leicht überflügeln. Zusammen mit der Mitgliedersteigerung, die im Essener Raum auch dem Borbecker Kaplan Heinrich Brauns[60] zu verdanken war, konnte auch der organisatorische Aufbau verbessert werden. 1896 gab es schon 80 Anmeldestellen, die zunächst noch ehrenamtlich verwaltet wurden, dann aber teilweise mit Hauptamtlichen besetzt waren. Wie schon andere Gewerkschafts-

verbände zuvor gab auch der christliche Gewerkverein ein Vereinsorgan heraus. "Der Bergknappe", der vom Vositzenden August Brust redigiert wurde, erschien ab dem 23. November 1895 und erreichte schon ein Jahr später eine Auflagenzahl von 1o.ooo. Er machte den Verband über die Grenzen des Ruhrgebietes hinaus bekannt und diente somit der Verbreitung gewerkschaftlicher Ideen, die dann auch im Saargebiet und im Wurmrevier aufgegriffen wurden. Die Konsequenz dieser Erweiterung war die Gründung einer Zentralorganisation. Auf dem Delegiertentag vom 31. Januar bis 2. Februar 1897 wurde der Schritt von einer lokalen zu einer überregionalen Organisation vollzogen. Die Generalversammlung im Juni 1897 bestätigte die notwendigen Statutenveränderungen. Damit war der "Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschland" ins Leben gerufen.

Dies hatte sofort einen gewaltigen Mitgliederaufschwung zur Folge. In diesem Jahr verwies der Gewerkverein mit beinahe 23.ooo Mitgliedern den "Alten Verband", der immerhin auch seit 1895 wieder einen Aufwärtstrend zu verzeichnen hatte, mit 18.ooo Mitgliedern auf den zweiten Rang.[61)] Der Mitgliederanstieg ist sicherlich zu einem großen Teil den katholischen Geistlichen zu verdanken, die durch ihre Einflußnahme auf die Knappen- und Arbeitervereine die Basis der Bewegung in den Händen hielten. Der Gedanke an eine starke antisozialistische Bewegung mit wirtschaftsfriedlichem Charakter hat sie zu einer verstärkten Werbearbeit für den neuen Verband bewegt. Diese Tendenz wurde auch durch den 189o gegründeten "Volksverein für das katholische Deutschland"[62)] verstärkt, der jedoch nicht nur bei der antisozialistischen Agitation stehenblieb, sondern sich seinerseits sehr für eine interkonfessionelle Gewerkschaftsorganisation engagierte.

In der Gründungsphase hatte der Gewerkverein wohl auf Druck der evangelischen Mitglieder[63)] eine unternehmerfreundliche Position bezogen. Es war im Verband ein ungeschriebenes Gesetz, daß der Verband kein Kampfverein sein sollte[64)], was

der "Alte Verband" dem Gewerkverein zu Recht vorgeworfen hatte. Selbst die Unterstützung von gemaßregelten Mitgliedern war bei den Statutenberatungen innerhalb des Gewerkvereins zur Diskussion gestellt worden, da einige Delegierte offensichtlich der Auffassung waren, daß das gute Verhältnis zwischen Unternehmern und christlichen Bergleuten Maßregelungen doch von vorneherein ausschließe.[65] Auch das Fehlen jeglicher Unterstützungseinrichtungen, wie z.B. eine Streikkasse, sind Hinweise auf die unzureichende gewerkschaftliche Ausrichtung des Verbandes. Zu einer Veränderung dieses Standpunktes führte die Erfahrung der völligen Abhängigkeit von den Unternehmern, die jeden noch so gut gemeinten Vorschlag zur Abschaffung bestehender Ungerechtigkeiten in den Betrieben als Angriff auf ihre "Hoheitsrechte" deuteten. Weder eine Untersuchung über die Situation der Zechenunterstützungskassen noch die Anregungen zur Errichtung von Arbeiterausschüssen fanden seitens der Unternehmer Beachtung; sie wurden nicht einmal zur Kenntnis genommen. Dieser sich seit der Mitte des Jahrhunderts nicht gewandelte "Herr - im - Hause - Standpunkt" provozierte eine stärkere Wahrnehmung der gewerkschaftlichen Aufgaben. Aktuelle Konflikte in Oberhausen[66] und im Siegerland[67] verstärkten diese Tendenz. Die bislang eingeschlagene Taktik einer friedlichen Zusammenarbeit mit den Unternehmern wurde zugunsten einer Radikalisierung aufgegeben. Schon der erste Delegiertentag christlicher Bergarbeitervereine Deutschlands von 1897 hatte den Umschwung eingeleitet. Der zu den Kathedersozialisten zu rechnende Adolf Wagner[68] hatte in seiner Rede über "Unternehmergewinn und Arbeitslohn" die Bergwerksbesitzer scharf angegriffen und bei den Delegierten die Forderung nach Lohnerhöhung hervorgerufen, die auch vom Delegiertentag unterstützt wurde.[69] Der VbI lehnte die Lohnforderungen jedoch ab und sprach zudem dem "Gewerkverein christlicher Bergarbeiter" die Berechtigung ab, im Namen aller Bergleute zu sprechen, obwohl sich auch der "Verband deutscher Berg- und Hüttenarbeiter" mit den Forderungen solidarisch erklärt hatte.[70] Zwar wurde die steigende Streikstimmung der Bergleute[71] nicht in eine Aktion umgewandelt, ihre Bereitschaft aber, kämpferischer als

bisher die Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses anzugehen, geweckt.

Dies brachte die feindlichen Brüder, den Gewerkverein christlicher Bergarbeiter und den "Alten Verband", näher. Die ideologische Trennung, die auch in der Folgezeit das bestehende Mißtrauen und die Aufrichtung "von häufig künstlichen Barrieren"[72] bestimmte, wurde in der praktischen Gewerkschaftspolitik mehrmals überwunden. 1906 urteilte der Düsseldorfer Regierungspräsident über den Gewerkverein christlicher Bergarbeiter folgendermaßen: "Der Gewerkverein christlicher Bergleute von heute ist nicht mehr der von 1896 und ob an den Wandlungen, die er durchgemacht hat, nicht auch diejenigen einen Teil der Schuld tragen, die den politischen Grundsatz 'Trenne und Herrsche' in diesem Falle verwarfen und die widerstrebenden Elemente immer wieder zusammengeführt haben, mag ich nicht erörtern. Heute ist der Gewerkverein eine Kampforganisation und nur der Kampf sichert ihr Bestehen. Jeder neue Kampf aber führt ihn an die Seite des alten Verbandes, nimmt etwas von dem Trennenden hinweg. Gegensätze in beruflicher Beziehung bestehen nicht, in Bezug auf die Forderungen wegen Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ebensowenig, auch nicht hinsichtlich der Mittel zur Durchführung jener Forderungen, wenn man davon absieht, daß der christliche Gewerkverein die Lage seiner Mitglieder auch auf christlicher Grundlage - nicht ungesetzlicher - heben will. Auch in Bezug auf Beitrag und Leistungen stehen beide Verbände gleich da, für den Anschluß an den einen oder anderen Verband ist also hinfort nur die Zuneigung zur Sozialdemokratie bei dem einen, der christliche Sinn bei dem anderen ausschlaggebend."[73]

8 Ergebnis und Ausblick

Weder der Vorwurf des völligen Versagens der Kirche noch das Lob über ihre angeblichen hervorragenden Leistungen angesichts des einsetzenden Industriezeitalters mit seinen sozialen und ökonomischen Folgen werden dem differenzierten Verhältnis von Kirche und Arbeiterschaft gerecht. Es darf als ein Ergebnis dieser Untersuchung festgehalten werden, daß die kirchliche Reaktion auf den neuzeitlichen Strukturwandel selbst Wandlungen mitgemacht hat, so daß eine einfache Schwarz-Weiß-Malerei die Wirklichkeit nicht trifft. Es können vier Etappen[1)] dieses Wandels im Verhältnis von Kirche und Arbeiterschaft ausgemacht werden, die nicht nur ein unterschiedliches gesellschaftliches Bewußtsein kirchlicherseits widerspiegeln, sondern auch die verschiedenen Bedingungen und Voraussetzungen des Verhältnisses Kirche - Arbeiterschaft zum Ausdruck bringen.

In der ersten Etappe bis 1870 entstehen im Ruhrgebiet die konfessionellen Knappenvereine. Sie müssen als organisatorische Reaktion auf den durch den gesellschaftlichen Strukturwandel bedingten Identitätsverlust der Knappen verstanden werden. Ihre politische Funktion im Sinne der aktiven Beeinflussung sozialer und ökonomischer Wirklichkeit war gering. Vielmehr erschöpfte sich ihre Tätigkeit in einer Sozialisation ständegesellschaftlichen Typs. Nur selten konnte die konservative Tendenz dieser Vereine durchbrochen werden. Wenn sich das Vereinsleben auch in Geselligkeit, religiösen Übungen und einer nicht-schichtenspezifischen Bildungsarbeit erschöpfte, so bot es doch die Möglichkeit der Solidarität unter dem Bezugspunkt des gemeinsamen Berufes. Ein Klassenbewußtsein konnte zu dieser Zeit noch nicht herausgebildet werden.

Die zweite Phase ist durch zunehmende gesellschaftliche Polarisierung am Ende der 6oer und zu Beginn der 7oer Jahre bestimmt. Die Arbeiterbewegung reagierte darauf mit einer verstärkten Politisierung, die ihren sinnfälligen Ausdruck in der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) fand. Die katholische Kirche ihrerseits vollzog eine stärkere Hinwendung zur sozialen Problematik. Sowohl staatliche Sozialpolitik wie auch Selbsthilfe der Arbeiter waren nun auch im Katholizismus nicht mehr unbedingt abzulehnende Mittel, sondern wurden im Gegenteil von führenden Repräsentanten des Katholizismus ausdrücklich befürwortet. Organisatorisch vollzog sich im Ruhrgebiet der Wandel vom Knappen- zum christlichen Arbeiterverein mit politischer Zielsetzung. Das unterscheidend Neue war nicht die Interkonfessionalität, sondern das Bewußtsein vom gesellschaftlichen Abstieg der Knappen und die Erkenntnis, daß nur ihre solidarische Aktion eine Verbesserung der materiellen und sozialen Situation ermöglichen könne. Die christliche Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes hatte sich vom Standesverein zu einer Vereinigung mit politischer und gewerkschftlicher Zielsetzung entwickelt. Dies führte - wie nicht anders zu erwarten war - zu Konflikten im binnenkirchlichen Raum zwischen den bürgerlichen und "sozialistischen" Kreisen. In diesem Punkte war die Entwicklung im Ruhrgebiet und im Aachener Raum jedoch einzigartig. Die Stärke der christlichen Arbeiterbewegung vor allem im Essener Raum zwang u.a. die lokale Zentrumspartei zu einer deutlicheren Parteinahme für die Arbeiterschaft.

Diese zweite Phase der christlichen Arbeiterbewegung wurde von einer zweifachen Unterdrückung abgelöst. Kulturkampf und Sozialistengesetz zwangen die christlichen Arbeitervereine zu einer veränderten Strategie. Die gewerkschaftlichen Ansätze, wie sie sich im Rosenkranzverband gezeigt hatten, mußten zugunsten von Rechtsschutzverein und christlich-sozialen Arbeitervereinen aufgegeben werden. Die Unterdrückungssituation ließ ein deutliches politisches oder gewerkschaftliches Vorgehen nicht zu. Der Kulturkampf, der zu Beginn der 7oer

Jahre ausbrach, spaltete die ohnehin in christliche und sozialistische Richtungen getrennte Bewegung jetzt auch noch in konfessionelle Arbeitervereine. Der Schwerpunkt der katholischen und evangelischen Arbeitervereine lag eindeutig auf pastoralem Gebiet: der Überwindung der Entfremdung von Kirche und Arbeiterschaft. Die politische Wirksamkeit dieser Vereine war völlig unbedeutend. Diese dritte Etappe der christlichen Arbeiterbewegung - zeitlich ist sie in den 8oer Jahren anzusetzen - bewahrte auf der anderen Seite die emanzipatorischen Elemente aus den 7oer Jahren auf niedrigerem Niveau wie sie andererseits durch die Bildung von konfessionellen Arbeitervereinen den ideologischen Graben noch weiter aufriß.

Erst das Nachlassen staatlicher Repressionsmaßnahmen ermöglichte – ähnlich wie in den 7oer Jahren des 19. Jahrhunderts – eine Arbeiterbewegung mit gewerkschaftlichen Zielsetzungen unter zeitweiliger Vernachlässigung parteipolitischer und ideologischer Optionen. Doch auch dieser pragmatische Ansatz konnte den ideologischen Gegensatz zwischen Christen und Sozialisten nicht überwinden. Lediglich die konfessionellen Schranken zwischen Katholiken und Protestanten konnten in der Gewerkschaftsbewegung niedergerissen werden. Ihrer beider Gegnerschaft zur Sozialdemokratie war das gemeinsame Fundament, auf dem sowohl der Verband "Glück auf" als auch der "Gewerkverein christlicher Bergarbeiter" gegründet wurden. Dieser interkonfessionelle gewerkschaftliche Zusammenschluß signalisierte zugleich ein neues Verständnis von Religion und Welt. Die relative Eigenständigkeit der Kultursachgebiete - hier der Wirtschaft - wurde durch die interkonfessionelle Gewerkschaftsbewegung in der vierten Phase der christlichen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert faktisch bestätigt.

Diese Konstruktion gewerkschaftlicher Organisation hat zugleich den Konflikt im innerkirchlichen Raum vorgezeichnet. Er entzündete sich vor allem am negativen Gebrauch

des Wortes "christlich". Denn während integralistische Kreise im Katholizismus unter "christlich" einen positiven dogmatischen Inhalt verstanden, markierte dieser Terminus für die christlichen Gewerkschaften lediglich die Trennungslinie zur Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften. Dies mußte wohl notwendigerweise mit einem vom Kulturkampf und Ständestaat beeinflußten Bewußtsein kollidieren, das eine Autonomie der Welt nicht zuließ. Praktisch wäre dies eine Anerkennung der Zuständigkeit von Laien für diesen Bereich gewesen, die der klerikale Herrschaftsanspruch im Integralismus auch über Kultur, Politik und Wirtschaft nicht erlaubte. Die sich zwischen Kirche und moderner Welt abzeichnende Auseinandersetzung entlud sich dann auch nicht nur im Gewerkschaftsstreit, sondern auch auf kulturellem Gebiet im Literatur- und auf politischem im Zentrumsstreit.

Für die christliche Gewerkschaftsbewegung bestand insofern eine zweifache Front, als sie sich nicht nur gegen den Integralismus zur Wehr setzen mußte, sondern sich auch dem Vorwurf der freien Gewerkschaften ausgesetzt sah, ein wirtschaftsfriedlicher, arbeitgeberfreundlicher Verband zu sein. Diese besondere Schwierigkeit macht ihre Position in der Folgezeit verständlich. Eine wie noch zu Kettelers Zeiten und in Aachen und Essen in den 7oer Jahren vorgeführte Kapitalismuskritik war dieser Gewerkschaftsorganisation nicht möglich. Sie versuchte vielmehr unter den gegebenen sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen die Interessen der Arbeitnehmer zu wahren, ohne gesellschaftstranszendierend zu wirken. Diese auch für den Katholizismus bis zum 2. Vatikanischen Konzil allgemein gültige Sicht der Dinge wurde durch die Erfahrungen der Kirchen in der Dritten Welt mit der auch in ihren Ländern bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsorganisation erschüttert. Durch sie wurde auch die Methodik der katholischen Soziallehre in Frage gestellt. Ihre an einem statischen Naturrechtsdenken orientierten Aussagen werden heute von anderen Ansätzen abgelöst, wie sie beispielhaft in der lateinamerikanischen Befreiungstheologie vorgeführt werden.[2)]

A N M E R K U N G E N

Die archivalischen Quellen werden durch die Angabe des Archivs, den Band und - soweit möglich - durch die Blattzahl genauer gekennzeichnet.
Der Schriftverkehr wird durch Absender/Empfänger entsprechend dem im Abkürzungsverzeichnis angegebenen Abkürzungen näher bestimmt.

Anmerkungen zum Vorwort

1) Vgl. Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland. Offizielle Gesamtausgabe I. Freiburg - Basel - Wien 1976, S. 313-364. O. v. Nell-Breuning / G. Ruhmöller, Kirche und Arbeiterschaft, in: D. Emeis/ B. Sauermost (Hrsg.), Synode - Ende oder Anfang. Ein Studienbuch für die Praxis in der Bildungs- und Gemeindearbeit. Düsseldorf 1976, S. 177-2o3.

2) Vgl. Gemeinsame Synode der Bistümer a.a.O., S. 327-338.

3) Vgl. E. Iserloh, Von der Caritas zur Sozialpolitik. Die soziale Aktivität des Bischofs W.E. von Ketteler widerlegt einen Vorwurf, in: Rheinischer Merkur 21.2.1975. A. Raushcer, Gegen Schlagworte wie "fortwirkender Skandal". Stellungnahme zu "Kirche und Arbeiterschaft", in: Deutsche Tagespost 2o.11.1974.

4) Vgl. neben der in Anm. 3) aufgeführten Literatur vor allem O. von Nell-Breuning, Sozialer und politischer Katholizismus, in: StdZ 193 (1975), S. 147-161; W. Brandmüller, Kirche und Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert, in: StdZ, S. 228-236; O. von Nell-Breuning, Kirche und Arbeiterschaft. Zum Streit um die gleichnamige Synodenvorlage, in: StdZ, S. 339-352; V. Conzemius, Nochmals: Kirche und Arbeiterschaft, in: StdZ, S. 745-759; O. von Nell-Breuning, Auseinandersetzung mit Marx und seiner Lehre. Anmerkungen zu einer Kontroverse um das Synodendokument "Kirche und Arbeiterschaft", in: StdZ 194 (1976), S. 173-182; ders., Auseinandersetzung mit dem Sozialismus. Anmerkungen zu einer Kontroverse um das Synodendokument "Kirche und Arbeiterschaft", in: StdZ, S. 261-272.

Anmerkungen zu
O. Einleitung

1) Vgl. O. von Nell-Breuning, Sozialer und politischer Katholizismus a.a.O., S. 159.

2) K.H. Brüls, Geschichte der katholisch-sozialen Bewegung in Deutschland. Münster 1958.

3) H. Budde, Handbuch der christlich-sozialen Bewegung. Recklinghausen 1967.

4) E. Ritter, Die katholisch-soziale Bewegung in Deutschland im 19. Jahrhundert und der Volksverein. Köln 1954.

5) Vgl. E. Deuerlein, Der Gewerkschaftsstreit, in: Theologische Quartalschrift 139 (1959), S. 4o-81; L. Kudera, Der Gewerkschaftsstreit der deutschen Katholiken in der Publizistik (19oo-1914). Diss. Münster 1957; F. Burchard, Ideengeschichte der christlichen Gewerkschaften mit besonderer Berücksichtigung des Gewerkschaftsstreites. Diss. Würzburg 1922.

6) R. Brack, Deutscher Episkopat und Gewerkschaftsstreit 19oo-1914. Köln - Wien 1976.

7) M. Berger, Arbeiterbewegung und Demokratisierung. Die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung des Arbeiters im Verständnis der katholischen Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Deutschland zwischen 189o und 1914. Diss. Freiburg 1971.

8) F. Focke, Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Die Idee eines christlichen Sozialismus in der katholisch-sozialen Bewegung und in der CDU. Wuppertal 1981.

9) Ebd., S. 18f.

1o) G. Plum, Gesellschaftsstruktur und politisches Bewußtsein in einer katholischen Region 1928-1933. Untersuchung am Beispiel des Regierungsbezirks Aachen. Stuttgart 1972.

11) H. Lepper, Kaplan Franz Eduard Cronenberg und die christlich-soziale Bewegung in Aachen 1868-1878, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 79 (1968), S. 57-148; ders., Sozialer Katholizismus in Aachen. Quellen zur Geschichte des Aachener Arbeitervereins zum Hl. Paulus für Aachen und Burscheid. 1869-78(88). Mönchengladbach 1977.

12) P. Keller, Die Geschichte der katholischen Arbeitervereine in Unterfranken von 1884-1934. Mag.-Arbeit. Würzburg 1976.

13) H. Imbusch, Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisationen im deutschen Bergbau. Eine geschichtliche Darstellung. Essen 19o8.

14) So konnte Imbusch anscheinend sowohl die "Essener Blätter" wie auch die "Westfälische Volkszeitung", die heute nur noch in Einzelstücken vorliegen, vollständig benutzen.

15) O. Hue, Die Bergarbeiter. Historische Darstellung der Bergarbeiterverhältnisse von der ältesten bis zur neuesten Zeit. 2 Bde. Stuttgart 1910-1913.

16) A. Erdmann, Die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland. Stuttgart 1908.

17) A. Kalis, Die Geschichte der Arbeiter- und Knappenbewegung im Ruhrgebiet. (=Beiträge und Quellen zur Geschichte religiöser und kirchlicher Verhältnisse im Werden und Wandel des Ruhrgebietes). Hrsg. von der kirchlichen Sozialforschung im Sozialinstitut des Bistums Essen. Essen 1968.

18) L. Kudera, Kirche und Gewerkschaft in der Gründerzeit im Ruhrgebiet (=Beiträge und Quellen zur Geschichte religiöser und kirchlicher Verhältnisse im Werden und Wandel des Ruhrgebietes). Hrsg. von der kirchlichen Sozialforschung des Bistums Essen. Essen 1968.

19) M.J. Koch, Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet zur Zeit Wilhelm II. (1889-1914). Düsseldorf 1954.

20) E. Naujoks, Die katholische Arbeiterbewegung und der Sozialismus in den ersten Jahren des Bismarckschen Reiches. Berlin 1939.

21) H. Mommsen (Hrsg.), Arbeiterbewegung und industrieller Wandel. Studien zu gewerkschaftlichen Organisationsproblemen im Reich und an der Ruhr. Wuppertal 1980, S. 13.

22) J. Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen. Wuppertal 1974; ders. / W. Weber (Hrsg.), Fabrik - Familie - Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter. Wuppertal 1978.

23) Vgl. Anmerkung 21); außerdem H. Mommsen / U. Borsdorf (Hrsg.), Glück auf, Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisationen in Deutschland. Köln 1979.

24) J. Steinisch, Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, in: H. Mommsen / U. Borsdorf (Hrsg.), Glück auf, Kameraden! a.a.O., S. 273-299.

25) K. Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert. Bonn - Bad Godesberg 1977.

26) K. Hartmann, Der Weg zur gewerkschaftlichen Organisation. Bergarbeiterbewegung und kapitalistischer Bergbau im Ruhrgebiet, 1851-1889. München 1977.

27) Zum Ruhrgebiet siehe H. Croon, Die Einwirkungen der Industrialisierung auf die gesellschaftliche Schichtung der Bevölkerung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: Rheinische Vierteljahresblätter 2o (1955), S. 3o1-316; ders., Vom Werden des Ruhrgebietes, in: W. Först (Hrsg.), Rheinisch-westfälische Rückblende (Beiträge zur neueren Landesgeschichte des Rheinlands und Westfalens 1). Köln - Berlin 1967, S. 87-1o8; W. Först (Hrsg.), Ruhrgebiet und neues Land. Köln - Berlin 1968; W. Köllmann, Rheinland und Westfalen an der Schwelle des Industriezeitalters, in: ders., Bevölkerung in der industriellen Revolution. Göttingen 1974, S. 2o8-228; ders., Von Rheinisch-westfälischer Wirtschaft, in: W. Först (Hrsg.), Rheinisch-westfälische Rückblende a.a.O., S. 127-171; ders., Wirtschaft und Gesellschaft Rheinland-Westfalens zu Beginn des Industriezeitalters, in: J. Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr a.a.O., S. 11-23; H.-G. Steinberg, Was ist das Ruhrgebiet? Grenzen und innere Gliederung, in: W. Först (Hrsg.), Menschen, Landschaft und Geschichte. Ein rheinisch-westfälisches Lesebuch. Köln - Berlin 1965, S. 152-163; ders., Zur Sozialgeschichte des Reviers, in: W. Först (Hrsg.), Rheinisch-westfälische Rückblende a.a.O., S. 229-274; ders., Sozialräumliche Entwicklung und Gliederung des Ruhrgebietes (Forschungen zur Deutschen Landeskunde 166), Bad Godesberg 1967.

28) Vgl. H. Croon, Vom Werden des Ruhrgebietes a.a.O., S. 179; ferner P. Wiel, Wirtschaftsgeschichte des Ruhrgebietes. Essen 197o, S. 7.

29) Vgl. A. Schmidt-Breilmann, Der Einfluß der Industrialisierung auf das Handwerk. Untersuchungen über die Auswirkungen des Kohlenbergbaus im Raum Recklinghausen, in: Vestische Zeitschrift 55 (1953), S. 24.

3o) Vgl. K. Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft a.a.O., S. 54.

31) Vgl. F. Lütge, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Berlin - Heidelberg - New York^{3}1966, S. 463.

32) Genaue Angaben über die Zahl der Auswanderer aus dem Ruhrgebiet oder einzelnen Zonen liegen nicht vor. Einen Hinweis auf solche Auswanderungen gibt A. Breilmann, Die sozialen Wirkungen der Industrialisierung auf die landwirtschaftliche Bevölkerung im Emschergebiet, in: Vestische Zeitschrift 51 (1949), S. 5-44. Es kann sich jedoch nur um vereinzelte Fälle gehandelt haben. Der Schwerpunkt der Auswanderung lag in den Jahrzehnten bis 185o in Süddeutschland und war zur Emigration in den Jahrzehnten der zweiten Jahrhunderthälfte vergleichsweise gering (182o - 3o:8.ooo; 183o - 4o: 177.ooo; 184o - 5o:485.ooo; 185o - 6o:1.13o.ooo; 186o - 7o:97o.ooo). Vgl. H.-U. Wehler, Bismarck und der Imperialismus. Köln ^{3}1972, S. 155.

33) Nach A. Mämpel, Bergbau in Dortmund. Bd. 1 Dortmund 1963, S. 96 wurde die Mergelschicht schon 1821 zum ersten Mal durchbrochen. Die übrige Literatur nennt die Zeche Franz.

34) Vgl. K. Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft a.a.O., S. 602f; siehe auch D. Baedecker, Jahrbuch des Oberbergamtes Dortmund. Jg. 14-21. Essen 1923, S. 804; P. Wiel, Wirtschaftsgeschichte a.a.O., S. 113; K.Hartmann, Der Weg zur gewerkschaftlichen Organisation a.a.O., S.221f.

35) H.-G. Steinberg, Zur Sozialgeschichte des Reviers a.a.O., S. 235; Die enge Verbindung und parallele Entwicklung von Bergbau und Eisenindustrie kann auch an den Beschäftigtenzahlen in diesen Industriezweigen nachgewiesen werden:

Jahre	Beschäftigte bei Krupp	Beschäftigte im Bergbau der Stadt Essen	Beschäftigte im Bergbau des Landkreises Essen
1845/46	122	374	3.453
1871	8.925	3.925	17.671

Vgl. H. Grewe, Die soziale Entwicklung der Stadt Essen im 19. Jahrhundert. Diss. Köln, S. 137 u. 142.

36) K. Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft a.a.O., S. 35 unterscheidet fünf Zonen: Lippe-Zone, Vestische Zone, Emscher Zone, Hellweg-Zone, Ruhr-Zone. Vgl. auch W.Brehpohl, Der Aufbau des Ruhrvolkes im Zuge der Ost-West-Wanderung. Beiträge zur deutschen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Recklinghausen 1948, S. 9.

37) Vgl. P. Neubaur, Mathias Stinnes und sein Haus. Ein Jahrhundert der Entwicklung: 1808 - 1908. Mülheim 1908.

38) Vgl. H. Spethmann, Franz Haniel. Sein Leben und seine Werke. Duisburg-Ruhrort 1956. Zur Rolle der Unternehmer im Industrialisierungsprozeß des Ruhrgebietes siehe G. Adelmann, Führende Unternehmer in Rheinland und in Westfalen 1850 - 1914, in: Rheinische Vierteljahresblätter 35 (1971), S. 335-352.

39) Vgl. H. Blumberg, Die Finanzierung der Neugründungen und Erweiterungen von Industriebetrieben in Form der Aktiengesellschaften während der fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts in Deutschland, am Beispiel der preußischen Verhältnisse erläutert, in: H. Mottek u.a., Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland. Berlin (Ost) 1960, S. 165-207.

40) Zu Mulvany siehe K. Bloemer, William Thomas Mulvany (1806-1885). Ein Beitrag zur Geschichte der rheinisch-westfälischen Großindustrie und der deutsch-englischen Wirtschaftsbeziehungen. Essen 1922.

41) W. Köllmann, Von rheinisch-westfälischer Wirtschaft a.a.O., S. 153.

42) K. Hartmann, Der Weg zur gewerkschaftlichen Organisation a.a.O., S. 13.

43) Zur Bauernbefreiung siehe G. Ipsen, Die preußische Bauernbefreiung als Landesausbau, in: W. Köllmann/P. Marschalck (Hrsg.), Bevölkerungsgeschichte. Köln 1972, S. 154-189; W. Conze (Hrsg.),Quellen zur Geschichte der deutschen Bauernbefreiung (Quellensammlung zur Kulturgeschichte 12), Göttingen - Berlin - Frankfurt 1957; dort auch die rechtlichen Quellen.

44) Vgl. W. Brehpohl, Der Aufbau des Ruhrvolkes a.a.O., S. 62f.

45) Dem Problem der Fremdarbeiter im Ruhrgebiet wird in der vorliegenden Untersuchung nicht nachgegangen. Vgl. dazu u.a. H.-U. Wehler, Die Polen im Ruhrgebiet bis 1918, in: ders. (Hrsg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte. Köln 1976, S. 437-455; H. Linde, Die soziale Problematik der masurischen Agrargesellschaft und die masurische Einwanderung in das Emscherrevier, in: H.-U. Wehler (Hrsg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte a.a.O., S. 456-47o; C. Kleßmann, Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 187o - 1945. Soziale Integration und nationale Subkultur einer Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft. (=Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft. Bd. 3o). Göttingen 1978; ders., Der "Wiarus Polski" - Zentralorgan und Organisationszentrum der Polen im Ruhrgebiet 1891 - 1923, in: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark 69 (1974), S. 383-397; ders., Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet: Soziale Lage und gewerkschaftliche Organisation, in: H. Mommsen/ U. Borsdorf (Hrsg.), Glück auf, Kameraden! a.a.O., S. 1o9-13o.

46) Vgl. zur Entwicklung der einzelnen Ruhrgebietsstädte die einschlägige stadtgeschichtliche Literatur; für Duisburg: H. Averdunk / W. Ring, Geschichte der Stadt Duisburg. Ratingen ^{2}1949; K.K. Bork, Die sozialen Wandlungen in der Stadt Duisburg in den ersten Jahrzehnten der Industrialisierung (185o - 188o), in: Duisburger Forschungen 8 (1968), S. 54-129; für Bochum: K. Brinkmann, Bochum. Aus der Geschichte einer Großstadt des Reviers. Bochum ^{2}1968; H.Croon, Studien zur Sozial- und Siedlungsgeschichte der Stadt Bochum, in: Bochum und das mittlere Ruhrgebiet. Paderborn 1965, S. 85-114; für Essen: H. Grewe, Die soziale Entwicklung der Stadt Essen a.a.O.; E.Ch.McCreary, Essen 186o - 1914. A case study of the impact of industrialization on German community life. Diss. Yale University 1963; für Dortmund: H. Hellgrewe, Dortmund als Industrie- und Arbeitsstadt. Eine Untersuchung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Stadt. Dortmund 1951; P.H. Mertes, Das Werden der Dortmunder Wirtschaft. Dortmund ^{2}1942; für Oberhausen: F. Mogs, Die sozialgeschichtliche Entwicklung der Stadt Oberhausen zwischen 185o und 1933. Diss. Köln 1956; für Recklinghausen: K. Thron, Die Stadt Recklinghausen. Die bergbauliche Entwicklung und der Einfluß auf die wirtschaftlichen Verhältnisse (187o - 1912). Bückeburg 1935.

47) Text in: G. Adelmann, Quellensammlung Bd. 1, Nr. 4. Ansätze eines Direktionsprinzips lassen sich schon im Mittelalter nachweisen. Außerhalb des sächsischen und preußischen Bergrechtsgebietes ist ein staatliches Direktionsprinzip unbekannt.

48) Ihr Aufgabenbereich beschränkte sich auf die Zahlung der vom Bergamt zu fordernden Zubuße und die Erhebung der Ausbeute. Bei der Festsetzung des Normallohnes mußten die Gewerken ebenso gehört werden wie bei Maßnahmen, die erhebliche Kosten verursachten.

49) Der Staat war für die Sicherung der Absatzmärkte für die heimische Steinkohle zuständig.

5o) Vgl. zur Entwicklung der Bergrechtsreform in Preußen W. Fischer, Das wirtschafts- und sozialpolitische Ordnungsbild der preußischen Bergrechtsreform 1851-1865, in: ders., (Hrsg.) Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung. Göttingen 1972, S. 139-147; ders., Die Stellung der preußischen Bergrechtsreform von 1851-1865 in der Wirtschafts- und Sozialverfassung des 19. Jahrhunderts, in: ders., (Hrsg.) Wirtschaft und Gesellschaft a.a.O., S. 148-16o; ders. Die Bedeutung der preußischen Bergrechtsreform (1851-1865) für den industriellen Ausbau des Ruhrgebietes, in: ders., (Hrsg.) Wirtschaft und Gesellschaft a.a.O., S. 161-178.

51) Vgl. E. Krautschneider, Direktionsprinzip und Inspektionsprinzip im Bergrecht, in: ZfB 1o3(1962), S. 26-31.

52) Zeitschrift für Berg-, Hütten- und Salinenwesen Bd. 8(186o), A, S. 217-22o.

53) Zeitschrift für Berg-, Hütten- und Salinenwesen, Bd. 2(1855), A, S. 117f.

54) Zum folgenden vgl. K. Hartmann, Der Weg zur gesellschaftlichen Organisation a.a.O., S. 2o-23.

55) Entwicklung, Bd. 12, Teil 3, S. 132f.

56) Zeitschrift für Berg-, Hütten- und Salinenwesen, Bd. 8(186o), A, S. 217-22o.

57) K. Hartmann, Der Weg zur gewerkschaftlichen Organisation a.a.O., S. 25.

58) Vgl. G. Adelmann, Die soziale Betriebsverfassung des Ruhrbergbaus vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung des Industrie- und Handelskammerbezirks Essen. Bonn 1962, S. 6o.

59) Vgl. Zeitschrift für Berg-, Hütten- und Salinenwesen Bd. 13(1865), S. 29f.

6o) Gemeint sind das sogenannte Kompetenzgesetz vom 1o.6.1861, das die Zuständigkeit der Oberbergämter erweiterte und die Bergämter aufhob (Zeitschrift für Berg-, Hütten- und Salinenwesen Bd. 9(1861), A, S. S. 222f) und das Gesetz vom 5.6.1863, mit dem die Verwaltung der Bergbauhilfskassen durch die Bergbehörde abgeschafft wurde (Zeitschrift für Berg-, Hütten- und Salinenwesen Bd. 11(1863), A, S.65).

61) Vgl. dazu neuestens M. Schneider, Aussperrung. Ihre Geschichte und Funktion vom Kaiserreich bis heute. Köln 198o.

62) Dies ist für einen Teilbereich untersucht worden von D.F. Crew, Berufliche Lage und Protestverhalten Bochumer Bergleute und Metallarbeiter im ausgehenden 19. Jahrhundert, in: H. Mommsen/U. Borsdorf (Hrsg.), Glück auf, Kameraden! a.a.O., S. 71-88. An älteren Arbeiten siehe vor allem H. Münz, Die Lage der Bergarbeiter im Ruhrrevier. Essen 19o9; L. Pieper, Die Lage der Bergarbeiter im Ruhrrevier. Berlin - Stuttgart 19o3.

63) Vgl. H.-U. Wehler, Bismarck und der Imperialismus a.a.O., S. 56.

64) K. Hartmann, Der Weg zur gewerkschaftlichen Organisation a.a.O., S. 29.

65) Anders W. Köllmann, Vom Knappen zum Bergarbeiter. Die Entstehung der Bergarbeiterschaft an der Ruhr, in: H. Mommsen/U. Borsdorf (Hrsg.), Glück auf, Kameraden! a.a.O., S. 4o, der in diesem Streik lediglich die Artikulation der konservativen Grundhaltung der Bergleute sieht.

66) Vgl. dazu C.-L. Holtfrerich, Quantitative Wirtschaftsgeschichte des Ruhrkohlenbergbaus im 19. Jahrhundert. Eine Führungssektorenanalyse. Dortmund 1973, S. 54f.

67) Vgl. dazu etwa D.F. Crew, Berufliche Lage und Protestverhalten a.a.O., S. 71-88; an dieser Stelle besonders S. 74-76.

68) Siehe O. Hue, Die Bergarbeiter. Bd. II a.a.O., S. 149-161; S. Hickey, Bergmannsarbeit an der Ruhr vor dem Ersten Weltkrieg, in: H. Mommsen/U. Borsdorf (Hrsg.), Glück auf, Kameraden! a.a.O., S. 52-55.

69) Vgl. dazu W. Weber, Der Arbeitsplatz in einem expandierenden Wirtschaftszweig: Der Bergmann, in: J. Reulecke / W. Weber (Hrsg.), Fabrik - Familie - Feierabend a.a.O., S. 89-113.

7o) Vgl. Entwicklung. Bd. 12. Tabelle 113, S. 1oo-1o2.

71) Unter Massenunglücken sollen Unglücke mit mehr als fünf Toten verstanden werden.

72) Vgl. Anmerkung 7o)

73) Vgl. W. Weber, Der Arbeitsplatz in einem expandierenden Wirtschaftszweig a.a.O., S. 111.

74) Vgl. dazu J. Reulecke, Vom blauen Montag zum Arbeiterurlaub, in: Archiv für Sozialgeschichte 16 (1976), S. 2o5-248.

75) F.J. Brüggemeier /L. Niethammer, Schlafgänger, Schnapskasinos und schwerindustrielle Kolonie, in: J. Reulecke/ W. Weber (Hrsg.), Fabrik - Familie - Feierabend a.a.O., S. 144; vgl. auch F.J. Brüggemeier, "Volle Kost voll". Die Wohnverhältnisse der Bergleute an der Ruhr um die Jahrhundertwende, in: H. Mommsen /U. Borsdorf (Hrsg.), Glück auf, Kameraden! a.a.O., S. 151-173. Zum gesamten Problembereich Wohnungswesen im Zeitalter der Industrialisierung siehe L. Niethammer (Hrsg.), Wohnen im Wandel. Wuppertal 1979.

76) Vgl. dazu etwa H. Linde, Die soziale Problematik der masurischen Agrargesellschaft und die masurische Einwanderung in das Emscherrevier a.a.O.

77) Vgl. neben der inzwischen umfangreichen Literatur über die Situation der Polen im Ruhrgebiet auch die Festschrift des ältesten polnischen Arbeitervereins im Ruhrgebiet: Geschichte einer polnischen Kolonie in der Fremde. Jubiläumsschrift des St.-Barbara-Vereins in Bottrop (1911) (= Kirche und Religion im Revier, Beiträge und Quellen zur Geschichte religiöser und kirchlicher Verhältnisse im Werden und Wandel des Ruhrgebietes). Hrsg. vom Institut für kirchliche Sozialforschung im Bistum Essen. Essen 1968.

Anmerkungen zu
1. Die Anfänge der christlichen Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet

1) H. Geller, Sozialstrukturelle Voraussetzungen für die Durchsetzung der Sozialform "Katholizismus" in Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: K. Gabriel /F.X. Kaufmann (Hrsg.), Zur Soziologie des Katholizismus. Mainz 1980, S. 68.

2) Der Begriff stammt von Febronius. Unter diesem Pseudonym hatte der Trierer Weihbischof Johann Nikolaus von Hontheim 1764 und 1770 (2. Teil) sein Werk "Über den Zustand der Kirche und über die päpstliche Gewalt" veröffentlicht.

3) Vgl. zum "Mainzer Kreis" L. Lenhart, Die erste Mainzer Theologenschule des 19. Jahrhunderts (1805-1830). Erster Teil, in: Jahrbuch für das Bistum Mainz 6(1951-1954), S. 93-186. Zweiter und dritter Teil, in: Jahrbuch für das Bistum Mainz 7(1955-1957), S. 9-130.

4) Vgl. dazu E. Trunz, Fürstenberg, Fürstin Gallitzin und ihr Kreis. Münster 1955.

5) Vgl. H. Schiel, Johann Michael Sailer, 2 Bde. Regensburg 1948/1952.

6) Vgl. R. Till, Hofbauer und sein Kreis. Wien 1951.

7) Vgl. H. Schwalbach, Der Mainzer "Katholik" als Spiegel des neuerwachten kirchlich-religiösen Lebens in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1821-1850). Diss. Mainz 1966.

8) Vgl. S. Lösch, Die Anfänge der Tübinger Theologischen Quartalschrift (1819-1831). Gedenkgabe zum 100. Todestag Joh. Ad. Möhlers. Rottenburg a.N. 1938.

8) Vgl. dazu J. Jedin, Kirche und Katholizismus im Deutschland des 19. Jahrhunderts, in: A. Rauscher (Hrsg.), Entwicklungslinien des deutschen Katholizismus (= Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe B: Abhandlungen). München - Paderborn - Wien 1973, S. 73f.

10) Zur Romantik allgemein siehe R. Benz, Die deutsche Romantik. Leipzig[5] 1956; ferner W. Frühwald, Anfänge der katholischen Bewegung. Zur Parteinahme der Romantiker im Streit zwischen Kirche und Staat in den preußischen Westprovinzen 1819-1845, in: Rheinische Vierteljahresblätter 41(1977), S. 231-248.

11) Friedrich Schlegel (1772-1829), konvertierte 1801 zum Katholizismus. Er war Mitglied des Wiener Kreises und gilt als führender Kopf der romantischen Schule. Vgl. LTHK[2], Bd. 9, Sp. 411f..

12) Friedrich Leopold Graf zu Stolberg (1750-1819) stand mit dem Kreis um die Fürstin Gallitzin in Verbindung. Vgl. LTHK^2, Bd. 9, Sp. 1081.

13) Vgl. zum Einfluß der Aufklärung auf die katholische Kirche und Theologie vor allem E. Hegel, Die katholische Kirche Deutschlands unter dem Einfluß der Aufklärung des 18. Jahrhunderts. Opladen 1975.

14) Clemens August Freiherr von Droste-Vischering (1773-1845), Mitglied des Kreises um die Fürstin Gallitzin, 1827 Weihbischof von Münster, 1835 Erzbischof von Köln, stand wegen seiner Ablehnung des Hermesianismus und der Mischehenkonvertion im Konflikt mit der preußischen Regierung. 1837 wurde er verhaftet und zur Festung Minden gebracht. Nach seiner Haftentlassung 1839 wurde er durch den Koadjutor-Bischof v. Geissel abgelöst. Vgl. LTHK^2. Bd. 3, Sp. 577.

15) dazu vor allem R. Lill, Die Beilegung der Kölner Wirren 1840-1852, vorwiegend nach Akten des Vatikanischen Geheimarchivs. Düsseldorf 1962.

15) Johann Joseph Görres (1776-1848) gilt als Symbolfigur der Katholischen Bewegung. Er vollzog einen tiefgreifenden Wandel von der Aufklärung zu romantischer Frömmigkeit. Als bedeutender Publizist redigierte er die Historisch-Politischen Blätter. Vgl. LTHK^2, B. 4, Sp. 1058f; R. Saitschick, Joseph Görres und die abendländische Kultur. Olten - Freiburg 1953.

17) Vgl. dazu besonders F.J. Stegmann, Von der ständischen Sozialreform zur staatlichen Sozialpolitik. Der Beitrag der Historisch-Politischen Blätter zur Lösung der sozialen Frage. München - Wien 1965.

18) Erstes Rundschreiben der Historisch-Politischen Blätter, in: L. Bergsträsser (Hrsg.), Der politische Katholizismus. Dokumente seiner Entwicklung I (1815-1870), München 1921, S. 79.

19) Vgl. u.a. K. Buchheim, Ultramontanismus und Demokratie. Der Weg der deutschen Katholiken im 19. Jahrhundert. München 1963, S. 27; siehe auch W. Schieder, Kirche und Revolution. Zur Sozialgeschichte der Trierer Wallfahrt von 1844, in: Archiv für Sozialgeschichte 14 (1974), S. 419-454.

20) Vgl. H. Jedin, Freiheit und Aufstieg des deutschen Katholizismus zwischen 1848 und 1870, in: B. Hanssler (Hrsg.), Die Kirche in der Gesellschaft, Der deutsche Katholizismus und seine Organisationen im 19. und 20. Jahrhundert. Paderborn 1961, S. 21.

21) Vgl. R. Morsey, Der deutsche Katholizismus in politischen Umbruchsituationen seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts, in: A. Rauscher (Hrsg.), Entwicklungslinien a.a.O., S. 33.

22) Der "Pius-Verein für religiöse Freiheit" wurde am 23.3.1848 auf Initiative des Mainzer Domkapitulars Adam Franz Lennig in Mainz gegründet.

23) Trotz der unterschiedlichen Bezeichnungen für diese Versammlungen wird in dieser Arbeit der einheitliche Ausdruck "Katholikentage" verwendet. Bis 1855 lautete der offizielle Name "Generalversammlung des katholischen Vereins Deutschlands", dann bis 1871 "Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands" und schließlich unter dem Druck des Kulturkampfes, der jegliche Vereinstätigkeit zu unterbinden drohte, "Generalversammlung der Katholiken Deutschlands". Der erste Katholikentag wurde vom 3.-5. Oktober 1848 in Mainz durchgeführt.

24) Die erste Bischofskonferenz tagte unter dem Vorsitz und der Programmgestaltung des Kölner Erzbischofs Geissel vom 22. Oktober bis 16. November in Würzburg.

25) H. Katz, Katholizismus zwischen Kirchenstruktur und gesellschaftlichem Wandel, in: K. Gabriel / F.X. Kaufmann (Hrsg.), Zur Soziologie des Katholizismus a.a.O., S. 122.

26) Vgl. zur Entwicklung des sozialen Katholizismus im 19.Jahrhundert J. Kastert, Die christlich-sozialen Ideen und die Gewerkschaftsfrage. Soziale Tagesfragen. Hrsg. vom Volksverein für das katholische Deutschland, Heft 45. Mönchengladbach 1922, S. 27f. Kastert übersieht allerdings, daß die von ihm aufgeführten Personen selbst Entwicklungen durchgemacht haben, so daß ihre Zuordnung zu einer Periode unzutreffend ist.

27) Vgl. dazu C. Jantke - D. Hilger (Hrsg.), Die Eigentumslosen. Der deutsche Pauperismus und die Emanzipationskrise in Darstellungen und Deutungen der zeitgenössischen Literatur. Freiburg - München 1965.

28) Vgl. dazu F.J. Stegmann, Von der ständischen Sozialreform a.a.O., S. 38-41; ders., Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus, in: H. Grebing (Hrsg.), Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. München - Wien 1969, S. 341-346.

29) B.Lelieveld, Die Wandlung der Ständeidee in der deutschsprachigen katholisch-sozialen Literatur des 19. und 2o. Jahrhunderts bis zum Erscheinen der Enzyklika Quadragesimo anno (1931). Diss. Bonn 1965, S. 124.

3o) Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler (1811-1877) war zunächst Jurist, bevor er sich auf Grund der Unterdrückung kirchlicher Rechte der Theologie zuwandte. Neben seiner pastoralen Arbeit als Bischof von Mainz (185o) bemühte er sich vor allem politisch-parlamentarisch um die Autonomie der Kirche. In den Jahren 1848 und 1849 war er Mitglied des Frankfurter Parlaments und von 1871 bis 1872 MdR. Berühmt wurde er vor allem durch seine Arbeiten zur Überwindung der Arbeiterfrage. Vgl. an neueren Arbeiten zu Ketteler

A.M. Birke, Bischof Ketteler und der deutsche Liberalismus. Eine Untersuchung über das Verhältnis des liberalen Katholizismus zum bürgerlichen Liberalismus in der Gründerzeit. Mainz 1971. A. Langner, Grundlagen des sozialethischen Denkens bei Wilhelm Emmanuel von Ketteler, in: A. Langner (Hrsg.), Theologie und Sozialethik im Spannungsfeld der Gesellschaft. Untersuchungen zur Ideengeschichte des deutschen Katholizismus im 19. Jahrhundert. München - Paderborn - Wien 1974, S. 61-112.

31) Adolf Kolping (1813-1865) wurde nach einer Schusterlehre Priester. Er widmete sich vor allem der herumziehenden Gesellen. Seine Idee der Gesellenvereine verbreitete sich schnell über ganz Deutschland. Vgl. an neuerer Literatur H.J. Kracht, Adolf Kolping und die Gründung der ersten Gesellenvereine in Westfalen, in: Studia Westfalica. Festschrift für Alois Schröer, hrsg. von M. Bierbaum. Münster 1973, S. 195-213; ders. Organisationen und Bildungsarbeit der katholischen Gesellenvereine (1846-1864) (= Die Arbeiterbewegung in den Rheinlanden, H. 3). Wentorf 1975. M. Hanke, Sozialer Wandel durch Veränderung des Menschen. Leben, Wirken und Werk Kolpings. Mülheim 1974.

32) Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler, Sämtliche Werke und Briefe I, 1, S. 19. Auch Ketteler empfahl gerade den katholischen Vereinen die Armenpflege. Vgl. auch G.Hupperz, Die Anfänge katholisch-politischer Vereinsbildung in Westfalen. Ein Beitrag zur Geschichte der katholisch-politischen Bewegung in den Jahren 1848 und 1849. Diss. phil. Münster 1926, S. 47.

33) Der Staatsphilosoph Heinrich Adam Müller (1779-1829) trat 1805 zur katholischen Kirche über. Im Jahre 1811 ging er in den österreichischen Staatsdienst und entwickelte dort seine antirevolutionäre, den Absolutismus bekämpfende Staatsidee. Nach seiner Staatsauffassung ist der Staat eine sittliche, aus dem Volksgeist hervorgegangene Persönlichkeit. Vgl. K.H. Grenner, Wirtschaftsliberalismus und katholisches Denken. Ihre Begegnung und Auseinandersetzung im Deutschland des 19. Jahrhunderts. Köln 1967, S. 175; dort seine Wirkungsgeschichte. Außerdem J. Buxa, Adam Müller. Ein Lebensbild aus den Befreiungskriegen und aus der deutschen Restauration. Jena 1930.

34) Franz von Baader (1765-1841) studierte Medizin und Naturwissenschaft. Im Jahre 1826 erhielt er einen Ruf an die Universität München, wo er philosophische Vorlesungen hielt. Sein Hauptarbeitsgebiet war die Religionsphilosophie. Die Erfahrung der sozialen Frage in der schon fortgeschrittenen Industrie Englands regte ihn zur Beschäftigung mit der Sozialphilosophie an. Vgl. F. Hartl, Franz Baader. Graz - Wien - Köln 1971.

35) B. Lelieveld, Die Wandlung der Ständeidee a.a.O., S. 140; vgl. auch F.J. Stegmann, Der soziale Katholizismus a.a.O., S. 25-30.

36) Vgl. dazu F.J. Stegmann, Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus a.a.O., S. 333-341; ders.,Von der ständischen Sozialreform a.a.O., S. 29-31; ders.,Der soziale Katholizismus und die Mitbestimmung in Deutschland. Vom Beginn der Industrialisierung bis zum Jahre 1933. (= Beiträge zur Katholizismusforschung. Reihe B. Abhandlungen). München - Paderborn - Wien 1974, S. 22-35.

37) Vgl. M. Berger, Arbeiterbewegung und Demokratisierung a.a.O., S. 12.

38) Franz Joseph Ritter von Buß (1803-1878) wurde nach dem Studium der Medizin, der Rechts- und Staatswissenschaften 1833 Professor der Staatswissenschaften. Von 1837-1840 und von 1846-1848 gehörte er dem badischen Landtag an, 1873 MdR. Vgl. A. Retzbach, Franz Joseph Ritter von Buß. Zu seinem 50. Todestag (31. Januar 1928). Mönchengladbach 1927. J. Dorneich, Der badische Politiker Franz Joseph Buß. Diss. Freiburg 1921.

39) Die Rede ist abgedruckt in: A. Retzbach, Franz Joseph Ritter von Buß a.a.O., S. 48-85.

40) Peter Franz Reichensperger (1810-1892) gehörte der preußischen Nationalversammlung und dem preußischen Abgeordnetenhaus an. 1870 gab er die entscheidenden Anregungen zur Gründung der Zentrumspartei. Er trat besonders im Kulturkampf hervor. Vgl. E. Herx, Peter Franz Reichensperger als Wirtschafts- und Sozialpolitiker. Bergisch-Gladbach 1933.

41) Noch bei der Beratung des Armengesetzes 1855 vertrat die katholische Fraktion die Ansicht, daß der Staat zur Armenfürsorge nicht verpflichtet sei, weil das Liebesgebot nicht gesetzlich geregelt werden könnte. Vgl. E. Ritter, Die katholisch-soziale Bewegung a.a.O., S. 24.

42) Dies scheint ein Grundzug der gesamten katholischen Arbeiterbewegung auch der Folgezeit zu sein. Für den Vormärz hat W. Schieder, Kirche und Revolution a.a.O., S. 443 am Beispiel der Trierer Wallfahrt 1848 nachgewiesen, daß sich die Standardformel der restaurativen Herrschaftsideologie "Ruhe und Ordnung" wie ein roter Faden durch die staatlich-kirchliche Korrespondenz" zieht. Es läßt sich am Beispiel des Aufstandes in Wuppertal 1848 beweisen, daß der Aufruhr gegen die staatliche Obrigkeit sogar mit dem Vorwurf des Atheismus bedacht wurde. M. Wichelhaus, Konfession und Revolution, in: K. Goebel /ders., Aufstand der Bürger. Revolution 1849 im westdeutschen Industriezentrum. Wuppertal 1974, S. 272 kommt zu dem Ergebnis, daß die Kirchen - und hier gibt es keinen Unterschied zwischen katholischer und evangelischer-"Gewalt nur der Obrigkeit" zustanden und den "Untertanengehorsam nicht nur der rechtmäßigen Gewalt, sondern auch der Vergewaltigung des Rechts durch die Machthaber" unterstellten.

43) Vgl. für den rheinisch-westfälischen Raum D. Dowe, Aktion und Organisation. Arbeiterbewegung, sozialistische und kommunistische Bewegung in der preußischen Rheinprovinz 182o bis 1852. Hannover 197o.

44) K. Koszyk, Das "Dampfboot" und der Rhedaer Kreis, in: Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung 2 (1958), S. 1-6o.

45) Vgl. D. Dowe, Organisatorische Anfänge der Arbeiterbewegung in der Rheinprovinz und in Westfalen bis zum Sozialistengesetz von 1878, in: J. Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr a.a.O., S. 55-6o.

46) Vgl. A. Herzig, Die Entwicklung der Sozialdemokratie in Westfalen bis 1894, in: Westfälische Zeitschrift 121(1971), S. 97-172.

47) Vgl. F. Meisenburg, Die Stadt Essen in den Revolutionsjahren 1848-49, in: Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen 59 (194o), S. 273.

48) Vgl. D. Dowe, Organisatorische Anfänge a.a.O., S. 64-66.

49) Vgl. H. Croon, Vom Werden des Ruhrgebietes a.a.O., S. 214.

5o) Georg Lorenz (1797-1876), Pfarrer in Waltrop ab 1834, stellvertretender Abgeordneter für die preußische Nationalversammlung. Vgl. W. Pülke, Geschichte der politischen Parteien im Kreise Recklinghausen von ihrer Entstehung bis zum Ende des Kulturkampfes (1848-1889). (=Vestische Zeitschrift, Bd. 41). Recklinghausen 1934, S. 45.

51) Ebd.; siehe auch W. Schulte, Volk und Staat, Westfalen im Vormärz und in der Revolution 1848/49. Münster 1954, S.566. Auch später wurden solche oder ähnliche Begriffe auf katholische Geistliche angewandt, die aktiv in der Arbeiterbewegung tätig waren. Vgl. dazu L. Anderl, Die roten Kapläne. Vorkämpfer der katholischen Arbeiterbewegung in Bayern und in Süddeutschland. München 1961. Eine biographische Arbeit über katholische Geistliche im westdeutschen Raum ist noch immer ein Desiderat. Ausnahmen sind die Arbeiten von H.Lepper, Kaplan Franz Eduard Cronenberg und die christlich-soziale Bewegung in Aachen 1868-1878 a.a.O., ders.,Sozialer Katholizismus in Aachen a.a.O. Siehe außerdem die Arbeit von H. Mockenhaupt, Weg und Wirken des geistlichen Sozialpolitikers Heinrich Brauns, München - Paderborn - Wien 1977. Interessant wäre vor allem eine Untersuchung über den Historiker Heinrich Volkert Sauerland (1839-191o), der während seiner Kaplanszeit in Dortmund (1865-1868) den Beinamen "Der rote Kaplan" erhielt. Erste Hinweise finden sich bei W. Liese, Necrologium Paderbornense. Totenbuch Paderborner Priester(1822-193o). Paderborn 1934, S. 446f.

52) Vgl. P. Möllers, Die politischen Strömungen im Reichstagswahlkreis Essen zur Zeit der Reichsgründung und des Kulturkampes 1867-1887. Diss. Bonn 1955, S. 27.

53) So war in der alten Knappschaftsordnung von 1766 folgende Forderung an den Bergknappen gestellt: "Das Bestreben eines Bergmanns muß dahin gerichtet sein, seinen ausgezeichneten Beruf getreu zu erfüllen, durch Sittlichkeit, Ordnung, Rechtschaffenheit und durch Gehorsam gegen seine Vorgesetzten sich und seinem Stande Ehre zu erwerben und das Vertrauen seiner Vorgesetzten zu erlangen." G. Adelmann, Quellensammlung, Bd. 1, S. 3o.

54) K. Tenfelde, Bergmännisches Vereinswesen im Ruhrgebiet während der Industrialisierung, in: J. Reulecke / W. Weber (Hrsg.) Fabrik - Familie - Feierabend a.a.O., S. 32o.

55) A. Serlo, Die Beschwerden gegen die neue Organisation der Knappschaftsvereine im Distrikte des Königl. Ober-Bergamts zu Dortmund; hier zit. nach G. Adelmann, Quellensammlung, Bd. 1, S. 117.

56) Vgl. dazu folgende Konfessionsstatistik, die von K. Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft a.a.O., S. 52 erstellt wurde. Die Zahlen beziehen sich auf die Bergarbeiterschaft des Jahres 1893. Dies ist insoweit gerechtfertigt, als die Verteilung der Konfessionen verhältnismäßig konstant blieb und der Bergbau die mit Abstand höchste Beschäftigungszahl aufweisen konnte. Die Prozentsätze weisen den evangelischen Bevölkerungsanteil aus, Juden und Sonstige können vernachlässigt werden:

Bochum Nord	49,1%	Hattingen	53,6%
Bochum Süd	64,0%	Herne	36,7%
Dortmund Süd	71,6%	Oberhausen	45,3%
Dortmund Ost	63,8%	Recklinghausen	3o,7%
Dortmund West	50,2%	Wattenscheid	47,7%
Essen Ost	43,6%	Werden	23,6%
Essen Süd	30,0%	Witten	81,8%
Gelsenkirchen	44,1%		

Für Essen ergibt sich für die Jahre 1871 und 1875 folgende Verteilung:

	1871		1875	
kath.	33.939	65,9%	34.581	63,1%
evang.	16.587	32,2%	19.184	35,0%
Juden	832	1,6%	901	1,6%
Sonstige	155	0,3%	186	0,3%

Vgl. Essener Chronik 19o7. Essen 19o8, S. 71 .

57) Vgl. O. Hue, Die Bergarbeiter, Bd. 2 a.a.O., S. 279.

58) Notiz in der Festschrift der KAB St. Antonius Freisenbruch zum 9ojährigen Bestehen, o.O.o.J. (1977); vgl. auch St. Antonius-Knappen-Verein an St. Laurentius, Essen-Steele, 1oojähriges Jubelfest 1856-1956, o.O.o.J. (Esen 1956).

59) Vgl. 1oo Jahre katholischer Knappen- und Arbeiterverein St. Lambertus, Essen-Rellinghausen 1857-1957 o.O.o.J. (Essen 1957).

6o) O. Hue, Die Bergarbeiter, Bd. 2 a.a.O., S. 28of., schätzt die Anzahl der gemischten Knappenvereine auf ungefähr 4o. Zum Vergleich gibt er die Anzahl der katholischen Knappenvereine mit über 1oo an. Die ältesten freien Knappenvereine entstanden erst am Ende der 6oer Jahre.

61) Vgl. 1857-19o7. Goldene Jubelfeier des St. Michael-Arbeitervereins zu Dusiburg-Meiderich am 27., 28. und 29. Juli 19o7. Festschrift, hrsg. im Auftrage des Vereins von Hubert Kampmann, Küster an St. Michael, Duisburg-Meiderich, o.O.o.J. (Duisburg 19o7). Die Geschichte des St. Michael-Arbeitervereins ist abgedruckt in: Texte zur katholischen Soziallehre II, 1. Dokumente zur Geschichte des Verhältnisses von Kirche und Arbeiterschaft am Beispiel der KAB. Bearb. von W. Klein, H. Ludwig, K.-J. Rivinius. Hrsg. vom Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Deutschlands. Kevelaer 1976, S. 295-3o4.

62) Sterbeladen gab es schon gegen Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts, so z.B. in Essen die katholische Bruderschaftssterbelade zu St. Gertrudis (gegr. 18oo), die Sterbelade der "Fetten Gilden-Bruderschaft" in Essen (gegr. um 179o), die Bruderschaftssterbelade in Essen (gegr. um 18oo) und die St. Laurentius-Sterbelade in Steele seit 1834. Vgl. Statistik des Kreises Essen für die Jahre 1859-1861. Essen 1863, S. 26o.

63) So in Rüttenscheid (1866), Stoppenberg (1865), Niederwenigern (1863), Osterfeld (1868), Bochum-Linden (1864), Recklinghausen (1867), Wanne-Eickel (1864), Dortmund (1866), Hörde (1868), Gelsenkirchen (1869).

64) Die Nachforschungen nach Protokollbüchern der frühen katholischen Knappenvereine des Ruhrgebietes war wenig ergiebig. Lediglich fünf Exemplare konnten gefunden werden: StaE, E. I 25: Protokollbuch des katholischen Knappenvereins Essen (186o); StaE, E. 23: Protokollbuch des Bergmanns-Vereins Überruhr, (1861) Bd. 1 u. 2; Pfarrarchiv St. Mauritius, Niederwenigern: Protokollbuch des St. Antonius-Knappen-Vereins (1863); Pfarrarchiv St. Nikolaus, Essen-Stoppenberg, Nr. 255: Protokollbuch des Knappenvereins (1865) Bd. 1; ebd., Nr. 256: Protokollbuch des Knappenvereins Bd. 2.

65) Pfarrarchiv St. Nikolaus, Essen-Stoppenberg, Nr. 255: Protokollbuch des Knappenvereins, Bd. 1.

66) Die Mitglieder des im Jahre 1861 gegründeten Vereins der katholischen Bergleute zu Überruhr wurden durch den § 5 der Vereinsstatuten verpflichtet, fünfmal im Jahr zur gemeinschaftlichen Kommunion zu gehen und zwar:

1. am Feste Maria Lichtmeß
2. am Palmsonntag
3. am Sonntag nach dem Fest des hl. Antonius
4. am hl. Schutzengelfest
5. am Fest der unbefleckt empfangenen Jungfrau Maria am 8. Dezember

67) In der Frühphase der konfessionellen Arbeiter- und Knappenbewegung lassen sich im Ruhrgebiet nur wenige Vereine mit dem Beinamen "St. Barbara" nachweisen. Vgl. etwa Katholischer Knappenverein St. Barbara in Recklinghausen, Pfarrei St. Peter, gegr. 1867; Knappenverein St. Barbara in Dortmund, gegr. 1872; Knappenverein St. Barbara zu Gladbeck, gegr. 187o. Die Angabe von Krins, Die neuere Barbaraverehrung in Nordrhein-Westfalen. Ein Beitrag des Ostens zur Volkskunde Westdeutschlands, in: Jahrbuch für Volkskunde der Heimatvertriebenen 2 (1956), S. 162, daß der erste Knappenverein mit dem Namen "St. Barbara" in Wanne-Eickel bestanden haben soll und zwar schon 1864, darf bezweifelt werden, weil der dortige Knappenverein ursprünglich dem hl. Joseph geweiht war. Vgl. dazu Festschrift zur 1oo. Jubelfeier des Katholischen Arbeiterbewegung "St. Barbara" Wanne-Eickel (St. Marien) am 3o., 41. Mai und 1., 2. Juni 1964. o.O.o.J. (Wanne-Eickel 1964). Zur Verehrung Barbaras als Schutzpatronin der Bergleute s. außerdem: Die Barbaraverehrung in Castrop-Rauxel, in: Kultur und Heimat. Castrop-Rauxel 7. Jg., 1955, Nr. 5; St. Barbara, Patronin des Bergbaus, in: Westfalenspiegel. Dezember 1955.

68) M.N. Ebertz, Herrschaft in der Kirche a.a.O., S. 1o5.

69) Zit. nach A. Kalis, Die Geschichte der Arbeiter- und Knappenbewegung im Ruhrgebiet, a.a.O., S. 32.

7o) § 4 der Statuten des Vereins katholischer Bergleute zu Überruhr, 1861, in: LHAK 4o3, 8376, Bl. 177.

71) Protokollbuch des St. Antonius-Knappen-Vereins zu Niederwenigern.

72) Dies wird durch die Statuten aller katholischen Knappenvereine und auch Arbeitervereine bestätigt. Normalerweise war dies unproblematisch. Es lassen sich jedoch auch Fälle eines gespannten Verhältnisses zwischen geistlichen Präsides und Vereinsmitgliedern nachweisen.

73) Dies kann an Hand des Protokollbuches des Knappenvereins zu Essen-Stoppenberg belegt werden. Auch die verschiedenen Festschriften, in denen sich manchmal Zeitungsauszüge finden, legen dies nahe. Vgl. auch Protokollbuch des katholischen Knappenvereins Essen, in: STaE, E I 25. Die Themen

einzelner Vorträge des Präses lauteten: "Die französische Revolution und Napoleon I. im Kampf gegen die katholische Kirche" (S. 8); "Passionsspiel in Oberammergau" (S. 19); "Das Leben und Wirken Kolpings" (S. 23)

74) Vgl. dazu K. Tenfelde, Das Fest der Bergleute. Studien zur Geselligkeit der Arbeiterschaft während der Industrialisierung am Beispiel des deutschen Bergbaus, in: G.A.Ritter (Hrsg.), Arbeiterkultur. Königstein 1979, S. 2o9-246.

75) Siehe dazu das Protokollbuch des St. Antonius-Knappen-Vereins sowie die zur Geschichte der katholischen Arbeiterbewegung im Raume Bochum recht informative Schrift von C.Kreuzer, Mit Kreuz und Hammer a.a.O., S. 14.

76) Meistens waren es Ehrenmitglieder, die zur gehobenen Bürgerschicht gehörten. Diese Einrichtung hat sich bis zum "Gewerkverein christlicher Bergarbeiter für den Oberbergamtsbezirk Dortmund" im Jahre 1894 gehalten.

77) Vgl. Gerechtigkeit schafft Frieden. Festschrift aus Anlaß des loojährigen Jubiläums der Katholischen Arbeiter-Bewegung St. Ludgerus, Essen-Rüttenscheid o.O.o.J. (1968).

78) Vgl. CSBl 3 (187o), S. 13.

79) Ebd., vgl. außerdem für das Gebiet des Erzbistums Paderborn H. Marx, Die Geschichte der katholischen Arbeiterbewegung und ihrer Vereine in der Erzdiözese Paderborn von ihren Anfängen bis Herbst 1933. Eine Materialsammlung. Bödefeld 1967, S. 4. Für Gladbeck siehe: Gladbecker Volkszeitung 16.1o.1932, in: StaGl 45 s 131.

8o) C. Kreuzer, Mit Kreuz und Hammer a.a.O., S. 19; siehe auch: Katholische Kirche Bochum. Informationen - Initiativen - Ideen. Hrsg. vom Katholikenausschuß in der Stadt Bochum. Bochum 1975, S. 82.

81) Vgl. 1868-1958. 9o Jahre KAB St. Pankratius Osterfeld. o.O.o.J. (1958).

82) Für das Dekanat Essen konnten folgende Zahlen ermittelt werden:

Jahr	Katholiken	Pfarreien bzw. Nebenkirchen	Geistliche
185o	38.648	22	o. Angabe
1854	43.9o9	2o	o. Angabe
1857	51.918	21	o. Angabe
186o	63.528	23	o. Angabe
1863	68.867	11	47
1866	83.96o	11	52
1869	1o4.497	11	58
1872	1o3.1o1	11	69
1878	142.838	11	63

(Angaben nach Handbuch für das Erzbistum Köln für die Jahre 185o bis 1878).

83) CSBl 3 (187o), S. 13.

84) Ebd.; im Erzbistum Paderborn wurde ein solcher Zusammenschluß der katholischen Knappenvereine im Jahre 187o versucht, jedoch ohne Erfolg. Vgl. H. Marx, Die Geschichte der katholischen Arbeiterbewegung a.a.O., S. 5.

85) So antwortete der Bürgermeister von Bochum am 7.4.1865 auf die Anfrage des Landrates, daß "die Koalitionsfreiheit ... kaum üble Folgen haben" kann, während der Bürgermeister von Witten mit dem Hinweis auf die Agitation der Arbeiter, übertriebene Lohnforderungen und Verschärfung der Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Koalitionsfreiheit ablehnte. (12.4.1865); vgl. StaBo, LRB VIII, 422.

86) Im Königreich Sachsen wurde das Koalitionsverbot bereits 1861 aufgehoben und 1869 auf den Norddeutschen Bund ausgeweitet. Vgl. dazu HdSt^3, 191o, Bd. 5, S. 894.

87) Ferdinand Lasalle (1825-1864), entstammte einer jüdischen Kaufmannsfamilie aus Breslau, wandte sich nach philosophischen Studien der politischen Tätigkeit zu. Großen Einfluß übte er vor allem durch die Formulierung und Verbreitung seiner Theorie des "Ehernen Lohngesetzes" und die Idee der Produktiv-Assoziationen aus, für die er staatliche Unterstützung forderte. Sein Verhältnis zu Marx und Engels war immer gespannt, obwohl er sich als Marx-Schüler bezeichnete. Mit der Gründung der ADAV und der Agitation für diesen gab er der Arbeiterbewegung eine parteipolitische Stoßkraft, die je nach Weltanschauung unterschiedlich beurteilt wird. Vgl. S. Na'aman, Lassalle. Hannover 197o.

88) Vgl. dazu B. Andréas, Zur Agitation und Propaganda des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 1863/1864, in: Archiv für Sozialgeschichte 3 (1963), S. 297-423; siehe ferner A. Herzig, Ferdinand Lassalle und die Arbeiterbewegung im märkischen Industriegebiet, in: Der Märker 22(1973), S. 69-75, ders., Die Entwicklung der Sozialdemokratie in Westfalen bis 1894, in: WZ 121 (1971), S. 97-172.

89) J. Schindlmayr-Reyle, Die Arbeiterbewegung in der Rheinprovinz 185o-1862 Diss. Köln 1969, S. 158.

9o) Karl Wilhelm Tölcke, geb. am 31.5.1817 in Eslohe, gest. am 3o.11.1893 in Dortmund war der Sohn eines Försters. Schon im Vormärz beteiligte er sich an Vereinsgründungen, die eine demokratische Ausrichtung aufwiesen. Nach 1848 wurde er Beisitzer des Iserlohner demokratischen Vereins, dem vorwiegend Bergarbeiter angehörten. Später wandte er sich der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zu, dessen herausragender Kopf im Ruhrgebiet er wurde. Im Jahre 1881 wurde er als Reichstagskandidat in Dortmund aufgestellt, verlor jedoch. Auch 1889 konnte er sich nicht durchsetzen. Von Seiten der Behörden wurde er folgendermaßen beurteilt:

"Tölcke ist der Vater der westfälischen Sozialdemokraten und ein ebenso bösartiges wie fähiges und deshalb im höchsten Grade gefährliches Subjekt. Namentlich versteht er es meisterhaft, die Massen durch seine Reden in öffentlichen Versammlungen, in denen er im Laufe des Frühjahres wöchentlich auftrat, aufzuregen und zu fanatisieren." So der Regierungspräsident von Arnsberg am 11.8.1878. Abgdr. in: Archivalische Forschungen zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 3/II: Der Kampf der Deutschen Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878-189o. Die Tätigkeit der Reichs-Commission. Hrsg. von L. Stern. Berlin (Ost) 1956, S. 7o7. Zu Tölcke siehe auch K. Koszyk, Der Märkische Arbeiterführer Karl Wilhelm Tölcke, in: Der Märker 12 (1963), S. 94-98.

91) Wilhelm Hasenclever, geb. am 19.4.1837 in Arnsberg, gest. am 3.7.1889 in Berlin-Schöneberg, war langjähriger Redakteur der demokratischen "Westfälischen Volkszeitung" in Hagen. 1868 wurde er Kassierer des ADAV, 1871 Präsident. Im Jahre 1869 gelangte er bei der Nachwahl in Duisburg in den Norddeutschen Reichstag und 1874 für den Wahlkreis Altona in den Reichstag. Er war Mitherausgeber des Parteiorgans "Der Social-Demokrat". Vgl. NdB, Bd. 8, S. 31.

92) Vgl. D. Dowe, Organisatorische Anfänge a.a.O., S. 7o; siehe auch H. Averdunk / W. Ring, Geschichte der Stadt Duisburg a.a.O., S. 211.

93) Vgl. dazu vor allem P. Möllers, Die Essener Arbeiterbewegung in ihren Anfängen, in: Rheinische Vierteljahresblätter 25 (196o), S. 42-65; ders., Politische Strömungen a.a.O., S. 73-8o.

94) Wahlergebnis der Wahlen am 31.8.1867 und 7.9.1867

	31.8.1867 Stimmen	7.9.1867 (Stichwahl) Stimmen
Hasenclever	1.733	3.419
Devens	2.14o	4.o52

95) Abgdr. bei: H. Imbusch, Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisationen a.a.O., S. 685-688; hier findet sich auch die ablehnende Antwort des Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten von Itzenplitz vom 16.11.1867. Tölcke hat später selbst zugegeben, der Petition nahegestanden zu haben. Vgl. D. Dowe, Organisatorische Ansätze a.a.O., S. 91, Anm. 15.

96) Vgl. VbI, Jahresbericht 1868, S. 28; VbI, Jahresbericht 1869, S. 3o.

97) Vgl. dazu die Streiktabelle bei K. Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft a.a.O., S. 63o; dort auch weiterführende Literatur zu den Streiks.

98) Die preußische Regierung führte nach dem Scheitern der Revolution 1849 wieder das Dreiklassenwahlrecht ein. Die

Wähler wurden nach der von ihnen zu entrichtenden Steuer in drei Wahlabteilungen eingeteilt. Dadurch wurde sichergestellt, daß die kleine Zahl der Großverdiener (4% der Bevölkerung) ebensoviel Abgeordnete und Wahlmänner stellte wie die stärkste Gruppe der Kleinverdiener (8o% der Bevölkerung). Da die Wahlen zudem öffentlich durchgeführt wurden, war die Kontrolle nahezu perfekt.

99) So lautete in abgewandelter Form die Schlagzeile der Essener Zeitung vom 24.8.1867. Vgl. Essener Zeitung 27.8. 1867.

1oo) Vgl. Bericht von einer Wählerversammlung der katholischen Partei am 25.8.1867 in: Essener Zeitung 27.8.1867.

1o1) Vgl. etwa Kettelers Ausführungen zum ehernen Lohngesetz und zur Produktivassoziation in: "Die Arbeiterfrage und das Christentum", in: Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler, Sämtliche Werke und Briefe, I, 1, S. 365-515; hier besonders S. 377-379; 449-455.

1o2) Vgl. u.a. F.J. Stegmann, Von der ständischen Sozialreform zur staatlichen Sozialpolitik a.a.O., S. 132-134.

1o3) Vgl. Texte zur katholischen Soziallehre II, 1, S. 218.

1o4) Ebd., S. 22o.

1o5) Vgl. Essener Zeitung 27.8.1867.

1o6) Die kirchliche Gegnerschaft zum ADAV ging dabei so weit, daß katholischen Arbeitern von ihren Pfarrern die Absolution verweigert wurde, weil sie Mitglied des ADAV waren. Vgl. dazu den Brief Mülheimer Arbeiter am 21.5.1866 an Bischof Ketteler, in: Texte zur katholischen Soziallehre II, 1, S. 218.

1o7) Peter Hubert Juchem, geb. am 14.8.1827 in Burscheid, Priesterweihe am 4.9.1863, war Kaplan in Viersen und Steele, wo er sich besonders als Krankenhausgeistlicher auszeichnete; 187o wurde er Pfarrer in Bonderath und trat 1887 in den Trappistenorden ein. Siehe dazu R. Haas, Der Neubau der Steeler Laurentiuskirche 1869-1875 (Ein Beitrag zur Steeler Pfarrgeschichte im 19. Jahrhundert), in: Das Münster am Hellweg 28 (1975), S. 261.

1o8) Gerhard Stötzel, geb. am 4.12.1835 in Grissenbach, war mehrere Jahre Metallarbeiter bei Krupp, ehe er in die Redaktion des "Rheinisch-Westfälischen Volksfreundes" eintrat. 1877 wurde er in Essen in den Reichstag gewählt. Dieses Mandat behielt er mit kurzer Unterbrechung von 1893-1898 bis zum Jahre 19o5.Er war der erste Abgeordnete in den Reihen des Zentrums aus der Arbeiterschaft und starb am 1.6.19o5. Vgl. M. Schwarz, MdR, S. 474. Siehe auch H. Schröter, Gerhard Stötzel, Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Essen, Stadt und Land, von 1877-19o5, in: Das Münster am Hellweg 31 (1978), S. 67-74.

109) Matthias Wiese (1833-1909), Fabrikbesitzer in Werden und Führer der Zentrumspartei des Ruhrgebietes, vielfach auch auf der Ebene der Katholikentage tätig. Vgl. Beiträge zur Geschichte des Stiftes Werden 14 (1910), S. 136-138.

110) Vgl. W. Köllmann, Vom Knappen zum Bergarbeiter a.a.O., S. 36.

Anmerkungen zu
2.Der"Christliche Arbeiter-Verein" von Essen

1) Vgl. Katholikentag 1863, S. 229-248; J. Kissling, Geschichte der Katholikentage, Bd. 1. Münster 1920-1923, S.392-394; 437f; E. Filthaut, Deutsche Katholikentage 1848-1958 und die soziale Frage. Essen 1960, S.46f.

2) Vgl. E. Ritter, Die katholisch-soziale Bewegung a.a.O., S. 79.

3) Vgl. Ketteler, Sämtliche Werke und Briefe, I, 1, S. 367-515; in Auszügen auch bei E. Iserloh /C. Stoll, Bischof Ketteler in seinen Schriften. Mainz 1977, S. 74-96 ; vgl. auch Texte zur katholischen Soziallehre II, 1, S. 116-217;

4) F.J. Stegmann, Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus a.a.O., S. 353.

5) Vgl. Ketteler, Sämtliche Werke und Briefe I, 2, S. 406-428; auszugsweise auch bei E. Iserloh /C. Stoll, Bischof Ketteler a.a.O., S. 128-142; siehe auch Texte zur katholischen Soziallehre II, 1, S. 241-262.

6) Ketteler hatte im Gegensatz zu Lassalle die Produktiv-Assoziationen auf freiwilliger Basis finanzieren wollen. Eine staatliche Subvention hatte er abgelehnt. Die Enttäuschung über die mangelnde Bereitschaft der Katholiken, dieses soziale Reformprogramm mitzutragen, hatte ihn eines Besseren belehrt. Schon in seiner Ansprache anläßlich der Festfeier des Mainzer Gesellenvereins vom 19.11.1865 hatte er die Notwendigkeit der Staatshilfe wie der Selbsthilfe betont; vgl. Ketteler, Sämtliche Werke und Briefe I, 1, S. 685-688.

7) Franz Xaver Schulte (1833-1891), Professor der Philosophie und Geschichte in Paderborn (1866-1873), Domkapitular und Geistl. Rat (1884). Professor für Kirchengeschichte in Paderborn (1887-1889), Generalvikar des Bistums Paderborn. Vgl. W. Liese, Necrologium Paderbornense a.a.O., S. 502f. Zu seiner Rede siehe Katholikentag 1869, S. 156-164; zum gesamten Katholikentag J. Kissling, Geschichte der deutschen Katholikentage, Bd. 1 a.a.O., S. 413; E. Ritter, Die katholisch-soziale Bewegung a.a.O., S. 80. Ein Beitrag zur Geschichte der katholisch-sozialen Bewegung. Diss. Bonn 1972, S. 299-312.

8) Ernst Maria Lieber (1838-1902), Vorsitzender der Zentrumsfraktion im deutschen Reichstag (1891-1902), Präsident des Katholikentages in München (1885), MdR (1871-1902). Vgl. Staatslexikon, Bd. 5, Sp. 393f. Seine Rede auf dem Katholikentag findet sich in: Katholikentag 1869, S. 239-245.

9) Burghard Freiherr von Schorlemer-Alst (1825-1895), Gründer der Bauernvereine, langjähriges Mitglied des deutschen Reichstages. Vgl. K. Gerland, Burghard Freiherr von Schorlemer-Alst (1825-1895), in: Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien. Bd. 1 , Münster 1932, S. 123-138.

1o) Georg Groneid, geb. am 28.11.1839 in Recke, Priesterweihe am 28.2.1865 in Münster, im gleichen Jahr Hilfsgeistlicher in Münster St. Lamberti und Missionspfarrer in Bremen; später wurde er Pfarrer in Twistringen, wo er am 15.1.19o5 starb; lt. Auskunft des Diözesanarchivs Münster.

11) Vgl. CSBl 2 (1869), S. 167.

12) Siehe dazu F.G. Hohmann, Die Versammlung der Katholiken Rheinlands und Westfalens in Dortmund 1867, in: P.W. Scheele (Hrsg.), Paderbornensis ecclesia. Beiträge zur Geschichte des Erzbistums Paderborn. Festschrift für Lorenz Kardinal Jäger zum 8o. Geburtstag am 23. September 1972. München - Paderborn - Wien 1972, S. 495-514.

13) CSBl 1 (1868), S. 56.

14) Joseph Schings (1837-1876) wurde am 13.1.1869 verantwortlicher Redakteur und Herausgeber der "Christlich-Socialen Blätter". In der Mitte der 7oer Jahre zog er sich von dieser Arbeit zurück und wurde Hausgeistlicher der Karmeliterinnen in Aachen. Vgl. H. Pflipps, Rektor Joseph Schings, Aachen. Ein Schrittmacher der katholischen Arbeiterbewegung, in: Festschrift aus Anlaß des Dreißigjährigen Bestehens des Bezirksverbandes Aachen der katholischen Arbeitervereine. 1918, S. 31-36.

15) Nikolaus Schüren war Sekretär des Gewerberates für Aachen und Burtscheid; in späteren Jahren Sekretär der städtischen Armenverwaltung. Er war 186o mit einer Arbeit zum Handwerkerproblem hervorgegangen: N. Schüren, Zur Lösung der sozialen Frage. Leipzig 186o; zu Schüren siehe H. Lepper, Sozialer Katholizismus a.a.O., S. 51 u. 37o.

16) Vom 27.7.1868 bis zum 15.12.1871 trugen die CSBl den Untertitel "Organ der christlich-socialen Partei ".

17) CSBl 1 (1868), S. 56.

18) Ebd., S. 72.

19) Ebd., S. 82f.

2o) Ebd., S. 82.

21) O. Hue, Die Bergarbeiter, Bd. 2 a.a.O., S. 1.

22) H. Lepper, Sozialer Katholizismus a.a.O., S. 68f.

23) Siehe dazu J. Schings, Die christlich-sociale Partei in ihren Bestrebungen dargestellt in dem Entwurfe zu einem christlichen Arbeiter-Katechismus und dem Bericht über die erste General-Versammlung der christlich-socialen Vereine Rheinlands und Westfalens zu Elberfeld am 6., 7. und 8. März 187o. Aachen 187o.

24) Ebd., S. 16.

25) Vgl. W. Kulemann, Die Berufsvereine, Bd. I, 2. Jena 19o8, S. 324; L. Heyde, Abriß der Sozialpolitik. Heidelberg 12 1966, S. 33.

26) Marx-Engels-Briefwechsel, Bd. IV. Berlin (Ost) 195o, S.572.

27) Vgl. dazu die Arbeiten von H. Lepper. Die folgenden Ausführungen stützen sich, sofern nicht anders angegeben, auf seine Untersuchungen.

28) So in dem Statut des Vereins, das auszugsweise bei H. Lepper, Sozialer Katholizismus a.a.O., Nr. 3 abgedruckt ist.

29) Eduard Cronenberg (1836-1897), Kaplan St. Adalbert in Aachen. Vorsitzender des "Arbeitervereins zum Hl. Paulus für Aachen und Burtscheid". Nach seiner Haftentlassung zog er sich von der politischen Arbeit zurück.

3o) Hermann Joseph Litzinger (1839-1889), Dr. theol., war nach dem Studium der Theologie und Philosophie in Tübingen und Münster in Aachen tätig.

31) Johannes Laaf (184o-19o6), Priesterweihe 1866, war bis 1871 Vizepräses des Aachener Arbeitervereins zum Hl. Paulus; 1872-1887 Kaplan in Essen, St. Johannes; 1887-1889 Vikar in Würselen; 1889-1891 Vikar in Elsdorf. Die 1891 angetretene Pfarrstelle in Reetz mußte er schon bald wieder aus Krankheitsgründen aufgeben. 1891 war er gesundheitlich soweit wieder hergestellt, daß er eine Rektoratsstelle in Etzweiler antreten konnte. 19oo wurde er Pfarrer in Berg; 19o5 Pfarrer in Angelsdorf. Dort starb er 19o6. Historisches Archiv des Erzbistums Köln, Sammlung Personalia.

32) A. Erdmann, Die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland a.a.O., S. 94.

33) Vgl. F. Focke, Sozialismus aus christlicher Verantwortung a.a.O., S. 4o.

34) Der Vortrag von Prof. Schulte auf dem Düsseldorfer Katholikentag war in mehreren Folgen in der"Essener Volkszeitung" abgedruckt worden. Vgl. EVZ 1o.9.1869; 12.9.1869; 17.9.1869.

35) Friedrich Christian Klausmann (1839-1922), Priesterweihe 1866, anschließend Kaplan in St. Gertrud (Essen), 1871 Kaplan von St. Mauritius in Köln, 1893 Pfarrer von Stommeln. Historisches Archiv des Erzbistums Köln. Sammlung Personalia.

36) Vgl. EVZ 29.1.187o; siehe auch P. Möllers, Politische Strömungen a.a.O., S. 191

37) Trotz intensivster Nachforschungen in staatlichen und kirchlichen Archiven konnte ein vollständiges Exemplar der Statuten des Essener christlichen Arbeitervereins nicht gefunden werden. Lediglich bei H. Imbusch, Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisationen a.a.O., S.194 und in CSBl 7 (1874), S. 171 können einzelne Passagen des Statutenentwurfs nachgelesen werden. Das bei H. Imbusch, Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisationen a.a.O., S. 67o abgedruckte Statut des christlich-sozialen Arbeitervereins von Gelsenkirchen stammt aus dem Jahre 1882 und kann deshalb kein Ersatz für das Essener Statut sein. Die hier zitierten Paragraphen stammen aus CSBl 7 (1874), S. 171.

38) Vgl. E. Ritter, Die katholisch-soziale Bewegung a.a.O., S. 69f.

39) Vgl. EVZ 9.3.187o; 15.3.187o; 16.3.187o; siehe außerdem E. Ritter, Die katholisch-soziale Bewegung a.a.O., S. 75. Aus dem Ruhrgebiet waren außerdem noch christlich-soziale Vereine aus Wattenscheid, Bochum, Recklinghausen und Gelsenkirchen vertreten.

4o) Ob auch schon zu dieser Zeit persönliche Verbindungen zwischen Essen und Aachen bestanden, kann an Hand der Quellen nicht bestätigt werden. Die von A. Thun, Die Socialpolitik des deutschen Katholizismus, in: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirthschaft im Deutschen Reich 6 (1882), S. 851 und E. Naujoks, Die katholische Arbeiterbewegung und der Sozialismus in den ersten Jahren des Bismarck'schen Reiches. Berlin 1939, S. 97 aufgestellte These, daß Dr. Litzinger, der wohl intelligenteste Kopf in dem Aachener Dreigespann Cronenberg, Laaf, Litzinger, in den Jahren 187o und 1871 an der Leitung des Essener Arbeitervereins beteiligt war und auf Betreiben der Essener Jesuiten nach Aachen versetzt wurde, kann weder durch die lokale Presse noch durch Behördenakten bestätigt werden.

41) Der Name wurde von Seiten des Arbeitervereins nicht benutzt. Er taucht jedoch so in der Lokalpresse und den Behördenakten auf.

42) Dr. Joseph Krebs (1823-189o), Schriftsteller, Mitgl. des Abgeordnetenhauses 1858, MdR März 1871 - Januar 1874 WK 5 Düsseldorf. (Zentrum). Vgl. M. Schwarz, MdR a.a.O., S.376.

43) Vgl. P. Möllers, Politische Strömungen a.a.O., S. 18o.

44) Vgl. P. Möllers, Politische Strömungen a.a.O., S. 187. Erklärend hierzu mag auch die Aussage im Jahresbericht 187o des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund sein, daß "socialistische Umtriebe(...) mehr und mehr an Boden verloren" haben. Vgl. VbI, Jahresbericht 187o, S. 3o.

45) Die von P. Möllers, Politische Strömungen a.a.O., S. 192 genannte Zahl von 4.ooo Mitgliedern trifft nur dann zu, wenn man sämtliche Knappenvereine des Dekanates Essen dem Essener Arbeiterverein hinzuzählt. Dies scheint trotz gegenteiliger Vermutung (u.a. K. Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft a.a.O., S. 468) 1871 noch nicht der Fall gewesen zu sein. Ein engerer Zusammenschluß bei gleichzeitig organisatorischer Autonomie wurde erst nach dem Streik 1872 vorgenommen.

46) Johann Nikolaus Mosler, Dr. phil., geb. am 15.5.1833 in Düsseldorf, wurde am 2.4.187o zum Priester geweiht. Anschließend wurde er an der Pfarrei St. Johannes in Essen Kaplan. 1872 trat er zur altkatholischen Kirche über und übernahm eine Gemeinde in Boppard. Lt. Auskunft des Historischen Archivs des Erzbistums Köln.

47) Ab 1875 nannten sie sich "Rheinisch-Westfälischer Volksfreund", dann nur noch "Volksfreund." Leider ist die Zeitung bis auf wenige Nummern verloren gegangen.

48) Über die Verhandlungen der Sozialen Sektion liegen keine Protokolle vor. Deshalb ist hier der Bericht in CSBl 4 (1871), S. 183 die einzige Unterlage.

49) CSBl 4 (1871), S. 183. Die CSBl ihrerseits druckten einen Artikel aus dem "Literarischen Handweiser" ab, der die "Essener Blätter" als "ein wahres Scandalum" bezeichnete. Sowohl von P. Möllers, Politische Strömungen a.a.O. wie auch von H. Lepper, Sozialer Katholizismus a.a.O. wird die Rolle der "Essener Blätter" unterschlagen.

5o) Abgedr. in: CSBl 4 (1871), S. 183.

51) Vgl. dazu Z. Schmidt, Die Vertreibung der Jesuitenpatres - erster Höhepunkt des Kulturkampfes in Essen, in: Das Münster am Hellweg 25 (1972), S. 129-146; E. Schulte, Vom Kulturkampf im Ruhrgebiet 1871-1886, in: Das Münster am Hellweg 2o (1967), S. 79-9o.

52) Essener Blätter 1872, Nr. 95 und 96.

53) EVZ 28.4.1872.

54) EVZ 4.5.1872.

55) EVZ 5.5.1872.

56) Der Bruder von Dr. Mosler, Leonhard, der wohl die "Essener Blätter" herausgab, hatte sich geweigert, eine Stellungnahme gegen seinen Bruder in den "Essener Blättern" abzudrucken.

57) EVZ 19.5.1872.

58) Vgl. H. Lepper, Sozialer Katholizismus a.a.O., S. 82. Bereits in Aachen hatten Cronenberg und Laaf eine Versammlung der Lassalleaner gesprengt.

59) HSTAD RD 30429, Bl. 85f: RD/Innenminister 12.9.1878.

60) HSTAD RD 306, Bl. 21f: Was an den gegenüber Laaf geäußerten Anschuldigungen stimmt, konnte nicht mit Sicherheit überprüft werden. Auch ist nicht bekannt, ob Erzbischof Melchers von Köln darauf reagiert hat. In die gleiche Richtung wie dieses Spottgedicht geht auch K. Bachem, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei. Zugleich ein Beitrag zur Gesichichte der katholischen Bewegung sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschlands 1815-1914. Nebst einem kurzen Überblick über die Zeit von 1914-1930. 8 Bde. Köln 1927-1931, hier Bd. 3, S. 109: "... Kaplan Laaf, an sich ein tüchtiger Sozialpolitiker und eifriger Priester, ging den Gefahren des Trinkens nicht genügend aus dem Wege." Vgl. auch die Charakteristik bei H. Lepper, Sozialer Katholizismus a.a.O., S. 75; dort auch ein Bild von Laaf (S. 74); vgl. auch E. Naujoks, Die katholische Arbeiterbewegung und der Sozialismus a.a.O., S. 98.

61) Zit. nach H. Lademacher, Vom Arbeiterverein zur Massenpartei, in: W. Först (Hrsg.), Politik und Landschaft. Köln - Berlin 1969, S. 69.

62) K. Hartmann, Der Weg zur gewerkschaftlichen Organisation a.a.O., S. 40.

63) Zum Verlauf des Kongresses und zu seinen Resolutionen siehe die aus der Zeitschrift "Echo der Gegenwart" abgedruckten Berichte, in: H. Lepper, Sozialer Katholizismus a.a.O., Nr. 17.

64) Ebd., S. 55.

65) Vgl. B. Hermans, Das Problem der Sozialpolitik und Sozialreform auf den deutschen Katholikentagen 1848 bis 1891 a.a.O., S. 374.

66) Vgl. dazu die von K. Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft a.a.O., S. 603 übernommenen Angaben. Ähnliche Daten auch bei K. Hartmann, Der Weg zur gewerkschaftlichen Organisation a.a.O., S. 221f. und E. Jüngst, Festschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund in Essen 1858-1908. Essen 1908, S. 5.

67) Genaue Zahlen bei O. Hue, Die Bergarbeiter a.a.O., Bd. 2, S. 305.

68) Nach einer Statistik, die der Vorstizende des VbI, Dr.Friedrich Hammacher am 14. Oktober 1872 dem Essener OB Hache vorlegte, verfügten in Essen nur die Zechen "Graf Beust" und "Hoffnung" über Werkswohnungen. Es handelte sich dabei um insges.15 Häuser mit 38 Wohnungen; vgl. E. Schmidt, Erster Massenstreik der Bergleute. Essen im Jahre 1872, in: Das Münster am Hellweg 25 (1972), S. 111. Ende 1872 besa-

ßen im gesamten Oberbergamtsbezirk Dortmund 6o Vereinszechen mit einer Belegschaft von 24.ooo Bergleuten 487 Arbeiterhäuser mit 1.434 Familienwohnungen; vgl. E.Jüngst, Festschrift a.a.O., S. 137. Bei diesen Angaben ist zudem zu berücksichtigen, daß bis in die 9oer Jahre der Werkswohnungsbau auf besondere Arbeitergruppen beschränkt war. In den Genuß solcher Wohnungen kamen nur Inhaber von Leitungsfunktionen und technisches Personal.

69) Die Beschränkung auf den Zeitraum 1868-1871 ist notwendig, um den 72er Streik zu erklären.

7o) Zum Streik 1872 siehe M.J. Koch, Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet a.a.O., S. 27-3o; H.G. Kirchhoff, Die staatliche Sozialpolitik a.a.O., S. 21-24; K. Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft a.a.O., S.47o-486; H. Imbusch, Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisation a.a.O., S. 236-244. E. Schmidt, Erster Massenstreik der Bergleute, a.a.O., S. 1o7-128; O. Hue, Die Bergarbeiter a.a.O., Bd. 2, S. 3o4-339.

71) Vgl. EVZ 24.5.1872.

72) Vgl. EVZ 26.5.1872.

73) Vgl. EVZ 29.5.1872. Diese Versammlung wurde von der Polizei aufgelöst, weil ein Nicht-Bergmann sprach, was den Verdacht der politischen Versammlung nahelegte.

74) Vgl. EVZ 24.5.1872.

75) Vgl. EVZ 4.6.1872.

76) Vgl. Glückauf 21.7.1872.

77) Vgl. M.-L. Lehmkühler, Streik als soziale Krise des Großbetriebes. Eine historisch-soziologische Studie über den Ruhrbergbau, in: Soziale Welt 3 (1951/52), S. 147 wertet diesen Streik als eine spontane Erhebung. M.E. stimmt dieses Urteil jedoch nur unter dem Gesichtspunkt des Defizits einer deutlich ausgebildeten Organisation, nicht aber unter dem Aspekt der Streikführung und des formalen Streikbeschlusses.

78) Vgl. EVZ 7.6.1872.

79) Vgl. EVZ 11.6.1872; 12.6.1872.

8o) Da die Teilnehmerzahl zu groß war, fanden zwei Versammlungen statt; zur gleichen Zeit tagten die Belegschaften einiger Zechen von Duisburg in Oberhausen.

81) Vgl. EVZ 2o.6.1872.

82) Der Verein wurde am 2o.11.1858 gegründet. Zur Geschichte dieser Unternehmervereinigung vgl. E. Jüngst, Festschrift a.a.O.

83) Vgl. EVZ 25.6.1872. Der Gesamtbetrag der Spenden betrug 910 Taler, 18 Silbergroschen und 6 Pfennige (d.s. 3.730 Mark). Vgl. E. Schmidt, Erster Massenstreik der Bergleute a.a.O., S. 119.

84) Vgl. EVZ 23.6.1872.

85) Vgl. EVZ 25.6.1872. Dies war ein von der Arbeitgeberseite vielfach erprobtes Mittel und läßt die betriebliche Sozialpolitik in einem anderen Licht erscheinen.

86) Dieser Beschluß wurde auf der Tagung der technischen Grubenbeamten am 1.7.1872 in Dortmund gefaßt. Vgl. Glückauf 7.7.1872.

87) Vgl. H.G. Kirchhoff, Die staatliche Sozialpolitik a.a.O., S. 23. Angesichts dieser Einschüchterungsversuche kann die Aussage des VbI, daß man jeden äußeren Zwang vermieden habe, "um die Streikenden zur Wiederaufnahme ihrer Arbeiten zu nöthigen, indem man sich von der Ueberzeugung leiten ließ, daß einzig und allein die Zeit und die Nöthigung der thatsächlichen Lage der Dinge die ersehnte Lösung des Conflictes bringen könne, und daß die Rückkehr der Streikenden zu der Arbeit aus der eigenen Initiative derselben erfolgen müssen," nicht überzeugen. Vgl. VbI, Jahresbericht 1872, S. 31.

88) Zit. nach L. Machtan, Zur Streikbewegung der deutschen Arbeiter in den Gründerjahren (1871 bis 1873), in: IWK 1978, Heft 4, S. 434.

89) Nach den Angaben von A. Mämpel, Bergbau in Dortmund a.a.O., Bd. 2, S. 54 waren von dem Streik in Dortmund lediglich die Zechen "Tremonia" und "Westfalia" betroffen. Hier streikten einzelne Bergleute einer Belegschaft nur wenige Tage bzw. nur eine Schicht.

90) So z.B. die "Elberfelder Zeitung"; vgl. EVZ 26.6.1872; 17.6.1872.

91) Vgl. EVZ 28.6.1872.

92) Vgl. Glückauf 21.7.1872; s. auch Glückauf 17.7.1872. Die gesamte Diskussion auf Unternehmerseite kann nachgelesen werden in: Generalversammlung des VbI 1872, S. 4-20.

93) Friedrich Hammacher (1824-1904), langjähriger Vorsitzender des VbI und Mitglied des Reichstages. Vgl. A. Bein, Friedrich Hammacher, Lebensbild eines Parlamentariers und Wirtschaftsführers. 1824-1904. Berlin 1932.

94) Emil Krabler (1839-1909), Bergwerksdirektor des Kölner Bergwerksvereins zu Altenessen, später Generaldirektor und Geheimer Bergrat. Vgl. W. Serlo, Die preußischen Bergassesssoren. Essen 1938, S. 36.

95) Vgl. Glückauf 28.6.1872. In ähnlicher Weise argumentierten auch Hammacher und Krabler. Vgl. auch die Schrift von C. Mulvany, Der Strike der Bergleute im Essener Revier des Oberbergamts-Bezirkes Dortmund. Einige freundliche Worte an Arbeitgeber und Arbeiter. Düsseldorf 1872. Für Mulvany war der Streik ein Versuch, den Fortschritt aufzuhalten oder zu behindern.

96) K. Hartmann, Auf dem Weg zur gewerkschaftlichen Organisation a.a.O., S. 112.

97) Ebd., S. 113.

98) Generalversammlung des VbI 1872, S. 12.

99) Ebd.

100) Ebd., S. 13.

101) Es waren Franz Daun, Herrmann Lochthofen und Johann Trilling. Über diese Personen ist nicht Näheres bekannt.

102) Vgl. E. Naujoks, Die katholische Arbeiterbewegung a.a.O., S. 118.

103) Vgl. L. Machtan, "Vom Vertrauen auf unsere gerechte Sache..." Streikbewegungen der Industriearbeiter in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts, in: K. Tenfelde / H. Volkmann (Hrsg.), Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung. München 1981, S. 57.

104) Statuten siehe bei O. Hue, Die Bergarbeiter a.a.O., Bd. 2, S. 745. Ob man allerdings diesen Verband schon als einen Zusammenschluß von Lassalleanern und Christlich-Sozialen ansehen darf, wie W. Köllmann, Vom Bergknappen zum Bergarbeiter a.a.O., S. 40 annimmt, muß bezweifelt werden. Daß zumindest auf der organisatorischen Ebene der Essener christliche Arbeiterverein sich dieser Bewegung nicht angeschlossen hat, geht aus einer Meldung der EVZ hervor (EVZ 19.11.1873). Als Gründe werden der anbrechende Kulturkampf und eine eventuelle Schädigung der katholischen Gesellenvereine aufgeführt.

105) C. Kreuzer, Mit Kreuz und Hammer a.a.O., S. 21.

106) CSBl 6 (1873), S. 138.

107) Vgl. E. Schulte, Kirchengeschichte Wattenscheids. Zweiter Teil von 1821 bis 1945. Wattenscheid 1952, S. 75.

108) Vgl. H. Imbusch, Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisationen a.a.O., S. 246.

109) Auf gesetzlicher Ebene sind folgende Maßnahmen zu nennen: der Kanzelparagraph (1871), die Verstaatlichung der Schulaufsicht, die Ausweisung der Jesuiten und verwandter Kongregationen (1872) sowie die Maigesetze (1873/74). Durch letztere wurde der Weltklerus staatlicher Kontrolle unterstellt. Weiterhin wurde die bürgerliche Eheschließung vor der kirchlichen Trauung und die Aufhebung aller kirchlichen Orden mit Ausnahme derer, die sich der Krankenpflege widmeten, verordnet.

110) Es war dies von Kühlwetter. Zum Kulturkampf im Ruhrgebiet vgl. E. Schulte, Vom Kulturkampf im Ruhrrevier 1871-1886, a.a.O., S. 80. Eine umfassende Geschichte des Kulturkampfes im Ruhrgebiet ist bis auf den heutigen Tag ein Desiderat. In sie müßten sowohl die Akten der Staatsarchive in Münster (z.B. RM 1039) und Düsseldorf (z.B. RD Präs. 835 I; RD 287-289) als auch die der Stadtarchive eingearbeitet werden. Auch die zeitgenössische Publizistik wäre zur Auswertung heranzuziehen. Zum Kulturkampf insgesamt vgl. E. Schmidt-Volkmar, Der Kulturkampf in Deutschland 1871-1890. Göttingen 1962; außerdem K. Bachem, Zentrumspartei a.a.O., Bd. 3.

111) Vgl. Katholische Kirche in Bochum a.a.O., S. 180-192; ferner B. Scholten, 100 Jahre Redemptoristenkloster Bochum. Bochum 1968.

112) Vgl. E. Schmidt, Die Vertreibung der Jesuitenpatres - erster Höhepunkt des Kulturkampfes in Essen, in: Das Münster am Hellweg 25 (1972), S. 129-146.

113) LHAK 403, 7297, Bl. 514: OBA/OPK 13.7.1872.

114) LHAK 403, 7297, Bl. 516: OPK/ RD 25.7.1872.

115) StaBo LRB IV, 7: OPM/RA 21.2.1872.

116) Vgl. STAM OPM 2642 I, Bl. 73-76 : RA/OPM 23.4.1873; STAM OPM 2642 I: OBA/RA 5.11.1873; HSTAD RD Präs. 835 I, Bl. 80-88: OBA/RA 27.3.1873. Vgl. auch K. Tenfelde, Bergmännisches Vereinswesen im Ruhrgebiet a.a.O., S. 325.

117) STAM OPM 2642 I, Bl. 77f.

118) Ebd., Bl. 78.

119) STAM RA 1359, Bl. 231: OPM/RA 30.6.1873; siehe außerdem CSBl 6 (1873), S. 130-132; EVZ 7.8.1873; E. Schulte, Vom Kulturkampf im Ruhrrevier a.a.O., S. 82.

120) Die Maßnahmen der preußischen Regierung wandten sich vor allem gegen den Mainzer Katholikenverein. Aber auch die Gesellenvereine wurden an einigen Orten verboten bzw. ihre Mitglieder zu Geldstrafen verurteilt. Vgl. u.a. EVZ 2.8.1874; Borkener Kreisblatt 27.1.1875, in: STAM RA I, 1, Bl. 37f.

121) Vor allem ab 1875 wurden immer wieder einzelne Exemplare der einschlägigen katholischen Zeitungen beschlagnahmt. So z.B. die Nummern 224, 231, 233, 241 von 1875 der "Westfälischen Volkszeitung" in Bochum. Gegen die Redakteure der katholischen Tageszeitungen wurde häufig Anklage erhoben wegen Preßvergehens. Vgl. den Bericht des Bürgermeisters von Bochum über die Tätigkeit der ultramontanen Presse vom 31.8.1875, in: StaBo LRB VIII, 368; ebd., Amt Bochum /LRB 2.1.1875.

122) Gustav Hacke (? -1886), Bürgermeister von Wollgust, 1868 Bürgermeister von Essen. Vgl. E. Dickhoff, Essener Straßen. Stadtgeschichte im Spiegel der Straßennamen. Essen 1979, S. 315.

123) HSTAD RD Präs. 835 I, Bl. 66: "So gering im Augenblick die Zahl der erklärten Anhänger der verschiedenen sozialistischen Parteien in hiesiger Stadt auch ist, - abgesehen von den nach einigen Tausenden zählenden Mitgliedern der von der ultramontanen Priesterschaft geleiteten christlich-sozialen Arbeitervereine..." (Bürgermeister Essen /RD 3o.3.1873).

124) CSBl 7 (1874), S. 13o; EVZ 21.7.1874.

125) HSTAD RD 3o6, Bl. 1: Verschiedene Zeitungsberichte; siehe auch CSBl 7 (1874), S. 163. Daß die Essener Maßnahmen keine Einzelfälle sind, belegen Hausdurchsuchungen und protokollarische Vernehmungen in christlich-sozialen Vereinen in Elberfeld, Wegberg und Viersen. Vgl. CSBl 7(1874), S. 163.

126) § 8 der Verordnung über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes vom 11.3.185o. Vgl. StaHa 1o77. Dort eine kommentierte Ausgabe dieses Gesetzes. Die "Essener Blätter" veröffentlichten am 5.8.1874 eine Gegendarstellung, in der sie darauf verwiesen, daß sie gegen die entsprechenden Paragraphen nicht verstoßen hätten. Vgl. EVZ 6.8.1874.

127) Die "Essener Blätter" hatten 1874 2.4oo Abonnenten. Vgl. CSBl 7 (1874), S. 171.

128) Geschlossen wurden die christlichen Arbeitervereine von Altendorf, Altenessen, Rellinghausen, Heide, Bergerhausen, Kettwig (HSTAD RD 29o, Bl. 1o2), Stoppenberg, Borbeck /HSTAD RD 289, Bl. 59f.) Rüttenscheid und Steele (HSTAD RD 288, Bl. 15o).

129) CSBl 8 (1875), S. 363; eine Abschrift des Prozeßverlaufes befindet sich in StaBot A VI, 1o Nr. 1.

13o) Bertram Joseph Büttgen (1844-1927), 187o Priesterweihe, anschließend Hauskaplan in Borbeck, 1882 Pfarrverweser in Ollheim, Dekanat Rheinbach, 1887 Rektor in Brück, 1889 dort Pfarrer. Vgl. Historisches Archiv des Erzbistums Köln, Sammlung Totenzettel.

131) CSBl 8 (1875), S. 364.

132) HSTAD RD 3o6: Staatsanwaltschaft Essen /RD 17.2.1875.

133) HSTAD RD 3o6, Bl. 25-32.

134) HSTAD RD 3o6: Staatsanwaltschaft Essen /LRE 14.11.1875. In diesem Brief wird der Landrat von Essen aufgefordert, die Versammlungen des Essener Arbeitervereins überwachen zu lassen und sofort Mitteilung zu machen, wenn in den Vereinen politische Angelegenheiten verhandelt würden.

135) Anton Rosenkranz (1844-1927), Gründer des "Verbandes rheinisch-westfälischer Bergleute", 1874 Vorsitzender des Altendorfer "Christlichen Arbeitervereins". Vgl. H. Budde, Handbuch der christlich-sozialen Bewegung. Recklinghausen 1967. S. 2o6f.

136) HSTAD RD 3o6, Bl. 43: Auszug aus dem Zeitungsbericht des Essener Oberbürgermeisters vom 1. Quartal 1876.

137) Vgl. EVZ 24.6.1875; 5.2.1876.

138) Vgl. EVZ 4.11.1875.

139) Diese Ansicht äußerte auch ein anonymer Schreiber in einem Brief an die CSBl. Vgl. CSBl 7 (1874), S. 171.

Anmerkungen zu
3. Die christliche Arbeiterbewegung im Konflikt

1) Zit. nach P. Möllers, Politische Strömungen a.a.O. S.228.

2) Vgl. F. Focke, Sozialismus aus christlicher Verantwortung a.a.O., S. 41f.

3) Vgl. u.a. J. Gerbracht, Der Kampf um die Seelen der Arbeiter. Eine geschichtliche Darstellung der Organisationskämpfe in Rheinland-Westfalen. Berlin o.J., S. 18f.

4) Vgl. EVZ 14.1o.1876; 18.1o.1876.

5) Vgl. EVZ 29.12.1876.

6) Emil Rittweger war in den 7oer Jahren zusammen mit Anton Rosenkranz Herausgeber der "Christlich-zoialen Correspondenz". Anschließend war er bei der "Tremonia" als Redakteur tätig. Vgl. K. Koszyk, Lambert Lensing (1851-1928), in: Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien. Bd.1o. Münster 1974, S. 12o; W.Piersig, Geschichte der Dortmunder Tagespresse. Dortmund 1915, S. 137.

7) Arnold Bongartz (1811-1883), Priesterweihe 1869, anschließend Vikar in Rellinghausen, übernahm 1877 die Redaktion der CSBl. Bongartz steuerte einen konservativen Kurs. In der Auseinandersetzung um die "Haider" und "Salzburger" Thesen, war er ein erklärter Gegner Hitzes und Vogelsangs. Vgl. Historisches Archiv des Erzbistums Köln, Sammlung Personalia; außerdem E. Ritter, Die christlich-soziale Bewegung a.a.O., S. 75f.

8) Friedrich Christoph von Forcade de Baix (1821-1891), Reichsgerichtsrat, MdR 1874-1877 WK 5 Düsseldorf, November 1877-1879 WK 1 Trier (Zentrum). Vgl. M. Schwarz, MdR a.a.O., S. 312.

9) Ludwig Windthorst (1812-1891), Zentrumsführer und während des Kulturkampfes erklärter Gegner Bismarcks.

1o) Dieser Vorschlag wurde von dem Borbecker Rektor Thönissen unterbreitet. Vgl. EVZ 31.12.1876. Vgl. zu Thönissen W.Hankammer, Die führenden katholischen Persönlichkeiten in Essen Stadt und Land, in: 6o Jahre Essener Volkszeitung. Beilage zur EVZ 1.1.1928. Danach trat Thönissen vielfach als Repräsentant des Katholizismus rednerisch in der Öffentlichkeit auf.

11) In dem Bericht der EVZ werden Laaf, Donath und Hengstebeck namentlich genannt. Über Hengstebeck liegen keine Angaben vor. Der Schneider Gustav Donath war Vorsitzender des "Christlichen Arbeitervereins" in Steele. Nach den Aussagen der Behörden war er ein Sozialdemokrat. Diese Angabe ist jedoch sicherlich falsch. Donath trat auch in den folgenden Jahren vielfach als Redner bei Arbeiterversammlungen auf. Vgl. HSTAD RD 45o6o, Bl. 1oo.

12) Vgl. EVZ 4.1.1877.

13) Christoph Moufang (1817-1890), Mainzer Domkapitular und Zentrumspolitiker, hatte 1876 als Sprecher der Zentrumsfraktion im Reichstag die Möglichkeit von Arbeitskammern angeregt. In ihnen sollten die Arbeiter die Interessen ihres Gewerbes beraten und den staatlichen Behörden vortragen können. Die Anregung wurde jedoch nicht weiter verfolgt. Es scheint, daß die Essener Arbeiter an diese Reichstagsrede dachten. Vgl. F.J. Stegmann, Der soziale Katholizismus und die Mitbestimmung in Deutschland a.a.O., S.119f; zu Moufang vgl. J. Götten, Christoph Moufang, Theologe und Politiker 1817-1890. Eine biographische Darstellung. Mainz 1969.

14) Vgl. EVZ 4.1.1877.

15) Vgl. EVZ 5.1.1877. Windthorst wies in seinem Brief auch darauf hin, daß sich die den Arbeitern sicherlich positiv gegenüberstehenden Ketteler und von Schorlemer-Alst für Forcade ausgesprochen hätten. Der Zentrumsführer ergriff auch in der Aachener Auseinandersetzung zwischen Cronenberg und von Biegeleben Partei für den offiziellen Kandidaten des Zentrums. Siehe dazu H. Lepper, Sozialer Katholizismus in Aachen a.a.O., Nr. 89.

16) Vgl. EVZ 6.1.1877.

17) Vgl. EVZ 8.1.1877; 9.1.1877; 10.1.1877.

18) Vgl. EVZ 12.1.1877.

19) Vgl. HSTAD RD 8857, Bl. 16-20: LRE/RD 24.6.1878. Die meisten Stimmen erhielt die CSP in Essen Stadt (2.413), Altendorf (1.570) und Borbeck (954).

20) Vgl. EVZ 17.1.1877; 18.1.1877; 21.1.1877; 23.1.1877.

21) Abgedr. in: J. Gerbracht, Der Kampf um die Seelen der Arbeiter a.a.O., S. 22.

22) Vgl. EVZ 25.1.1877.

23) Maximilian Freiherr von Biegeleben (1813-1899), Finanzpräsident, MdR WK 3 Aachen (Zentrum). Vgl. M. Schwarz, MdR a.a.O., S. 269.

24) Vgl. O. Hue, Die Bergarbeiter a.a.O., Bd. 2, S. 316; K. Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft a.a.O., S. 514. Joseph Bönsch (1846- ?), 1868 als Schneidergeselle aus Kunzendorf in Schlesien nach Dortmund gekommen, im gleichen Jahr Mitgründer der Ortsgruppe Dortmund des ADAV, mehrmals Bevollmächtigter der Ortsgruppe, 1876-1878 Vorsitzender des "Sozialdemokratischen Wahlvereins", 1878-1883 erster sozialdemokratischer Stadtverordneter in Dortmund (III. Abt.). Lt. Auskunft des Stadtarchivs Dortmund.

25) LHAK 403, 9047, Bl. 10: Zeitungsbericht RD 28.1.1878.

26) E. Jüngst, Festschrift des VbI a.a.O., S. 5.

27) K. Hartmann, Der Weg zur gewerkschaftlichen Organisation a.a.O., S. 48.

28) Vgl. dazu K. Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft a.a.O., S. 603; für den Dortmunder Raum siehe auch A. Mämpel, Bergbau in Dortmund a.a.O., Bd. 3, S. 46.

29) Vgl. LHAK 403, 9047, Bl.10;90.Hier finden sich Klagen des Düsseldorfer Regierungspräsidenten über die schlechte ökonomische Situation in der Stahlindustrie.

30) K. Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft a.a.O., S. 603.

31) Vgl. dazu G. Wieber, Der Duisburger Ehrenbürger Franz Wieber, in: Duisburger Forschungen 14 (1970), hrsg. vom Stadtarchiv Duisburg in Verbindung mit der Mercator-Gesellschaft, S. 143. Weitere Nachrichten über diesen Verband liegen nicht vor. Aus den Statuten wird die gewerkschaftliche Orientierung ersichtlich: "Zweck des Vereins der Rheinisch-Westfälischen Metall-, Stein- und Holzarbeiter ist die Förderung der geistigen und leiblichen Wohlfahrt seiner Mitglieder. Ersteres soll erzielt werden durch gesetzlich gestattete Vorträge, letzteres auch dadurch, daß der Verein bestrebt ist, auf Grund des § 152 der Gewerbeordnung die Arbeitsbedingungen für seine Mitglieder so günstig als möglich zu gestalten." (§ 1 des Statutes, abgedr. in: Gewerkschaftsfest 1921. Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften für Essen und Umgebung, 1901-1921 o.O.o.J. (Essen 1921), S. 7.

32) K. Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft a.a.O., S. 214.

33) Wilhelm Hasselmann (1844- ?), MdR 1874-1881 WK 2 Düsseldorf, August 1880 Parteiausschluß. Vgl. M. Schwarz, MdR a.a.O., S. 339.

34) Über Hasselmann, seine Rolle in der Partei und im Bergarbeiterverband vgl. H.-O. Hemmer, Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet unter dem Sozialistengesetz, in: J. Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr a.a.O., S.95-98.

35) Ausschnitt in HSTAD RD Präs. 835 I, Bl. 87; siehe auch EVZ 18.11.1877. Hier wird zwar auf die Versammlung hingewiesen, der Aufruf jedoch "wegen einiger anstößiger Ausdrücke" nicht abgedruckt. Vgl. auch E. Naujoks, Katholische Arbeiterbewegung und der Sozialismus a.a.O., S. 124.

36) Bericht von dieser Versammlung in: EVZ 19.11.1877.

37) Auszug in: EVZ 3o.11.1877. Die "Norddeutsche allgemeine Zeitung" sprach in diesem Zusammenhang vom "Bündnis der rothen und schwarzen Internationale." (EVZ 28.12.1877).

38) EVZ 2.12.1877.

39) So in Mülheim am 9.12. (EVZ 12.12.1877), in Essen, Frohnhausen, Borbeck (STAM OBA 1781, Bl. 589: Bergrevier Frohnhausen / OBA 1o.12.1877).

4o) EVZ 28.12.1877.

41) So ein Auszug aus der "Germania" in der EVZ, in der ein unbekannter Geistlicher über seine Aktivitäten berichtet (EVZ 28.12.1877).

42) HSTAD RD Präs. 866, Bl. 278f: Bürgermeister Steele/ LRE 4.1.1878 (Bericht über eine Bergarbeiterversammlung in Steele am 3o.12.1877).

43) EVZ 1o.1.1878. Vgl. auch Westfälische Freie Presse 26.1.1878.

44) Westfälische Freie Presse 16.1.1878.

45) EVZ 25.1.1878. Auch die "Kölner Volkszeitung" und die "Germania" befürworteten einen christlichen Verband (EVZ 5.1.1878).

46) So in Barop, Hörde, Eickel, Stockum und Dortmund. Vgl. Westfälische Freie Presse 2o.1.1878; 26.1.1878; 3o.1.1878; siehe auch EVZ 27.1.1878 (in Essen), 29.1.1878 (in Frohnhausen). Auch auf den beiden letztgenannten Versammlungen wurde der Wunsch nach einer einheitlichen Bergarbeiterbewegung laut.

47) Der von der Kommission erarbeitete Statutenentwurf wurde am 8.12.1877 im "Rheinisch-Westfälischen Volksfreund" veröffentlicht. Ein Exemplar findet sich in STAM OBA 1781, Bl. 59o.

48) EVZ 2.2.1878; vgl. auch CSBl 11 (1878), S. 6-8.

49) Vgl. zur Generalversammlung EVZ 5.2.1878; sofern nicht anders angegeben, beziehen sich die folgenden Ausführungen auf die Berichterstattung in der EVZ.

5o) Vgl. Westfälische Freie Presse 9.2.1878.

51) Insgesamt lagen zunächst 4 Anträge zur Namensgebung vor:

1. Verband der Kohlenarbeiter für Rheinland und Westfalen (Rosenkranz)
2. Verband der Bergarbeiter des Oberbergamtsbezirks Dortmund

3. Vereinigung der Bergleute (Hasselmann)

4. Verband deutscher Bergarbeiter (Kerckhoff und Schröder)

Vgl. Westfälische Freie Presse 9.2.1878.

52) Das Stimmenverhältnis betrug genau 39:14 gegen den Antrag Rosenkranz. Vgl. Westfälische Freie Presse 9.2.1878.

53) Vgl. EVZ 5.2.1878. Die Namen der übrigen Vorstandsmitglieder wurden mit L. Eckard, D. Eckardt, Kerckhoff, Schröder und Koerschen angegeben. Nähere Personenangaben konnten trotz Nachfrage bei Stadtarchiven und dem Archiv der IG Bergbau und Energie in Bochum nicht gefunden werden. Vgl. auch H. Imbusch, Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisationen a.a.O., S. 254.

54) CSBl 11 (1878), S. 362.

55) O. von Nell-Breuning, Katholische Marx-Renaissance? In: StdZ 183 (1969/7o), S. 2.

56) Diese auf einer Versammlung der vom Domprediger Adolf Stöcker gegründeten "Christlich-socialen Partei" hatte zum Massenaustritt aus der evangelischen Kirche aufgefordert und das Hutten-Zitat "Herunter, Ihr Heuchler, die Kutten!" gegen die Geistlichkeit angewandt. Vgl. CSBl 11 (1878), S. 24.

57) Zit. nach H. Imbusch, Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisationen a.a.O., S. 256.

58) Vgl. auch Westfälische Freie Presse 2.2.1878.

59) Eduard Ferdinand Klein (1823-1884), 1846 Priesterweihe, Domkapitular, galt als glänzender Versammlungsredner und tat sich auch im Kulturkampf hervor. W. Liese, Necrologium Paderbornense a.a.O., S. 311.

6o) Vgl. EVZ 27.2.1878.

61) Ebd.; ähnliche Äußerungen auch in den "Christlich-sozialen Blättern", wo die Mitgliedschaft in der sozialdemokratischen Partei mit der "ewigen Verdammnis" gleichgesetzt wurde. Vgl. dazu das folgende Zitat in CSBl 11 (1878), S.12: "Sobald ihr (Arbeiter H.Z.) socialdemokratisch wählt, leidet Eure Seele unzweifelhaft Schaden. Ihr stürzt Euch in die allergrößte Gefahr, auf ewig verloren zu gehen, auf ewig Eure und vielleicht Euer Weiber und Kinder Seligkeit einzubüßen, ohne daß Ihr die geringste Hoffnung habt, hier auf Erden durch die Socialdemokratie glücklich zu werden. Nun wählet zwischen zweifelhafter Hoffnung auf Verbesserung Euerer irdischen Lage und fast unzweifelhafter Gewißheit ewigen Verderbens."

62) Vgl. VbI, Jahresbericht 1877, S. 35; Bericht der 18. Generalversammlung des VbI am 22.12.1877, S. 14; besonders die Rede des Geschäftsführers des VbI Dr. Natorp ist hier zu beachten. Vgl. dazu auch EVZ 5.1.1878.

63) Ob dieser Beschluß tatsächlich gefaßt wurde, kann nicht eindeutig belegt werden. Nach Angaben des "Rheinisch-Westfälischen Volksfreundes" (zit. nach EVZ 27.3.1878) hat der VbI-Vorstand keine Entscheidung in dieser Richtung getroffen. Vielmehr sei am Ende der betreffenden Vorstandssitzung von privater Seite Ähnliches geäußert worden. Demgegenüber sagt der Schlußsatz des Protokolls der Vorstandssitzung: "Im weiteren Verlauf (nämlich der Sitzung) kamen noch die Agitationen... sowie gegen diese socialistischen Umtriebe seitens der Grubenverwaltungen zu ergreifenden Maßregelungen zur Berathung. (Diese gipfeln in den bekannten Maßnahmen)." Vgl. EVZ 31.3.1878. Die Richtigkeit dieses Beschlusses wird auch durch den Jahresbericht des VbI gestützt, wonach "alle diejenigen Arbeiter aus ihren Belegschaften auszuscheiden" sind, "welche durch die geplante Organisation in den Kampf gegen das Kapital und die Bergwerksbesitzer eintreten würden". VbI, Jahresbericht 1877, S. 35.

64) Vgl. EVZ 5.3.1878.

65) Vgl. EVZ 22.3.1878.

66) Dies sah § 2 der Statuten vor; abgedr. in: EVZ 22.3.1878; siehe auch CSBl 11 (1878), S. 214.

67) Ebd.

68) So Laaf auf einer Versammlung christlicher Bergleute am 7.4.1878. Vgl. EVZ 9.4.1878.

69) Ebd.

70) Vgl. EVZ 13.4.1878.

71) Auf einer Gelsenkirchener Zeche hat ein Betriebsführer im Auftrage des Zechendirektors seine Steiger angewiesen, ihm alle Bergleute zu nennen, die dem Rosenkranzverband oder dem geplanten Laaf'schen Verein beigetreten seien. Vgl. EVZ 2.4.1878.

72) Vgl. CSBl 11 (1878), S. 214. Wie aus vereinzelten Versammlungsberichten zu ersehen ist, trugen sich nur wenige Bergleute in die ausgelegten Listen ein. Vgl. z.B. EVZ 16.4.1878; siehe auch VbI, Jahresbericht 1877, S. 36.

73) Vgl. dazu vor allem einen öffentlichen Aufruf aus dem März 1878, in dem es u.a. hieß: "Das Betteln um Gande überlassen wir den anderen Leuten, das geziehmt keinen Bergmann; wir schicken keine Deputation nach dem Dr. Hammacher in Berlin, wie es die thun, welche den neuen Verband gründen wollen; wir appellieren nicht an die Großmuth eines Ham-

macher, sondern wir appellieren an den kameradschaftlichen Geist unserer Bergleute; daraufhin haben wir den Grundstein gelegt zu unserem Verbande, und daraufhin werden wir weiterbauen". Vgl. "Westfälische Freie Presse" 4.4.1878.

74) So wurde an einer Zeche eine Tafel mit folgender Aufschrift aufgehängt:
"Die Socialdemokraten Karl Kühne usw. (es folgen 6 Namen) sind mit dem heutigen Tage entlassen."
Vgl. Karl Kühne 75 Jahre! Festschrift des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter. Hrsg. von der Bezirksleitung Bochum o.O.o.J.

75) Vgl. Westfälische Freie Presse 7.5.1878.

76) Rosenkranz war wegen seiner Tätigkeit für den Bergarbeiterverband von der Zeche ´Hannibal´ entlassen worden. HSTAD RD 45o6o, Bl. 316: OB Essen / RD 16.1o.1878.

77) Die EVZ hatte dies sowie das Auftreten von Rosenkranz auf mehreren Versammlungen christlich gesinnter Arbeiter zum Anlaß genommen, von einem Ausscheiden Rosenkranz´s aus der Arbeiterbewegung zu sprechen. Vgl. EVZ 8.4.1878; 8.5.1878; 28.5.1878. Vgl. auch "Westfälische Freie Presse" 1.6.1878. Rosenkranz hatte seine nachlassende Mitarbeit im Bergarbeiterverband mit dem Hinweis gerechtfertigt, daß er nur unter der Bedingung, keine Agitation zu betreiben, Arbeit erhalten habe.

78) HSTAD RD 45o6o, Bl. 177: Polizei Altenessen / LRE 9.7.1878.

79) HSTAD RD 45o6o, Bl. 172.

8o) CSBl 11 (1878), S. 214. Vgl. auch Bericht OB Essen / RD 16.1o.1878 in: HSTAD RD 45o6o, Bl. 312f. Die von H. Imbusch, Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisationen a.a.O., S. 258 mit Bezug auf L. Schröder genannte Zahl von 17.ooo Mitgliedern geht völlig an der Realität vorbei. Der Kassenstand von 1735 Mark und 7 Pfennigen bestätigt die Vermutung, daß der Verband nicht mehr als 1.ooo Mitglieder aufzuweisen hatte, eher wohl noch weniger.

81) Der Bericht des Essener Oberbürgermeisters vom 16.1o.1878 spricht von "klägliches Resultat" und "Bedeutungslosigkeit". HSTAD RD 45o6o, Bl. 313-315.

82) Der Text dieses Gesetzes befindet sich in L. Stern (Hrsg.), Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie zu der Zeit des Sozialistengesetzes 1878-189o. Die Tätigkeit der Reichs-Commission (Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3/II.), S. 1o15-1o22. Zu den Auswirkungen des Sozialistengesetzes auf die Sozialdemokratie und die Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet siehe H.-O. Hemmer, Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet unter dem Sozialistengesetz a.a.O.; K. Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft a.a.O., S. 522-532.

83) E. Ritter, Die katholisch-soziale Bewegung a.a.O., S.116.

84) Vgl. StaBo LRB VIII 474; LRB /Hammacher 6.6.1878.

85) Vgl. EVZ 15.6.1878.

86) Gustav Natorp (1824-1891), langjähriger Geschäftsführer des VbI. Vgl. K. Mews, Gustav Natorp (1824-1891), in: Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien Bd. 8. Münster 1962, S. 32-55.

87) Der vollständige Text der Resolution kann nachgelesen werden in: VbI, Jahresbericht 1877, S. 37. Vgl. auch LHA K 4o3, 6825, Bl. 261-266: Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen /OPK 22.6.1878.

88) Vgl. die Statistiken über die sozialistischen Vereine in Stadt und Landkreis Essen: HSTAD RD 45o6o, Bl. 98-12o; HSTAD RD 8841, Bl. 71af.

89) HSTAD RD 8857, Bl. 21-26: OB Essen / RD 22.6.1878. Im Folgenden wird dieser Brief zitiert.

9o) HSTAD RD 3o429, Bl. 83-86: RD / Innenminister 12.9.1878. Der Oberbürgermeister wie auch der Landrat waren von der Düsseldorfer Regierung aufgefordert worden, für ihre Behauptungen Beweise vorzulegen.

91) HSTAD RD 45o6o, Bl. 121.

92) Ebd., Bl. 12o.

93) Weitere biographische Angaben liegen nicht vor.

94) Stötzel wurde zu 3 1/2 und Goitsch zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Vgl. HSTAD RD 8841, Bl. 81. OB Essen / RD 5.8.1878; HSTAD RD 45o6o, Bl. 12o.

95) Vgl. EVZ 11.7.1878.

96) Friedrich Alfred Krupp (1854-19o2), MdR 1893-1898 WK 5 Düsseldorf. M. Schwarz, MdR a.a.O., S. 378.

97) Vgl. EVZ 2o.7.1878.

98) Extrablatt der Essener Zeitung am 3o.7.1878, in: HSTAD RD 3o429, Bl. 91.

99) HSTAD RD 3o429, Bl. 77-94 : RD / Innenminister 27.7.1878; abgedr. in: H. Pelger, Zur sozialdemokratischen Bewegung in der Rheinprovinz vor dem Sozialistengesetz, in: ASG 5 (1965), S. 392-4o2, hier S. 398. In der "Essener Volkszeitung" erschien zweimal der Aufruf eines Komitees zur Unterstützung der gemaßregelten Arbeiter. (EVZ 9.9.1878; 1o.9.1878).

100) HSTAD RD 45060, Bl. 162: LRE / RD 3.10.1878. Schon am 28.6. hatte Rosenkranz 171 Mitglieder abmelden müssen. HSTAD RD 45060, Bl. 98.

101) So war nicht nur beim Rosenkranzverband, sondern auch bei den christlich-sozialen Vereinen eine Verbindung zur sozialistischen Internationale und zur SAPD gesucht, jedoch nicht gefunden worden. Die mehrfachen Meldungen über den angeblich sozialistischen Charakter des Rosenkranzverbandes müssen als reine Vermutung der staatlichen Behörden gewertet werden. Es konnte nirgendwo zwingend eine Verbindung nachgewiesen werden. Vgl. HSTAD RD 45060, Bl.188f: RA / RD 29.9.1878; Bl. 120: Landrat Mülheim / RD 8.8.1878; Bl. 181: OB Essen / RD 24.9.1878; Bl. 171-173: LRE / RD 30.9.1878; Bl. 311-316: OB Essen / RD 16.10.1878. Als eigentlicher Drahtzieher für die Behauptung von der sozialistischen Ausrichtung des Rheinisch-Westfälischen Bergarbeiterverbandes muß nach dieser Meldung der Essener Landrat gelten.

102) Abgedr. in: H. Pelger, Zur sozialdemokratischen Bewegung a.a.O., S. 406.

103) Auch A. Bongartz, Das katholisch-sociale Vereinswesen in Deutschland. Geschichte, Bedeutung und Statistik desselben. Würzburg 1879, S. 102f stellt einen nachlassenden Trend für ganz Deutschland fest. 1879 bestanden in Preußen nur noch 40 katholische Knappen- und Arbeitervereine mit 7.880 Mitgliedern.

Anmerkungen zu
4. Die Neuorientierung der christlichen Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet

1) LHAK 4o3, 9o47, Bl. 136: Qaurtalsbericht RD 5.11.1879; Bl. 158: Quartalsbericht RD 7.5.188o.

2) LHAK 4o3, 9o47, Bl. 22o: Quartalsbericht RD 26.1.1881. Lediglich auf den Zechen "Nordstern", "Carolus Magnus" und "Wolfsbank" war es in den Jahren 1879-1881 zu Ausständen gekommen.

3) LHAK 4o3, 9o47, Bl. 359: Quartalsbericht RD 18.4.1882. Der Düsseldorfer Regierungspräsident hatte einen Streik befürchtet, der nur deshalb abgewendet werden konnte, weil der Kohlenabsatz und die Kohlenpreise sanken.

4) So berichtet die "Tremonia" über mehrere Fälle, in denen Geistliche zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt wurden.

5) Vgl. EVZ 8.3.1881; siehe auch H. Imbusch, Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisationen a.a.O., S. 259f.

6) Von den staatlichen Behörden wird Baltes folgendermaßen charakterisiert: "Baltes, Peter in Huttrop, Lumpensammler, ohne Bildung, laut Erkenntnis des Königlichen Kreisgerichtes zu Essen vom 12. Fabruar 1875, bestätigt durch Erkenntnis des Königlichen Appellationsgerichtes zu Hamm vom 11. September 1875, ist g.Baltes von den Anschuldigungen des Mißbrauchs des Vereinigungsrechts freigesprochen. Baltes ist ein sehr geschickter Agitator." HSTAD RD 8841, Bl. 75. Vgl. auch HSTAD RD 8841, Bl. 71a.

7) EVZ 29.3.1881; vgl. dazu auch den Bericht in CSBl 12 (1879), S. 253f.

8) E. Ritter, Die katholisch-soziale Bewegung a.a.O., S. 117. Zu den Gegnern des Unfallversicherungsgesetzes gehörte u.a. auch Windthorst.

9) Vgl. dazu H. Imbusch, Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisationen a.a.O., S. 26o.

1o) Ebd.

11) Text in: STAM OBA 139o, Bl. 144-146. Abgedr. in: G. Adelmann, Quellensammlung a.a.O., Bd. 1, S. 2o4f. Einen Bericht über diese Versammlung findet man in: Der Industrie-Arbeiter. Haupt-Arbeiter-Organ des Kreises Bochum, Nr. 1 vom 1.1.1882. Ein Exemplar der Nr. 1 findet sich in:StaBo, LRB VIII, 475. Es muß an dieser Stelle festgehalten werden, daß auch von christlich-sozialer Seite diese Wirtschaftspolitik befürwortet wurde. Siehe dazu vor allem die Rede von Schorlemer-Alst auf dem Katholikentag 1879 in Aachen. Vgl. B.H.A. Hermans, Das Problem der Sozialpolitik und Sozialreform auf den deutschen Katholikentagen 1848 bis 1891 a.a.O., S. 395.

12) Lediglich vom Minister der öffentlichen Arbeiten Maybach ging ein Schreiben an das Oberbergamt Dortmund am 12.1.1882, in dem das OBA um Erstattung eines Berichtes über die Situation im Bergbau gebeten wurde. Abgedr. in: G. Adelmann, Quellensammlung a.a.O., Bd. 1, S. 2o5f.

13) STAM OPM 825: OBA/OPM 2.4.1882; LHAK 4o3, 9o47, Bl. 359: Quartalsbericht RD 18.4.1882.

14) StaBo, LRB VIII, 485 (Emscher Zeitung 5.1.1882).

15) Georg Graf von Hertling (1843-1919), bayrischer Ministerpräsident und deutscher Reichskanzler. Vgl. R. Morsey, Georg Graf von Hertling (1843-1919), in: Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 2o. Jahrhunderts. Hrsg. von R. Morsey. Bonn 1973, S. 43-52.

16) Die gesamte Debatte ist in der "Tremonia" abgedruckt. Die Zitation erfolgt deshalb hiernach. Tremonia 1o.1.1882.

17) Ebd.

18) Adolf Stoecker (1835-19o9), gründete 1878 die "christlich-soziale Arbeiterpartei", die stark vom Kathedersozialisten Adolph Wagner beeinflußt war. Ab 1881 Mitglied der konservativen Fraktion des Reichstages wurde er von beinahe allen Zeitströmungen abgelehnt; zusammen mit Naumann gründete er den Evangelisch-sozialen Kongreß. Vgl. Evangelisches Sozial-lexikon 198o, Sp. 1284-1286.

19) Tremonia 11.1.1882.

2o) Ebd.

21) O. Hue, Die Bergarbeiter a.a.O., Bd. 2 , S. 25o.

22) Die Rede wurde sowohl in der Tremonia (11.1.1882) als auch in der EVZ (12.1.1882) abgedruckt. Schorlemer-Alst konnte sich in seinen Ausführungen auf den Bericht des Gelsenkirchener Bürgermeisters Vattmann beziehen. Siehe dazu auch H.-G. Kirchhoff, Staatliche Sozialpolitik a.a.O., S. 35.

23) Vgl. STAM OPM 825: OBA/OPM 2.4.1882. In diesem Bericht des Königlichen Oberbergamtes wird die Zahl der Überschichten in den Monaten Oktober, November, Dezember mit 6,5 % angegeben, auf einigen Zechen bis zu 25 %.

24) StaBo LRB VIII, 475: Emscher Zeitung 2o.1.1882; wörtlich auch Glückauf 18.1.1882.

25) StaBo LRB VIII, 475: Emscher Zeitung 21.1.1882.

26) Die Anschuldigung wurde in der EVZ am 27.1.1882 wiedergegeben. Von Schorlemer-Alst schrieb daraufhin eine Entgegnung. Vgl. Tremonia 3o.1.1882.

27) LHAK 4o3, 9o47, Bl. 359: Quartalsbericht RD 18.4.1882.

28) VbI, Jahresbericht 1881, S. 31f; Glückauf 28.1.1882.

29) Einen Hinweis mag man in der Ablehnung einer Reichsversicherungsanstalt durch die Unternehmer sehen.

3o) STAM OPM 825: OBA/OPM 2.4.1882.

31) H.-O. Hemmer, Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet unter dem Sozialistengesetz a.a.O., S. 1o3.

32) LHAK 4o3, 9o47, Bl. 359: Quartalsbericht RD 18.4.1882.

33) Vgl. dazu C. Kreuzer, Mit Kreuz und Hammer a.a.O., S. 28.

34) Von Schorlemer-Alst hatte am 26.3.1876 auf einer Versammlung des Katholischen Volksvereins für den Stadt- und Landkreis Dortmund über die Situation der Bergbau-, Eisen- und Stahl-Industrie gesprochen. StaDo, Best. 5, Nr. 68, Bl. 1.

35) Zwei Exemplare dieses Blattes sind heute noch im Stadtarchiv Bochum vorhanden. StaBo LRB VIII, 475, Bl. 18-23. Vgl. auch "Die 'Westfälische Volkszeitung' und die Thätigkeit des Herrn Fusangel im Reichstagswahlkreis Bochum." o.O.o.J., S. 1.

36) Heinrich Bauer (geb. 1855/56) war zugleich Redakteur der "Westfälischen Volkszeitung", ab 1889 gehörte er dem "Alten Verband" an.

37) So können Abonnenten in Wattenscheid (StaBo, LRB VIII, 475, Bl. 25: Amt Wattenscheid / LRB 3o.1.1882) und Hattingen nachgewiesen werden (StaBo, LRB VIII, 475, Bl. 68: Amt Hattingen / LRB 24.3.1882).

38) Nähere Angaben sind nicht bekannt.

39) Vgl. EVZ 1o.1.1882: StaBo, LRB VIII, 475: Emscher Zeitung 9.1.1882. Zur gleichen Zeit fand auch in Kupferdreh eine Bergarbeiterversammlung statt. (EVZ 9.1.1882).

4o) Weitere Angaben zu seiner Person konnten nicht ermittelt werden.

41) Vgl. Tremonia 25.1.1882.

42) Es sind keine weiteren Daten bekannt.

43) Ein Exemplar der Statuten befindet sich in: StaBo, LRB VIII, 475.

44) Das Blatt erschien in einer Probenummer am 24.12.1881. Diese ist sowohl im StaBo, LRB VIII, 475, Bl. 5 als auch STAM OBA 1784, Bl. 231f. vorhanden. Es können noch zwei weitere Nummern nachgewiesen werden. Vgl. StaBo, LRB VIII, 475, Bl. 12-17.

45) Probenummer vom 24.12.1881.

46) Das Blatt scheint nach zwei Ausgaben wieder eingegangen zu sein.

47) Vgl. StaBo, LRB VIII, 475, Bl. 62: Quartalsbericht LRB 31.3.1881.

48) Vgl. StaBo, LRB VIII, 485, Bl. 90-95: Amt Wattenscheid / LRB 28.4.1882. Ein Bericht über die Gründungsversammlung des christlich-sozialen Vereins in Wattenscheid am 16.4.1882 findet sich auch in Tremonia 18.4.1882.

49) Vgl. StaBo, LRB VIII, 475, Bl. 62.

50) Vgl. StaBo, LRB VIII, 475: Bürgermeister Wattenscheid / LRB 12.10.1882.

51) StaBo, LRB VIII, 475, Bl. 62.

52) Nach dem schon wiederholt zitierten Quartalsbericht des Bochumer Landrates hatten die Vereine in Schalke 400, in Ückendorf 300, in Rotthausen 100 und in Bochum ebenfalls 100 Mitglieder.

53) Vgl. G. Adelmann, Quellensammlung a.a.O., Bd. 1, S. 206: Minister der öffentlichen Arbeiter / OBA 29.1.1882. Schon am 12.1.1882 hatte der Minister das Oberbergamt mit Verweis auf die Petition der Bergleute vom 2. Weihnachtstag um eine Überprüfung der Klagen gebeten. Vgl. G. Adelmann, Quellensammlung a.a.O., Bd. 1, S. 205f.

54) Vgl. EVZ 8.3.1882.

55) Zu seiner Person vgl. die folgenden Seiten.

56) Vgl. StaBo, LRB VIII, 475, Bl. 77f. Namentlich genannt werden Heinrich Golle, Anton Doll und Wilhelm Fröhlig.

57) Vgl. STAM, OPM 825: OBA/OPM 2.4.1882.

58) G. Adelmann, Quellensammlung a.a.O., Bd. 1, S. 208.

59) Wilhelm Vattmann (1847-1902), 1876 Bürgermeister von Tarnowitz, 1877-1900 Bürgermeister, später Oberbürgermeister von Gelsenkirchen. Vgl. StaGe IV 5/18 und IV 7/18.

60) Vgl. StaBo, LRB VIII, 475, Bl. 81-86; Bericht über eine Versammlung des christlich-sozialen Arbeitervereins am 26.3.1882.

61) Siehe VbI, Jahresbericht 1881, S. 32. Vattmann wurde vor allem deshalb von den Unternehmern angegriffen, weil er jeden Gewinn, der über die landesüblichen Zinsen für das Anlagekapital hinausging, als Wucher bezeichnet hatte.

62) Vgl. Tremonia 1.5.1882; StaBo, LRB VIII, 475, Bl. 124-127. Amt Gelsenkirchen / LRB 3o.4.1882.

63) Siehe Tremonia 1o.5.1882.

64) Vgl. H. Imbusch, Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisationen a.a.O., S. 264. Auch später noch (1885) wurde vom "Rheinisch-Westfälischen Volksfreund" eine Vereinigung aller Bergleute befürwortet.

65) Vgl. StaBo, LRB VIII, 475, Bl. 1o4-1o7: Amt Gelsenkirchen/ LRB 22.5.1882.

66) Vgl. StaBo, LRB VIII, 475, Bl. 137: Amt Gelsenkirchen / LRB 2.8.1882; Bl. 139-142: Polizei Gelsenkirchen / LRB 21.8.1882.

67) Vgl. StaBo, LRB VIII, 475, Bl. 1o4-1o7: Am Gelsenkirchen/ LRB 22.5.1882.

68) Vgl. StaBo, LRB VIII, 475, Bl. 134: Am Gelsenkirchen / LRB 19.7.1882.

69) Vgl. StaBo, LRB VIII, 475, Bl. 139-142: Polizei Gelsenkirchen / LRB 21.8.1882.

7o) Vgl. StaBo, LRB VIII, 476: Polizei Gelsenkirchen / LRB 31.5.1882.

71) Vgl. StaBo, LRB VIII, 476: Amt Bochum / LRB 25.5.1882; Bürgermeister Wattenscheid / LRB 3o.11.1882.

72) Vgl. LHAK 4o3, 9o47, Bl. 385: Quartalsbericht RD 15.7.1882; STAM OPM 825: OBA/OPM 2.4.1882.

73) Vgl. ein Exemplar findet sich in STAM OPM 18o3.

74) Vgl. StaBo, LRB VIII, 475: Amt Schalke / LRB 9.1o.1882.

75) Vgl. STAM, OPM 825: OBA/OPM 28.1o.1882.

76) So lautete die Frage Nr. 13: "Wie verhalten sich die Directoren und Beamten Ihrer Zeche bei den politischen Wahlen? Werden Sie per Anschlag zur Wahl einer bestimmten Person aufgefordert? Werden Sie in Colonnen zur Wahlurne oder vor die Beisitzer geführt?"

77) StaBo, LRB VIII, 475: OB Vattmann / LRB 15.1o.1882.

78) Vgl. StaBo, LRB VIII, 475: RA/OBA 27.1o.1882.

79) Vgl. StaBo, LRB VIII, 475: OB Vattmann / LRB 27.11.1882.

8o) Vgl. StaBo, LRB VIII, 475: Polizei Gelsenkirchen / LRB 1.1.1883: Bericht über eine Versammlung des christlichen Arbeitervereins vom 31.12.1882.

81) Vgl. dazu J. Lingnau, Das System sozialer Hilfeleistungen für die Bergarbeiter in der Knappschaftsversicherung des Ruhrbergbaus 1767-1961. Köln-Opladen 1965, S. 67-7o.

82) Thomé war auch 1889/9o im "Alten Verband" tätig. Nähere Angaben zu seiner Person konnten nicht gefunden werden.

83) Vgl. StaBo, LRB VIII, 475: Bürgermeister Wattenscheid / LRB 2o.11.1882; siehe auch den Bericht vom 5.12.1882 sowie den Bericht des Polizeimeisters Meyer vom 27.11.1882. Vgl. ebenfalls den Bericht über eine Versammlung am 31.12.1882: Polizei Gelsenkirchen / LRB 1.1.1883.

84) Vgl. StaBo, LRB VIII, 475: Polizei Gelsenkirchen / LRB 22.1.1883.

85) Vgl. StaBo, LRB VIII, 475: Polizei Gelsenkirchen / LRB 25.2.1883. Auf einer Versammlung des christlichen Arbeitervereins am 25.2.1883 war beschlossen worden, unabhängige Bergarbeiter zu Knappschaftsältesten zu wählen. Gedacht war an pensionierte Knappschaftsmitglieder.

86) Vgl. StaBo, LRB VIII, 475: Polizei Gelsenkirchen / LRB 27.3.1883: Bericht über eine Versammlung vom 26.3.1883. Vgl. auch H. Imbusch, Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisationen a.a.O., S. 266.

87) Vgl. Die Begründung lautete, daß das Aktionskomitee der Bergleute nicht zum Amtsbereich der Behörde gehöre. EVZ 5.12.1883.

88) Vgl. EVZ 5.12.1883.

89) Auch durch die ins Auge gefaßte Verbindung der Essener mit der Mülheimer Knappschaftskasse entstand eine Bewegung unter den Bergleuten, die jedoch keine organisierte Form annahm. In mehreren Versammlungen sprachen sich die Essener Bergleute gegen ein solches Vorhaben aus, weil der Mülheimer Verband um vieles höhere Beiträge verlange, jedoch geringere Leistungen biete. Vgl. dazu EVZ 4.8.1884.

9o) Von 1869 bis zu diesem Zeitpunkt gab es nur für Handlungsreisende und Hausierer Arbeitsbücher.

91) Vgl. dazu die Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Kayser, die dieser auf einer Arbeiter- und Handwerkerversammlung in Köln am 21.1.1883 hielt. Vgl. EVZ 27.1.1883. In Elberfeld sprachen sich die Sozialdemokraten ebenfalls gegen die obligatorische Einführung von Arbeitsbüchern aus, in denen sie ein Mittel zur Bevormundung und Maßregelung der Arbeiter und einen Eingriff in deren Freiheit erblickten. LHAK 4o3, 9o47: Quartalsbericht RD 28.1.1883.

92) Dies bestätigte auch Julius Bachem auf der Versammlung in Köln, auf der er mit Kayser auftrat. Vgl. EVZ 27.1.1883.

93) Vgl. dazu StaBo, LRB VIII, 475: Bürgermeister Wattenscheid / LRB 27.2.1883: Bericht über eine Versammlung in Wattenscheid am 25.2.1883. Vgl. auch EVZ 25.1.1883: Bericht über eine Versammlung des christlich-sozialen Arbeitervereins in Bochum.

94) H.-O. Hemmer, Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet unter dem Sozialistengesetz a.a.O., S. 1o4.

95) Johannes Fusangel (1852-191o), gewann bei den Reichstagswahlen 1893 den Wahlkreis Hagen gegen den Zentrumskandidaten. Er wurde deshalb auch nicht in die Zentrumsfraktion aufgenommen. Vgl. M. Schwarz, MdR a.a.O., S.318. Weiterhin K. Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft a.a.O., S. 551. Nach einem Bericht des Ersten Staatsanwaltes vom Juni 1889 war die "Westfälische Volkszeitung" anfänglich von sehr geringer Bedeutung. Erst mit der Übernahme der Redaktion durch Fusangel konnte das Blatt einen Aufschwung verzeichnen. STAM OPM 2831, Bl. 1o2.

96) O. Hue, Die Bergarbeiter a.a.O., Bd. 2, S. 331.

97) Siehe: Die Westfälische Volkszeitung und die Thätigkeit des Herrn Fusangel o.O.o.J., S. 2; vgl. K. Oldenburg, Studien zur Rheinisch-Westfälischen Bergarbeiterbewegung. Leipzig 189o, S. 77.

98) Vgl. Tremonia 12.3.1884.

99) Westfälische Volkszeitung 13.5.1884, in: Die Westfälische Volkszeitung und die Thätigkeit des Herrn Fusangel a.a.O., S. 7.

1oo) Westfälische Volkszeitung 28.5.1884, in: Die Westfälische Volkszeitung und die Thätigkeit des Herrn Fusangel a.a.O., S. 8. Wenn die Kapitalismuskritik Fusangels auch weitestgehend noch an moralischen Kriterien orientiert ist, so fällt das an der Marx´schen Mehrwerttheorie ausgerichtete Vokabular auf.

1o1) Vgl. K. Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft a.a.O., S. 551, Anm. 271.

1o2) Siehe Westfälische Volkszeitung 27.7.1884, in: Die Westfälische Volkszeitung und die Thätigkeit des Herrn Fusangel a.a.O., S. 9.

1o3) Der Artikel erschien am 24.9.1885. Auszüge davon befinden sich in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, Nr. 315; in: StaBo LRB VIII, 37o.

1o4) Siehe Rheinisch-Westfälische Zeitung 19.11.1885, in: StaBo LRB VIII, 37o; StaBo LRB VIII, 368.

1o5) Vgl. EVZ 18.11.1885; vgl. auch die öffentliche Bekanntmachung dieses Verbotes durch den Oberbürgermeister von

Bochum, den Landrat und die Ortspolizeibehörde des Amtes Bochum II vom 17.11.1885, in: StaBo LRB VIII, 37o.

1o6) StaBo LRB VIII, 37o: RA/LRB 21.11.1885.

1o7) Siehe EVZ 2o.11.1885: Westfälische Volkszeitung 2o.11.1885, in: StaBo LRB VIII, 368.

1o8) Ebd.

1o9) Vgl. Westfälische Volkszeitung 24.11.1885, in: StaBo LRB VIII, 368.

11o) Ebd.; EVZ 24.11.1885.

111) Vgl. EVZ 8.4.1884.

112) Vgl. EVZ 15.5.1885.

113) H. Imbusch, Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisationen a.a.O., S. 267 spricht von 37 oder 48 Vereinen.

114) Vgl. Westfälische Volkszeitung 7.6.1885, in: StaBo LRB VIII, S. 368.

115) H. Imbusch, Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisationen a.a.O., S. 267. Hier finden sich auch Hinweise auf weitere Versammlungen der Bergarbeiter.

116) Vgl. den Bericht über die Versammlung bei H. Imbusch, Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisationen a.a.O., S. 267f.

117) Vgl. R. Strauch, Die "Tremonia" in Dortmund und die Verleger Lensing. Dortmund 1959, T 2, S. 1.

118) Siehe EVZ 13.1.1886; 4.2.1886.

119) Siehe EVZ 19.1o.1886; 25.1o.1886.

12o) Ebd.

121) Vgl. 28. ordentliche Generalversammlung der VbI 1886, S. 43f.

122) Abgedr. in: ebd., S. 3of.

123) Vgl. dazu StaWatt, 2/E/414. Dort finden sich mehrere Berichte über Versammlungen des Rechtsschutzvereins in Eppendorf. Siehe auch HSTAD RD 886o, Bl. 252. Bürgermeister Altenessen /RD 17.5.1886.

124) So war z.B. Ludwig Schröder auch im Rechtsschutzverein aktiv.

125) Die Mitgliederzahlen schwanken zwischen 15.000 und 20.000.

126) Vgl. das bei W. Nettmann, Witten in den Reichstagswahlen des Deutschen Reiches 1871-1918, in: Wittener Jahrbuch 70 (1972), S. 125 überlieferte Spottgedicht über Schorlemer-Alst anläßlich der Wahlen 1884:

"Ich weiß einen Candidaten, einen schlechteren
gibt es nicht:
Er wird nach langem Streite am Wahltag gehen pleite.
Fußangeln nimmt er mit."

127) Vgl. STAM OPM 2831, Bl. 103: 1. Staatsanwalt / Oberstaatsanwalt Juni 1889.

128) Vgl. W. Nettmann, Witten in den Reichstagswahlen a.a.O., S. 126; außerdem "Der evangelische Arbeiterbote" 20.2. 1887; genauer zu diesem Aspekt das folgende Kapitel.

129) H.-O. Hemmer, Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet unter dem Sozialistengesetz a.a.O., S. 108.

130) So fällt auf, daß auf dem Katholischen Arbeiter-Verbandsfest in Dortmund am 19. und 20.6.1886, an dem mehr als 5.000 Menschen teilnahmen, der Rechtsschutzverein mit keinem Wort erwähnt wird. EVZ 21. und 22.6.1886.

131) Lambert Lensing (1851-1928) war Verleger und Redakteur der dem Zentrum nahestehenden "Tremonia". Von 1892-1928 war er Stadtverordneter in Dortmund. Vgl. dazu K.Kossyk, Lambert Lensing (1851-1928), Zeitungsverleger und Zentrumspolitiker, in: Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien. Bd. 10. Münster 1974, S. 116-137; vgl. auch R. Strauch, Die "Tremonia" in Dortmund und die Verleger Lensing, bes. T 1 u. 2.

132) Daß es zwischen beiden Redakteuren nicht zum Besten bestellt war, kann aus Lensings Schrift über den Bergarbeiterstreik 1889 ersehen werden: ... Wir "wollen aber auch nicht gerade jedes Wort verteidigen, was die 'Westfälische Volkszeitung' während des Streiks geschrieben hat. Nicht als ob wir damit einen Vorwurf machen wollten, aber etwas vorsichtiger bei der Aufnahme von Nachrichten hätte der damalige verantwortliche Redakteur dieses Centrumsblattes sein können." (L. Lensing, Der große Bergarbeiterstreik 1889 im Rheinisch-Westfälischen Kohlenrevier. Ein Wort zur Abwehr. Dortmund o.J., S. 51).

133) Schon in dem nach dem Streik von 1872 geplanten Bergarbeiterverband war der Rechtsschutz als gewerkschaftliches Mittel eingeplant worden.

134) Georg Friedrich Dasbach, (1846-1907) gilt als einer der bedeutendsten Priestergestalten des Bistums Trier in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Er setzte sich besonders

für die arbeitende Bevölkerung ein. Neben seiner parlamentarischen Tätigkeit im Reichs- und Landtag machte er sich vor allem als Publizist einen Namen. Vgl. K.J. Rivinius, Sozialpolitische Wirksamkeit des Preßkaplans Georg Friedrich Dasbach (1846-1907), in: Jahrbuch für christliche Sozialwissenschaften 21 (1980), S. 233-262; dort auch weitere Literatur über Dasbach.

135) Vgl. K.J. Rivinius, Sozialpolitische Wirksamkeit a.a.O., S. 254-257.

Anmerkungen zu
5. Die Konfessionalisierung der christlichen Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes in den 8oer Jahren

1) *Vgl. zur Geschichte der evangelischen Arbeitervereine F. Brakelmann, Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts. Witten[4] 1971. S. 186-193; D. Fricke, Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine Deutschlands (GEA) 189o-1933, in: Ders. u.a. (Hrsg.), Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Bd. II, S. 15o-161; E. Faber, Die evangelischen Arbeitervereine und ihre Stellungnahme zu sozialpolitischen Problemen. Leipzig/Erlangen 1928; F. Einicke, Die Stellung der evangelischen Arbeitervereine zur sozialen Frage. Diss. Köln 195o. A. Just, Die evangelischen Arbeitervereine. Leipzig 19o6; B. Feyerabend, Die evangelischen Arbeitervereine. Eine Untersuchung über die religiösen, geistigen, gesellschaftlichen und politischen Grundlagen und über die Entwicklung bis zum ersten Weltkrieg. Frankfurt 1955.*

2) *HSTAD RD Präs., 835 I, Bl. 8o-88: OBA Dortmund / RA 27.3.1973.*

3) *LHAK 4o3, 7297, Bl. 493-395; 513f.*

4) *Adolf Stöcker (1835-19o9) war vor seiner politischen Karriere Dom- und Hofprediger in Berlin. Nach Mißerfolgen mit der "Christlich-sozialen Arbeiterpartei", die er 1878 in Berlin gegründet hatte, schloß er sich der konservativen Partei an, für die er 1881 in den Reichstag ging. Diesem gehörte er von 1881-1893 und von 1898-19o8 an. Vgl. M. Schwarz, MdR a.a.O., S. 473; Evangelisches Soziallexikon, Sp. 1284-1286; G. Brakelmann, Die soziale Frage a.a.O., S. 162-174.*

5) *Vgl. C. Roscher, Die Betheiligung der evangelischen Geistlichen an der sozialen Bewegung unserer Zeit, eine Umschau anläßlich eines auf der diesjährigen Sächsichen Kirchen- und Pastoral-Conferenz erstatteten Vortrages. Berlin 1878.*

6) *LHAK 4o3, 9o47, Bl. 49: Quartalsbericht RD 24.7.1878.*

7) *Vgl. Deutelmoser, Die evangelischen Arbeitervereine in Rheinland und Westfalen. Magdeburg[2] 189o, S. 8-2o, dort auch die Statuten des evangelischen Arbeitervereins von Gelsenkirchen (S. 4o-48).*

8) *Ludwig Fischer (1849-19o7), Bergmann, Gründer des ersten evangelischen Arbeitervereins von Gelsenkirchen. Ab 1887 Verbandsagent des rheinisch-westfälischen Verbandes evangelischer Arbeitervereine. Fischer bekannte sich später zur "Bochumer Richtung" innerhalb der evangelisch-sozialen Bewegung. In späteren Jahren war er Leiter des Evangelischen Volksbüros in Gelsenkirchen und Geschäftsführer des nationalliberalen Parteisekretariats in Bochum. Vgl. Die evangelischen Arbeitervereine im Silberkranze. 1882-19o7.*

o.O.o.J. sowie Fünfundzwanzig Jahre evangelische Arbeitervereine. 1882-19o7. o.O.o.J.

9) Deutelmoser, Die evangelischen Arbeitervereine a.a.O., S. 4o.

1o) Weitere Vereine bestanden in Schalke, Ückendorf, Dortmund, Herne, Eickel, Wattenscheid, Königsstelle, Essen, Weitmar und Langendreer. Vgl. u.a. StaBo LRB VIII, 477.

11) Vgl. Evangelischer Arbeiterbote 7.2.1886: Bericht über die Generalversammlung des "Rheinisch-Westfälischen Verbandes evangelischer Arbeitervereine" am 31.1.1886.

12) Der Essener Bauunternehmer Böhm war sogar Vorsitzender des Rheinisch-Westfälischen Verbandes.

13) Vgl. B. Otte, Die soziale Entwicklung Gelsenkirchen 187o-1914. Wiss. Hausarbeit an der Gesamthochschule Duisburg 1973 (Maschinenschrift), S. 64.

14) So bezeichnete sie schon der langjährige Generalsekretär des Evangelisch-Sozialen Kongresses Paul Göhre; vgl. P. Göhre, Die evangelisch-soziale Bewegung. Ihre Geschichte und Ziele. Leipzig 1896. S. 118.

15) Evangelischer Arbeiterbote 7.2.1886: Petition des Rheinisch-Westfälischen Verbandes an die Zechen des OBA 26.7.1885.

16) Ebd.

17) So Lic.Weber auf dem 2. Verbandsfest der evangelischen Arbeitervereine Rheinland-Westfalens am 11.7.1886 in Essen. Vgl. Evangelischer Arbeiterbote 18.7.1886.

18) Evangelischer Arbeiterbote 4.7.1886.

19) Evangelischer Arbeiterbote 12.12., 19.12., 25.12.1886, 2.1., 9.1., 16.1.1887.

2o) Evangelischer Arbeiterbote 2o.2.1887.

21) Ebd.

22) Gustav Haarmann (1848-1911), MdR 1884-189o WK 5 Arnsberg, Oberbürgermeister von Witten, Mitglied des Kreisausschusses des Landkreises Bochum 1892-1899. Vgl. M. Schwarz, MdR, S. 333.

23) EVZ 11.7.1882.

24) Pfarrer Thümmel (1856-1926), 1884 Pfarrer in Remscheid, 19oo Privatdozent in Berlin, 19o1 außerordentlicher Professor in Jena, 19o3 ordentlicher Professor in Jena. Die Auskunft verdanke ich Herrn Prof. Brakelmann, Universität Bochum.

25) EVZ 15.9.1887; vgl. auch Evangelischer Arbeiterbote 11.9., 16.1o.1887.

26) STAM OPM 2831, Bl. 1o5: Bericht des 1. Staatsanwaltes an den Oberstaatsanwalt vom Juni 1889.

27) Vgl. zur Geschichte von "Arbeiterwohl" E. Ritter, Die katholisch-soziale Bewegung a.a.O., S. 129-136. R. Vesper, Arbeiterwohl - Verband katholischer Industrieller und Arbeiterfreunde 188o-1928, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland I., S. 44-47. W. Löhr, Verband katholischer Industrieller und Arbeiterfreunde. Mitglieder und Mitgliederstruktur des Vereins 1888, in: Rheinische Vierteljahresblätter 41 (1977), S. 1o3-1o7.

28) Der Mönchengladbacher Textilfabrikant Franz Brandts (1843-1914) war seit 188o Vorsitzender des Verbandes "Arbeiterwohl". Im Jahre 189o übernahm er den Vorsitz des "Volksvereins für das katholische Deutschland", an dessen Gründung er ebenfalls beteiligt war. Schon ab 1872 führte er in seinem Betrieb sozialpolitische Maßnahmen durch wie Arbeiterausschüsse, Arbeiter- und Familienkassen. Vgl. W. Kosch, Das katholische Deutschland, Bd. 1, Sp. 231.

29) Franz Hitze (1851-1921) wurde 1881 Generalsekretär des Verbandes "Arbeiterwohl". Von 1884 bis 1921 gehörte er als Zentrumspolitiker dem Deutschen Reichstag an. Dort beteiligte er sich vorwiegend an der Ausgestaltung der sozialpolitischen Gesetzgebung, zuletzt noch am Zustandekommen des Betriebsrätegesetzes der Weimarer Republik. Seit 1893 hatte er den neu eingerichteten Lehrstuhl für Christliche Gesellschaftslehre an der Universität Münster inne. Hitze neigte in seinen Frühschriften einer ständestaatlichen Organisation der Gesellschaft zu, wie sie auch von Vogelsang vertreten wurde. (Vgl. bes. F. Hitze, Kapital und Arbeit und die Reorganisation der Gesellschaft. Paderborn 188o, bes. S. 439f.) In den 8oer Jahren rückte er jedoch immer mehr von diesen Vorstellungen ab und nahm unter gleichzeitiger Beibehaltung des kapitalistischen Systems eine sozialreformerische Position ein. Vgl. F. Müller, Franz Hitze und sein Werk. Hamburg - Leipzig 1928; H. Mockenhaupt, Franz Hitze (1851-1921), in: R. Morsey (Hrsg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 2o. Jahrhunderts. Bd. 1. Mainz 1973, S. 53-64.

3o) Arbeiterwohl 1 (1881), S. 1.

31) CSBl 12 (1879), S. 488.

32) Vgl. Arbeiterwohl 1 (1881), S. 12f. Sofern nicht ausdrücklich genannt, sind die folgenden Zitate diesem Aufsatz entnommen.

33) K.H. Sommer, Der Verband "Arbeiterwohl" und der Volksverein für das katholische Deutschland. Arbeiter- und Volksbildung katholisch-sozialer Vereinigungen, in: Erwachsenenbildung 26 (1981), S. 12; vgl. zum Komplex Bildung in der katholischen Arbeiterbewegung K.-H. Vogt, Katholische Arbeiterbildung und Kirchlichkeit der katholischen Arbeiterschaft Deutschlands im 19. Jahrhundert - Ein Beitrag zur Genesese der kirchlichen Erwachsenenbildung. Diss. Bonn 1978.

34) Zit. nach B.H.A. Hermans, Das Problem der Sozialpolitik und Sozialreform a.a.O., S. 4o3.

35) Die Enzyklika war am 2o.4.1884 erschienen. Zu den katholischen Arbeitervereinen vgl. bes. Nr. 77.

36) Katholikentag Amberg 1884, S. 256. Weiterhin zu dieser Tendenz auf dem Amberger Katholikentag E. Filthaut, Deutsche Katholikentage 1848-1959 a.a.O., S. 92-94 ; L. Kudera, Der Gewerkschaftsstreit der deutschen Katholiken in der Publizistik (19oo-1914), Diss. München 1957, S. 35; K.E. Schürmann, Zur Vorgeschichte der Christlichen Gewerkschaften. Freiburg 1958, S. 65f.; A. Erdmann, Die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland. Stuttgart²19o9, S. 288. Hitze hatte sich ursprünglich für "christliche" Arbeitervereine ausgesprochen, um eine breitere Basis im Kampf gegen die Sozialdemokratie zu haben. Dem schloß sich der Katholikentag aber auf Einspruch des Frankfurter Juristen von Steinle nicht an.

37) Nachlaß Korum, Nr. 459.

38) Vor allem unter der Kulturkampfgesetzgebung hatten die christlich-sozialen Vereine zu leiden. Ihre genaue Zahl kann jedoch nicht angegeben werden. M. Gasteiger, Die christliche Arbeiterbewegung in Süddeutschland a.a.O., S. 48 schätzt den Mitgliederstand der christlich-sozialen Vereine für das Jahr 1875 auf 11.ooo.

39) CSBl 19 (1886), S. 353-359; abgdr. in: Texte zur katholischen Soziallehre II, 1, S. 424-43o.

4o) CSBl 19 (1886), S. 354f; abgdr. in: Texte zur katholischen Soziallehre II, 1, S. 425.

41) Zum Integralismus vgl. R. Lill, Der Kampf der römischen Kurie gegen den praktischen Modernismus, in: Die päpstliche Autorität im katholischen Selbstverständnis des 19. und 2o. Jahrhunderts. Hrsg. von E. Weinzierl. Salzburg 197o, S. 1o9-123; E. Poulat, Intégrisme e catholicisme intégral. Un réseau secret international antimoderniste: La "Sapinière", (19o9-1921), Tournai 1969; O. Schroeder, Aufbruch und Mißverständnis. Zur Geschichte der reformkatholischen Bewegung. Graz 1969.

42) Georg Kopp (1837-1914), 1872-1881 Domherr und Generalvikar in Hildesheim, 1881-1887 Bischof in Fulda, ab 1887 Fürstbischof von Breslau. Kopp war maßgeblich an der Beilegung des Kulturkampfes beteiligt. Im Gewerkschaftsstreit war er ein eifriger Vertreter der "Berliner Richtung". Vgl. bes. R. Morsey, Georg Kardinal Kopp, Fürstbischof von Breslau (1887-1914). Kirchenfürst oder "Staatsbischof"? Ein Beitrag zur Geschichte des Fürstbistums Breslau, in: Wichmann-Jahrbuch 21-23 (1967-1969), S. 42-65.

43) Zit. nach Arbeiterwohl 6 (1886), S. 225.

44) Paulus Melchers (1813-1895), 1866-1885 Erzbischof von Köln, wurde während des Kulturkampfes verhaftet, leitete ab 1875 seine Diözese von Maastrich aus. 1885 Kurienkardinal.

45) Zit. nach Arbeiterwohl 6 (1886), S. 223.

46) Arbeiterwohl 4 (1884), S. 125f.

47) Nach einer Statistik von Arbeiterwohl 8 (1888), S.38-43 wurden in den Jahren 1885 und 1886 insgesamt 2o Vereine neu gegründet.

48) Nach den Angaben von Hitze auf dem Katholikentag 1889 in Bochum bestanden zu diesem Zeitpunkt 282 katholische Arbeitervereine, die sich wie folgt aufteilten: 168 Arbeitervereine (erwachsene Industriearbeiter, H.Z.), 51 Knappenvereine, 37 Vereine jugendlicher Arbeiter, 26 Arbeiterinnenvereine. Insgesamt kann mit einer Mitgliederzahl von ca. 6o.ooo gerechnet werden. Da von vielen Vereinen keine Angaben über die tatsächliche Mitgliederstärke vorlagen, kann eine exakte Aussage nicht gemacht werden. Vgl. J.Aretz, Katholische Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus. Der Verband katholischer Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands 1923-1945. Mainz 1978, S. 1o.

49) Heinrich Johann Gottfried Velten (1822-1898) war nach seiner Priesterweihe 1846 und einjähriger Kaplanstätigkeit in Heinsberg ab 1846 Repetent am theologischen Konvikt in Bonn und Privatdozent; 1854-1861 Pfarrer an St. Marien in Düren, 1861 Pfarrer an St. Andreas in Köln, 1886 Domkapitular. Vgl. Historisches Archiv des Erzbistums Köln, Sammlung Personalia.

5o) Arbeiterwohl 7 (1887), S. 167f.; EVZ 22.7.1887; Historisches Archiv des Erzbistums Köln Gen. 23,2 Vol II: Bericht über eine Versammlung der geistlichen Herren der Erzdiözese, welche sich mit Arbeitervereinen befassen in Köln am 4.7.1878.

51) Peter Oberdörffer (1852-1925, Priesterweihe 1875, während des Kulturkampfes in Belgien tätig, 1882-1885 Schriftleiter der "Tremonia" in Dortmund, 1885-1895 Pfarrer in Stollberg, 19o3 Pfarrer an Groß St. Martin in Köln. Oberdörffer gilt

als Gründer der ersten katholischen Arbeitervereine im Erzbistum Köln. Vgl. Historisches Archiv des Erzbistums Köln, Sammlung Personalia. P. Opladen, Groß-St. Martin, Geschichte einer stadtkölnischen Abtei. Düsseldorf 1954, S. 241.

52) Historisches Archiv des Erzbistums Köln Gen. 23,2, Vol II: Protokoll der 1. Sitzung des Diözesan-Comités zur Berathung und Förderung der Angelegenheiten der kath. Arbeitervereinigungen am 2o. September 1887 zu Köln.

53) Ebd.

54) Vgl. Historisches Archiv des Erzbistums Köln Gen. 23,2 Vol II: Lic. Velten/Bischöfliche Ordinariate 25.1.1892.

55) Archiv des Erzbistums Paderborn XVIII, 9: Protokoll der Diözesanversammlung der katholischen Arbeitervereine der Diözese Paderborn am 8.2.1893.

56) Johannes Heinrich Vaester (1829-1893), Priesterweihe 1856 in Paderborn, 1856-1858 Kaplan in Siegen, 1858-1867 Missionar in Meinerzhagen, 1867-1885 Pfarrverweser (1867) und Pfarrer in Linden, 1885-1893 Pfarrer in Gelsenkirchen, 1892 Dechant des Dekanates Bochum. Vgl. W. Liese, Necrologium Paderbornense a.a.O., S. 553.

57) Vgl. H. Marx, Die Geschichte der katholischen Arbeiterbewegung und ihre Vereine in der Erzdiözese Paderborn a.a.O., S. 9; vgl. auch Archiv des Erzbistums Paderborn XVIII, 9: 23 Präsides von katholischen Arbeitervereinen/Generalvikar 18.1o.1899.

58) In Dortmund hatten sich die katholischen Vereine Dortmunds schon 1881 zu einem Verband katholischer Vereine Dortmunds zusammengeschlossen. Initiator dieser Bewegung war der Verleger Lambert Lensing. Die Tätigkeit dieses Verbandes erstreckte sich jedoch lediglich auf die Feier des jährlichen Stiftungsfestes.

59) Im Ruhrgebiet hatten sich 18 Arbeitervereine 1887 zu einem Kartellverband zusammengeschlossen. Vgl. Historisches Archiv des Erzbistums Köln Gen. 23,2 Vol II: Bericht über eine Versammlung von geistlichen Herren der Erzdiözese, welche sich mit Arbeitervereinen befassen in Köln am 4.7.1887.

60) Gründungsdatum: 12.10.1893; vgl. E. Ritter, Die katholisch-soziale Bewegung a.a.O., S. 280-289.

61) Der Verband hieß zuvor "Verband katholischer Arbeitervereine Nord- und Ostdeutschlands".

62) Ein Kölner Diözesanverband war schon 1899 gegründet worden.

63) Archiv des Erzbistums Paderborn XVIII, 9: Pfarrer Vaester/Generalvikar 17.7.1886.

64) Der St.Josef-Arbeiterverein wurde am 26.4.1886 gegründet. Vgl. Arbeiterwohl 8 (1888), S. 38. Nach eigenen Angaben war der Verein rein katholisch. Vgl. Archiv des Erzbistums Paderborn XVIII, 9: St.Josef-Arbeiterverein/Bischof 10.6.1886.

65) Archiv des Erzbistums Paderborn XVIII, 9: Pfarrer Vaester/Generalvikar 17.7.1886.

66) In der Statistik von Arbeiterwohl 8 (1888), S. 68 werden die christlich-sozialen Vereine von Gelsenkirchen schon nicht mehr aufgeführt; es werden nur noch die Vereine von Essen, Borbeck, Rellinghausen, Steele und Styrum genannt. Diese befinden sich aber auch schon alle unter katholischer Leitung.

67) EVZ 14.1.1888.

68) So suchte der Vorstand des ehemals so berühmten Laaf'schen Arbeitervereins sowie einige Essener Geistliche dringend einen Präses. Vgl. Historisches Archiv des Erzbistums Köln Gen. 23,2 Vol. II: Vorstand des christlichen Arbeitervereins zu Essen/ Generalvikar 30.6.1887; 18.10.1887; Pfarrer Sonnenschein/Generalvikar 20.6.1889.

69) Oberdörffer hatte in seinem Referat auch in deutlicher Kritik an "Arbeiterwohl" darauf verwiesen, daß die Arbeitervereine in keinerlei Hinsicht auf die Arbeitgeber Rücksicht nehmen dürften: "Sobald wir uns organisieren zum Zwecke eines allseitigen und gemeinsamen Vorgehens zur Vertheidigung der Rechte der Arbeiter und zur Erkämpfung einer besseren materiellen Lage, dann dürften wir leicht die Industriellen mit wenigen Ausnahmen gegen uns haben." Vgl. Historisches Archiv des Erzbistums Köln Gen. 23,2 Vol. II: Bericht über eine Versammlung von geistlichen Herren der Erzdiözese, welche sich mit Arbeitervereinen befassen, am 4.7.1887 in Köln.

70) Historisches Archiv des Erzbistums Köln Gen. 23,2 Vol. II: Kaplan Hellings (Werden) /Generalvikar 20.11.1888.

71) Vgl. C. Kreuzer, Mit Kreuz und Hammer a.a.O., S.59.

72) Vgl. Historisches Archiv des Erzbistums Köln Gen. 23,2 Vol. II: Vorstand des christlichen Arbeitervereins zu Essen /Generalvikar 30.6.1887. Oberdörffer hatte in seinem schon erwähnten Referat ausdrücklich davor gewarnt, von Arbeitgebern Geld zu Vereinszwecken anzunehmen und Präsides anzustellen, die finanziell von Arbeitgebern abhängig seien.

73) Auf dem Katholikentag 1886 hatte sich Hitze gegen die Hilfs- und Unterstützungskassen der Arbeiter ausgesprochen, weil sie "das Band der Solidarität mit dem Arbeitgeber" zerrissen. Nur in Ausnahmefällen hatte er diese Kassen gutgeheißen. Vgl. Katholikentag Breslau 1886, S. 166.

74) Historisches Archiv des Erzbistums Köln Gen. 23,2 Vol.II: Pfarrer Sonnenschein (Borbeck) / Generalvikar 27.3.1889.

75) In den Ehrenräten der katholischen Arbeitervereine saßen häufig gut situierte Katholiken. Diese Institution - Zeichen der gesellschaftsstabilisierenden Funktion - war auch bei den späteren Gewerkschaften noch vorhanden. Wenn sie auch auf die direkte Entscheidungsfindung keinen Einfluß nehmen konnte, kam es doch gerade wegen der unterschiedlichen Kompetenz von Vorstand und Ehrenrat zu Konflikten. Vgl. dazu H. Vogelsang, Verfassung und Verwaltung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter (= Gewerkschaftsbibliothek, Heft 2) Cöln 1910, S. 11.

76) Vgl. EVZ 13.8.1889; Arbeiterwohl 13 (1893), S. 60.

77) Der katholische Arbeiterverein von Altendorf erhielt 1894 von Krupp 150 Mark für die Vereinsbibliothek. Vgl. A. Kalis, Die christlich-soziale Arbeiterbewegung a.a.O., S. 63.

78) Vgl. dazu vor allem K.J. Mattheier, Werkvereine und wirtschaftsfriedliche-nationale (gelbe) Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet, in: J. Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr a.a.O., S. 175. Ders., Die Gelben. Nationale Arbeiter zwischen Wirtschaftsfrieden und Streik. Düsseldorf 1973, S. 28-32.

79) Archiv des Erzbistums Paderborn XVIII, 9: Protokoll der Diözesanversammlung der Präsides der katholischen Arbeitervereine der Diözese Paderborn am 8.3.1893.

80) Simon Lassaulx (1846-1912), 1872 Priesterweihe, 1872-1890 Kaplan in Altenessen; 1890-1899 Pfarrer in Uedelkoven, Dekanat Blankenheim; 1899 aus Gesundheitsgründen nach Kirdorf, Dekanat Blankenheim versetzt. Vgl. Historisches Archiv des Erzbistums Köln. Sammlung Personalia.

81) EVZ 8.2.1888.

82) So Pfarrer Drießen auf einer Versammlung des Essener Arbeitervereins. Vgl. EVZ 13.12.1888. Selbst ein so sozial aufgeschlossener Mann wie der Borbecker Vikar und spätere Reichsarbeitsminister Heinrich Brauns (1868-1939) haftete noch Ideen des konservativen Bürgertums an. In einer Predigt in Krefeld (1894) heißt es: "In Kleidung und Lebensweise strebt er (der Arbeiter, H.Z.) über die Grenzen seines Standes hinaus." (NBW 200, S. 130). Zu Brauns vgl. H. Mockenhaupt, Weg und Wirken des geistlichen Sozialpolitikers Heinrich Brauns. München-Paderborn-Wien 1977.

Anmerkungen zu
6. Gewerkschaftliche Ansätze in der christlichen Arbeiterbewegung nach dem Bergarbeiterstreik 1889

1) Vgl. zum Verlauf und Ergebnis des Streiks von 1889 A. Gladen, Die Streiks der Bergarbeiter im Ruhrgebiet in den Jahren 1889, 1905 und 1912, in: J. Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr a.a.O., S. 111-131; M.-J. Koch, Bergarbeiterbewegung a.a.O., S. 33-51; W.Hahn, Der Bergarbeiterstreik im rheinisch-westfälischen Industriegebiet unter besonderer Berücksichtigung der Stellung Kaiser Wilhelm II. und Bismarcks. Diss. Göttingen 1914; W. Köllmann/ A. Gladen (Hrsg.), Der Bergarbeiterstreik von 1889 und die Gründung des "Alten Verbandes" in ausgewählten Dokumenten der Zeit. Bochum 1969; H.G. Kirchhoff, Die staatliche Sozialpolitik im Ruhrbergbau 1871-1914 a.a.O., S. 48-95; Ch. Eller-Mirbach, Die gewerkschaftliche Organisation der Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1889-1895. Diss. Münster 1975; K. Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft a.a.O., S. 573-597; die zeitgenössische Literatur ist schon in den Arbeiten von O. Hue und H. Imbusch verwertet worden.

2) K. Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft a.a.O., S. 578.

3) Vgl. dazu H. Bechtel, Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands. München 1967, S. 379; M.-J. Koch, Bergarbeiterbewegung a.a.O., S. 12f.

4) Vgl. Kölner Korrespondenz 3 (1890), S. 148; dort eine Aufstellung der Durchschnittslöhne der Bergarbeiter im Ruhrgebiet:

1883	2,72 Mark pro Schicht
1884	2,68 Mark pro Schicht
1886	2,58 Mark pro Schicht
1887	2,57 Mark pro Schicht
1888	2,69 Mark pro Schicht

5) Friedrich Bunte, geb. am 30.12.1855 in Wulferdingen, gest. 21.4.1910 in Dortmund; laut Auskunft des Archivs der IGBE in Bochum.

6) August Siegel, Geb. 1.4.1856 in Schedewitz bei Zwickau, gest. 2.10.1936; laut Auskunft des Archivs der IGBE in Bochum. Vgl. auch seine Autobiographie "Mein Lebenskampf. Das Schicksal eines deutschen Bergarbeiters". Bochum 1931. (masch.)

7) Ludwig Schröder, geb. 28.8.1848 in Isselhorst bei Bielefeld, gest. 19.5.1914. Laut Auskunft des Archivs der IGBE in Bochum.

8) Keine weitere Angaben bekannt.

9) Daniel Eckardt, gest. am 25. oder 26.1.1896 war schon im Vorstand des Rosenkranzverbandes gewesen.

10) G. Pomykaj, Bergarbeiterbewegung und Sozialdemokratie an der Ruhr vor und nach dem Streik von 1889, in: A. Herzog / E. Linde (Hrsg.), Vor hundert Jahren. Die Arbeiterbewegung in Westfalen und an der Ruhr unter dem Sozialistengesetz. Dortmund 1978, S. 46.

11) Vgl. M.-J. Koch, Bergarbeiterbewegung a.a.O., S. 33; K. Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft a.a.O., S. 582.

12) Vgl. STAM RA I, 114a, Bl. 28-31 : Urteil gegen den Redakteur der "Tremonia" F. Marnack wegen eines gegen die Industrie gerichteten Artikels. Wegen Aufhetzung der Arbeiter gegen die Unternehmer erhielt die "Tremonia" ab 1867 keine öffentlichen Meldungen der Stadt Dortmund. Vgl. R. Strauch, Die "Tremonia" in Dortmund und die Verleger Lensing. T.1. Dortmund 1959 (unveröffentlichtes Manuskript), S. 29.

13) In diesem Punkte schließe ich mich der Meinung von K. Hartmann, Auf dem Weg zur gewerkschaftlichen Organisation a.a.O., S. 187-191 an.

14) Johann Mühlenbeck aus Hinsel war schon 1878 Vorsitzender des Steeler Ortsvereins des Rosenkranzverbandes.

15) M.-J. Koch, Bergarbeiterbewegung a.a.O., S. 34, Anm. 1; vgl. auch EVZ 12.3.1889.

16) Vgl. F. Breidenbeck, Die Verhältnisse im Ruhrbergbau und der Streik 1889 im Bochumer Raum, in: Der Märker 15 (1966), S. 117; besonders die "Tremonia" und die "Westfälische Volkszeitung", die während des Streiks die Sammlung von Streikgeldern organisierte, sind hier zu nennen; aber auch die "Gelsenkirchener Volkszeitung" und der "Rheinisch-Westfälische Volksfreund" müssen zu den Verteidigern des Streiks gerechnet werden. Die EVZ war in ihren Aussagen zurückhaltender, was auch von Unternehmerseite lobend erwähnt wurde. Vgl. Glück-auf 3.7.1889.

17) Vgl. L. Lensing, Der große Bergarbeiter-Streik des Jahres 1889 im Rheinisch-Westfälischen Kohlenrevier. Ein Wort zur Abwehr. Dortmund o.J. (1889), S. 56.

18) Am 10.5.1889 machte der Bergassessor a.D. Tilmann Lensing Vorhaltungen wegen dessen Eintreten für die Bergarbeiter. Vgl. R. Strauch, Die "Tremonia" a.a.O., T.2, S. 3.

19) M.-J. Koch, Bergarbeiterbewegung a.a.O., S. 46.

20) Nähere Angaben zur Person liegen nicht vor.

21) Glückauf 15.5.1889.

22) Vgl. W. Köllmann /A. Gladen (Hrsg.), Der Bergarbeiterstreik von 1889 a.a.O., Nr. 61.

23) Glückauf 22.5.1889.

24) M.J. Koch, Bergarbeiterbewegung a.a.O., S. 4o. Über Bringewald sind keine weiteren Angaben bekannt.

25) L. Lensing, Der große Bergarbeiter-Streik des Jahres 1889 a.a.O., S. 62.

26) EVZ 9.5.1889; siehe auch W. Köllmann / A. Gladen (Hrsg.), Der Bergarbeiterstreik von 1889 a.a.O., Nr. 35. Wie M.-L.Lehmkühler, Streik als soziale Krise des Großbetriebes a.a.O., S. 152 zu berichten weiß, haben Gladbecker katholische Geistliche die Streikenden durch Kollekten unterstützt. Es zeichnete sich im christlich-sozialen Lager eine Konfrontation ab, die nicht ohne Folgen blieb.

27) Vgl. die Äußerung Pfarrer Werths auf der Generalversammlung des evangelischen Arbeitervereins von Schalke am 12.5.1889, in: Fünfundzwanzig Jahre evangelische Arbeitervereine. 1882-19o7. o.O.o.J.

28) R. Strauch, Die "Tremonia" a.a.O., T. 2, S. 12.

29) Der Geschäftsführer des VbI, Gustav Natorp, hatte in einer Kampfschrift die katholische Presse für den Streik verantwortlich gemacht. Vgl. G. Natorp, Der Ausstand der Bergarbeiter im Niederrheinisch-Westfälischen Industriebezirk. Essen 1889.

3o) L. Lensing, Der große Bergarbeiter-Streik des Jahres 1889 a.a.O., S. 64f.

31) Ebd., S. 81f.

32) Ebd., S. 82.

33) Ch. Eller-Mirbach, Die gewerkschaftliche Organisation der Bergarbeiter a.a.O., S. 46; vgl. auch M.-J. Koch, Bergarbeiterbewegung a.a.O., S. 48.

34) Vgl. dazu K. Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft a.a.O., S. 591. Johann Meyer, geb. am 21.4.1859 im Kreis Höxter, gest. am 11.7.192o in Garmisch-Partenkirchen; laut Auskunft des Archivs der IGBE in Bochum.

35) Bergarbeiter - Delegiertentag in Dorstfeld am 18.8.1889, S.2.

36) Ebd., S. 2.

37) Protokoll der 1. Generalversammlung des Verbandes rheinisch-westfälischer Bergleute am 2o.1o.1889, S. 1.

38) Ebd., S. 3f.; siehe besonders die Rede von Schröder.

39) Ebd., S. 6; ein Bochumer Delegierter hatte davor gewarnt, ihn zu wählen, da sonst der Verband in "rote Hände" falle.

40) Johann Margraf, geb. am 29.8.1863, gest. am 12.3.1921; laut Auskunft des Archivs IGBE in Bochum.

41) Johann Beckmann, gest. am 25.2.1891 in Erle. Mitglied des dortigen christlichen Arbeitervereins.

42) Über Massenberg liegen keine personellen Angaben vor.

43) Friedrich Stoodt, geb. am 15.7.1858; laut Auskunft des Archivs der IGBE in Bochum.

44) Protokoll der Generalversammlung des Verbandes rheinisch-westfälischer Bergleute am 27.1o.1889, S. 2f.

45) Vgl. M.-J. Koch, Bergarbeiterbewegung a.a.O., S. 5o; O.Hue, Die Bergarbeiter a.a.O., Bd. II, S. 387f; Ch. Eller-Mirbach, Die gewerkschaftliche Organisation der Bergarbeiter a.a.O., S. 63.

46) M.-J. Koch, Bergarbeiterbewegung a.a.O., S. 5o.

47) Vgl. dazu G. Huck, Arbeiterkonsumverein und Verbraucher-organisationen. Die Entwicklung der Konsumgenossenschaften im Ruhrgebiet 186o-1914, in: J. Reulecke/W.Weber(Hrsg.), Fabrik - Familie - Feierabend a.a.O., S. 215-245.

48) Vgl. VbI, Jahresbericht 1889, S. 29.

49) Ebd., S. 22-29.

5o) Ebd., S. 22.

51) EVZ 5.12.1889; siehe auch EVZ 9.11.1889.

52) Einen Hinweis auf die geringe Resonanz kann man der Tatsache entnehmen, daß auf dem Delegiertentag am 5.12.1889 von 15o Belegschaften nur 35 vertreten waren. Vgl. VbI, Jahresbericht 1889, S. 23.

53) EVZ 16.12.1889.

54) Ebd.; VbI, Jahresbericht 1889, S. 24.

55) Auf einer allgemeinen Bergarbeiterversammlung am 26.12.1889 in Essen erhoben sozialdemokratische Bergarbeiter gegen Stötzel den Vorwurf, er setzte sich nicht genügend für die Arbeiter ein. Vgl. EVZ 27.12.1889.

56) VbI, Jahresbericht 189o, S. 24.

57) STAM OPM 2693, Vol. 2: RA/OPM 27.5.189o, in: K.-A. Hellfaier, Probleme und Quellen zur Frühgeschichte der Sozialdemokratie in Westfalen, in: ASG 3 (1963), S. 2o1.

58) Vgl. EVZ 28.1.189o.

59) Vgl. EVZ 3.2.189o.

60) Anton Fischer (1858-1892), Vorsitzender des christlichen Bergarbeiterverbandes "Glückauf"; siehe auch LHAK 403, 8294, Bl. 96.

61) Vgl. LHAK 403, 9048, Bl. 149: Zeitungsbericht RD 12.5.1890.

62) Ebd., Bl. 115: Zeitungsbericht RD 3.2.1890.

63) Ebd., Bl. 140: Zeitungsbericht RD 12.5.1890.

64) EVZ 15.2.1890.

65) Protokoll der außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes rheinisch-westfälischer Bergleute am 8.3.1890, S.9.

66) Ebd., S. 2; EVZ 10.3.1890; vgl. auch 1889-1929. 40 Jahre Bergbau und Bergarbeiterverband. Zur Erinnerung an die Gründung des deutschen Bergarbeiterverbandes. Bochum 1929, S.60.

67) EVZ 4.3.1890.

68) EVZ 12.3.1890.

69) EVZ 2.3.1890.

70) R. Strauch, Die "Tremonia" in Dortmund a.a.O., T. 2, S.22.

71) Vgl. auch die Agitationsschrift des Gelsenkirchener Bergmanns, P. Molitor, Die Bergarbeiter im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier und deren Organisation. Ein freies Wort an alle meine Kameraden. Essen 1890.

72) LHAK 403, 8294, Bl. 65: Kölnische Volkszeitung 5.5.1890.

73) LHAK 403, 8293, Bl. 427: RD/OPK 164.1890; vgl. auch EVZ 29.4.1890.

74) STAM OPM 2830 I:RA/OPK 16.5.1890. LHAK 403, 8294, Bl. 91: RD/OPK 16.5.1890.

75) Julius Hohmann, geb. 1858 (?), scheint wegen seines scharfen öffentlichen Auftretens mehrmals bestraft worden zu sein. Er war einer der wenigen Protestanten, die sowohl in führender Position im Rechtsschutzverein wie im Verein "Glück auf" tätig gewesen sind. Vgl. LHAK 403, 8294, Bl.95.

76) Peter Kleinbeck, geb. 1836 (?), wohnhaft in Linden, trat als Protestant auf mehreren Bergarbeiterversammlungen für den Verband "Glückauf" ein. Vgl. LHAK 403, 8294, Bl. 96.

77) Theodor Untitt, geb. 1859 (?), wohnhaft in Bruch bei Recklinghausen. Vgl. LHAK 403, 8294, Bl. 96.

78) Fischer und Untitt waren katholisch, während Kleinbeck und Hohmann der evangelischen Kirche angehörten. Nach einer Charakteristik des Essener Landrates waren die beiden Katholiken als patriotische, christliche und gemäßigte Bergleute

einzustufen, während Hohmann und Kleinbeck zu denen zu zählen sind, "welche sich ernstlich dagegen verwahren, Sozialdemokraten zu heißen, es aber dennoch voll und ganz sind." Vgl. LHAK 4o3, 8294, Bl. 95: 16.5.189o.

79) LHAK 4o3, 8294, Bl. 95: Westfälische Volkszeitung 12.5.189o: Bericht über eine Delegiertenversammlung des "Alten Verbandes".

8o) STAM OPM 2831, Bl. 2o2: Rheinisch-Westfälische Zeitung 13.5.189o: Bericht über die außerordentliche Delegiertenversammlung des "Alten Verbandes" am 11.5.189o; vgl. auch die ähnliche Einschätzung des Arnsberger Regierungspräsidenten in: STAM OPM 2693 II: RA/OPM 27.5.189o: K.-A. Hellfaier: Probleme und Quellen zur Frühgeschichte der Sozialdemokratie in Westfalen a.a.O., S. 196. Vgl. auch LHAK 4o3, 8294, Bl. 159: Rheinisch-Westfälische Zeitung 11.6.189o: Bericht über eine Bergarbeiterversammlung in Altenessen.

81) Vgl. dazu § 5 der Statuten (Exemplar der Statuten in STAM OPM 283o I; StaDo 5, Nr. 7o, Bl. 392.)

82) LHAK 4o3, 8294, Bl. 91 : RD/OPK 16.5.189o.

83) Vgl. STAM OPM 283o I: Bestand des Verbandes zur Wahrung und Förderung bergmännischer Interessen in Rheinland und Westfalen am 2o.6.189o. Danach hatte der Verband 195 Zahlstellen mit 27.75o Mitgliedern. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich in Essen die Zahlstellen Altendorf und Heisingen, in Bochum Provitze, in Dortmund Börnig und Horstmor, in Hamm,Kamen und in Recklinghausen,Westerholt und Welheim abgemeldet.

84) STAM OPM 283o I: Bestand des rheinisch-westfälischen Bergarbeiter-Vereins "Glück auf" am 2o.7.189o. Nach dieser Aufstellung bestanden im Landkreis Recklinghausen sieben, im Landkreis Essen sechs Ortsvereine. Insgesamt hatten sich zu diesem Zeitpunkt 2o Ortsvereine angemeldet. Über die Mitgliederentwicklung vgl. auch STAM OPM 283o I: RA/OPM 18.8.189o.

85) Tatsächlich wurden die Versammlungen des Vereins systematisch von Mitgliedern des "Alten Verbandes" gestört. Vgl. STAM OPM 283o I: OB Bochum/RA 26.7.189o.

86) Vgl. StaDo 5, Nr. 7o, Bl. 28-34: Bericht über eine Versammlung von "Glück auf" am 29.11.1891. Von sozialdemokratischer Seite wurde der Verein als "ultramontan" bezeichnet. Vgl. STAM OPM 283o I: Kölnische Zeitung 23.5.1891. Dort wird unter Berufung auf evangelische Geistliche und höhere Verwaltungsbeamte nur eine geringe Anzahl von evangelischen Mitgliedern angenommen.

87) Der provisorische Vorstand im Mai 189o bestand aus 2 Katholiken und 2 Protestanten. Vgl. Anm. 78) in diesem Kapitel.

88) Besonders die Zentrumspresse wurde immer wieder von den evangelischen Arbeitervereinen angegriffen. Vgl. dazu u.a. EVZ 22.1.1891.

89) Vgl. dazu die Äußerungen eines Geistlichen gegenüber August Brust, in: B. Cwiklinski (Hrsg.), August Brust. Gründer und Vorkämpfer der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Essen o.J., S. 9f.; siehe auch H. Imbusch, 25 Jahre Gewerkverein christlicher Bergarbeiter. Essen 1919, S. 137.

90) LHAK 403, 8294: Kölnische Volkszeitung 22.9.1890; STAM OPM 283o I: Westfälische Volkszeitung 7.1o.189o.

91) LHAK 403, 8294: Kölnische Volkszeitung 27.9.189o; STAM OPM 283o I: Denkschrift des rheinisch-westfälischen Bergarbeiter-Vereins "Glück auf" zur Wahrung und Förderung bergmännischer Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund vom 5.1o.189o.

92) STAM OPM 283o I: Ministerium für Handel und Gewerbe / A. Fischer 1o.1.1891.

93) Ebd.

94) Es handelt sich dabei um den schon aus den 8oer Jahren bekannten Bürgermeister von Gelsenkirchen.

95) Hermann Müllensiefen (1837-1897), Stadtverordneter von Witten und Mitglied des Kreisausschusses des Landkreises Bochum, 1891-1893 MdR des WK Bochum. Vgl. Witten. Werden und Weg einer Stadt. Witten 1961, S. 327.

96) Vgl. zum ersten Deutschen Bergarbeitertag LHAK 403, 8294, Bl. 525-53o.

97) STAM OPM 283o I: Zeitung der deutschen Bergleute 21.2.1891.

98) EVZ 17.2.1891; VbI, Jahresbericht 189o, S. 45-47; vgl. auch EVZ 16.2.1891.

99) Dem Vertreterausschuß gehörten von "Glück auf" - soweit bekannt - Hohmann, Kösters und Schlottki an.

1oo) EVZ 2o.4.1891.

1o1) EVZ 3.3.1891; 17.3.1891. Infolgedessen hatte sich wohl der Ortsverein von Überruhr aufgelöst; vgl. EVZ 1o.3.1891.

1o2) In den Monaten März bis Mai ist eine verstärkte Agitation der Ortsvereine von "Glück auf" festzustellen.

1o3) EVZ 1o.3.1891.

1o4) Schon in seiner Denkschrift hatte "Glück auf" Vorschläge unterbreitet, wie die heimische Kohle wettbewerbsfähig gehalten werden könnte. Dies gehörte ebenso zur patriotischen Grundhaltung des Vereins wie die Kritik an der Teilnahme sozialdemokratischer Bergleute am Pariser Kongreß. Eine

Versammlung des katholischen Knappenvereins in Dortmund hatte die "Beschickung des Pariser Kongresses... für unpatriotisch und unsere gerechte Sache schädigend" beurteilt. Vgl. EVZ 25.3.1891.

105) EVZ 16.4.1891. Auch auf der Generalversammlung der evangelischen Arbeitervereine Rheinlands und Westfalens am 12.4.1891 hatte man sich gegen das Verhalten der deutschen Bergleute ausgesprochen.

106) EVZ 14.4.1891.

107) VbI, Jahresbericht 1890, S. 50-64.

108) Ebd., S. 57. Nach dem Bericht des VbI befanden sich auf dem Höhepunkt des Streiks am 28.4.1891 lediglich 18.142 Bergleute im Ausstand.

109) Vgl. EVZ 27.4.1891: es wird der "Vorwärts" zitiert.

110) Ebd.

111) Ebd.; vgl. auch VbI, Jahresbericht 1890, S. 55.

112) VbI, Jahresbericht 1890, S. 61; EVZ 6.5.1891.

113) EVZ 29.8.1891.

114) Vgl. EVZ 1.12.1891; den Kaiserdeputierten Bunte, Siegel und Schröder wurde vorgeworfen, von den Unternehmern 5.000 Mark erhalten zu haben, um den Streik 1889 unnötig zu verlängern.

115) M.-J. Koch, Bergarbeiterbewegung a.a.O., S. 55.

116) Vgl. Tremonia 10.1.1893.

Anmerkungen zu
7. Die Gründung einer eigenständigen christlichen Gewerkschaftsorganisation im Ruhrgebiet - Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter im Oberbergamtsbezirk Dortmund

1) Vgl. VBI, Jahresbericht 1892, S. 51.

2) Vgl. VBI, Jahresbericht 1893, S. 49.

3) Vgl. dazu u.a. O. Hue, Neutrale oder parteiische Gewerkschaften a.a.O., S. 67-71.

4) H. Langerhans, Partei und Gewerkschaft! Eine Untersuchung zur Geschichte der Hegemonie der Gewerkschaft in der deutschen Arbeiterbewegung. (1890-1914). Diss. Frankfurt 1931, S. 31.

5) Ch. Eller-Mirbach, Die gewerkschaftliche Organisation der Bergarbeiter im Ruhrgebiet a.a.O., S. 73.

6) Vgl. Verband deutscher Bergleute: Protokoll der 2. Generalversammlung 1892, S. 45.

7) Ebd., S. 23.

8) Ebd., S. 24.

9) Vgl. Geschäftsbericht des deutschen Berg- und Hüttenarbeiterverbandes für die Zeit vom 1. Mai 1894 - 2o. Oktober 1894, S. 11f.

1o) Vgl. dazu K.H. Grenner, Katholikentage im Ruhrgebiet. Ein Blick zurück und auf die Gegenwart. Essen 1968, S. 46-5o.

11) 1889 bestanden 168 Arbeiter-, 51 Knappenvereine, 37 Vereine jungendlicher Arbeiter und 2o Arbeiterinnenvereine. Vgl. H. Budde, Christentum und soziale Bewegung. Aschaffenburg 1961, S. 78.

12) Schon die Zusammensetzung der Reichstagsfraktion des Zentrums mag Zweifel an der "sozialen" Richtung aufkommen lassen. Bis zur Jahrhundertwende war lediglich Stötzel der einzige Arbeitervertreter. Dieses Bild hat sich bis zum Ausbruch des 1. Weltkrieges nicht wesentlich gewandelt. Von den 5o Mitgliedern der Zentrumsfraktion im Reichstag 1914 gehörten lediglich 5 den Gewerkschaften an, 17 stammten aus der Landwirtschaft, 5 waren Industrielle und 23 Beamte. Vgl. H. Grebing, Zentrum und katholische Arbeiterschaft 1918-1933. Ein Beitrag zur Geschichte des politischen Katholizismus in Deutschland. Diss. Berlin 1953, S. 27.

13) Siehe dazu O. Müller, Katholische Arbeitervereine. Ihre Notwendigkeit, Aufgaben und Einrichtungen. Mönchengladbach 1904, S. 74.

14) Vgl. Kölner Korrespondenz 3 (1890), S. 144-158.

15) Wohl nicht zufällig erschien in den "Stimmen aus Maria Laach" 1890 ein Artikel des Moraltheologen P. Lehmkuhl unter der Überschrift: "Der Strike - seine Uebel und seine Berechtigung". Er wurde auch in der Kölner Korrespondenz 3 (1890), S. 3f. auszugsweise veröffentlicht.

16) Vgl. Kölner Korrespondenz 3 (1890), S. 157.

17) Vgl. zur Diskussion um die Fachabteilungsidee K.H. Schürmann, Zur Vorgeschichte der christlichen Gewerkschaften. Freiburg 1958, S. 106-114.

18) Kölner Korrespondenz 3 (1890), S. 160f.; 4 (1891), S. 30-32; dort auch ein vollständiger Statutenentwurf.

19) Ebd. 3 (1890), S. 160.

20) Ebd. 8 (1895), S. 9; siehe auch F. Hitze, Leitsätze betr. Bildung von Fachabteilungen in den katholischen Arbeitervereinen. Mönchengladbach o.J. (1894).

21) Vgl. Kölner Korrespondenz 8 (1895), S. 9.

22) Vgl. F. Wieber, Aus meinem Leben. Berlin-Wilmersdorf 1924, S. 9.

23) A. Hartmann, Zentrum und christliche Gewerkschaften 1890-1914. Ein Beitrag zur Parteiengeschichte. Diss. Berlin 1952, S. 66.

24) August Brust (1862-1920), Vorsitzender des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, Redakteur des Vereinsorgans "Der Bergknappe"; bis 1903 auch Vorsitzender des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, als Zentrumsabgeordneter Mitglied des Abgeordnetenhauses. Vgl. H. Imbusch, August Brust. Ein Lebensbild des Gründers der ersten christlichen Gewerkschaft. Berlin-Wilmersdorf 1924. B. Cwiklinski (Hrsg.), August Brust a.a.O.

25) So in einem Brief an Hermann Köster vom 8.4.1894, abgdr. in: H. Imbusch, August Brust a.a.O., S. 5.

26) STAM RA I 83: RA/Landrat Hammerschmidt Gelsenkirchen August 1894.

27) Abgdr. bei H. Imbusch, Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisationen a.a.O., S. 713-715.

28) Selbst Adolf Stöcker hatte "konfessionelle Vorbehalte gegenüber den christlichen Gewerkschaften und glaubte, sich gegenüber ultramontanen Einflüssen wehren zu müssen." M. Berger, Arbeiterbewegung und Demokratisierung a.a.O., S. 55.

29) Vgl. Evangelischer Arbeiterbote 11.8.1894; die Forderung nach einer kürzeren Schichtdauer wurde in der endgültigen Fassung des Programms in eine Schichtdauer, die die Gesundheit der Bergleute nicht angreift, umgewandelt. Vgl. auch W. Neumann, Die Gewerkschaften im Ruhrgebiet a.a.O., S. 85.

30) Evangelischer Arbeiterbote 11.8.1894; 15.8.1894.

31) Vgl. STAM GE 54: Berichte der Bürgermeister des Kreises Gelsenkirchen an den zuständigen Landrat; auf der örtlichen Ebene siehe u.a. StaWatt A 7o3/2.

32) Vgl. Evangelischer Arbeiterbote 8.8.1894; 22.8.1894.

33) Ludwig Weber (1846-1922), Theologe und Sozialreformer, leitete ab 1898 den Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine. Neben staatlicher Sozialpolitik befürwortete er auch die Selbsthilfe der Arbeiter. Er blieb wohl infolge seines starren Antisozialismus einem konservativen Gedankengut verhaftet. Vgl. Evangelisches Soziallexikon Sp. 1411.

34) So z.B. Ludwig Fischer.

35) Vgl. Evangelischer Arbeiterbote 15.8.1894. Quandel war Redakteur des "Rheinisch-Westfälischen Tageblattes".

36) Evangelischer Arbeiterbote 22.8.1894.

37) Vgl. 25 Jahre Gewerkverein christlicher Bergarbeiter. Essen 1919, S. 33f.

38) Vgl. Evangelischer Arbeiterbote 17.1o.1894.

39) Von der Knappschaft nahm Knappschaftsdirektor Gerstein an allen Beratungen teil. Er scheint auch sonst den evangelischen Arbeitervereinen verbunden gewesen zu sein.

4o) Die Bergbehörde war durch Berghauptmann Täglichsbeck vertreten. Er nahm auch am Kongreß aller christlichen Bergarbeitervereine 1897 in Bochum teil.

41) A. Faulhaber, Die christliche Gewerkschaftsbewegung. Diss. Nürnberg 1913, S. 28.

42) Vgl. Protokoll der 15. Generalversammlung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands 1919 in Essen, S. 12.

43) In einer Festversammlung der katholischen Männervereine Essens am 21.10.1894 sprach der Kölner Weihbischof Schmitz über: "Die Notwendigkeit und Wichtigkeit der Organisation." Er führte u.a. aus, "daß das, was da vom Gewerkverein christlicher Bergarbeiter vorgeschlagen wird, das Richtige sei. Unser wirtschaftliches Leben ist nicht nach Konfessionen geteilt, es arbeiten und wirken die beiden Konfessionen nebeneinander und täglich begegnen sie sich in ihrem Geschäfts- und Wirtschaftsleben. Ich meine, da könnte an nichts Anderes als an die Bildung eines nachhaltig wirkenden Gewerkvereins gedacht werden, von allen denen, die im täglichen Wirtschaftsleben miteinander wirken müssen." Münsterarchiv Essen, Nr. 641.

44) Vgl. Evangelischer Arbeiterbote 19.9.1894.

45) Vgl. Evangelischer Arbeiterbote 15.9.1894: Vorstandssitzung des Kreisverbandes evangelischer Arbeitervereine Witten-Hagen 7.9.1894.

46) Vgl. Evangelischer Arbeiterbote 28.11.1894: Vorstandssitzung der evangelischen Arbeitervereine Rheinlands und Westfalens 18.11.1894.

47) STAM RA I 83: RA/ Landrat Hammerschmidt Gelsenkirchen August 1894.

48) Ebd. Vgl. dazu vor allem die Artikel in: Glück auf, Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung.

49) So z.B. das nachstehende Gedicht in: Glück auf, Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung 12.10.1894:

"An die christlichen Kameraden.

Laßt das Hadern
Und Salbadern,
Mitgenossen, Bergarbeiter.
Eu'ren Nöthen
Hilft kein Beten
Nur die That, sie hilft euch weiter.

Hoffen, Harren
Macht zum Narren,
Greift ihr selbst nicht in die Räder.
Wollt ihr schauen
Müßt ihr bauen
Für die Mahd bedarf's der Mähder.

Eu´ren Glauben
Will euch rauben
Keiner, ob´s die Pfaffen sagen.
Nur in Handeln
Sollt ihr wandeln
Euer thatenloses Klagen.

Daß ihr Christen,
Kann nicht fristen
Euch ein Dasein ohne Jammer.
Wie die Andern
Müßt ihr wandern
Täglich in die Kohlenkammer.

Wie die Andern
Müßt ihr wandern
Ohne Arbeit, ohne Löhnung.
Will´s der Pasche,
Auch in Asche
Buße thun zur Abgewöhnung.

Ohne wählen
Thut man quälen
Euch wie jene, die nicht glauben.
Gleich mit Listen
Euch, ihr Christen,
Auch ausbeuten und berauben.

Seid vernünftig,
Dann wird künftig
Nicht der Protz allein regieren.
Bleibt ihr blöde
Bleibt es öde
Auch für euch, ihr werdet´s spüren.

Denn neue Einheit
Kann Gemeinheit,
Niedertracht und Trotz bezwingen
Nicht der Glaube ("die" steht im Text)
Bricht die Traube ("der" steht im Text)
Nur der Eintracht wird´s gelingen."

5o) Vgl. besonders Glück auf, Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung 1.9.1894; 1o.11.1894: siehe auch C. Legien, Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Berlin² 1911, S. 17; A. Erdmann, Der Schwindel der klerikalen Arbeiterpolitik. Berlin 19o6, S. 56.

51) Vgl. HSTAD RD 9o44: OB Essen/ RD 14.9.1895.

52) Vgl. zur Geschichte des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter neben den älteren Arbeiten von O. Hue und H. Imbusch vor allem I. Steinisch, Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, in: H. Mommsen/U.Borsdorf (Hrsg.), Glück auf, Kameraden! a.a.O., S. 273-299.

53) Nähere biographische Angaben sind nicht bekannt.

54) Theodor Karl Friedrich Werth, (1844-1896), 1880 Pfarrer in Schalke, 1890-1896 Vorsitzender des rheinisch-westfälischen Verbandes evangelischer Arbeitervereine, zugleich Mitglied des geschäftsführenden Komitees des Gesamtverbandes. Vgl. K. Bindel, Pastor Theodor Werth. Mit einem Anhang: 1. Begräbnisrede von Pastor Deutelmoser, 2. Gedächtnisrede von Superintendent Daniels. Gelsenkirchen 1897.

55) Über Legewitt ist nichts bekannt.

56) Evangelischer Arbeiterbote 7.11.1894. Oberdörffer hatte u.a. auch die Einrichtung einer Streikkasse empfohlen.

57) Vgl. VbI, Jahresbericht 1894, S. 37.

58) Vgl. Evangelischer Arbeiterbote 7.11.1894.

59) STAM RA I 82: RD/RA 1.5.1906.

60) Heinrich Brauns (1868-1939) war von 1890-1895 Vikar in Krefeld, anschließend Kaplan in Borbeck, St. Dionysius. Nach dem Studium der Staatswissenschaften wurde Brauns für die Arbeit beim Volksverein für das katholische Deutschland freigestellt, dessen Direktor er wurde. Nach dem 1. Weltkrieg ging er für die Zentrumspartei ins Parlament, wo er 8 Jahre lang in verschiedensten Kabinetten das Amt eines Reichsarbeitsministers bekleidete. Vgl. H. Mockenhaupt, Weg und Wirken des geistlichen Sozialpolitikers Heinrich Brauns a.a.O.

61) H. Vogelsang, Geschichte, Verfassung und Verwaltung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands. Essen 1915, S. 56.

62) Vgl. neuestens zum Volksverein: H. Heitzer, Der Volksverein für das katholische Deutschland im Kaiserreich 1890-1918 (=Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte: Reihe B: Forschungen, Bd. 26) Mainz 1979.

63) Lic. Weber hatte bei der konstituierenden Versammlung am 18.10.1894 Oberdörffer widersprochen. Vgl. Evangelischer Arbeiterbote 7.11.1894.

64) So z.B. H. Brauns auf einer Bergarbeiterversammlung am 17.3.1895 in Bottrop. Vgl. STAM OPM 2847, Bd. 5.

65) Vgl. STAM RA I 82: RD/RA 1.5.1906.

66) Auf der Zeche Osterfeld in Oberhausen waren die Bergleute Effert und Giepen am 28.6.1897 wegen Aufwiegelung der Bergleute entlassen worden. Sie hätten nur wieder eingestellt werden können, wenn sie den Gewerkverein verlassen und auf das Koalitionsrecht verzichtet hätten. Der Konflikt konnte auf Vermittlung von Brauns beigelegt werden. Am 3.6. wurden die beiden Bergleute wieder eingestellt. Vgl. 25 Jahre christliche Gewerkschaftsbewegung 1899-1924. Berlin 1924, S. 243. HSTAD RD Präs. 835 II, Bl. 381f; STAM OPM 2847, Bd. 5: RM/OPM 6.8.1897.

67) Vgl. die Vorkommnisse im Sieg-Heller-Industriebezirk 1897. Dort war der Bergmann Utsch, zugleich Vorsitzender des Gewerkvereins christlicher Berg-, Eisen- und Metallarbeiter entlassen worden,weil er sich dafür ausgesprochen hatte, die Knappschaftsvorstände mit Vertretern der Arbeiter zu besetzen. Vgl. Der Bergknappe 1.12.1897; EVZ 22.11.1897; Protokoll der 16. Generalversammlung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands 1921 in Betzdorf, S. 26.

68) Adolf Heinrich Wagner (1835-1917), 1870 Professor für Nationalökonomie in Berlin, 1882-1885 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses. Er ist Mitbegründer des Vereins für Sozialpolitik. Vgl. P. Becher, Vergleich und Kritik der sozialpolitischen Auffassungen bei Lujo Brentano, Adolph Wagner, Georg von Hertling und Franz Hitze. Diss. München 1965.

69) Bericht über den Delegiertentag 1897 zu Bochum, S.57. Zur Reaktion der Unternehmer vgl. H. Breuer, Die Gewerkschaften - Werden, Wesen und Wirken. Hannover 1960, S. 43f.

70) Protokoll der VIII. Generalversammlung des Verbandes deutscher Berg- und Hüttenarbeiter 18.4.1897, S. 5. Vgl. auch STAM OPM 2847, Bd. 5.

71) Vgl. Jahresbericht des Verbandes deutscher Berg- und Hüttenarbeiter (umfaßt die Zeit 1.4.1897-31.3.1898), S. 24. HSTAD RD Präs. 835 II, Bl. 243 u. 281-284: Bericht über eine Bergarbeiterversammlung am 28.3.1897 in Borbeck; ebd., Bl. 300-303: Bericht über eine Bergarbeiterversammlung in Frohnhausen.

72) J. Steinisch, Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter a.a.O., S. 275.

73) STAM RA I 82: RD/RA 1.5.1906.

Anmerkungen zu
8. Ergebnis und Ausblick

1) Vgl. zu den verschiedenen Formen und Phasen der personalen Reaktion auf den strukturellen Wandel im 19. Jahrhundert unter soziologischen und sozialpsychologischen Gesichtspunkten die Untersuchung von O. Neuloh, Sozialer Wandel und Industrialisierung im 19. Jahrhundert. Versuch eines Ordnungsschemas, in: W. Rüegg / O. Neuloh (Hrsg.), Zur soziologischen Theorie und Analyse des 19. Jahrhunderts (= Studien zum Wandel von Gesellschaft und Bildung im 19. Jahrhundert, Bd. I) Göttingen 1971, S. 65-80.

2) Vgl. dazu H. Ludwig, Theologie der Befreiung und katholische Soziallehre, in: H. Goldstein (Hrsg.), Befreiungstheologie als Herausforderung. Anstöße - Anfragen - Anklagen der lateinamerikanischen Theologie der Befreiung an Kirche und Gesellschaft hierzulande. Düsseldorf 1981, S. 182-205.

Lebenslauf

Ich, Heribert Zingel, wurde am 24. August 1949 als Sohn der Eheleute Josef und Aloysia Zingel in Niederwenigern geboren.
Nach dem Besuch der katholischen Volksschule in Wattenscheid-Höntrop von 1956-1960 besuchte ich das altsprachliche Gymnasium in Bochum (Ostring), wo ich 1969 das Abitur bestand. Danach studierte ich an der Ruhr-Universität Bochum Katholische Theologie, Philosophie und Klassische Philologie; dieses Studium schloß ich im Sommersemester 1974 mit dem Diplom in Katholischer Theologie ab. Das im Jahr 1972 begonnene Studium der Sozialwissenschaften schloß ich 1979 ebenfalls mit dem Diplom ab. Zur gleichen Zeit, von 1974-1978, erteilte ich an der Hellweg-Schule in Bochum-Wattenscheid (Gymnasium) Unterricht in katholischer Religionslehre. Danach arbeitete ich zwei Jahre lang - von 1978 bis 1980 - an der Akademie Klausenhof als Referent für entwicklungsbezogene und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit.
Seit 1980 bin ich am Bischöflichen Ordinariat in Limburg als Referent für den Bereich "Kirche und Arbeiterschaft" beschäftigt.

Limburg, den 30.3.1982

Hiermit versichere ich, daß ich die vorliegende Arbeit selbständig angefertigt und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe.

Limburg, den 3o. März 1982 Winfried Fingel

(Unterschrift)